PROTOCOLL DER REICHS-FRIEDENS-DEPUTATION ZU RASTATT: ENTHÄLT DIE BEYLAGEN VON...

Beylagen zu dem Protocolle der Reichs-Friedens-Deputation.

Hundert und sechs und siebenzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 18ten April 1798.

[176]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 19. Aprilis 1798.

Der römisch kaiserlichen Majestät unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen ausserordentlichen Reichs-Deputation gebührend unverhalten:

Die Reichs-Friedens-Deputation sey des Dafürhaltens, daß die neueste französische Note vom 19. Germinal (8ten April) dahin zu beantworten sey:

[Hier ist das Conclusum der 42sten Sitzung vom 18ten April 1798 von den Worten: Die Reichs-Friedens-Deputation habe bereits — unverweilt veranlassen werden — wörtlich eingerückt.] Siehe Prot. Th. II. S. 21. und 22.

Da diese von der Reichs-Deputation beschlossene Antwort den vordern diesseitigen Noten ganz gemäß sey, so dürfe man an der dießfallsigen Vereinigung der kaiserlichen höchstansehnlichen Plenipotenz um so weniger zweifeln, und daher um so gewisser voraussetzen, daß, bis sich Hochdieselbe nicht dieser Antwort halber mit der Reichs-Friedens-Deputation einer gemeinschaftlichen Meynung verglichen habe, an die französische Gesandtschaft solche nicht werde hinausgegeben werden.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich gezlemend empfehlen.

Signatum zu Rastatt den 18ten April 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Hundert und sieben und siebenzigste Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs=Friedens=Deputation, de dato Rastatt den 21ten April 1798.

[177]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 21. Aprilis 1798.

Der römisch kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Herrn, zu gegenwärtiger Reichs=Friedens=Deputation allergnädigst verordnete höchstansehnliche Kommission, indem Sie die von der vortreflichen Reichs=Friedens=Deputation unterm 11ten und 22ten März, 4ten und 18ten April erstatteten Gutachten andurch zu genehmigen keinen längern Anstand nimmt, hat den Innhalt dieses letzten Gutachtens mittelst der in Abschrift hier beyliegenden Note an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik gelangen lassen; verbleibt übrigens den sämmtlichen zu gegenwärtiger Reichs=Friedens=Deputation verordneten vortreflichen Herren Subdelegirten mit freundlichem und geneigtem Willen wohl zugethan.

Signatum zu Rastatt den 21ten April 1798.

(L. S.) Franz Georg Carl,
Reichsgraf von Metternich=Winneburg=Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch=kaiserlichen Majestät zu diesem Reichs=Friedens=Kongresse verordneten höchstansehnlichen Kommission wegen dem hochlöblichen kurmainzischen Directorio der Reichs=Friedens=Deputation anzuhändigen.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 21ten April 1798.

Anlage zur hundert und sieben und siebenzigsten Beylage.

Abschrift Note Seiner Excellenz des Herrn Grafen von Metternich, an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, de dato Rastatt den 21ten April 1798.

Unterzeichneter, nunmehr vereint mit der Reichs=Friedens=Deputation über alles dasjenige, was er den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik durch seine Noten vom 14ten und 27ten März, auch 5ten April abschriftlich mitgetheilt hat, erwiedert andurch in fortgehender Einstimmigkeit mit der Reichs=Friedens=Deputation, die Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 8ten April (19. Germinal) folgendermaßen:

Es ist bereits in der Beylage der Note vom 5ten April bemerkt worden, daß es bey Bestimmung der Entschädigungen vorzüglich auf das Maaß der Beschädigungen ankomme; man erwarte daher, die bevollmächtigten Minister der französischen Republik würden nunmehr vor Allem auf die in der Beylage der Note vom 14ten März angeführte zweyte Voraussetzung bestimmt und willfährig antworten, auch über die am 3ten März übergebene 18 Puncte sich zu erklären fernerhin keinen Anstand nehmen. Diesem war noch beygefügt, daß man der Verfügung wegen alsbaldiger Zurückziehung der französischen Truppen von dem rechten Rhein-Ufer mit Zuversicht entgegen sehe.

Der Innhalt der Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 8ten April (19. Germinal) entspricht aber diesen so billigen Erwartungen nicht; denn in Rücksicht des Zurückzuges der Truppen wird darinn zu erkennen gegeben, daß kein hinlänglicher Grund vorhanden sey, denselben vor völligem Abschlusse des Friedens zu bewerkstelligen; in Ansehung der zweyten Voraussetzung aber wird sich, auf eine unmöglich völlige Beruhigung gewährende Art, nur im Allgemeinen dahin geäussert, daß nach den vorhin geschehenen Erklärungen anzunehmen seye, es würden von französischer Seite keine andere als zuläßige Forderungen gemacht werden; von den am 3ten März übergebenen 18 Puncten hingegen betrachten die bevollmächtigten Minister der französischen Republik zwar einige derselben als solche, in Ansehung welcher kein Zweifel Statt finden möge, andere aber erklären Sie als mit der Souverainetät und der Verfassung der Republik ganz unvereinbarlich, ohne aller übrigen Puncte weiter zu erwähnen. Am Ende fügen sie den Antrag bey, daß an der Anwendung der Basis der Entschädigungen gearbeitet und vor Allem allgemeine Regeln vorbereitet werden mögten, um das Schicksal derjenigen zu bestimmen, welche supprimirt werden dürften.

Man erkennt nun zwar vollkommen die gerechten Rücksichten, welche die bevollmächtigten Minister der französischen Republik bey dem letzten dieser Anträge geleitet haben, und es gereicht zur diesseitigen Beruhigung, daß in diesem Puncte die eigenen Obliegenheiten mit dem Wunsche der französischen Republik so vollkommen übereinstimmen; diesseits ist man jedoch fest überzeugt, daß man sich nicht eher wirksam mit näherer Bearbeitung der Grundsätze über die Entschädigungen beschäftigen könne, bis man nicht eine genaue und bestimmte Einsicht der Lage der Dinge und aller Umstände erhält. Diese letzte aber läßt sich erst alsdann erlangen, wenn durch Erledigung der bekannten 18 Artickel das Maaß des Verlustes, die Modificationen, unter welchen die Abtretungen geschehen sollen, und das Schicksal der Bewohner der überrheinischen Provinzen gemeinsam bestimmt seyn werden; zumal man diesseits allein in der unbezweifelten Erwartung, daß den dreyen in der Beylage der Note vom 14ten März enthaltenen Voraussetzungen Genüge geleistet werden würde, Aufopferungen anerkannt hat, welche für Deutschland ohnehin so groß und so schmerzlich sind.

Man hält es demnach seinen schweren Pflichten gemäß, noch ferner auf der Willfahrung seiner vordern Anträge zu bestehen; man erneuert daher gegenwärtig nochmal

die Erwartung, daß die bevollmächtigten Minister der französischen Republik auf die zweyte Voraussetzung der Beylage zur Note vom 14ten März bestimmt und willfährig antworten, — auf jeden der bekannten 18 Artickel sich erklären, und zur Zurückziehung der französischen Truppen vom rechten Rhein-Ufer (wo verschiedene Gegenden neuerlich so stark überlegt worden sind, daß diese erschöpfte Lande unmöglich mehr die Kosten aufzutreiben wissen) die Befehle unverweilt veranlassen werden.

Unterzeichneter bestätigt abermal andurch den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik die Gesinnungen seiner ausgezeichnetesten Hochachtung.

Franz Georg Carl,
Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Hundert und acht und siebenzigste Beylage.

Französische Note vom 14. Floréal an VI. (3ten May 1798.)

[178]

(Ist mit der Anlage zu [179] wörtlich übereinstimmend.)

Hundert und neun und siebenzigste Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 4ten May 1798.

[179]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 7. Maji 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation allergnädigst verordnete höchstansehnliche Kommission hat, in Erwiederung der diesseitigen Note vom 21ten April, die abschriftlich beyliegende Gegen-Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 3ten May (14. Floréal) erhalten, über deren Innhalt Sie das Gutachten der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation erwartet. Sie verbleibt übrigens sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen wohl zugethan. Signatum Rastatt den 4ten May 1798.

Franz Georg Carl
(L. S.) Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch-kaiserlichen Majestät zu dieser Reichs-Friedens-Deputation verordneten höchstansehnlichen Commission wegen dem hochlöblichen kurmainzischen Directorio der Reichs-Friedens-Deputation einzuhändigen.

Præsent. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 4ten May 1798.

Anlage zur hundert und neun und siebenzigsten Beylage.

Copie d'une Note des Ministres plénipotentiaires de la République française, à S. E. M. le Comte de Metternich, datée de Rastadt le 14. Floréal an 6.

La Cession de la rive gauche du Rhin, l'adoption du principe des sécularisations, pour fournir des indemnités, ne laissent actuellement à discuter qu'un mode d'exécution de ces deux bases formellement réconnues.

La Députation de l'Empire a observé avec justesse que pour connaître la masse de l'indemnité, il fallait d'abord établir une masse des pertes; elle désire en conséquence qu'on s'explique sur ce point, et sur toutes autres prétentions qui pourraient être formées.

Les demandes des Ministres plénipotentiaires de la République française, seront simples et fondées sur l'avantage commun des deux Peuples; il suffit en quelque manière de les énoncer pour en faire sentir toute la convenance. La Députation trouvera au surplus dans la présente Note, une réponse suffisante à presque toutes les questions contenues dans ses précédentes communications.

La Navigation du Rhin sera commune aux deux Nations, et les autres peuples ne pourront y participer qu'avec le consentement réspectif, et aux conditions agrées par l'une et l'autre.

Les Chemins de hallage seront entretenus par les riverains de chaque côté, sans qu'on puisse faire sur l'une des deux rives, des travaux qui pourraient endommager la rive opposée.

Le transit sur l'un et l'autre Chemin de hallage sera libre; et tous les droits de péage seront supprimés: les marchandises seront sujettes seulement aux droits de douane établis dans les Pays, et perceptibles au moment du débarquement, sans néanmoins que les droits sur une rive puissent excéder ceux qui seront établis sur l'autre.

Les Isles du Rhin resteront à la République.

L'avantage immense qui doit résulter d'une navigation libre, fait justement espérer que la Députation ne trouvera pas moins convenable de rendre aussi libre pour les deux Nations la navigation des rivières qui aboutissent au Rhin, et celle des grands fleuves d'Allemagne, notamment du Danube.

Au moyen de ces arrangemens, la République ne conservera de ce côté que le fort de Kehl et son territoire.

On doit sentir que ce n'est pas par un désir d'aggrandissement que la République fait la réserve de cet objet: mais bien pour sa sureté, sa tranquilité, et pour prévenir dans la suite toute occasion de rupture.

Un motif non moins impérieux exige la démolition du fort d'Ehrenbreitstein, dont l'existence est en quelque manière incompatible avec celle de Coblence.

On ne parle pas du Fort de Caſſel et de ſes dépendances. Ce poſte ne peut être conſideré que comme une partie des Fortifications de Mayence; il ne peut donc pas en être ſéparé.

Enfin la République demande que le Pont-commercial entre les deux Briſacs ſoit rétabli, et qu'il lui ſoit cédé un terrain de cinquante Arpens en face de l'ancien Pont-d'Huningue, avec le Chemin néceſſaire pour y arriver. Ses Troupes évacueront tous les autres pays de la droite immédiatement après la concluſion et la ratification du traité.

Il ne reſte plus qu'à indiquer celles des poſſeſſions de la rive gauche, qui doivent être remplacées ſur la rive droite. Les Miniſtres de la République françaiſe ne penſaient pas qu'il dût être néceſſaire de s'expliquer ſur ce point, la Députation n'ayant jamais pu ſe diſſimuler que tout ce qui appartient aux Princes, Etats de l'Empire, et nobles immédiats doit être transféré ſur la droite. Par une conſéquence néceſſaire, et conformément aux principes univerſellement reçus, les Dettes dont ces objets ſont grévés, feront transportées ſur les objets donnés en remplacement.

Il eſt bien entendu que l'Empire rénonce à toute eſpèce de prétention, de quelque nature qu'elle ſoit, même à la faculté de prendre les titres qui ont pu être aſſis ſur les objets cédés.

Les mêmes rénonciations auront lieu pour le territoire et en faveur des Républiques alliées de la République françaiſe.

Il n'échappera pas à la Députation que les articles propoſés ſont les ſeuls qui puiſſent opérer un ordre de choſe ſtable, et une paix ſolide, telle que les deux Nations doivent la déſirer.

On n'a pas beſoin ſans doute de faire une réſerve à raiſon de répetitions particulières de ſommes d'argent, de mobilier, ou autres preſtations dont quelques Etats pourraient être tenus envers la République françaiſe. Il ne s'agit ici que de ce qui peut concerner l'Empire germanique, et nullement d'obligations particulièrement contractées, et qui de leur nature, ſont étrangères à l'Empire.

Les Miniſtres plénipotentiaires de la République françaiſe ne ſauraient prévoir d'objections fondées contre des demandes également moderées et convenables: Ils attendent une prompte réponſe; le moment des temporiſations eſt paſſé; ils prient le Miniſtre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur, d'agréer l'aſſurance de leur conſidération la plus diſtinguée.

Signé: *Treilhard*, *Bonnier*.

Hundert und achtzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die allgemeine Reichs-Versammlung, de dato Rastatt den 5ten May 1798.

[180]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 7. Maji 1798.

Einer hochlöblichen allgemeinen Reichs-Versammlung wird andurch die unterm 21ten April an die französische Gesandtschaft erlassene Note unter Buchst. A, * dann die unterm 14. Floréal (3ten May) hierauf erfolgte französische Gegen-Note unter Buchst. B. ** mitgetheilt. Letztere wird von der Reichs-Friedens-Deputation nunmehr in Berathung genommen, und deren Resultat alsdann der allgemeinen Reichs-Versammlung weiter eröffnet werden.

Signatum zu Rastatt den 5ten May 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Hundert und ein und achtzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 5ten May 1798.

[181]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 7. Maji 1798.

Der römisch kaiserlichen Majestät unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen ausserordentlichen Reichs-Friedens-Deputation gebührend unverhalten:

Die Reichs-Friedens-Deputation habe beschlossen, der allgemeinen Reichs-Versammlung von der diesseitigen Note vom 21ten vorigen Monats und von der französischen Gegen-Note vom 14. Floréal (3ten May) durch die abschriftlich anliegende Anzeige Nachricht zu ertheilen.

* Siehe die Anlage zu [177] Seite 2. ** Siehe die Anlage zu [179] Seite 5.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 5ten May 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Hundert und zwey und achtzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz; de dato Rastatt den 14ten May 1798.

[182]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 16. Maji 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen ausserordentlichen Reichs-Deputation gebührend unverhalten:

Die Reichs-Friedens-Deputation sey des Dafürhaltens, daß auf die weitere Note der französischen Gesandtschaft vom 14. Floréal (3ten May) zu erwiedern sey:

[Hier ist das Conclusum der 45ten Sitzung von den Worten: **Der Reichs-Friedens-Deputation sey erwünscht gewesen** :c. — **hiemit angelegenst ersuchen** — (siehe Prot. Th. II. Seite 91-105) wörtlich eingerückt.]

Die Reichs-Friedens-Deputation halte diese detaillirte Darstellung des bey jedem Puncte eintretenden besondern Verhältnisses für unumgänglich nothwendig, und dürfe bey der großen Wichtigkeit dieser an die französische Gesandtschaft zu bringenden Bemerkungen an der dießfallsigen Vereinigung einer höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz nicht zweifeln.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 14ten May 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Hun-

Hundert und drey und achtzigste Beylage.

Französische Vollmacht für den bevollmächtigten Minister Jean Debry, de dato Paris den 29. Floréal an 6. (18ten May 1798.)

[183]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 15. Junii 1798.

Extrait des Regiſtres des Arrêtés du Directoire exécutif du 29. Floréal an 6. de la République françoiſe une et indiviſible.

Le Directoire exécutif arrêté ce qui ſuit:

Art. 1.

Le Citoyen Jean Debry, Membre du Conſeil des cinq cents, eſt nommé Miniſtre plénipotentiaire de la République françaiſe au Congrès de Raſtadt en remplacement du Citoyen Treilhard, élû Membre du Directoire exécutif.

Art. 2.

Il eſt inveſti pour cet effet de tous les pouvoirs précédemment attribués au Citoyen Treilhard.

Art. 3.

Le préſent arrêté ne ſera pas imprimé, le Miniſtre des Rélations exterieures eſt chargé de ſon exécution.

Pour expedi·ion conforme; ſigné: Le Préſident du Directoire exécutif, Merlin.
Par le Directoire exécutif, (L. S.) ſigné: Le Sécretaire-général, Lagarde.
Pour Copie conforme, ſigné: Le Miniſtre des Rélations extérieures,
Ch. Man. Talleyrand.
Par le Miniſtre, ſigné: Le Sécretaire-général des Rélations extérieures,
ſigné: Paganel.
Pour Copie conforme.
Les Miniſtres plénipotentiaires de la République françaiſe au Congrès
(L. S.) *Bonnier*, *Jean Debry.*
Par les Miniſtres plénipotentiaires,
Le Sécretaire de la Légation françaiſe, Roſenſtiel.

Dem Directorio Deputationis durch den bevollmächtigten Minister Jean Debry am 15ten Juny 1798. Morgens um 11 Uhr im kurmainzischen Quartiere übergeben.

Hundert und vier und achtzigste Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 16ten Juny 1798.

[184]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 17. Junii 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Commission unverhält andurch der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation, daß der neuangekommene bevollmächtigte Minister der französischen Republik, Jean Debry, mittels des abschriftlich beyliegenden Auszuges des Schlüsse-Registers des vollziehenden Directoriums der Republik vom 29. Floréal (18ten May) in erwähnter Eigenschaft der kaiserlichen Plenipotenz sich vorgestellt habe, auch von Derselben hierinn erkannt worden seye. Hievon habe Dieselbe Anlaß genommen, dem neuen Bevollmächtigten die Erinnerung zu machen, daß es nunmehr auch an der Zeit seyn werde, die wegen einiger Schreibe-Unrichtigkeiten zurückgesendete zweyte Ausfertigung der mit der Klausel: pour conclure et signer versehenen französischen Vollmacht durch eine berichtigte dritte Fertigung zu ersetzen. — Womit die kaiserliche höchstansehnliche Commission sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen stäts zugethan verbleibt.

Signatum zu Rastatt den 16ten Juny 1798.

Franz Georg Carl,
(L. S.) Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch-kaiserlichen Majestät zu dieser Reichs-Friedens-Deputation verordneten höchstansehnlichen Commission wegen dem hochlöblichen kurmainzischen Directorium der Reichs-Friedens-Deputation einzuhändigen.

Præs. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 16ten Juny 1798.

Anlage.

(Ist die mit [183] ganz gleichlautende Abschrift der Vollmacht für den bevollmächtigten Minister Jean Debry.)

Hundert und fünf und achtzigste Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 22ten May 1798.

[185]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 23. Maji 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zur gegenwärtigen Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Commission fand keinen Anstand, das Gutachten der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation vom 14ten dieses, zur Beantwortung der Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 3ten dieses Monats (14. Floréal) nach seinem ganzen Innhalte zu genehmigen. In Folge dieser Genehmigung erließ sie unterm 18ten dieses an erwähnte Minister eine Gegen-Note, welche Sie der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation in beyliegender Abschrift mittheilt. Sie bleibt übrigens sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen stäts zugethan.

Signatum zu Rastatt den 22ten May 1798.

Franz Georg Carl,
(L. S.) Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch-kaiserlichen Majestät zu dieser Reichs-Friedens-Deputation verordneten höchstansehnlichen Commission wegen dem hochlöblichen kurmainzischen Directorio der Reichs-Friedens-Deputation einzuhändigen.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 22ten May 1798.

Anlage zur hundert und fünf und achtzigsten Beylage.

Abschrift der Note des Herrn Grafen von Metternich Excellenz, an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, de dato Rastatt den 18ten May 1798.

Dem Unterzeichneten, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, ist es erwünscht gewesen, in der jüngsten Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 3ten May (14. Floréal) wahrzunehmen, daß dieselbe nunmehr auch mit Ihnen die Ueberzeugung theilen, wie sehr, um die nach den diesseitigen vordern Erklärungen möglichst zu beschränkende Masse der Entschädigungen zu bestimmen, es nothwendig sey, daß man sich auch vordersamst über die Masse des Verlustes vereinige.

Dagegen hat es Ihnen höchst unerwartet und niederschlagend seyn müssen, in der gedachten Note neue und sogar solche Forderungen zu finden, welche in Beziehung auf das Reich im Ganzen selbst jene Aufopferungen übertreffen, zu deren Anerkennung man bereits sich zu verstehen gedrungen worden ist, und welche man als den schmerzlichen aber auch äussersten Preis angesehen hat, wofür dem Reiche der Friede zu erkaufen sey, — Forderungen, welche noch überdieß die künftige Sicherheit Deutschlands offenbar untergraben würden.

Man wird gegenwärtig den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik alle jene aus der Natur der Sache geschöpfte wichtige Gründe, welche sich der Bewilligung dieser Forderungen entgegenstellten, so wie die ausführliche weitere Beantwortung der gedachten Note, in dem stäten Vertrauen auf die Mäßigung und Gerechtigkeit des französischen Gouvernements, mittheilen. Man hält sich überzeugt, auch für die bevollmächtigten französischen Minister werden diese Gründe und Aufklärungen so einleuchtend seyn, daß auch ihrer Seits sich den diesseitigen Anträgen genähert und hierdurch eine Vereinigung baldig bewirket werde, auf welche Deutschland schon so lange mit Sehnsucht hoft, und welche herbeyzuführen man schon so viele schwere Opfer gebracht hat.

Um der in der jüngsten Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik angenommenen Ordnung der Gegenstände einigermaßen zu folgen, muß man sich vordersamst über die Art äussern, in welcher Sie sich über die Cession des linken Rhein-Ufers ausdrückten. Es kann ihrer Erinnerung nicht entgangen seyn, daß man in der Note vom 11ten März der Friedens-Basis, nach welcher der Lauf des Rheins die Gränze beyder Staaten ausmachen solle, blos in der Art beygetreten sey, daß man sich über die in den 18 Puncten der Note vom 3ten März enthaltene Modificationen vereinbare, und daß die beyden andern Voraussetzungen der Note vom 11ten März eintreten würden. Wenn man nun auf solche Weise den Lauf des Rheins als Gränze endlich hat nachgeben wollen, so hat man dabey nothwendig unterstellt, daß (dem bey Völker-Verträgen herkömmlichen Grundsatze gemäß) der Gränz-Fluß zwischen zwey Staaten entweder beyden gemein seyn, oder eine Ideal-Linie die Gränze zwischen beyden ausmachen müsse.

Diesem Grundsatze des Völkerrechts getreu, hat man in dem ersten der am 3ten März übergebenen 18 Puncte nicht nur nach dem Vorgange älterer Friedens-Schlüsse die Hälfte des Rhein-Stroms als Gränze angenommen, sondern noch bestimmter dahin angetragen, daß der Art. 18. des Ryswicker und der Art. 6. des Badner Friedens bey der fernern Negociation zum Grunde gelegt werden möge; die bevollmächtigten Minister der französischen Republik aber haben in ihren Noten, in welchen von Bestimmung der künftigen Gränzen zwischen Deutschland und Frankreich die Rede ist, nur vom Rheine und dessen Laufe im Allgemeinen Erwähnung gethan, auch in der Note vom 10ten Februar (22. Pluviose) ausdrücklich gesagt:

„La cession de ce qui est au delà du Rhin, voilà la base.“

Diese Sprache haben Sie in der Folge nicht geändert, als in den diesseitigen Mittheilungen, um deshalb allem Mißverständniß zuvorzukommen, ausdrücklich bemerkt worden ist, daß durch den Lauf des Rheins nur die Mitte des Stroms verstanden werden könne; vielmehr ist dieses in der Note vom 15ten März (25. Ventose) als bekannt angenommen worden. Man kann sich demnach nicht überreden, daß die französischen bevollmächtigten Minister nicht auch ihres Ortes die Absicht haben sollten, die Gränz-Linie zwischen beyden Nationen in der Mitte des Rheins anzunehmen, und es mußte daher um so mehr befremden, daß Ihre jüngste Note sämmtliche Rhein-Inseln für die französische Republik verlange. Der größte Theil dieser Rhein-Inseln gehört den anliegenden Gemeinden, welche sie als Gemeinds-Güter benützen; einige auch einzelnen Personen. Am Mittel-Rheine tragen viele Familien dergleichen zu Lehen, und nur die wenigsten gehören zu der Klasse fürstlicher Cameral-Güter. Viele derselben sind bewohnt, bestehen aus Buschwerk, Wiesen, und gutem Acker-Felde, und alle zusammengenommen würden ein sehr beträchtliches Object ausmachen. In vielen Gegenden, besonders der rechten Rhein-Seite, würde man aber ganz ausser Stande seyn, die zum Ufer-Baue erforderliche Faschinaden herbeyzuschaffen und zu unterhalten, wenn die Rhein-Auen mit ihren Gebüschen für das rechte Rhein-Ufer verlohren gehen sollten; der Gegenstand ist also für Deutschland von großer Erheblichkeit, und der Verlust dieser sämmtlichen Inseln würde in Commercial-, Territorial- und Militär-Betrachte eine wesentliche Vergrößerung für die französische Republik ausmachen. So sehr man daher nach bekannten Grundsätzen bereit ist, diejenigen Inseln der Bothmäßigkeit der französischen Republik zu überlassen, welche auf ihrer Hälfte des Rheines liegen, so sehr muß man aber auch diesseits die auf der rechten Hälfte des Rheines liegenden Inseln der Bothmäßigkeit des deutschen Reichs und der angränzenden Landes-Herrschaften mit dem ausdrücklichen Beysatze vorbehalten, daß das Privat-Eigenthum und dessen Gränzen auf den beyderseitigen Inseln stets unverrückt bleibe. In den Gegenden, wo der Haupt-Fluß des Rheins seinen Gang selten oder gar nicht ändert, nämlich am Mittel-, und meistens auch am Unter-Rheine, kann diese Gränz-Linie keine Schwierigkeit haben; am Ober-Rheine hingegen hat der sogenannte Thalweg, oder der eigentliche schiffbare Theil des Rheins, diese Hoheits-Gränze bestimmt, und nach Leitung dieses Thalwegs ist auch die Rhein-Gränze von Hüningen bis an die pfälzischen Lande in neuern Zeiten zwischen den französischen und deutschen reichsständischen Commissarien förmlich dergestalt berichtiget worden, daß, was an den Inseln durch Veränderung des Thalwegs vom Eigenthume der rechten Rheinufer-Bewohner auf die linke Seite des Thalweges komme, unter französische Hoheit — und hinwieder dasjenige unter deutsche Hoheit komme, was durch diese Veränderung auf die rechte Seite falle. Es wird also nunmehr auf die Bestimmung ankommen, ob in Ansehung der auf der linken Hälfte des Rheins liegenden, der

französischen Republik bis jetzt noch nicht unterworfenen Inseln, die Stroms-Mitte oder der Thalweg die Hoheits-Gränze zwischen Deutschland und Frankreich ausmachen solle; im ersten Falle würde die Ideal-Gränz-Linie durch manche Inseln gehen, und alsdann räthlicher seyn, daß man dergleichen Inseln in der zu treffenden dießfallsigen detaillirtern Uebereinkunft dem einen oder dem andern Theile wechselweise ganz überlasse.

Wenn aber aus diesen Gründen schon deutlich erhellet, von welchem grossen Werthe für Deutschland es sey, daß gerade die Hälfte des Rheins die Gränze beyder Nationen ausmache, so werden die bevollmächtigten Minister der französischen Republik gewiß von selbst ermessen, wie sehr die weitern Forderungen in ihrer neuesten Note — daß die Forts Kehl und Kastel (welch letzteres ohnehin nie vorhin eine Zugehör der Festung Mainz gewesen ist) ingleichem 50 **Morgen Landes, der alten Brücke von Hüningen gegenüber**, samt dem nöthigen Wege um dahin zu gelangen, an die Republik überlassen, **die Brücke zwischen den beyden Breysach** hergestellt, und die **Festung Ehrenbreitstein** geschleift werden solle, — für die Reichs-Deputation nunmehr habe erschütternd seyn müssen.

In der Note vom 28ten Jänner (9. Pluviose) haben die bevollmächtigten Minister der französischen Republik über den Grund, warum der Rhein zur Gränze verlangt werde, ausdrücklich geäussert:

„La sureté de la République exige les limites du Rhin, *la tranquillité de l'Empire* sollicite encore plus vivement ces *limites*;“

auch dabey versichert, die Forderung beruhe

„Sur un motif bien plus impérieux, motif commun aux deux puissances: *celui de pourvoir par des limites invariables à leur tranquillité future.*“

In der Note vom 3ten Februar (15. Pluviose) wird der Rhein als Gränze, „base juste, convenable, utile aux deux états“ genannt. Desgleichen in der Note vom 20ten Februar (2. Ventose):

„Base convenable et nécessaire, qui garantit encore la tranquillité future de deux états.“

Damit stimmet auch die französische Note vom 4ten März (14. Ventose) überein, wo, indem vom Rheine als der Friedens-Basis die Rede ist, ausdrücklich beygesetzt wird:

„La convenance, la justice, la nécessité en ont été demontrées dans les nótes précédentes; l'intérét commun de deux états la réclame.

Desgleichen wird in der Note vom 27ten März (7. Germinal) annoch die Versicherung gegeben:

„Que la République française n'écartera rien de ce qui sera juste et concordant avec l'intérét commun de deux nations.“

Und als man hierauf in der weitern Note vom 5ten April (16. Germinal) gleichwohl noch einmal das Ersuchen wiederholt hat, daß die französischen Minister sich

willfährig erklären möchten, keine weitre Forderung an das Reich machen zu wollen, so ist hierauf unterm 8ten April (19. Germinal) erwiedert worden:

„Sur la seconde proposition contenue dans la Note du 21. Ventose (11. Mars) dernier les Ministres plénipotentiaires de la République française declarent: qu'ils se sont déjà expliqués de manière à satisfaire tout ésprit raisonnable, quand ils ont dit, que dans le cours des discussions ultérieures ils n'écarteraient rien de ce qui serait juste et concordant avec l'intérêt commun de deux nations; ce qui suppose aussi, que de leur part ils ne feraient que des demandes, qui seraient *admissibles.*“

Nach diesen eigenen Erklärungen hat man sich keinen andern wesentlichen Zweck bey Proposition des Rheines zur Gränze ferner denken können, als diese Gränze unveränderlich zu machen, dadurch alle Nachtheile zu beseitigen, welchen Gränzen, die nicht von der Natur vorgezeichnet sind, unterliegen, (Note vom 20ten Februar, 2. Ventose) hierdurch die Ruhe für die Zukunft desto sicherer zu erhalten, und den gemeinschaftlichen Vortheil beyder Nationen zu erzielen. — Der jetzt an die Deputation gelangte Antrag ist aber diesen Absichten, — den einzigen, die den diesseitigen Beytritt zur ersten Friedens-Basis bestimmt haben, — ganz entgegen. Der Rhein würde auf solche Art aufhören, die Gränze zu seyn; auf der rechten Rhein-Seite würden mehrere Berührungs-Puncte (Points de contact) entstehen, die der Erhaltung der Ruhe höchst ungünstig seyn müßten. Erwägt man endlich die verlangten Ueberlassungen in der Eigenschaft von festen Plätzen, so wird das Verhältniß zwischen Frankreich und Deutschland nur noch weit ungleicher. — Frankreichs linkes Rhein-Ufer, durch die wichtigsten Festungen geschützt, setzt jedem, obwohl auf keine Art denkbaren Versuche eines Angriffes einen undurchdringlichen Damm entgegen. — Deutschlands Ruhe und Sicherheit hingegen schwebt in stäter Gefahr; die festen Puncte auf dem rechten Rhein-Ufer würden ihm einen stäts zum Angriff gerüsteten Nachbarn befürchten lassen, seine militärische Selbstständigkeit zerstören, und seiner Unabhängigkeit (auf deren Erhaltung das französische Gouvernement einen Werth zu legen doch selbst seiner Politik angemessen findet) ewige Fesseln anlegen, zumalen auch sogar noch die Abtragung der diesseitigen Festungs-Werke von Ehrenbreitstein, auch die Wiederherstellung der Brücke zwischen den beyden Breysach und nebst dem noch 50 Morgen Landes auf dieser Seite, der alten Brücke von Hüningen gegenüber, gefordert werden, wo doch schon die erstere Brücke durch zwey vordere Reichs-Friedens-Schlüsse abgeschafft worden, gegen die Abtragung der Ehrenbreitsteiner Festungs-Werke aber nichts ähnliches angebothen ist, mithin dieses letztere gewiß nicht als ein solches angesehen werden mag, wobey auf das gemeinschaftliche Interesse beyder Nationen Rücksicht genommen worden wäre. Alle diese bisherige Gründe nun sind gewiß zu sehr selbstsprechend, als daß die bevollmächtigten Minister der französischen Republik solchen nicht Gerechtigkeit wiederfahren lassen, und sich nicht überhaupt mit der diesseitigen Erwartung dahin vereinigen sollten, daß der Rhein die künftige Scheidewand beyder

Staaten ausmachen, und keiner seine Souverainetät auf das entgegengesetzte Ufer ausdehnen möge; wobey man alsdann jede andere reservirende Auswege und Vorsichten mit anzugehen, vollkommen bereit ist, durch welche beyde contrahirende Theile über ihre gegenseitige Sicherheit möglichst beruhigt werden könnten. Dieß ist gewiß der mäßigste Antrag, den eine Nation, welche nach einem unglücklichen Kriege in dem Frieden kein anderes Glück, als künftige Ruhe sucht, nur immer machen kann.

Man ist dagegen andererseits bereit, allen denjenigen Anträgen beyzupflichten, welche als natürliche Folgen der solchergestalt bestimmten Rhein-Gränze und der Gemein-Herrschaft über diesen Fluß zu betrachten kommen. Der Vorschlag wegen des **Leinpfades** findet daher als eine gemeinnützige Einrichtung, welche keine Veränderung in Ansehung des Eigenthumes, der Gerichtsbarkeit und der Ober-Bothmäßigkeit hervorbringt, nach Nothdurft und Möglichkeit keinen Anstand.

Eben so zweckmäßig und dem Art. 18. des Ryswicker und 6ten des Badner Friedens gemäß findet man auch den wegen des **Uferbaues** geschehenen Antrag, und getröstet sich um so gewisser der hierunter geschehenen Zusicherung, als die Wasser-Bäue auf dem linken Rhein-Gestade den tiefer liegenden lockern Landen des rechten hin und wieder nachtheilig werden würden; weswegen sich dann auch von selbst versteht, daß den Besitzern der Privat-Gründe unverwehrt bleiben müsse, ihr Eigenthum durch Dämme und sonstige Versicherungen gegen das Eindringen des Wassers und der sogenannten Giesen zu verwahren, sofern solches nur dem Haupt-Strome und der Schiffahrt nicht hinderlich ist. Da es auch in vielen Gegenden des rechten Rhein-Ufers an Steinen und andern Wasser-Baumaterialien fast gänzlich fehlt, das linke Rhein-Ufer aber hieran Ueberfluß hat, so wird man sich die Baumaterialien, Steine, Faschinen, Holz-Stämme rc. gegen billige Vergütung wechselseitig nach Bedürfniß zukommen lassen müssen. Der Grundsatz, daß beyden Nationen **das gleiche Recht der Schiffahrt** auf dem Rheine zustehen solle, stimmt mit dem 1ten und 16ten Artikel der diesseitigen Note vom 3ten März ganz überein; nur ist der daselbst geäusserte Wunsch unberührt geblieben, daß nämlich durch eine gemeinsame Uebereinkunft mit der batavischen Republik auch die freye Schiffahrt auf dem Rheine bis zu seinem Ausflusse sicher gestellt werden möchte, und dagegen die Einschränkung vorgeschlagen worden, andere Nationen nur mit **beyderseitiger gemeinschaftlicher** Bewilligung, und unter beyderseits beliebten Bedingungen, daran Antheil nehmen zu lassen. Es pflegten aber nur die Schweizer am Ober-Rheine und die Niederländer am Unter-Rheine den Rhein mit ihren Schiffen zu befahren.

Der fernere Vorschlag der Abschaffung der **Rhein-Zölle** (droits de péage) scheint zwar allerdings dem Handel Vortheil verschaffen zu können; dagegen ist aber zu besorgen, daß, wenn die Fluß-Einkünfte wegfallen, die hie und da nicht wenig kostbare Unterhaltung der Wasser-Straße in fahrbarem Stande unterbleiben möge. Sollte diese Besorgniß, auch der Umstand, daß die Zoll-Einkünfte vielen Gläubigern verhypo-

hypothecirt sind, nicht überwiegen; so wird jedoch diese Aufhebung alsdann auch auf die batavische Republik auszudehnen und zu mehrerer Begünstigung der Handels-Freyheit auch die Stappel-Rechte nebst dem Schifferzunft-Zwange zu supprimiren seyn.

Wenn übrigens noch die jüngste französische Note den weiteren Antrag enthält, daß die Waaren blos den in den Ländern errichteten Einfuhr-Zöllen (droits de douane) unterworfen bleiben, und diese beym Ausladen entrichtet werden sollten; doch so, daß sie auf dem einen Ufer jene des andern nicht übersteigen dürfen, so ist es zwar unverkennbar gut, wenn sich beyde Nationen über gewisse Grundsätze bey Verzollung der einzuführenden Waaren vergleichen; ganz gleich würden aber nach dem jenseitigen Vorschlag diese Abgaben auf den beyden Ufern nicht seyn können; denn um diese Gleichheit zu bewirken, würde ein gemeinsamer uniformer Tarif ohne Unterschied in jedem größern oder kleinern am Rheine liegenden Staate eingeführt werden müssen. Der Hauptzweck dieser Mauth-Abgaben ist aber ihrer Natur nach nicht sowohl, Cameral-Gefälle zu bilden, mithin blos Geld in die Kassen zu bringen, als vielmehr hierdurch, nebst Deckung der Unkosten, die der Staat in Commercial-Hinsichten auf Leinpfade, Straßen, Brücken und nöthiges Personale zu machen hat, ein Mittel zu überkommen, wodurch der Staat zum Besten seiner Bürger, zur Aufnahme eigener Manufacturen und Fabriken, und zur Belebung der Industrie den Handel leiten könne. Der Staat erreicht diese Absicht durch die Mauthen, wenn er manchen Artikeln den Eintritt erleichtert, andern erschwert, je nachdem sie entbehrlich oder unentbehrlich, roh oder verarbeitet, überflüßig oder selten vorhanden sind. Wenn diese Mauthen aber nun auf einmal auf dem ganzen rechten und linken Rhein-Ufer dergestalt gleich seyn sollten, daß sie niemal ohne beyderseitige Einwilligung geändert werden könnten, so würde dieses bey so vielen am rechten Rhein-Ufer liegenden größeren und kleineren Staaten, neben und hinter denen noch überdieß wieder so viele andere kleinere und größere Staaten liegen, die mithin auch so verschiedene Interesse, Bedürfnisse und Hinsichten haben, so leicht und ohne die genaueste Prüfung des Détails nicht auszuführen seyn. Es ist an sich ganz klar, daß es das Interesse jedes Reichs-Standes sey, hierinn nach seiner individuellen Lage und den Bedürfnissen seines Staates Abänderungen treffen zu können; oft auf die Einfuhr von Gegenständen Straf-Verbothe zu legen, auf welche ein benachbarter Staat Prämien setzt.

Es wird daher ein auf dem rechten Rhein-Ufer einzuführendes einförmiges Mauth-Tarif, das jenem auf dem linken gleich ist, allerdings viele gegründete Schwierigkeiten erzeugen.

Aus diesen sowohl, als aus den über die Rhein-Schiffahrt, den Leinpfad, den Uferbau und die Rhein-Zölle vorgetragenen ausführlichen, aus den Verhältnissen Deutschlands geschöpften Bemerkungen erhellet, was für manchfältige local- und andere höchstwichtige Rücksichten bey diesen Gegenständen eintreten, welche auf den ganzen deutschen Handel den wesentlichsten Bezug haben; wie schwer es seyn werde,

Einrichtungen abzuändern, die seit Jahrhunderten bestanden haben, und die den wesentlichsten Einfluß auf das Gewerbe und den Wohlstand der Länder auf beyden Seiten des Flusses in einer sehr weiten Ausdehnung haben, und wie wenig möglich es sey, ohne vorgängige gründliche Erörterung all dieser Rücksichten eine für beyde Nationen gleich vortheilhafte Uebereinkunft über diese so complicirten Gegenstände zu treffen. Da aber diese genauere Erwägung und Prüfung das Haupt-Friedens-Werk selbst nicht aufhalten darf; so glaubt man dahin antragen zu müssen, daß alle die Rhein-Schiffahrt, den Leinpfad, den Uferbau, die Zölle, (droits de péage) die Mauthen, (droits de douane) und den Handel überhaupt betreffende Puncte bis zu einem abzuschliessenden eigenen Handels- und Schiffahrts-Tractate auszusetzen, in solange aber alles noch einsweilen in statu quo zu belassen sey. Der hiebey aber von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik noch weiter geäusserte Wunsch allgemeiner Schiffahrts-Freyheit auf den in den Rhein sich ergiessenden und andern großen Flüssen Deutschlands, übersteigt die Befugnisse der Reichs-Deputation.

Eine ganz neue Forderung der bevollmächtigten Minister der französischen Republik erscheint hiernächst darinn, daß zu den Besitzungen der Reichs-Stände auf dem linken Rhein-Ufer, für welche auf dem rechten Ufer Vergütungen Statt finden sollten, nunmehr auch dasjenige gerechnet werde, was der unmittelbaren Reichs-Ritterschaft gehört. Es ist nicht abzusehen, aus welchen Gründen man diese ritterschaftliche Güter und Zuständigkeiten für etwas anders als für solches Privat-Eigenthum halten könne, dessen Unverletzlichkeit in der Note vom 8ten April (19. Germinal) zugesichert worden ist. Es kann diese in Ansehung der Ritterschaft geschehene Aeusserung nur auf einer irrigen Beurtheilung ihrer Verhältnisse zum Reiche beruhen; und es ist daher um so nothwendiger, die vorgefaßte Meynung dieserhalb zu berichtigen, als das Beharren auf derselben mit unabsehbaren Schwierigkeiten verbunden, der Gegenstand von ungemein groser Wichtigkeit ist, und eine etwaige Vergütung auf dem rechten Rhein-Ufer jede anzunehmende Entschädigungs-Masse erschöpfen helfen, und mithin selbst den Zweck der Entschädigungen gröstentheils vereiteln würde.

Diese unmittelbare Adelichen sind nämlich keine Stände des Reichs, haben kein Stimm-Recht auf Reichs- und Kreis-Tägen, mithin auch nicht mehr Theil am Kriege und Frieden als andere Reichs-Unterthanen; sie unterscheiden sich von dem mittelbaren Adel und übrigen Reichs-Unterthanen dadurch, daß sie ohne Mittel unter Kaiser und Reiche stehen, und keiner Landes-Hoheit irgend eines Reichs-Standes unterworfen sind; ihre Eigenthums-Rechte sind mit den französischen Gesetzen ganz verträglich; der unmittelbare Adel, wovon hier die Frage ist, macht zwey ganze Cantone aus, nämlich die Cantone Ober- und Nieder-Rhein; beyde haben alle ihre Besitzungen auf der linken Rhein-Seite; der Canton Ober-Rhein ist von dem Rheine, der Queich und der Nahe begränzt; der Canton Nieder-Rhein aber hat seinen Bezirk von der Nahe an abwärts. Die ritterschaftlichen Besitzungen selbst hingegen in diesen

beyden Cantonen sind einzeln in allen reichsständischen Landen zerstreut; sie bestehen bald aus einem Hofe, bald aus einem Hause in einer Stadt oder einem Dorfe; sehr oft aus blosen Feldern, die unter den übrigen Aeckern zerstreuet liegen; aus Zehenden, Gülten und andern Gefällen; nur wenige ganze Orte sind ritterschaftlich. Mehrere gräfliche Familien, die von einigen Besitzungen Reichs- und Kreis-Anschläge bezahlen, auch davon in Reichs-Grafen-Curien Sitz und Stimme haben, gehören übrigens mit ihren Gütern zu diesen Ritter-Cantonen, und diese sind es hauptsächlich, welche mehrere ganze ritterschaftliche Orte besitzen. Nebst diesen Grafen giebt es nur sehr wenige Unmittelbare von adelichen Familien, welche einige beträchtliche ganze Orte haben; ausser diesen letztern hat der Canton Ober-Rhein wohl keine 20 Ortschaften, welche ganz Einem von Adel gehören, einige sind ganerbschaftlich, nämlich mehreren von Adel gemein; dann besitzen auch Reichs-Stände, Stifter, Klöster, und andere Mittelbare dergleichen ritterschaftliche Orte und einzelne Güter; diese letztere geben hievon, so wie alle ritterschaftliche Güter-Besitzer, ihre Steuern an den Canton. Die unmittelbare Eigenschaft einer Menge solcher Güter wird noch von den Reichs-Ständen, in deren Landen sie liegen, bestritten; kann also nicht für richtig angenommen werden; aber auch selbst da, wo die Ritterschaft ganze Orte hat, und wo ihre Unmittelbarkeit anerkannt ist, erhebt der einzelne Adeliche von seinen Unterthanen keine Steuern, und die Reichs-Stände exerciren meistens in solchen Orten ein und die andere höhere Rechte. Das Haupt-Einkommen der unmittelbaren Reichs-Ritter besteht daher in ihren eigenen Gütern, Zehnden und andern Gefällen; ihre Einkünfte von Jurisdictionalien (droits seigneuriaux et féodeaux) sind meistens unbedeutend. Es sind demnach diese unmittelbaren Adelichen nicht anderst, als blose Propriétaires von Privat-Gütern anzusehen, und da nach Tit. 12. § 335. der französischen Constitution selbst Fremde, ohne in der französischen Republik etablirt oder selbst Bürger zu seyn, in derselben Güter besitzen, erben, kaufen und darüber disponiren können, so muß auf die Unmittelbare von Adel, in Hinsicht auf ihre auf dem linken Rhein-Ufer gelegene eigene Güter, allerdings dasjenige angewendet werden, was die französische Note vom 5ten April (19. Germinal) mit den Worten bestimmt zusichert:

„Que la conservation des propriétés des particuliers n'a jamais pu être l'objet d'un doute sérieux."

Und das französische Gouvernement wird um so weniger gemeynt seyn, diese Güter und Zuständigkeiten der Privaten ihren rechtmäßigen Eigenthümern zu entziehen, als nach dem europäischen Völker-Rechte dergleichen Besitzungen niemals mit dem domaine de la nation, à laquelle la cession est faite, vereinigt werden können, und die französische Note vom 10ten Februar (22. Pluviose) einen solchen Anspruch auch nur auf die domaines des princes exerçants la souveraineté macht.

In Betreff der Schulden, deren gänzliche Uebertragung von den Landen des linken auf das rechte Rhein-Ufer die jüngste französische Note ferner gesinnet, ist es

von jeher allgemein hergebracht, daß Schulden, welche auf Ländern hafteten, die durch einen Friedens-Schluß unter eine andere Bothmäßigkeit kommen, von derjenigen Macht übernommen werden, die solche Laude erhält. Dieser Grundsatz ist auch noch zuletzt in dem Tractat von Campo Formio befolgt worden; es läßt sich daher dieser Antrag mit den Gründen des Völker-Rechts und der Billigkeit nicht vereinigen, und er ist ohnehin bey der bekannten Lage der Dinge in der Anwendung ganz unmöglich. Man darf demnach erwarten, daß bey einer hinlänglichen Auseinandersetzung der Rechts-Gründe und der unübersteiglichen Schwierigkeiten, die sich dem dieserhalb geschehenen Antrage entgegenstellen, die französischen bevollmächtigten Minister auf demselben weiter nicht zu bestehen gemeynt seyn werden.

Von Schulden, welche einzelne Gemeinden, Aemter, Ober-Aemter und Landschaften für sich gemacht haben, ist wohl keine Frage; nur diejenigen können solche Schulden bezahlen, welche sie contrahiret haben; die Absicht des französischen Gouvernements wird auch nicht seyn, mit eigentlichen und blosen Land-Schulden, welche auf den Land-Steuerkassen liegen, und blos zum Bedürfniß des Landes nach der Form, Gewohnheit und Verfassung eines jeden derselben gemacht worden sind, die steuerpflichtigen Einwohner anderer unschuldigen Provinzen zu belasten. Es können also hierunter nur die hypothecirten Cameral- und Domainen-Schulden verstanden seyn; aber auch gegen deren Uebertragung auf etwaige Entschädigungs-Objecte des rechten Rhein-Ufers streiten die stärksten Gründe.

a.) Diese Schulden sind in Ansehung ihrer Entstehung und Verwendung von so verschiedener Art, daß es gegen alle Billigkeit anstoßen würde, sie indistincte und ohne alle Ausnahme den Schuldnern heimzuweisen, oder gar auf unschuldige diesseits rheinische Lande zu werfen, z. B. Kammer-Schulden, die der Regent zum Besten des Landes contrahirt hat, und welche folglich wahre, von dem neuen Regenten zu übernehmende Landes-Schulden sind.

b.) Würden auch die beschädigte und schuldende Reichs-Stände mit Domainen anderer Lande entschädigt, so sind diese letztere gewiß auch schon mit Schulden beladen, auch zu andern Staats-Ausgaben bestimmt.

c.) Würden die Glaubiger, welche auf die hypothecirten Unterpfänder den gerechtesten Anspruch haben, hiedurch in ihrer Sicherheit beträchtlich gefährdet.

d.) Die Unterthanen auf dem diesseitigen Rhein-Ufer würden in Entstehung anderer wenig zu findenden Quellen mit Abgaben zu Tilgung solcher fremden Schulden gequält werden, wovon sie keinen Nutzen gehabt hätten.

e.) Würden durch Uebertragung der Cameral-Schulden auf diesseitige Objecte die Entschädigungs-Gegenstände depretiirt, folglich eine Vermehrung derselben gefordert werden, hieraus aber die Inconsequenz entstehen, daß, wer mit den meisten jenseitigen Schulden beladen ist, auf eine verhältnißmäßig größere Vergütungs-Masse an Landen und Leuten Anspruch machen könne.

f.) Zudem ist von einigen und gerade von den beträchtlichsten deutschen Landen auf dem linken Rhein-Ufer bekannt, daß keine Passiv-Schulden auf denselben haften; von andern aber, daß ihre Schulden sehr unbedeutend sind, so, daß also für die französische Republik die obgleich an sich starke Schulden der übrigen deutschen Lande im Ganzen weit weniger Betracht verdienen; wogegen die Lande auf dieser Rhein-Seite, welche Deutschland von der französischen Republik zurückerhält, dermassen zu Grund gerichtet sind, daß vielleicht ein Jahrhundert nicht hinreichen wird, sich von ihren eigenen Schulden zu erholen, sie also um so weniger im Stande sind, auch noch fremde Schulden zu tragen, und zu verzinnsen.

Die bevollmächtigten Minister der französischen Republik haben endlich in ihrer jüngsten Mittheilung der Renunciationen gedacht, welche sie in Beziehung auf dasjenige verlangen, was von dem deutschen Reiche cedirt werden solle. So, wie nun diese Verzichtleistungen diesseits keinen Anstand finden, auch bereits zum Theil unterm 3ten März vorläufig zugesichert worden sind, eben so wenig darf man zweifeln, daß auch eine gleiche Verzichtleistung für das deutsche Reich von jenseits geschehen werde; weßwegen man wiederholter die ausdrückliche Anerkenntniß dessen gewärtigen muß, worauf in dem 3ten Puncte der Anlage zur Note vom 3ten März angetragen worden ist. So wie dann auch in Ansehung der während dem Kriege entstandenen Forderungen der französischen Republik an einzelne deutsche Stände des Reichs das im 15ten Puncte daselbst ausgedruckte Verlangen um so mehr erneuert werden muß, als dergleichen Verzichtleistungen bey Friedens-Schlüssen Herkommens sind, und es ohnehin sehr drückend seyn würde, nach so großen Aufopferungen, welche das Reich zum Besten des Ganzen und aller einzelnen Stände gethan hat, leztere noch weitern Ansprüchen und Forderungen des Krieges zu einer Zeit ausgesezt zu sehen, wo das Reich selbst schon die Früchte des Friedens geniessen würde.

Schließlich muß man die bevollmächtigten Minister der französischen Republik nochmals um Beantwortung aller in der jüngsten Note theils noch gar nicht, theils nicht erschöpfend beantworteten Puncte, sonderlich des 7. 8. 9. 11. 13. 14. 17. und 18ten, welche die Sicherheit und freye Disposition aller und jeder Eigenthümer über ihre Besitzungen und Zuständigkeiten auf der linken Rhein-Seite, — die Amnestie mit ihren Folgen, — die Versorgung der durch die neue Organisation ihre Existenz verlierenden geist- und weltlichen Personen, — die Nicht-Anwendung der Emigrations-Gesetze auf die cedirten Lande, — auch die für Elsaß und Lothringen insbesondere nöthigen Verfügungen betreffen, hiermit angelegenst ersuchen.

Unterzeichneter erneuert den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik die Versicherung seiner ausgezeichnetesten Hochachtung.

Hundert und sechs und achtzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die allgemeine Reichs-Versammlung, de dato Rastatt den 16ten Juny 1798.

[186]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 17. Junii 1798.

Gleich nachdem die Reichs-Friedens-Deputation eine ausführliche Antwort auf die französische Note vom 14. Floréal (3ten May) beschlossen, und herkömmlichermaßen an die höchstansehnliche kaiserliche Plenipotenz gebracht hatte, ist der zeitherige bevollmächtigte Minister der französischen Republik, Treilhard, zum Mitgliede des vollziehenden Directoriums erwählt worden, und von hier nach Paris abgegangen. Der zu seinem Nachfolger ernannte Bürger Jean Debry, Mitglied des Raths der Fünfhunderte, ist hierauf am 12ten l. M. dahier eingetroffen, und hat sich gestern sowohl bey der kaiserlichen Plenipotenz, als dem kurmainzischen Deputations-Directorium, mittels Zurücklassung vidimirter Vollmachts-Copieen, wovon eine Abschrift in der Anlage Buchst. A. * beykömmt, legitimirt. Die Reichs-Friedens-Deputation will bey Gelegenheit dieser Anzeige zugleich diejenige Antwort der allgemeinen Reichs-Versammlung abschriftlich unter Buchst. B. ** andurch nachtragen, welche die kaiserliche höchstansehnliche Plenipotenz der französischen Gesandtschaft auf deren obengedachte Note unterm 18ten v. M. zugefertigt hat, und worauf die weitre französische Erklärung dermalen gewärtigt wird. Signatum zu Rastatt den 16ten Juny 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Hundert und sieben und achtzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 16ten Juny 1798.

[187]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 17. Junii 1798.

Der römisch kaiserlichen Majestät unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen kaiserl. Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen ausserordentlichen Reichs-Friedens-Deputation gebührend unverhalten:

* Siehe die Anlage zu [183] Beyl. II. Bd. Seite 10. ** Siehe die Anlage zu [185] ebendaselbst, Seite 11.

Die Reichs-Friedens-Deputation habe sich veranlaßt gefunden, der allgemeinen Reichs-Versammlung von der gestern vollzogenen Legitimation des neuen französischen bevollmächtigten Ministers Jean Debry, dann von der am 18ten v. M. der französischen Gesandtschaft in der Friedens-Materie übergebenen Note Nachricht zu geben, weßfalls der abschriftlich anliegende Erlaß beliebt worden sey.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 17ten Juny 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Hundert und acht und achtzigste Beylage.

Französische Note vom 4. Messidor an VI. (22ten Juny 1798.)

[188]

(Ist wörtlich mit der Anlage zu [189] übereinstimmend.)

Hundert und neun und achtzigste Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 23ten Juny 1798.

[189]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 26. Junii 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Kommission hat gestern von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik die abschriftlich hier beyliegende vom 22ten Juny (4. Messidor) gezeichnete Note, in Antwort auf die diesseitige vom 18ten May, erhalten. Indem Sie nun diese Note der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation zur Erwägung und Gutachten andurch mittheilt, bleibt die höchstansehnliche kaiserliche Commission sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zur Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen wohl zugethan. Signatum Rastatt den 23ten Juny 1798.

Franz Georg Carl
(L. S.) Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch-kaiserlichen Majestät zu dieser Reichs-Friedens-Deputation verordneten höchstansehnlichen Commission wegen dem hochlöblichen kurmainzischen Directorio der Reichs-Friedens-Deputation einzuhändigen.

Præsent. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 23ten Juny 1798.

Anlage zur hundert und neun und achtzigsten Beylage.

Copie d'une Note des Ministres plénipotentiaires français, à S. E. M. le Comte de Metternich, datée de Rastadt le 4. Messidor an 6.

Les Soussignés Ministres plénipotentiaires de la République française pour les négociations avec l'Empire germanique, ont reçu la Note de la Députation de l'Empire du 29. Floréal dernier, qui leur a été communiquée par M. le Comte de Metternich, Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur.

Ils s'attendaient que la Députation éclairée sur ses véritables intérêts et sur le danger des temporisations, penetrée comme eux mêmes de la nécessité d'une paix prompte et durable, n'hésiterait point à accepter les propositions énoncées dans la Note de la Légation française du 14. Floréal dernier; qu'elle reconnaitrait que la République victorieuse n'a pu se montrer plus moderée, ni plus condescendante, et qu'on eut sans doute exigé d'elle bien davantage, si ses ennemis eussent réussi dans leur plan combiné d'envahissement et de partage; enfin qu'au lieu de s'engager de plus en plus dans une discussion interminable, elle s'appliquerait à préciser ses réponses; qu'elle justifierait surtout l'opposition qu'elle manifeste dans les points les plus importans par cette force de raisons à laquelle des hommes de bonne foi ne résistent jamais.

Trompés dans leur attente, les Soussignés n'en ont mis que plus d'attention à méditer la Note du 29. Floréal; mais ils doivent déclarer qu'il n'est résulté pour eux de ce nuer examen aucun motif de conviction qui ait pu les déterminer à se désister de leurs prémières demandes; par exemple ce n'est pas sérieusement sans doute, que la Députation propose de renvoyer à une Convention particulière de commerce et de navigation tout ce qui est rélatif, dans la Note de la Légation française, à la navigation du Rhin, au Chemin de hallage, aux ouvrages riverains, aux droits de péages &c., on ne conçait pas en effet ce que c'est qu'un traité de Commerce avec l'Empire en général; c'est avec chaque Etat en particulier que l'on peut suivant les convenances, former des rélations de ce genre; mais tous les objets dont il est ici question, à l'exception peut-être des droits de douane, qui rentrent dans les Conventions purement commerciales, doivent trouver place dans le traité de paix conclu avec l'Empire, parcequ'ils sont pour l'Empire d'un intérêt public et direct. Il n'est pas plus facile de se rendre compte de la Déclaration faite par la Députation qu'il est *hors de sa competence* de s'expliquer sur la demande des Ministres plénipotentiaires de la République française rélativement à la libre navigation des rivières qui se jettent dans le Rhin, et en général des grands fleuves d'Allemagne. Il semble que la Députation de l'Empire se recuse envain dans cette circonstance; s'il ne lui appartient par de prononcer, au moins lui appartient-il de solliciter la décision de la Diète germanique, et certes, on aurait d'autant plus lieu de s'étonner de son indifférence à cet égard

que

que l'affranchissement des fleuves inférieurs de l'Allemagne, est un objet auquel en résultat, la Nation allemande est principalement interessée.

Le réfus de la Députation de consentir au rétablissement du Pont commercial entre les deux-Brisac, n'est pas mieux fondé, surtout lors qu'on fait attention que le prétexte en est tiré uniquement de la disposition d'anciens traités qui ont prononcé la destruction de ce pont. Sans chercher ici à approfondir les véritables motifs de la résistance manifestée sur cet objet, les Soussignés répeteront que l'avantage d'une partie de l'Allemagne ne reclame pas moins que celui de quelques Départemens de la République française, que cette ancienne issue soit rendue au Commerce des deux Nations; pourquoi les craintes qui naissent de l'état de guerre s'opposeraient-elles toujours à l'entier bénéfice de l'état de paix?

Si on entrait dans le détail de toutes les difficultés que la Députation semble créer à chaque pas, on prouverait également qu'elles n'ont rien de solide, et que les prétentions de la République demeurent dans toute leur force Mais en négociation le point essentiel est d'avancer, et l'on n'avance pas en discourant. Il faut donc que de part et d'autre on s'explique sans retard et sans détour; les Soussignés en donneront l'exemple; et si la faiblesse des objections qu'on leur a opposées jusqu'ici ne peut motiver de leur part aucun sacrifice, ils en puiseront les motifs dans la politique bienfaisante de leur Gouvernement, dans son respect pour l'humanité, dans son desir sincère d'accélérer la conclusion du traité définitif qui doit lier les deux puissances pour leur prospérité commune. Voici en conséquence les modifications qu'ils proposent à quelques articles de la Note du 14. Floréal, en supposant que la Députation accède aux autres articles qu'elle renferme, lesquels restent dans leur entier, les Soussignés persistant de plus fort comme ne pouvant souffrir de discussion.

1.° Kehl a trop souvent fait partie du domaine français pour ne pas être considéré comme ancienne possession française, et sous ce rapport, on ne doit pas croire que la République s'en désaisisse aujourd'hui; mais pour rassurer l'Empire sur les inquiétudes qui lui sont inspirées, on promettra que sur ce terrain il ne sera élevé ni ville, ni fort régulier, et qu'on ne conservera que la tête de pont, et les redoutes nécessaires à sa protection.

2.° La République avait demandé cinquante arpens de terrain en face de l'ancien pont d'Huningne, avec un chemin suffisant pour y arriver; elle rénonce à cette acquisition, se bornant à demander qu'il puisse être construit à Huningne un pont commercial de gré à gré entre les riverains.

3.° Les vives réclamations des Plénipotentiaires de l'Empire en faveur des Nobles immédiats seront accueillies par le Gouvernement français. Il consentira à ce que ceux qui ne sont pas en même tems Comtes, Princes, Etats d'Empire, qui n'ont à la Diète voix collective ni individuelle soient considerés comme de simples particuliers, et traités comme tels. Bien entendu néanmoins que de leur part il n'y aura lieu à aucune

répetition ni indemnité quelconque, soit pour suppression de droits féodaux, soit pour defaut de jouissance, ou pour cause de dégradation jusqu'à l'épôque où ils seront remis en possession, c'est-à-dire au jour de l'échange des ratifications du traité définitif: l'arriéré du revenu dû à cette même épôque appartiendra à la République.

4.° Les dépendances sur la rive gauche d'établissemens écclésiastiques situés sur la rive droite devant rester à la République, les dépendances sur la rive droite d'établissemens écclésiastiques situés sur la rive gauche resteront à l'Empire.

Les Ministres plénipotentiaires de la République française ne doutent point que la Députation de l'Empire ne mette à ce nouveau témoignage de la modération de leur Gouvernement son véritable prix. De la réciprocité des sacrifices sortira une paix prompte, solide et honorable pour les deux Etats.

Ils rénouvellent à M de Metternich, Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur, l'assurance de leur Considération la plus distinguée.

Signé: *Bonnier*, *Jean Debry*.

Hundert und neunzigste Beylage.

Promemoria der königlich-preußischen kurbrandenburgischen Gesandtschaft an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 14. Juny 1798.

[190]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 15. Junii 1798.

In der zuversichtlichen Erwartung, daß die in der letzten Erklärung der hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation enthaltene bündige und einleuchtende Gründe den gehörigen Eindruck bey der französischen Gesandtschaft nicht verfehlen, und der so sehr zu wünschende Friede nach den gemachten höchstempfindlichen Aufopferungen auf Bedingungen, die mit der Sicherheit und Unabhängigkeit des deutschen Reichs vereinbar sind, endlich werde erzielt werden, geben unterzeichnete königl. preußische bevollmächtigte Minister sich die Ehre, einige Bemerkungen vertraulich mitzutheilen, die in dermaliger Lage der Unterhandlungen der Aufmerksamkeit nicht unwerth seyn dürften.

1.) Bekanntlich theilt sich der Rhein, wenn er aus dem Herzogthum Cleve als dem letzten von ihm durchströmten deutschen Lande in das holländische Gebiet tritt, in zwey Arme. Ehmals geschah dieses unmittelbar an der Grenze bey der nunmehr verfallenen holländischen Schenken-Schanz, und wurde der eine Arm, welcher nach Nimwegen geht, die Waal genannt, der andere aber, der in vielen Krümmungen sich nach Arnheim wandte, behielt den Namen Nieder-Rhein noch eine Strecke bey. Seit etwa einem Jahrhundert ist aber dieser letztere Arm gänzlich ver-

trocknet, so daß man jezt nur noch Spuren des Bettes dieses sogenannten **alten Rheins** findet. Dagegen ist bereits seit dem Jahre 1701. das Wasser aus der Waal durch einen gegrabenen Canal abgeleitet, welcher bey dem holländischen Dorfe **Pandern** anhebt, die zu dem Herzogthum Cleve gehörige, obgleich von demselben durch holländisches Territorium getrennte **Herrlichkeit Lymers** (die von dem Haupt-Ort darinn auch wohl der District von Savenaer genannt wird) durchlauft und an der Grenze derselben zwischen dem dazu gehörigen Städtchen Huissen, und der holländischen Stadt Arnheim sich abermals in zwey Arme theilt, deren einer zuerst den Namen **neue**, dann **alte Yssel** führt und in den Zuyderzee geht, der andere unter dem Namen **Rhein** bey Arnheim vorbeyfließt und nachher noch unter verschiedenen Benennungen sich mehrmals vertheilt. Nach dieser geographischen Bemerkung kann über dasjenige Wasser, das der eigentliche und wahre Rhein ist, kein Zweifel seyn. Dieser Strom verläßt noch unter diesem Namen den clevischen und mit diesem den deutschen Boden, und bey der bald nachher folgenden Trennung kann nur die **Waal** als die Fortsezzung desselben angesehen werden, da der andere Arm längst vertrocknet und statt seiner jezt nur ein künstlicher Canal existirt. Da indeß das künftige Friedens-Instrument eine vollkommene deutliche Bestimmung der Grenzen enthalten muß, dürfte es nöthig seyn, in demselben auszudrücken:

„Daß der Rhein von einem oberwärts belegenen und zu benennenden Puncte an bis dahin, wo er aus dem Herzogthum Cleve tritt und unter dem Namen die **Waal** seinen Lauf in Holland fortsetzt, die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich mache.“

Diese Bestimmung ist dem eigenen französischen Verlangen einer **Natur-Grenze**, welche nur durch einen **natürlichen** Strom, nicht aber durch einen **künstlichen Canal** erreicht werden kann, zu gemäß, als daß deßhalb einiger Anstand zu erwarten wäre. Auf jeden Fall werden indeß die hier gegebenen Erläuterungen zu dessen Beseitigung hinreichen.

2.) Nach den in der leztern Erklärung der Reichs-Friedens-Deputation ausgeführten einleuchtenden Gründen ist nicht zu zweifeln, daß man wegen Annahme der **Mitte des Rheins als Gränze** übereinkommen werde und wird der sogenannte **Thalweg** oder eigentlich schiffbare Theil des Rheins diese **Mitte** am schicklichsten in eben der Art ferner bestimmen, wie es bisher schon von Hüningen an bis zu den pfälzischen Landen der Fall gewesen. Hienach wird es also darauf ankommen, ob in dem Friedens-Instrument dieser **Thalweg** von dem Punct an, wo die neue Grenze an dem nördlichen Ende des bisherigen Elsaßes anhebt, bis an Holland genau und mit Angabe derjenigen Inseln, neben welchen er sich hinzieht, bestimmt angegeben werden solle? Es wäre dieses allerdings zu Verhütung aller künftigen Differenzien sehr zu wünschen, und würden denn alle an der linken Seite des Thalwegs belegene Inseln und auszuübende Wasser-Regalien an Frankreich, die an der rechten Seite liegende

aber dem Reiche und einzelnen deutschen an den Rhein stoßenden Landen in Absicht der Souverainetät und Landes-Hoheit mit Vorbehalt des jetzigen Besitzstandes des Privat-Eigenthums gehören. Auf diesen Fall haben Unterzeichnete in Absicht des diesseitigen Gebiets die Bemerkung zu machen, wie es zur Erhaltung der Stadt und Festung Wesel höchstwichtig sey, daß der zu Abhaltung des in dieser Gegend auf das rechte Rhein-Ufer hinströmenden Rheins bereits im Jahr 1784 angelegte, die Büdericher Insel durchschneidende Canal für das **wahre Bette des Rheins** und den sogenannten **Thalweg** angenommen werden möge.

3.) Die Erklärung der Reichs-Friedens-Deputation vom 14ten v. M. bewährt hinlänglich, wie sehr von Hochderselben die äusserste Wichtigkeit der französischer Seits in Anregung gebrachten Abschaffung der bisherigen **Rhein-Transito-Zölle** und deren Ersetzung durch **Einfuhr-Zölle** beherzigt werde. Die Proposition, diese und alle übrige verwandte Gegenstände einem besondern **Handlungs- und Schiffahrts-Tractat** vorzubehalten, bis dahin aber es bey dem dermaligen Zustande lediglich zu belassen, ist unstreitig der beste hierunter vorjetzt zu treffende Ausweg, da zu gründlicher Berichtigung desselben eine vollständige Kenntniß der Local-Umstände so vieler Lande, reife Erwägung aller dabey eintretenden manchfachen Rücksichten unumgänglich erforderlich sind. Bey dem nahen Interesse, welches des Königs Majestät an dieser Angelegenheit nehmen, behalten Unterzeichnete, wenn die nähere Unterhandlung über dieselbe angefangen seyn wird, sich noch weitere Eröffnungen bevor, bemerken indeß vorläufig, wie man diesseits eine so große Veränderung, als die gänzliche Abschaffung aller Rhein-Zölle seyn würde, für äusserst bedenklich halte, da nicht nur hiedurch so beträchtliche Revenüen, deren die Zoll-Berechtigten bisher genossen, wegfallen würden, sondern auch der ganze Handel nicht nur der zunächst an den Rhein gränzenden, sondern auch der entferntern deutschen Lande eine ganz neue Richtung erhalten würde, deren Folgen in ihrem Umfang schwerlich zu berechnen, allem Anschein nach aber für Deutschland nicht vortheilhaft seyn würden. Eine andere Betrachtung ist, daß der Rhein, um in fahrbarem Stande erhalten zu werden, und nicht durch seinen regellosen Lauf und häufige Austretungen statt eines Wohlthäters ein Verwüster der ihn begränzenden Lande zu werden, kostbare Unterhaltungs-Mittel erfordert. Ein Theil der Zoll-Revenüen werden für diese angewandt und also ganz billig die Kosten der **Fahrbarkeit des Stroms** gerade von dem Publikum getragen, was von dessen Handel und Schiffahrt Vortheil hat. Soll dieses in der Zukunft wegfallen, so würde die Last der Unterhaltung dieser Rhein-Werker (welche im diesseitigen Gebiet jährlich im Durchschnitt 80/m. Rthlr. erfordert und aus den Zoll-Revenüen bestritten wird) höchst unbilliger Weise den Landen, welche an den Strom gränzen, aber von seinem Transito-Handel keinen Vortheil haben, aufgelegt werden müssen, wozu sich indeß diese wohl nicht verstehen, vielmehr sich lediglich auf die Anstalten beschränken würden, welche die Sicherung ihres Grund-Eigenthums gegen Ueberschwemmungen fordern, wie dieses auch im Clevischen

durch besondere Anstalten und auf Kosten eigener Societäten der an den Rhein anstossenden Eigenthümer geschieht, welche von denen zur Erhaltung der Fahrbarkeit des Stroms nöthigen vorerwähnten Kosten und Einrichtungen ganz verschieden sind. Hienach würde aber diese Fahrbarkeit des Rheins in wenig Jahren ganz aufhören. Aus diesen Gründen ist also sehr zu wünschen, daß die bisherige Einrichtung der Rhein-Zölle, bey welcher der Rhein-Handel der Erfahrung gemäß bestanden, bleiben und nur soviel im Frieden auf das bestimmteste ausgemacht werden möge, daß in Absicht der Erhebungs-Orte, Tarifs und ganzer Manipulation der Zölle von keinem Theile irgend eine Veränderung allein vorgenommen, sondern was etwa der eine oder der andere zur Vervollkommung und zum gemeinsamen Besten dienlich erachtete, von ihm dem andern freundschaftlich mitgetheilt und dann das Erforderliche gemeinsam beschlossen und zur Execution gebracht werden solle. Ohne ein solches gegenseitiges Einverständniß läßt sich Fortdauer des Rhein-Handels und Schiffahrt nicht denken, da bey einem zwischen zwey Staaten gemeinsamen Strom keiner von beyden den Vortheil des andern beschränken kann, ohne sich zugleich selbst zu schaden. — Weniger ausführbar scheint dagegen ein solches Einverständniß in Absicht der **Einfuhr-Zölle**, welche statt der **Transito-Zölle** in der französischen Note vom 14. Floréal vorgeschlagen werden. Zwischen diesen beyden Arten von Abgaben tritt, wie bereits sehr richtig angedeutet worden, der wichtige Unterschied ein, daß letztere zum Theil eine **reine Cameral-Revenüe**, jene aber nach den Grundsätzen einer erleuchteten Staats-Kunst weit weniger dieses, als vielmehr **Mittel** sind, der National-Industrie die nach Verhältnissen erforderliche Belebung und vortheilhafteste Richtung zu geben. Aus dieser Bestimmung folgt ihre Wandelbarkeit und die Unmöglichkeit, daß zwey benachbarte Staaten in Absicht derselben auf lange Zeit verbindliche Verpflichtungen eingehen können. Im vorliegenden Fall macht dieses die Natur des deutschen Staats-Körpers um so schwieriger, dessen Handels-Verhältnisse so verwickelt und heterogen sind, daß es kaum denkbar ist, sie in **Einem** Handels-Tractate auf eine Art zusammen zu fassen, die sowohl für seine verschiedene Bestandtheile selbst, als den mit ihm contrahirenden Staat befriedigend wäre. Unterzeichnete zweifeln nicht, daß diese und andere der tiefen Einsicht der hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation nicht entgehende Betrachtungen auch den Beyfall des erleuchteten französischen Gouvernements nicht verfehlen und die nach diesseitiger Ueberzeugung in jetziger Lage wünschenswertheſten Folgen haben werden, die Sachen zunächst im jetzigen durchaus unveränderten Stande zu lassen, wonach denn die Rhein-Zölle am linken Ufer der französischen Republik, und die am rechten den jetzigen Besitzern verblieben, und bis dahin, daß eine gemeinsame andere Einrichtung zu Stande gebracht wäre, weder verlegt noch erhöhet, oder irgend anders, als sie bisher waren, modificirt werden dürften. Eine solche bestimmte **Stipulation** des jetzt abzuschliessenden Friedens scheint nicht nur das einzige Mittel, die mit jeder anderweitigen Behandlung dieser Angelegenheit verbundene unabsehliche

Verzögerungen zu beseitigen, sondern auch unumgänglich nöthig, um einer vollkommenen Stockung und Verwirrung der Rhein-Schiffahrt und zum Theil auch des deutschen Handels im Ganzen vorzukommen, welche unvermeidlich seyn würde, wenn plötzlich die Zoll-Revenüen und mit ihnen also auch der Fond zu Erhaltung der Fahrbarkeit des Stroms aufhörten, und dagegen an beyden Seiten ohne gemeinsames Einverständniß und reifste Erwägung aller eintretenden Verhältnisse neue Abgaben eingeführt würden. Eine vollkommene und dem Wohl beyder Staaten angemessene Einrichtung würde hierdurch auch keineswegs ausgeschlossen, da vielmehr sofort nach geschlossenem Frieden die Unterhandlungen über den sie bezielenden Handlungs- und Schiffahrts-Tractat mit Zuziehung der dabey vorzüglich interessirten Staaten angefangen werden könnten. Rastatt den 14ten Junius 1798.

Graf von Görtz. Freyherr von Jacobi K. Dohm.

An eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 15ten Juny 1798.

Hundert und ein und neunzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die allgemeine Reichs-Versammlung, de dato Rastatt den 25ten Juny 1798.

[191]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 26. Junii 1798.

Auf die Note vom 18ten May lauf. Jahres haben die bevollmächtigten Minister der französischen Republik am 22ten Juny durch eine Note vom 4ten Messidor an 6. geantwortet, welche andurch der allgemeinen Reichs-Versammlung abschriftlich mitgetheilt wird. Signatum zu Rastatt den 25ten Juny 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Hundert und zwey und neunzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 23ten Juny 1798.

[192]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 26. Junii 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft bleibt anmit von Seiten der dahiesigen Reichs-Friedens-Deputation gebührend unverhalten:

Die Reichs-Friedens-Deputation habe beschlossen, der allgemeinen Reichs-Versammlung von der französischen Note vom 4. Messidor (22ten Juny) durch die Anlage Nachricht zu geben.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 23ten Juny 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Hundert und drey und neunzigste Beylage.

Promemoria des Herrn Ablegati der gesammten Reichs-Ritterschaft an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 26ten Juny 1798.

[193]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 28. Junii 1798.

Gestützt auf die Reichs-Instruction, hat die Reichs-Ritterschaft von Anfang der Friedens-Verhandlungen gebeten, * sie Fürsten und Ständen des Reichs in Ansehung der Entschädigung gleich zu halten.

* Hieher gehören auch folgende drey, der Reichs-Friedens-Deputation von dem reichsritterschaftlichen Herrn Ablegato übergebene, aber zum Protocolle nicht registrirte Promemorien.

Dictatum per Moguntinum Rastadii 9. Maji 1798.

Hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation!

Nach dem Vorgang wo nicht aller, doch der meisten höchst- und hohen Stände des Reichs, welche durch Abtretung des linken Rhein-Ufers an die französische Republik sich in dem Fall befinden, auf

Nachdem hierauf von den französischen Ministres die Cession des linken Rhein-Ufers als die erste Friedens-Basis in Vorschlag gebracht worden; so wurde in dieser Con-

Entschädigungen Anspruch zu machen, hat Endes-Unterzogener für die in gleicher Lage sich befindende reichsritterschaftliche Cantone Ober- und Nieder-Rhein das abschriftlich anliegende Promemoria vor einigen Tagen der französischen Gesandtschaft überreicht.

Nach Voraussetzung einiger Vorkenntnisse über die politische Verhältnisse, in welchen die Reichs-Ritterschaft mit kaiserlicher Majestät und dem Reiche stehet, hat derselbe

I. darinn ausgeführt, daß die Reichs-Ritterschaft als Corpus betrachtet, kein Gebiet, keine Güter habe, die Besitzungen ihrer Mitglieder aber absolutes Eigenthum derselben seyen, dessen Beybehaltung ohne Verletzung der bürgerlichen Ordnung und natürlichen Rechte um so weniger einigem Zweifel unterworfen seyn könne, als die Abtretung des linken Rhein-Ufers nur die Folge haben könne, daß die Besitzer eines solchen absoluten Eigenthums künftig die Gesetze der französischen Republik zu erkennen, und diejenige Proprietäten, welche mit der französischen Constitution vereinbarlich seyen, unter der Oberherrschaft der Republik zu besitzen haben, welche sie vorhin unter der Oberherrschaft des Reichs besessen haben; folglich, da die französische Republik in Vereinigung mit Einer hochansehnlichen Reichs-Deputation den Grundsatz der Entschädigungen als in der Gerechtigkeit gegründet, angenommen, diese Indemnität nur für diejenige Rechte zu reclamiren haben könne, welche mit der französischen Verfassung unvereinbarlich seyen; —

II. Zu Bewährung des Beytrags des Verlusts dieser Rechte eine zur Zeit nur den Canton Ober-Rhein betreffende Specification mit dem Vorbehalt beygeschlossen, eine gleiche Specification über den Verlust des Cantons Nieder-Rhein und einiger wenigen unter andere Cantone gehörigen unmittelbaren Adelichen nachzutragen, sobald solche aus denen noch nicht vollständig eingekommenen Berichten der Mitglieder derselben gefertigt werden könne; und

III. seine Bitte an die französische Gesandtschaft dahin beschränkt, daß sich dieselbe bey dem französischen Gouvernement dahin verwenden möchte, daß die Mitglieder des Cantons Ober- und Nieder-Rhein in dem Besitz und Genuß ihres Grund-Eigenthums belassen, und ihnen für ihre herrschaftliche und Feudal-Rechte die gleichmäsige Entschädigung wie den Fürsten und Ständen des Reichs zugetheilt werde.

Endes-Unterzogener erachtet es seiner, Einer hochansehnlichen Reichs-Deputation wiedmenden tiefen Verehrung gemäß zu seyn, Hochderselben hievon in dem ehrfurchtsvollesten Vertrauen die Anzeige zu machen, daß Hochdieselbe dieses billige, auf die bisherigen Verhandlungen sich gründende, und in dem bereits unterm 16ten Februar d. J. übergebenen Promemoria liegenden Gesuch nach Hochdero während dem ganzen Lauf derselben erprobten Gerechtigkeit und tröstenden Vorsorge für das Interesse eines Glieds des Reichs, bey denen nunmehr so nahen Discussionen über die Entschädigungen huldreich unterstützen werde.

Da die Abschrift der obenangeführten oberrheinischen Verlusts-Specification noch nicht vollendet werden konnte, so bemerkt Endes-Unterzogener einsweilen bis zu derselben erfolgenden Uebergabe an Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation, daß das Resultat derselben einen Verlust von — 22508 Seelen, in Absicht auf die Bevölkerung; in Absicht auf das jährliche Einkommen aber von — 25821 fl. an Droits de Jurisdiction; und . . . . 39630 fl. an Dixmes et autres Droits féodaux darstelle, dieses Resultat bey dem Canton Ober-Rhein aber eben so wenig vollständig sey, als es möglich seyn wird, bey der Ungleichheit der Verlusts-Berechnungen, bey dem

Conformität von Einer hochansehnlichen Reichs=Friedens=Deputation in der Note vom 28ten Februar an die französischen Ministres vorläufig als Bedingung verlangt,

dem bey mehrern Mitgliedern sich äussernden Mangel der Urkunden, die zu einer ganz exacten Angabe erforderlich sind, und ihrer Zerstreuung und der Verschiedenheit der eingesandten Particular-Listen bey dem Canton Nieder-Rhein eine vollkommene Schadens-Berechnung und mehr als einen ohngefähren Ueberblick derselben herzustellen. In unbegränzter Verehrung

Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation

Rastatt am 3ten May 1798.

unterthänig-gehorsamster
Carl Freyherr von Gemmingen.

Praes. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 8ten May 1798.

Mémoire.

Le Souffigné Député de la Nobleffe immédiate au Congrès de pacification entre la République française et l'Empire germanique, n'a pu fe diffimuler dès les premiers ouvertures des négociations, que les pays fitués fur la rive gauche du Rhin, feraient cédés à la République française; mais il a remarqué en même tems avec une fatisfaction bien confolante, que les hautes parties contractantes n'ecoutant que les principes des juftices et d'équité, qui les animent, fe propofaient de dédommager les Etats Princes et autres Membres de l'Empire, des pertes qui leur réfultent de cette Ceffion.

L'ordre équeftre de l'Empire, divifé par fa Conftitution en trois Cercles, favoir celui de Suabe, de Franconie et du Rhin, eft fondé de réclamer ces mêmes principes en fa faveur, il a des droits inconteftables à des indemnités pour les deux Cantons du haut et du bas-Rhin, dont les poffeffions font fituées fur la rive gauche du Rhin.

Pour bien apprecier la juftice de cette réclamation, il importe, de donner une idée précife, de ce Corps, qui montre fur-tout les rapports politiques, qui le lient à l'Empire germanique.

1.° La Nobleffe immédiate eft fans doute Membre de l'Empire, mais elle n'a pas le droit de fuffrage à la Diète, elle n'a aucun part aux delibérations et ne vote conféquemment ni pour, ni contre la guerre.

Si elle a une prérogative, elle fe réduit a être exempte de toute jurisdiction des Etats, et a ne réconnaitre que celle des tribunaux fuprêmes de l'Empire; fes Membres ne peuvent être régardés que comme les prémiers fujets de l'Empire.

2.° Le Corps de la Nobleffe immédiate confideré comme tel, et collectivement n'a aucun territoire, aucune poffeffion, c'eft une réunion d'individus fous un Confeil choifi parmi eux, ayant pour but le maintiens de droits communs, attachés ou à leurs perfonnes, ou à leurs terres. Les impots néceffaires pour le régime de cette focieté font reglés pour eux-mêmes dans les affemblées générales et repartis alors fur les poffeffions des individus d'après leur grandeur et leur produit.

3.° Les poffeffions des Membres de la Nobleffe en faifant partie intégrante des Cercles et Cantons réfpectifs, rélativement aux impôts ne font néanmoins propriété abfolue de l'individu, qui les poffède; on peut en être propriétaire, fans avoir la qualité de Noble; la preuve git dans le fait; car plufieurs de ces poffeffions fe trouvent entre les mains de fimples particuliers.

daß so wie den Reichs=Ständen also auch der Reichs=Ritterschaft ihre Patrimonial= und Privat=Güter belassen, und beede in Ansehung der verlierenden Hoheits=, Justiz=, Domanial=Rechte und Fiscal=Revenüen, entschädigt werden.

4.° Ces possessions consistent ou en de simples terres éparses dans les territoires des Etats et les Confins des Communautés; ou en des Villages ou Bourgs avec Jurisdiction.

En cédant la rive gauche du Rhin à la France, les deux Cantons celui du haut et du bas-Rhin, perdent toute leur existence politique et les Membres se présentent sous un double point de vue; comme simples possesseurs de terres propres, auxquelles sont quelque fois attachés les dixmes et autre droits, ou comme seigneurs, lorsqu'il arrive, qu'ils possédent des Villages avec jurisdiction.

Il est sensible, que les propriétés foncières ne peuvent être exposées à des atteintes, sans blesser l'ordre social et les droits naturels. La République française est en possession de la rive gauche du Rhin; il en résulte, que les habitans de ces Contrées auront à l'avenir à réconnaitre ses loix, et ils continueront de posséder sous sa domination ce, qu'ils possedaient autrefois sous celle de l'Empire. Le fait de la Cession ne saurait jamais les dépouiller de ces proprietés compatibles avec sa Constitution.

S'ils ont à se ranger sur la même ligne avec les Etats et les Princes de l'Empire, ce ne peut-être, qu'a raison des droits seigneuriaux et féodaux incompatibles avec le régime français.

La République française a adopté le principe d'indemnité, parcequ'il est fondé sur la justice; l'application doit donc en être générale, pour toutes les parties, que les pertes soient grandes, ou qu'elles se réduisent à peu de choses, peu importe, le principe ne saurait varier. Les Etats et Princes de l'Empire auront à le reclamer pour des Provinces entières tandisque l'individu de la Noblesse immédiate, y aura récours pour des Villages ou hameaux.

La situation des deux Cantons du haut et du bas-Rhin serait cruelle, si ses Membres n'osaient ésperer de la Justice du Gouvernement français, de pouvoir prendre part aux indemnités à raison de leurs droits féodaux et seigneuriaux.

Si les Ministres plénipotentiaires de la République française veulent jetter un régard sur le tableau des pertes, que ces Cantons ont éprouvées, depuis le commencement de la guerre jusqu'en 1795, ils ne pourront se dissimuler, que ces Cantons ont acquis des droits réels à leur intérêt et à leur appui.

Le Soussigné présente en même tems deux spécifications Nro. 2. et 3. ne concernant toutes deux, que le Canton du haut Rhin et elles renferment la plus grande partie des droits seigneuriaux et féodaux de ses Membres; il se réserve de faire suivre le tableau du Canton du bas-Rhin dès qu'il aura pu rassembler des renseignemens certains parmi les papiers des familles dispersées de ce Canton.

Il se borne maintenant à recourir à la justice des Citoyens Ministres et à réclamer leur intervention auprès du Gouvernement français, dont ils sont les organes, afin, que les Membres des deux Cantons soient maintenus de la libre jouissance de leurs propriétés foncières, et qu'il leur soit accordé pour les droits seigneuriaux et féodaux la même indemnité, qui pourra être reglée pour les Etats de l'Empire.

Le Soussigné saisit avec empressement cette occasion de réclamer avec ses Commettans la bienveillance des Citoyens Ministres et de les assurer de son dévouement réspectueux.

Rastatt le 28. Avril 1798. Signé: *Charles de Gemmingen*,

Deputé de la Noblesse immédiate d'Empire.

Als in der Folge die französischen Gesandten die Entschädigung nicht nur für die Droits féodaux, sondern für die Domainen selbst accordirt, aber solche als Basis der Friedens-Negociation auf das rechte Rhein-Ufer und die dorten vorzunehmende Säcularisation geworfen, und Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation diese Basis angenommen, hat sich die Reichs-Ritterschaft, gleich andern beschädigten Ständen des Reichs, an die französischen Ministres gewandt, und, um ihrer Seits die Masse

---

Dictatum per Moguntinum Rastadii 23. Maji 1798.

Hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation!

Endes-Unterzogener hat unterm 3ten dieses Monats bey Gelegenheit der Mittheilung des der französischen Gesandtschaft überreichten Promemoria die Ehre gehabt, Einer hochansehnlichen Reichs-Deputation die unwandelbare Gesinnung zu erkennen zu geben, wie die Mitglieder der rheinischen ritterschaftlichen Cantone keinen andern Wunsch haben, als in dem Besitz und Genuß ihres Grund-Eigenthums belassen, und nur für ihre Herrschaftlichen und Feudal-Rechte entschädigt zu werden.

Nie werden sich die Mitglieder der unmittelbaren Reichs-Ritterschaft durch den Gedanken einer größern Convenienz verleiten lassen, Wünsche zu hegen, durch deren Erfüllung dem gemeinschaftlichen Vaterlande noch größerer Nachtheil entstehen würde, als bereits die widrigen Umstände veranlassen.

So sehr Unterzogener vergnügt ist, das Organ dieser patriotischen Gesinnungen seyn zu können; so sehr fordert auf der andern Seite seine Pflicht, für das Interesse der Einzelnen zu sorgen, von ihm, daß er ungesäumt Einer hochansehnlichen Reichs-Deputation beyliegenden Auszug aus dem Register der Beschlüsse des französischen Regierungs-Commissairs Rudler in schuldiger Verehrung mittheile.

Hochderselben wird es nicht entgehen, wie sehr dadurch alle diejenigen Mitglieder der Ober- und Niederrheinischen Reichs-Ritterschaft gekränkt worden, welche theils ihre Verhältnisse gegen Kaiser und Reich, theils ihre besondere Dienst-Verhältnisse gegen einzelne höchste Reichs-Stände, endlich die Natur ihrer auf beyden Rhein-Ufern sich befindenden Besitzungen, in die Unmöglichkeit gesetzt haben, auf jenen, jetzt unter französischer Gewalt stehenden Gütern anwesend zu seyn; und in diesem Falle befinden sich beynahe alle Mitglieder der Reichs-Ritterschaft.

Auch wird es den erleuchteten Einsichten Einer hochansehnlichen Reichs-Deputation eben so wenig entgehen, welche gefährliche Folgen diese Beschlüsse für die einzelnen Mitglieder haben könnten, selbst im Falle, daß die französische Gesandtschaft von dem Gedanken abstünde, die Besitzungen der Reichs-Ritterschaft als National-Güter einzuziehen.

Nur sein unbegränztes Zutrauen in die Gerechtigkeit und Weisheit Einer hochansehnlichen Reichs-Deputation kann Endes-Unterzogenen in dieser mißlichen Lage beruhigen; sicher wird Hochdieselbe nicht gestatten, daß den Mitgliedern der Reichs-Ritterschaft ihr patriotisches Benehmen zum Nachtheile gereiche, und daß durch die Collisionen entgegengesetzter Interessen ganze ansehnliche Familien um ihr Vermögen gebracht werden. — In unbegränzter Verehrung

Einer hochansehnlichen Reichs-Deputation

Rastatt am 14ten May 1798.

unterthänig gehorsamster,
Carl Freyherr von Gemmingen.

Praes. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 18. May 1798.

der Entschädigungen nicht zu vermehren, darum angestanden, ihr ihre Biens-fonds zu lassen, und sie wegen ihrer verlierenden Droits féodaux et Seigneuriaux entschädi-

---

Auszug aus dem Register der Beschlüsse des Regierungs-Commissairs in den vier neu-errichteten Departementern des linken Rhein-Ufers.
Mainz den 5. Floréal 6. Jahrs.

Der Regierungs-Commissair in den neuen Departementern des linken Rhein-Ufers, unterrichtet, daß die ehemaligen Regierungen durch ihre Berathschlagungen die Sequester, mit welchen die Güter der Abwesenden belegt waren, aufgehoben haben, beschließt:

I. Alle Beschlüsse der Regierungen und Gewalten des eroberten Landes, ausgenommen jener der Ober-Generäle, General-Directoren, und der Mittel-Commission, welche die Aufhebung der auf die Güter der Abwesenden gelegten Sequester verordnen, sind als nichtig, und unbefugter Weise gegeben erklärt; in Folge dessen sollen alle — gemäß dieser Beschlüsse aufgehobenen Sequester sogleich wieder angelegt, und diese Güter wie National-Güter verwaltet werden.

II. Der Erfolg jeder Veräusserung, Verhypothecirung, Abtretung oder Verträge, die in Ansehung dieser Güter, nach Aufhebung des Sequesters geschehen seyn könnten, ist aufgehoben.

III. Die dermaligen Verwalter dieser Güter haben dem Einnehmer der Einregistrirungs-Gebühren und Domainen ihres Bezirks eine genaue Erklärung über ihre Beschaffenheit, Lage, und ihren Ertrag, und eine zweyte der Municipal-Verwaltung zu übergeben.

IV. Die Einnehmer der Einregistrirungs-Gebühren und Domainen haben in Verbindung mit den Municipal-Verwaltungen den Werth der von diesen Gütern von der Zeit der Aufhebung des Sequesters an bezogenen Früchten, nach obiger Erklärung, oder nach ihren Local-Kenntnissen, im Falle jene unvollständig oder unrichtig befunden würden, zu bestimmen, und der Ertrag davon soll in die Casse des Einnehmers bezahlt werden.

V. Die Departements-Verwaltungen haben auf die strenge Vollziehung des gegenwärtigen Beschlusses zu wachen, der auf ihr Betreiben in beyden Sprachen gedruckt, bekannt gemacht, und überall, wo es nöthig seyn wird, angeschlagen werden solle.

Unterschrieben: Rudler.

Dictatum per Moguntinum Rastadii 23. Junii 1798.

Unterthäniges Promemoria.

Die unmittelbare freye Reichs-Ritterschaft in Schwaben, Franken und am Rhein-Strom, ist als ein reichsverfassungsmäßiges Corpus mit ihren Mitgliedern und Besitzungen bey allen — das deutsche Reich betreffenden Staats-Angelegenheiten dessen höchst und hohen Ständen (das Sitz- und Stimm-Recht allein ausgenommen) bisher gleich gehalten werden, daher es allerdings bedenklich vorkommen müßte, wann bey gegenwärtigen Friedens-Unterhandlungen zum erstenmal ein Unterschied eingeführt werden sollte.

Schon in den ältesten Zeiten hat der Reichs-Adel gleiche Hoheits-Rechte rücksichtlich des juris armorum et fœderum mit und unter den Ständen des Reichs ausgeübt, und diesen alten Vereinen, aus welchen bey Aufhebung des schwäbischen Bundes die Reichs-Stände in die Kreis-Verfassungen über-

gen zu lassen, und um desto eher diesen patriotischen Endzweck zu erlangen, den französischen Ministres bemerklich gemacht, daß sie kein Reichs-Stand seye, und an

---

gegangen sind, seine jetzige Verfassung größtentheils zu verdanken, welche mit jener der Reichs-Kreise ganz analog ist.

Zwar ist die Reichs-Ritterschaft kein Stand des Reichs, mit dem Jure suffragii nicht begabt, auch in den Reichs-Anschlägen nicht begriffen; Sie hat also zu Reichs-Kriegen oder Frieden, und andern vor den Reichstag geeigneten Geschäften nicht mit zu votiren; hingegen entrichtet dieselbe auf Allerhöchst kaiserliches Ansinnen Charitativ-Subsidia, stellet Rekruten, und hat sich auch vormals öfters in Associationen mit den Reichs-Kreisen und Ständen eingelassen, oder eigene Veranstaltungen getroffen.

Noch wird sie würklich von kaiserlicher Majestät selbst um Durchzug der Truppen und Verstattung der Werbungen gleich den Reichs-Ständen requirirt; gleich diesen hat sie auch mit auswärtigen Mächten Tractaten, insonderheit mit Frankreich, wegen Aufhebung des juris Albinagii abgeschlossen.

Ihre Mitglieder haben nach Art. I., §. 2. Capit. Cæs. in ihren **Territorien** gleiche Hoheiten, Rechte und Gerechtigkeiten als Churfürsten, Fürsten und Stände des Reichs auszuüben, in so ferne sie solche nicht dem Corpori durch obige Vereine übertragen haben; und eben so wenig darf Art. IV. §. 6. in reichsritterschaftlichen Orten und Gütern als in reichsständischen Landen und Gebieten eine neue Festung angelegt werden, immasen dieses allein die **Landesherren** in ihren Territorien zu thun befugt und berechtiget sind.

Sie haben et *quidem omnia et singula membra* J. p. O. Art. X. Nro. 26. in juribus religionem concernentibus idem Jus, welches doch allein Art. XII. aus dem Jure territoriali secundum usitatam praxin Imperii abzuleiten ist.

Die Reichs-Gesetze selbst sprechen also für die Landes-Hoheit der reichsritterschaftlichen Mitglieder das Wort; kein einziges macht hierinnfalls einen Unterschied, und es läßt sich kein Territorial-Recht denken, welches nicht auf einer — manchesmal nicht unbedeutenden reichsritterschaftlichen Herrschaft eben so gut als auf einem großen oder kleinen reichsständischen Gebiet ausgeübt wurde; auch diese reichsständische Lande sind nicht von gleichem Umfang, nicht alle mit dem Blutbann und andern Regalien versehen; manche in fremder Zent oder Forst gelegen, verschiedenen servitutibus juris publici oder gar Territorial-Ansprüchen ihrer Nachbarn unterworfen; insbesondere hatten sich ja die rheinischen Reichs-Fürsten und Stände mit der Reichs-Ritterschaft schon im vorigen Jahrhundert gegen die churpfälzische Wildfangiats-Prätensionen vereinigt.

Viele Reichs-Stände besitzen ritterliche Güter, viele Ritter-Güter rühren von Reichs-Ständen zu Lehen; Territorial-Rechte müssen auf Grund und Boden haften, und es läßt sich ohne den offenbarsten Widerspruch nicht behaupten, daß derley Güter je nach Gestalt ihres reichsständischen oder reichsritterschaftlichen Besitzers die Landes-Hoheit beybehalten, oder verlieren sollten.

Mit vollkommenster Zuversicht hat daher das dermalige reichsritterschaftliche General-Directorium solche gleichmäßige Rechte, auch Restitutions- und Entschädigungs-Ansprüche, schon im Jahr 1795 Sr. kaiserlichen Majestät und dem gesammten Reich allerunterthänigst vorgelegt, und auch würklich die gerechteste Genehmigung seiner Bitte durch das Reichs-Gutachten und Instruction vom 7ten October und das darauf erfolgte gnädigste Hof-Ratifications-Decret vom 19ten November 1795 erhalten.

Selbst Eine hohe Reichs-Deputation hat daher in der Note vom 3ten März d. J. bey der jenseits anverlangten Cession des linken Rhein-Ufers als eine Conditio sine qua non vorausgesetzt:

dem Krieg keinen Antheil habe. Gleichwohl ist von den französischen Ministres die völlige Einziehung der reichsritterschaftlichen unmittelbaren Güter und deren Entschä-

---

„4tens. Daß der unbeschränkte Genuß aller den Reichs-Ständen, die unmittelbare Reichs-„Ritterschaft mit eingeschlossen, in den zu überlassenden Landen zustehenden Patrimonial-, Privat-„und andern Gütern, namentlich der Forste, Berg- und Salz-Werke ꝛc. verbindlich zugesichert, und „zu deren freyem Verkauf ein hinlänglicher Zeitraum bestimmt werden möchte." Daß

„5tens, eben so den gedachten Reichs-Ständen, der unmittelbaren Reichs-Ritterschaft, den „sonstigen Reichs-Angehörigen, auch allen und jeden Unterthanen, weß Standes und Würden sie seyn „mögen, für alle — in den zu überlassenden Landen ihnen zustehende Rechte und Privat-„Eigenthum aller Art gleiche verbindliche Zusicherung der Erhaltung, des ungestörten Genusses und „Besitzes, des freyen Verkaufs und des Wegzugs geschehe;"

„6tens, daß den ersagten Reichs-Ständen und der freyen Reichs-Ritterschaft für die — in den „zu überlassenden Landen besitzende Hoheits-, Justiz-, Domanial- und Lehen-Rechte, auch „Zölle, Landes- und Defensions-Abgaben und Fiscal-Revenüen, (in so ferne ihre Erhaltung für die-„selbe mit den Grundsätzen der französischen Regierung unverträglich erachtet werden sollte) von der „französischen Republik Entschädigung geleistet werde ꝛc."

Woraus sich also ergiebt, daß selbst die hohe Reichs-Deputation, in Folge ihrer ruhmvollen Sorgfalt für das allgemeine Beste des deutschen Staats-Körpers, zwischen den reichsständischen und reichsritterschaftlichen Besitzungen keinen Unterschied anerkannt habe, und daß, so wie die reichs-adeliche Mitglieder Regalien, also auch die Reichs-Stände Proprietäten oder Privat-Eigenthum besitzen können, auch wirklich besessen haben.

Zwar hat die reichsritterschaftliche Ablegation, als solche vernommen, daß die französischen Ministres von sich kommen lassen,

Que les domaines des Princes, qui exerçoient la souveraineté,

zum Nutzen der Nation eingezogen werden sollten, in dem an solche am 25ten April d. J. übergebenen Mémoire die Bemerkung aufgestellt, daß die Reichs-Ritterschaft keinen Antheil an derjenigen Gesetzgebenden Gewalt habe, welche die Stände des Reichs in Comitiis ausübten, daß sie mithin, in so fern sie weder zum Krieg noch zum Frieden zu stimmen befugt seye, nicht in die Cathegorie der Fürsten und Stände gehöre, wenn deren Domainen unter diesem Vorwand als der Nation heimgefallen angesehen werden wollten; gleichwohlen liegt aus obigem klar vor Augen, daß rücksichtlich der Besitzungen kein wesentlicher Unterschied als jener der geographischen Größe, Einträglichkeit und Bevölkerung vorwalte.

Die Reichs-Stände sind bisher nach dem Völker- und deutschen Staats-Recht eben so wie die Reichs-Ritter für Eigenthümer ihrer Lande, Herrschaften und Güter angesehen worden, welche sie dann auch, in so ferne sie nicht durch das geistliche, — durch das Lehen-Recht oder Familien-Pacten eingeschränkt sind, ganz oder zum Theil frey veräussern können. Nur die Unzertrennlichkeit der Churfürstenthümer ist durch ein Reichs-Gesetz, nämlich durch die goldene Bulle Art. XX. sanctionirt.

Auf solche Weise wurde es auch bey den vorhinigen — durch die Friedens-Schlüsse geschehenen Cessionen beobachtet, insonderheit durch den bekannten Sen: teneatur Rex christianissimus, den Reichs-Ständen und der Nieder-Elsäßischen Ritterschaft die gleichmäßigen Rechte, Libertät und Immedietät vorbehalten; wie dann dieselbe laut der erhaltenen Lettres patentes, auch nach der erzwungenen Anerkenntniß der französischen Souverainetät von dieser Krone, ihrer dermaligen Verfassung gemäß, durchaus gleich behandelt worden sind.

digung auf dem rechten Rhein-Ufer behauptet, und, obwohl solches nicht in dem Antrag der Reichs-Ritterschaft an gedachte Ministres lage, doch der Anlaß hievon zu den folgevollen Grundsätzen genommen worden, die in der Reichs-Deputations-Note vom 4ten May aufgestellt worden, wodurch die Reichs-Ritterschaft von ihrer gesetzlichen Anschliessung an Fürsten und Stände des Reichs entfernt, aus ihrer ächten Cathegorie herausgeworfen, und die französischen Ministres veranlaßt worden sind, die zugestandene Erhaltung ihrer Biens-fonds auf dem linken Rhein-Ufer mit solchen beschwerlichen Bedingungen zu verknüpfen, die mit der einen Hand nehmen, was sie ihr mit der andern geben.

Wann Endes-Unterzogener von diesen That-Sachen ausgehet, so ist es klar, daß die Reichs-Ritterschaft durch das angebrachte Gesuch der Erhaltung ihrer Güter

---

In solcher — auf die oben angeführte eigene Grundsätze der hohen Reichs-Deputation gebauten Voraussetzung, hat dann auch die Reichs-Ritterschaft des Cantons Ober- und Nieder-Rhein, nach dem Vorgang aller übrigen höchst- und hohen Reichs-Stände, die Verzeichnisse ihres — durch die motivirte Cession des linken Rhein-Ufers verlierenden Eigenthums, Unterthanen, Rechten und Gefällen einreichen, und das Petitum allein dahin stellen lassen, daß ihren Mitgliedern dasjenige, was mit der französischen Constitution vereinbarlich, jenseits des Rheins restituirt, in Betreff desjenigen aber, was nicht restituirt werden kann, denselben die gleichmäßige Indemnisation geleistet werden möchte. Dieses Gesuch ist den Reichs-Gesetzen und Herkommen, und selbst den in dieser nämlichen Sache ergangenen Reichs-Schlüssen so angemessen, daß ihr solches von Niemand verdacht werden kann; sie kann sich daher auch nicht überzeugen, daß die hohe Reichs-Deputation durch die — in dem neusten Concluso vorgekommene — allein die Verminderung der Indemnisations-Masse bezielende Sätze, ihre so offenkundige Rechte habe mißkennen wollen. Sie glaubt, daß sie sich gleichwol von dem mittelbaren Adel und andern Reichs-Unterthanen wesentlich unterscheide, und daß, das Jus suffragii ausgenommen, kein Unterschied zwischen den hohen Reichsständischen und ihren Besitzungen, rücksichtlich der Regalien sowohl als der Proprietäten, vorwalte; daß es hiebey nicht auf die Größe, Menge, Lage, weniger noch auf die Eigenschaft, Stand und Würde des Besitzers keineswegs ankomme, am allerwenigsten aber die Standes-Erhöhungen ihrer Mitglieder, oder deren Einverleibung in die Reichs-Grafen-Curia, rücksichtlich der reichsritterschaftlichen Besitzungen, einen Unterschied bewirken könne.

Wann sie dahero ihre und ihrer Mitglieder, ja selbst dem allerhöchsten Reichs-Oberhaupt hierauf zustehende Rechte vor jeder Mißdeutung zu verwahren sucht, die so leicht aus den gegenwärtigen Verhältnissen entspringen dörfte: so schmeichelt sie sich von der einsichtsvollen, billigen und gerechten Denkungsart Einer hohen Reichs-Deputation erwarten zu dörfen, daß auf vorstehende unmaßgebliche Bemerkungen bey dem Fortgange der Friedens-Unterhandlungen gnädigst reflectirt, und der gesetzmäßigen Erhaltung der reichsritterschaftlichen Verfassung eben diejenige patriotische Vorsorge werde zugebilligt werden, mit welcher die Bemühungen Einer hohen Reichs-Deputation jeden ihrer Schritte bezeichnen.

Der Bevollmächtigte gesammter Reichs-Ritterschaft ergreift zugleich diese Gelegenheit, seine Committenten und sich dem Wohlwollen Einer hohen Reichs-Deputation gehorsamst zu empfehlen.

Rastatt am 19ten Juny 1798.

Carl Freyherr von Gemmingen.

Praes. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 20. Juny 1798.

auf dem linken Rhein-Ufer nie eine andere Meynung haben konnte, als hierinn den Ständen des Reichs gleich gestellt zu bleiben, wie sie es nach allen von Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation gefaßten vorherigen Beschlüssen zu hoffen berechtiget wäre, und daß die Condescendenz der französischen Ministres auf die Reclamationen Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation in der Note vom 22ten dieses der Reichs-Ritterschaft nicht zum Nachtheil gereichen könne, wie es offenbar der Fall seyn würde, wann von der — in den Reichs-Gesetzen und der Reichs-Instruction sich gründenden Gleichhaltung derselben mit den Ständen des Reichs, sogar in Ansehung ihrer Entschädigung für den Verlust der Droits féodaux, abgegangen, und die von den französischen Ministres zugesicherte Restitution des Eigenthums nicht anderst modificirt würde.

Endes-Unterzogener hat in dem jüngsthin übergebenen Promemoria bereits ausgewiesen, daß kein Unterschied zwischen den Besitzungen der Fürsten und Stände, und denen der Reichs-Ritterschaft bestehe.

Es ist unwidersprechlich, daß, wann die Mitglieder der Reichs-Ritterschaft, bis zu der Epoche der Auswechslung der Friedens-Instruments-Ratificationen, auf keine Entschädigung und Forderung sowohl wegen der verlierenden Fendal-Rechte, als wegen des entbehrenden Genusses Anspruch zu machen haben sollen, wenn sie sogar dem nicht zu berechnenden Verlust, der mit den Degradationen ihrer Güter verbunden seyn, — und an den gänzlichen Ruin derselben gränzen kann, sich ausgesetzt sehen, und die Rückstände ihrer Einkünfte zurücklassen sollten, sie das Opfer ihres Patriotismus — durch die — von den französischen Ministres auf das rechte Rhein-Ufer transferirte Entschädigung ihres Eigenthums die Masse der Entschädigungen nicht vermehrt zu haben, — seyn, und mit einer Härte behandelt werden würden, für welche jede Benennung zu gering wäre.

Endes-Unterzogener würde es mit den Grundsätzen Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation nicht zu vereinigen wissen, wann Hochdieselbe, — da auf Hoch-Ihre Reclamationen jene Erklärung der französischen Ministres erfolgt ist, — in dem nächsten Reichs-Deputations-Concluso gegen die harten Bedingungen, welche der Restitution des Eigenthums angehängt worden sind, nicht nur den Schluß fassen würde, nachdrückliche Vorstellungen dagegen zu machen, sondern auch auf eine — keiner zweydeutigen Auslegung fähige Art zu bedingen:

1.) Daß diejenigen Mitglieder der Reichs-Ritterschaft, welche sich dermalen noch in dem Besitz und Genuß ihrer Güter befinden, darinn ungestört belassen;

2.) diejenigen aber, deren Güter mit dem Sequester behaftet sind, ohne irgend eine Ausnahme der Eigenthümer, und ohne daß sie bis auf den Abschluß des Friedens zu warten haben, in deren Besitz und Genuß unverzüglich eingesetzt, somit der Sequester aufgehoben, und die alsbaldige Restitution verordnet;

3.) zu

3.) zu Hemmung des Besitzes und fortwährenden Genusses kein neuer Sequester angelegt, vielmehr die Unverletzlichkeit des Eigenthums anerkannt, und

4.) durch diese Verfügungen von nun an den sonsten zu befahren habenden weitern Degradationen und gänzlichen Zugrundrichtung der Güter vorgebogen;

5.) die — theils eingezogene, theils noch rückständige Einkünften vergütet,

6.) besonders auch stipulirt werde, daß durchaus kein Unterschied zwischen den Mitgliedern der Reichs-Ritterschaft gemacht werde, die allein Güter auf der linken Seite des Rheins, und denen die zugleich auch Güter auf der rechten Seite desselben besitzen, sondern dem einen wie den andern der ungestörte Besitz und Genuß verbleibe;

7.) ihnen in der freyen Disposition darüber kein Hinderniß in den Weg gelegt, und

8.) sie für die — ihnen entgehende Droits féodaux um so mehr entschädigt werden, als unter denen reichsritterschaftlichen Mitgliedern mehrere Familien sind, deren vorzüglichste Einkünfte aus dergleichen Rechten abfließen.

Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation hat in der Voraussetzung, daß den Fürsten und Ständen des Reichs ihre Domainen auf der linken Seite des Rheins bleiben, die Entschädigung für die Droits féodaux zur Bedingung gemacht, diese Sprache nie geändert, und es würde solchemnach mit denen erhabenen Gesinnungen Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation und der rühmlichen Sorgfalt, den Schaden von jedem, es seye großen oder kleinen, Individuo des Reichs abzuwenden, im Widerspruche stehen, wann Hochdieselbe die Billigkeit der Entschädigung der Glieder der unmittelbaren Reichs-Ritterschaft und ihre reichsinstructionsmäßige Gleichhaltung mit den Ständen des Reichs aus der Ursache in Zweifel ziehen wollte, weil die Indemnisation des Eigenthums derselben nicht auch, gleich der reichsständischen Indemnisation, auf das rechte Rhein-Ufer übertragen seye, nachdem Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation selbst in der Voraussetzung, daß auch den Fürsten und Ständen des Reichs ihre Domainen auf dem linken Rhein-Ufer bleiben, die Sorge für die Entschädigung der mit der französischen Verfassung incompatibeln Rechte für eine hauptsächliche Verpflichtung angesehen hat, und nachdem sich keine Ursache denken läßt, warum das unmittelbare Reichs-Glied nicht für einen Verlust von 100 bis 1000 und mehrern Gulden eben den Anspruch auf Entschädigung machen könne, den ein Fürst und Stand des Reichs für 10,000 und mehrere Gulden macht.

Rastatt, am 26ten Juny 1798.

Carl Freyherr von Gemmingen.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 27ten Juny 1798.

Hundert und vier und neunzigste Beylage.

Kurköllnisches Promemoria an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 28ten Juny 1798.

[194]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 28. Junii 1798.

Der hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation kann es nicht anders als angenehm seyn, wenn Hochdieselbe durch die Particular-Abgeordnete der am Rhein-Strom gesessenen Fürsten und Stände soviel möglich mit den individuellen Verhältnissen, welche bey der mit der französischen Republik als Friedens-Basis angenommenen Rhein-Gränze in Betrachtung kommen, bekannt gemacht wird.

In dieser Rücksicht und nach dem Beyspiel anderer hohen Gesandtschaften giebt sich Unterzeichneter die Ehre, über das hiebey betheiligte Interesse des Kurfürstenthums Kölln der hohen Reichs-Deputation einige Bemerkungen vorzulegen. Dieselbe haben zum Theil das Interesse Sr. kurfürstlichen Durchlaucht zu Kölln, als Landesfürsten, zum Theil die Gerechtsame der Privaten zum Gegenstande. Soviel

I. das landesfürstliche Interesse betrift; so bedarf es wohl nicht erst der Bemerkung, daß durch die Annahme der Rhein-Gränze der schönste, fruchtbarste, und bey weitem einträglichste Theil der köllnischen Kurlande verloren gehet.

Se. kurfürstliche Durchlaucht zu Kölln leben der zuverläßigen Hoffnung, daß gemäß dem bey der Abtretung des linken Rhein-Ufers angenommenen Entschädigungs-Grundsatze, auf Höchstdieselbe als Kurfürsten des Reichs eine vorzügliche Rücksicht werde genommen, und Höchstihnen im künftigen Friedens-Schlusse eine Ihren Verlust aufwiegende — zu Behauptung der Kur-Würde hinlängliche Schadloshaltung werde zugetheilt werden. Unterzeichneter behält sich in dieser Hinsicht bevor, seiner Zeit einen genauen Etat über den Verlust, den die Kur Kölln durch die Abtretung des linken Rhein-Ufers leidet, beyzubringen.

Da immittels das Interesse des ganzen Reichs darinn beruhet, daß die Masse des Verlustes soviel thunlich gemindert, und eben hiedurch die Zahl der Entschädigungs-Opfer vergeringert werde, die hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation auch hierauf bis heran ihre Bemühungen ununterbrochen gerichtet hat; so glaubt Unterzeichneter hoffen zu dörfen, daß Hochdieselbe folgenden dahin zielenden Bemerkungen in Betreff der kurköllnischen Rhein-Zölle Ihren Beyfall nicht versagen werde. Bekanntlich machen diese einen sehr beträchtlichen Theil der kurfürstlichen Cameral-Revenüen aus. Der kurköllnischen Rhein-Zölle sind fünf: nämlich zu Andernach, zu Linz, zu Bonn, zu Uerdingen, und zu Zons, welchen letztern das erzstiftische Domkapitel Pfandweise benutzt hat. Nebstdem ist die Kur im Besitz eines Lizents, der zuletzt auch

in Urdingen erhoben wurde. Alle diese Ortschaften, mit Ausnahme von Linz, sind am linken Rhein-Ufer belegen. Dieses ist jedoch ein blos zufälliger Umstand; keiner der erwähnten Zölle ist an den Ort, wo er bisher gehoben wurde, gebunden. Die Kurfürsten von Kölln hatten von jeher kraft vielfacher kaiserlichen Privilegien, insbesondere von König Friderich de 1314., von Kaiser Carl IV. de 1346., von König Sigismund de 1414. und 1434., von Kaiser Friderich III. de 1487. die Befugniß, ihre Rhein-Zölle von einem Orte zum andern nach Gefallen zu verlegen. So wurde im 14ten Jahrhundert der Zoll von Andernach vom Kurfürsten Friderich nach Linz verlegt, und als Kaiser Friderich III. dem Kurfürsten Hermann von Hessen mit Bewilligung aller Kurfürsten einen neuen Zoll nach Linz verliehe, wurde der vorherige Zoll wieder nach Andernach zurückverlegt. Der ehemalige Zoll zu Neuß ist bereits im 14ten Jahrhundert nach Zons, und späterhin jener zu Rheinberg nach Urdingen verlegt worden.

Was den Lizent insbesondere betrift; so wurde dieser ehemals in Rheinberg gehoben; von hier ward er im vorigen Jahrhundert nach Kaiserswerth verlegt; und erst unter der Regierung des letztverstorbenen Kurfürsten ist er, als das Kur-Haus Pfalz die kaiserswerther Pfandschaft einlöste, nach Urdingen verlegt worden. Wäre diese Einlöse zufällig nicht geschehen; so würde er bis auf den heutigen Tag in Kaiserswerth, mithin am rechten Rhein-Ufer gehoben worden seyn. In Rücksicht auf diese rechtliche Verhältnisse ist es ein billiger Wunsch, daß bey dem bevorstehenden Frieden, im Falle man mit der französischen Republik über die Beybehaltung der Rhein-Zölle überhaupt übereinkommen wird, der Kur Kölln die Befugniß, ihre bisher am linken Rhein-Ufer gehobene Rhein-Zölle auf das rechte zu verlegen, vorbehalten werde. Sollte jedoch das französische Gouvernement auf keinerley Art zu bewegen seyn, in die Uebertragung der kurköllnischen Rhein-Zölle aufs rechte Rhein-Ufer zu willigen; so wird doch gedachtes Gouvernement so wenig, als Eine hohe Reichs-Friedens-Deputation die Billigkeit verkennen können, daß wenigstens nebst Beybehaltung des Zolls zu Linz, der Lizent von Urdingen nach Deuz verlegt werde, da dieser Lizent nicht nur durch seine eigene Beschaffenheit sich von andern Rhein-Zöllen auszeichnet, sondern auch solang auf dem rechten Rhein-Ufer erhoben, und nur seit wenig Jahren aus Mangel einer anständigen Gelegenheit jenseits zu erheben angefangen worden ist. Unterzeichneter zweifelt nicht, daß dieser Antrag um so mehr die kräftigste Unterstützung der hohen Reichs-Deputation erhalten werde, als er eines Theils dahin zielt, den Verlust der Kur Kölln, und die daraus entstehende Entschädigungs-Ansprüche zu mindern, andern Theils den Zweck hat, den übrigen am rechten Rhein-Ufer gelegenen kurköllnischen Aemtern in den beträchtlichen zur Unterhaltung des Rhein-Baues erforderlichen Kösten eine Erleichterung zu verschaffen, worauf um so mehr Bedacht genommen werden muß, als diese wegen der Lage, die sie einnehmen, eine sehr beträchtliche Strecke des Rheins zu unterhalten haben, und dadurch zu einem Aufwand ge-

nöthiget sind, den sie blos aus eigenen Beyträgen zu machen ihrer Geringfügigkeit wegen nicht vermögen.

Was hiernächst

II. die Gerechtsame der Privaten anbelangt, welche bey der neuen Gränze in Betrachtung kommen müssen, so verdienen hier

a.) die Geld-Forderungen, welche auf den kurkölnischen Rhein-Zöllen haften, und wofür die Zoll-Einkünfte specialiter verhypothecirt sind, eine vorzügliche Aufmerksamkeit.

Im Falle die Rhein-Zölle beybehalten werden; so werden beyderseitige Gouvernements ohne Schwierigkeit wohl die Billigkeit anerkennen, daß derjenige Theil, dem eine Rhein-Zoll-Stätte zufällt, auch die Schulden übernehmen müsse, für welche die Revenüen dieser Zoll-Stätte bisher verhaftet waren. Schwieriger würde es seyn, wenn wider Verhoffen die Aufhebung aller Rhein-Zölle nicht abgewendet werden könnte. Höchst ungerecht wäre es, wenn die Zoll-Gläubiger hierunter leiden sollten.

Es würden also auch in diesem Falle doch wenigstens Maasregeln zur Sicherheit der Gläubiger genommen werden müssen, welches allenfalls dadurch geschehen könnte, daß die Zölle in der bisherigen Art noch so lange beybehalten würden, bis aus ihrem Ertrage die darauf haftende Schulden bezahlt wären.

b.) Gibt es hin und wieder Städte und Corporationen, welche an den Revenüen einzelner Zoll-Stätte Antheil haben; so besitzt unter andern die Stadt Andernach kraft eines kaiserlichen Privilegiums einen Antheil an dem dortigen Rhein-Zoll. Die Gerechtigkeit erfordert, daß derley Gerechtsame entweder beybehalten, oder im Falle der Aufhebung den Berechtigten eine angemessene Schadloshaltung zugesichert werde.

c.) Sind mehrere Private im Besitze von Gerechtsamen auf dem Rhein-Strome selbst, worüber also nothwendig, da dieser Strom nun die Gränze zwischen zwey Nationen werden soll, Bestimmung geschehen muß. So ist z. B. das Recht der Rhein-Ueberfahrt zu Költn und zu Bonn, oder die dasigen fliegenden Brücken von einer sichern Anzahl Vasallen bisher zu Lehen getragen, und die Nutzung davon bezogen worden. Mehrere andere Gemeinden und Private sind im Besitze des Ertrags anderer Rhein-Ueberfahrten. In einem ähnlichen Falle befinden sich die sogenannten Salz-Vasallen zu Költn, welche die Verrichtung des Salz- und Frucht-Messens auf dem Rheine daselbst mit den davon abhangenden Nutzungen als ein kurköllnisches Lehen besitzen.

Die Pflicht, für die Erhaltung des Eigenthums der in den abzutretenden Landen wohnenden Unterthanen zu sorgen, erheischt, daß auf die Beybehaltung dieser und ähnlicher Gerechtsame unterhandelt, und im Falle diese nicht Statt finden könnte, eine vollkommene Schadloshaltung für die Betheiligten ausbedungen werde, welche

von demjenigen Theil billig zu leisten wäre, zu dessen Vortheil derley Gerechtsame aufgehoben würden. Unterzeichneter glaubt, daß die Bewilligung dieser das Interesse der Privaten betreffenden Puncte von Seiten der französischen Minister um so weniger Schwierigkeit finden werde, als es hier vorzüglich um die Rechte und Wohlfahrt künftiger Unterthanen gilt, für welche zu sorgen das französische Gouvernement eben so sehr, wie ihr bisheriges deutsches Gouvernement, sich zur Pflicht rechnen wird.

Endlich muß Unterzeichneter noch in Betreff des Rhein-Ufer-Baues bemerken, daß zwar deßfalls in der französischen Note vom 14. Floréal (3ten May) die Verfügung in Vorschlag gebracht worden: kein Theil solle an einem der beyden Rhein-Ufer solche Arbeiten vornehmen, welche das entgegengesetzte Ufer beschädigen könnten. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß in einzelnen Fällen die Frage: Ob eine Rheinbau-Arbeit rheinbau-ordnungswidrig, d. i. so beschaffen seye, daß sie das gegenüber liegende Ufer beschädige? unter den wechselseitigen Ufer-Bewohnern häufigen Contestationen ausgesetzt ist. Zwischen den Einwohnern des Kurfürstenthums Kölln, und jenen des Herzogthums Berg, gab es deßfalls unaufhörliche Streitigkeiten, welche durch eine gemeinschaftliche Commission mit Zuziehung von Wasser-Bau-Verständigen geschlichtet zu werden pflegten.

Es scheint daher dermalen, wo der Rhein die Gränze zwischen Deutschland und Frankreich werden soll, unumgänglich nothwendig zu seyn, daß, um allen künftigen eigenmächtigen That-Handlungen unter den beyderseitigen Ufer-Bewohnern vorzubeugen, in dem abzuschliessenden Frieden zugleich die Art festgesetzt werde, wie die zwischen denselben wegen schädlichen Rhein-Bau-Arbeiten entstehenden Klagen und Streitigkeiten erörtert und beygelegt werden sollen.

Rastatt den 28ten Junius 1798. C. G. zu Erbach.

Præs. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 28ten Juny 1798.

Hundert und fünf und neunzigste Beylage.

Schreiben des kaiserlichen und Reichs-Kammer-Gerichts an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Wezlar, den 26ten Juny 1798.

[195]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 29. Junii 1798.

Hochansehnliche und hochverordnete Reichs-Friedens-Deputation!

Schon unter dem 20ten Jänner laufenden Jahres haben wir, im Gefühle unsrer Pflicht, die vermögende Verwendung von Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-

Deputation wegen Verabfolgung der kammergerichtlichen Acten, welche sich in Strasburg, oder einem andern unter französischer Gewalt stehenden Orte befinden sollten, nachgesucht. Mit diesem Antrage scheinen uns die neuern Vorfälle in Betreff der Gerichts-Acten, welche die jenseitigen Rhein-Lande und Unterthanen betreffen, im kammergerichtlichen Archive aufbewahrt sind, und von den französischen Gerichts-Stellen, und den in französische Gewalt gerathenen Parthien gegenwärtig zurückgefordert werden, in enger Verbindung zu stehen. Wir fühlen uns daher verpflichtet, Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation den umfassenden Bericht, den wir aus Veranlassung eines solchen Ansinnens, (der Wichtigkeit der Sache wegen,) an kaiserliche Majestät und das Reich zu erstatten nothwendig fanden, in der beygebogenen Abschrift mitzutheilen, und Hochdieselbe mit dem Falle und den von uns ergriffenen Maasregeln bekannt zu machen. Selbst in dem Bewußtseyn und der vollen Ueberzeugung, daß der tiefen Einsicht von Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation die Nothwendigkeit, in dem künftigen Friedens-Instrumente, nach dem Beyspiele vorderer Reichs-Friedens-Schlüsse, wegen Auslieferung der die abgetretenen Reichs-Lande betreffenden Gerichts-Acten eine maasgebende Bestimmung einzurücken, nicht entgehen werde, halten wir jedoch für Pflicht, diesen für das Gericht sehr wichtigen Gegenstand der hohen Aufmerksamkeit von Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation hiemit ausdrücklich zu empfehlen.

Wir verharren übrigens unter Erlassung göttlichen Schutzes

Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation

Wezlar am 26sten im Junius 1798.

freund-dienst-bereit- und gutwillige Kammer-Richter, Präsidenten und Assessoren des Kaiserlichen und Reichs-Kammer-Gerichts.

Aufschrift.

An Eine hochansehnliche und hochverordnete Reichs-Friedens-Deputation zu Rastatt.

Præsent. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 29ten Juny 1798.

Abschrift eines an kaiserliche Majestät unterm 26sten Junius 1798 erlassenen allerunterthänigsten kammergerichtlichen Collegial-Berichts.

Allerdurchlauchtigster rc. rc.

Von dem Umfange unserer Pflichten durchdrungen, entstehen wir nicht, Eurer rc. von einem neuern, die uns allergnädigst übertragene Reichs-Justitz-Pflege betreffenden Vorfalle, und den Maasregeln, die wir zu ergreifen, sachdienlich erachteten,

die Anzeige mittelst allerunterthänigsten Berichts zu machen, und der weitern allerhöchsten Verfügung allerunterthänigst anheim zu stellen. Im Verlaufe weniger Monate ergaben sich mehrere Fälle, wo entweder die Parthien, welche mit dem linken Rhein-Ufer in die französische Gewalt geriethen, oder die dasigen französischen Justitz-Behörden auf die Auslieferung der Original-Gerichts-Acten in den bey uns anhängigen Rechts-Angelegenheiten antrugen. In den Senaten, wo diese Gesuche und Anträge aus Gelegenheit der in selben anhängigen Haupt-Sache in Vortrag kamen, untersuchte man die Vorfrage, ob beyde streitende Theile die Prozeß-Acten reclamirten? und suchte sich theils durch Vorbescheide, theils durch Weisungen an den Anwalt der streitenden Theile hierüber sicher zu stellen. Die Haupt-Frage inzwischen: „Ob nach erfolgter Einwilligung der im Processe befangenen und interessirten Theile entweder „die Original-Acten, oder beglaubte Abschriften, oder keines von beyden, ehe und „bevor der bevorstehende Reichs-Friede hierüber werde entschieden haben, zu verabfolgen seyen? und ob nicht zwischen laufenden und bereits submittirten und geschlossenen Sachen ein Unterschied zu machen sey?“ blieb unentschieden, und die Parthien, denen es um die Auslieferung der Original-Acten zu thun war, wendeten sich an ihre neue französische Behörden, und erwirkten Vorschreiben und Requisitorialien. Der neueste Vorfall dieser Art ergab sich in der hier anhängigen Appellations-Sache Margaretha Constant, vidua Dris Halliot contra Dembour aus Stablo, welche sich wiederholt mit dem Gesuche um Auslieferung der Original-Acten bey uns meldete, und zur Unterstützung desselben ein vom Greffier des französischen Civil-Gerichts zu Mastricht aus Auftrag dieses Letzten verfaßtes Vor- und Ersuchungs-Schreiben beybrachte. In dieser Lage fanden wir nothwendig, diese Sache zum Gegenstande einer Plenar-Berathung zu machen, einen Schluß zu fassen, und uns über ein gleichförmiges Benehmen, sowohl in dem vorerwähnten, als allen künftigen ähnlichen Fällen zu vereinigen. Das Resultat dieser den 21ten laufenden Monats gepflogenen Berathung, allergnädigster Kaiser und Herr, concentrirt sich in nachstehenden, mittelst Plenar-Beschlusses festgesetzten Grundsätzen:

1.°) Seyen weder auf Antrag der Parthien, noch auf Ansinnen der französischen Regierung oder Gerichts-Stellen, die Original-Acten in am Kaiserlichen und Reichs-Kammer-Gerichte anhängigen, jenseits des Rheins liegende Reichs-Lande und Unterthanen betreffenden Rechts-Angelegenheiten, — und zwar ohne Unterschied, ob die im Streit befangenen Theile noch Schriften wechseln, oder zur endlichen Entscheidung submittirt haben, oder auch die Streit-Sache verglichen sey, in keinem Falle auszuantworten. Jedoch seyen

2.°) auf geziemendes Ansuchen der interessirten Theile beglaubte Abschriften derselben gegen Erlegung der Kanzley-Gebühren der Regel nach und dem bisherigen Gerichts-Brauche gemäß a Senatu den Privat-Parthien oder streitenden Theilen, nicht aber französischen Behörden, deren legitime Jurisdiction von kaiserlicher Majestät

und höchst und hohen Ständen noch nicht anerkant, zu bewilligen. In Gemäßheit dieser ad 1.) et 2.) festgesetzten Beschlüsse seyen

3.*) die Parthien, je nachdem sie sich entweder um die Gehabung der Originalien oder beglaubten Abschriften melden werden, a Senatu ordnungsmäßig zu verbescheiden; die deßfalls erfolgende Vorschreiben der französischen Behörden oder obrigkeitlichen Personen aber a Notario Senatus — jedoch bewandten Umständen nach — zu beantworten, wobey die Adjoustirung des Antwortschreibens, und etwa bey einzelnen Fällen nöthig oder räthlich werdenden Erläuterungen und Bemerkungen beyzufügen, der Beurtheilung des Senats, welchem Referens in der betreffenden Sache zugetheilt ist, überlassen bleibe.

Den allgemein anerkannten und in der Natur der Sache liegenden Grundsatz, daß die Original-Gerichts-Acten das Eigenthum des Gerichts, bey welchem sie verhandelt wurden, zugleich seine Wehr und Waffen sind, vorausgesetzt, würden wir fürchten müssen, uns durch Auslieferung derselben, die uns in Hinsicht der von Eurer kaiserlichen Majestät übertragenen höchstrichterlichen Gewalt übergeben wurden, einer schweren Verantwortung auszusetzen, da überdieß der Kriegs-Zustand, ohngeachtet die Waffen ruhen, noch immer fortwähret, und der Einverleibung des linken Rhein-Ufers dem französischen Staate und der neuen jenseitigen Staats-Verfassung die erste und wesentliche Erforderniß, die Anerkenntniß von Euer kaiserlichen Majestät und dem deutschen Reiche, noch gebricht. In Hinsicht auf diese Gründe und Völkerrechts-Grundsätze und die Vorschriften der Reichs-Grundgesetze, welche uns die sichere und unversehrte Aufbewahrung der Gerichts-Acten zur Pflicht machen, fanden wir nothwendig, den allgemeinen Grundsatz, daß die Auslieferung der Original-Gerichts-Acten in keinem Falle Statt haben solle, festzusetzen. Auf der andern Seite konnten wir aber das vollkommene Recht der Parthien auf den Innhalt ihrer bey Gerichte verhandelten Acten, nicht verkennen, und glaubten, ohne Beeinträchtigung dieses Rechts, ihnen die Abschriften derselben nicht versagen zu dörfen. In dieser Ueberzeugung setzten wir, wie zu 2.) allerunterthänigst bemerkt ist, fest, daß den Parthien solche gegen Erlegung der Kanzley-Gebühren verabfolgt werden sollten, schlossen aber hievon die französischen Behörden, deren Competenz uns noch zur Zeit nicht legaliter bekannt ist, ausdrücklich aus, wenn sie sich sollten beygehen lassen, in eigenem Namen die Abschriften der Acten von uns zu fordern. Der Drang der Umstände und unsre Lage, da wir selbst in der französischen Gewalt stehen, und unter seinem Schutze unsere Amts-Verrichtungen fortsetzen, wird übrigens unsern weitern Beschluß, die erfolgende Vorschreiben der französischen Behörden oder obrigkeitlichen Personen nicht unbeantwortet zu belassen, vollkommen rechtfertigen; zum wenigsten erzeugte dieser Zusammenfluß von Umständen in uns ein gegründetes Bedenken, von dem unter Staaten hergebrachten Höflichkeits-Systeme abzuweichen, wodurch gegenwärtig Beschwerden, drohungsvolle Schreiben, oder gar Zudringlichkeiten veranlaßt werden könnten.

Schließ-

Schließlich bemerken wir noch allerunterthänigst, daß wir, überzeugt von der Verbindung, in welcher der unterstellte Gegenstand dieses allerunterthänigsten Berichtes mit unserm an die Reichs-Friedens-Deputation gestellten Antrage vom 20ten Jänner laufenden Jahrs wegen Verabfolgung der in Strasburg befindlichen kammergerichtlichen Acten stehe, zweckmäßig fanden, von diesem an Eure kaiserliche Majestät erstatteten Berichte der benannten Reichs-Friedens-Deputation ebenfalls Nachricht zu geben, und diesen Gegenstand der Aufmerksamkeit derselben auf den Fall des wirklich erfolgenden Friedens-Schlusses zu empfehlen, damit wegen Auslieferung der die abgetretenen Reichs-Lande betreffenden Acten dem Friedens-Instrumente eine eigene Bestimmung eingerückt werden möge.

Zu fortwährenden allerhöchsten kaiserlichen Hulden und Gnaden empfehlen wir uns in aller Unterthänigkeit, und beharren in allertiefster Erniedrigung

Eurer rc. rc.

rc. rc.

Hundert und sechs und neunzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 6ten July 1798.

[196]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 7. Julii 1798.

Der römisch kaiserlichen Majestät unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen ausserordentlichen Reichs-Deputation gebührend unverhalten:

Auf die weitere Note der französischen bevollmächtigten Minister vom 4. Messidor (22ten Juny) halte die Reichs-Friedens-Deputation dafür, daß denselben zu erwiedern sey:

[Hier ist das Conclusum der 50sten Sitzung vom 6ten July 1798. von den Worten: Die franz. Gesandtschaft habe rc. — bis: Hoffnung gemacht habe rc. — (Siehe Prot. Th. II. S. 182 — 188) wörtlich eingerückt.]

Die Reichs-Friedens-Deputation sehe diese, der französischen Gesandtschaft nach Ihrem Dafürhalten zu ertheilende Antwort für so wesentlich, allen Verhältnissen der in Frage kommenden Gegenstände und der dermaligen Lage der Umstände so angemessen an, daß sie an der Vereinigung der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz mit diesem Deputations-Schlusse nicht zweifeln möge.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 6ten July 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Hundert und sieben und neunzigste Beylage.

Französische Vollmacht für die bevollmächtigten Minister der französischen Republik am Reichs-Friedens-Congresse, pour conclure et signer, de dato Paris den 5. Pluviose an 6. (24ten Jänner 1798.)

[197]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 10. Julii 1798.

Extrait des Régistres des Délibérations du Directoire exécutif, Paris le cinq Pluviose l'an 6. de la République françoise une et indivisible.

Le Directoire exécutif interprétant, en tant que besoin, son Arrêté du 6. Brumaire dernier, déclare que les Ministres plénipotentiaires y designés pour la Négociation avec l'Empire germanique convenue par l'Article 20. du Traité de Campo Formio du 26. Vendémiaire précédent sont revêtus de tous les pouvoirs nécessaires pour conclure et signer tous Traités et Conventions auxquels donnera lieu la Négociation présentement ouverte à Rastadt.

Le présent Arrêté ne sera pas imprimé. Le Ministre des Rélations extérieures est chargé de son exécution.

(L. S.) Pour expédition conforme, le Président du Directoire exécutif; signé: Barras.
Par le Directoire exécutif, le Sécretaire-général; signé: Lagarde.

Pour Copie conforme,

Les Ministres plénipotentiaires de la République françoise au Congrès de Rastadt.

(L. S.) *Bonnier, Jean Debry.*

Par les Ministres plénipotentiaires,

Le Sécretaire de la Légation françoise, Rosenstiel.

Præsentatum dem kurf. mainzischen Reichs-Deputations-Directorium durch den Bürger Rosenstiel, französischen Legations-Secretär, den 9ten Julius 1798.

Hundert und acht und neunzigste Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 12ten July 1798.

[198]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 13. Julii 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Kommission hat das Gutachten der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation vom 6ten dieses Monates, zur Beantwortung der Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 22ten Junius (4. Messidor,) erwogen, und dasselbe unter der zweyfachen Voraussetzung begnehmiget, daß, erstens, was die Vergütung des Verlustes nützlicher, der unmittelbaren Reichs-Ritterschaft zustehender Rechte aller Art betrift, die dabey gebrauchten Ausdrücke den Sinn nicht haben, die Entschädigung auf irgend welche Weise an die Vorlegung der Erwerbungs-Titel dieser Rechte zu heften; sondern daß vielmehr hier, wie bey den Ständen des Reichs, das lediglich Factum des Besitzes, verbunden mit dem Verluste desselben, den Ersatz begründen soll; — auch daß, zweytens, für die dem reichsritterschaftlichen Körper entgehenden, der Erhaltung seines Staates und Wesens, nicht weniger als der Leistung seiner Pflicht und Dienste gewidmeten Steuern eine gehörige Vergütung werde ausgemittelt werden.

Dieser hiemit erklärten Genehmigung zu Folge, ist der Innhalt erwähnten Gutachtens den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik durch die abschriftlich beygeschlossene Note vom 9ten dieses Monates mitgetheilet worden, welche noch zuvor ihrer Seits, mittels Ueberhändigung einer beglaubten Abschrift der hier weiter beygefügten Urkunde, dem in ihrer Vollmacht so lange bestandenen Mangel abgeholfen haben.

Uebrigens scheinen die Unterhandlungen nunmehr so weit vorgerückt, und die noch zu erörternden Puncte sind von einer solchen Beschaffenheit, daß es zweckbeförderlich seyn würde, den Weg der mündlichen Verhandlung, sobald die jetzt zu erwartende französische Gegen-Note erfolgt seyn wird, wenigstens insoferne und zu dem Ende einzuschlagen, daß durch einen zu beliebenden Zusammentritt und durch die sich gegenseitig zu gebenden mündlichen Aufklärungen die schriftlichen Mittheilungen vorbereitet und abgekürzet würden. Da man bey den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik hierüber ganz übereinstimmende Wünsche begegnet hat; so will die kaiserliche höchstansehnliche Kommission über die Sache selbst sowohl, als über die Art und Gestalt dieser einzuleitenden Konferenzen, das umständliche Gutachten der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation ehestens gewärtigen; auch dürfte es dienlich seyn, die

bereits in dem Geiste der bisherigen Verhandlungen und in der Natur der Sache selbst liegenden Grundsätze näher zu entwickeln, nach welchen man die zur mündlichen Erörterung so vorzüglich geeignete wechselseitige Bestimmung des Begriffes der Zugehörungen geistlicher Stiftungen diesseits einzuleiten gesinnet ist.

Womit die kaiserliche höchstansehnliche Kommission sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen wohl zugethan verbleibt. Signatum Rastatt den 12ten July 1798.

(L. S.) Franz Georg Carl
Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch-kaiserl. Majestät zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordneten höchstansehnlichen Commission wegen dem hochlöblichen kurmainzischen Directorium der Reichs-Friedens-Deputation einzuhändigen.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 12ten July 1798.

Anlagen zur hundert und acht und neunzigsten Beylage.

Abschrift Note Sr. Excellenz des Herrn Grafen von Metternich, an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, de dato Rastatt den 9ten July 1798.

Die bevollmächtigten Minister der französischen Republik haben in ihrer unterm 22ten Juny (4. Messidor) auf die diesseitige Note vom 18ten May ertheilten Antwort zwar diejenigen beruhigenden Erklärungen noch nicht gegeben, welche man von der unverkennbaren Stärke der mitgetheilten Gründe erwarten zu können geglaubt hat; Unterzeichneter, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, ist vielmehr von den lebhaften Besorgnissen noch immer nicht zurückgekommen, welche die unerwarteten Forderungen der damaligen jenseitigen Note vom 3ten May (14. Floréal) bey Ihm und Ihr erzeugt haben; gleichwohl haben sie aus der jüngsten Aeusserung der französischen bevollmächtigten Minister auf etwelche Puncte einige beschränkte Nachgiebigkeit bemerkt, und sie haben aus dieser, auch aus der beygefügten feyerlichen Zusicherung des aufrichtigen Verlangens nach einem zur gemeinschaftlichen Wohlfahrt beyder Nationen abzielenden Definitiv-Frieden, die Geneigtheit des französischen Gouvernements wahrgenommen, sich Bedingungen zu nähern, welche mit der Vollmacht der Reichs-Deputation, nämlich der Abschliessung eines billigen, anständigen und dauerhaften allgemeinen Reichs-Friedens, sich vereinigen lassen würden. Um diesen Zweck zu erreichen, hat man sich zu den möglichsten Aufopferungen bereits verstanden, und da man sich überhaupt diesem Friedens-Geschäfte, mit einer bisher in der deutschen Ge-

schichte bey so äusserst wichtigen, nach dem Reichs-Style zu bearbeitenden Verhandlungen, gewiß seltenen Thätigkeit gewidmet, auch sich hiebey über jede nicht wesentliche Anstände gerne hinweggesetzt hat; so kann die Meynung der bevollmächtigten Minister der französischen Republik gewiß nicht seyn, bey Unterzeichnetem — und der Reichs-Deputation, irgend eine, ganz nicht denkbare, geflissentliche Verzögerungs-Absicht zu vermuthen.

Die jüngste diesseitige Note vom 18ten May enthielt bereits ausführlich die Gründe, warum es dem Interesse des deutschen Reichs, dem klaren Sinne der von beyden Theilen anerkannten ersten Friedens-Basis, und selbst den französischen officiellen Zusicherungen gemäß sey, die Mitte des Rheins als die Gränze beyder Staaten anzunehmen; diese Gründe bestehen noch fort; durch die im Betreffe des Forts Kehl in der Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 22ten Juny (4. Messidor) vorgeschlagene Modification wird das diesseitige Haupt-Bedenken, welches gegen jede Ueberlassung eines Platzes diesseits des Rheines gerichtet ist, nicht gehoben; denn, wenn auch das deutsche Reich zu einer Zeit, wo es selbst noch die wichtigsten Festungen auf der linken Rhein-Seite besaß, eine tête de pont auf der rechten Rhein-Seite an Frankreich überlassen konnte, so werden doch die bevollmächtigten Minister der französischen Republik selbst erleuchtet einsehen, daß eine solche Ueberlassung mit der deutschen Sicherheit dermalen nicht mehr bestehen könne, wo die französische Republik dem Reiche dagegen auf der linken Rhein-Seite gar nichts mehr gestatten will. Man kann daher nicht umhin, sich auf alle die, in der Note vom 18ten May angeführten, mit der Wohlfahrt, der Ruhe, der Sicherheit und der militärischen Selbstständigkeit Deutschlands so enge verbundenen Betrachtungen dahier nochmals in der zuversichtlichen Erwartung zu beziehen, daß das französische Gouvernement nicht länger auf den festen Puncten diesseits, und überhaupt auf keinem jener Ansprüche bestehen werde, welche die als Gränze beyder Staaten angenommene Mitte des Rheins auf irgend eine Art überschreiten, und welche sich mit dieser Eigenschaft als Gränze und mit der Gemein-Herrschaft des Flusses ganz nicht vertragen würden. Der Erfüllung dieser zuversichtlichen Erwartung sieht man um so gewisser entgegen, als die französischen bevollmächtigten Minister bereits auf die Forderungen der 50 Morgen Landes Hüningen gegenüber verzichtet haben, so wie man dann auch diesseits in der Folge alles dasjenige gern mit anzugehen bereit seyn wird, was zur wechselseitigen Sicherheit dieser neuen Gränze etwa annoch erforderlich seyn kann.

Aus demjenigen, was hiernächst die bevollmächtigten Minister der französischen Republik in ihrer jüngsten Note, in Betreff eines zu errichtenden Handels- und Schiffahrts-Tractates und der dahin Bezug habenden Gegenstände, geäussert haben, ersah man, daß sie sich von denjenigen Schwierigkeiten, welche in Rücksicht der Douänes (Einfuhr-Zölle) angeführt worden sind, nunmehr gleichfalls überzeugt, und es eben auch unausführbar gefunden haben, dermal schon allgemeine Bestimmungen dießfalls

festzusetzen; man hält sich daher um so mehr versichert, daß sie auch den übrigen Betrachtungen über diesen Gegenstand beypflichten werden, als diese Gegenstände der Rhein-Schiffahrt mit den Einfuhr-Zöllen (den Douânes) und mit den weitern Anstalten einer Barrière, welche der Rhein alsdann formirt, unzertrennlich verbunden sind. Die bevollmächtigten Minister der französischen Republik werden auch ferner nicht mißkennen, daß ein Handlungs- und Schiffahrts-Tractat mit dem gesammten Reiche insoferne allerdings Statt finden möge, als er Gegenstände betreffen würde, die das deutsche Reich im Ganzen angehen; wie dann von jeher in Reichs-Friedens-Schlüssen und in Reichs-Gesetzen von gesammten Reiches wegen allgemeine Verfügungen über diese Gegenstände gemacht worden sind. Das französische Gouvernement hat seines Orts ein ergiebiges Surrogat für die bisherigen Rhein-Zoll-Einkünfte schon wirklich gefunden, und unerachtet des noch nicht abgeschlossenen Friedens eingeführt, indem es ganz kürzlich seine Barrière an den Rhein vorgelegt hat, und Douânes (Einfuhr-Zölle) nach einem Tarif erhebt, welcher die vom rechten Rhein-Ufer auf das linke kommenden Waaren weit höher als vorhin anlegt, dagegen hievon die absoluten Bedürfnisse des linken Rhein-Ufers, z. B. Früchte, Schlachtviehe, Holz rc. befreyet, verschiedene andere Artikel aber theils auszuführen verbietet, theils durch beträchtliche Effito-Zölle (droits de sortie) erschweret, dabey auch von den Transito-Waaren die bisherigen Zölle noch immer und in so lange provisorisch erheben zu lassen verfügt hat, bis hierüber eine Uebereinkunft mit den Nachbarn getroffen seyn wird. Auf dem rechten Rhein-Ufer hingegen besteht gegen alle diese Anstalten noch zur Zeit nichts als die hergebrachten Zoll-Gebühren; und wenn diese, nach dem jenseitigen Verlangen, schon durch das gegenwärtige Friedens-Instrument sollten aufgehoben werden, so würden die deutschen zollberechtigten Landes-Herren hiefür ohne alles Surrogat seyn, und dieses die bedenkliche Folge haben, daß die kostspieligen Unterhaltungen des Rhein-Bettes vernachläßigt, dadurch aber die Schiffahrt selbst nothwendig leiden würde; nicht zu gedenken, daß auch die batavische Republik ihre Zölle aufheben müßte, wenn eine allgemeine Aufhebung der Rhein-Zölle Statt haben sollte. Wenn man nun mit diesen Betrachtungen noch die weitern verbindet, daß zu gründlicher Berichtigung sämmtlicher Handels-Verhältnisse und zur Aufstellung allgemeiner Grundsätze über dieselbe, eine vollständige Kenntniß der Local-Verhältnisse so vieler Lande und eine reine Prüfung aller dabey eintretenden manchfachen Rücksichten unumgänglich erforderlich sey; wenn man ferner die in ihren Folgen nicht zu berechnende neue Richtung erwägt, welche der ganze Handel der zunächst an den Rhein gränzenden sowohl als der entfernteren deutschen Lande durch Aufhebung der Rhein-Zölle erhalten würde; so darf man sich allerdings den Beyfall der bevollmächtigten Minister der französischen Republik zuversichtlich versprechen, wenn man den Antrag wiederholt, daß es dermalen noch und bis zur Abschliessung eines Handels- und und Schiffahrts-Tractats, bey den bisherigen Zoll-Abgaben, und zwar dergestalt zu

belassen sey, daß indessen in Ansehung der Zölle alles in statu quo verbleibe, daß aber alsbald nach geschlossenem Frieden die Unterhandlungen über einen Commerz- und Schiffahrts-Tractat, mit Zuziehung aller dabey interessirten Staaten, angefangen werden sollen. Es versteht sich hiebey von selbst, daß in diesem Tractate sich nur über allgemeine Grundsätze und solche Puncte, welche das allgemeine Interesse betreffen, vereiniget werden könne, und daß hiedurch die französische Republik nicht gehindert werde, hiernächst mit einzelnen Reichs-Ständen auch noch eigene, dem allgemeinen Tractate nicht zuwiderlaufende, und den andern Theilen des deutschen Reichs unpräjudicirliche Handels-Uebereinkünfte zu treffen.

Wenn man übrigens diesseits in der letzten Note die Anträge wegen der freyen Rhein-Schiffahrt, wegen des Leinpfades, und wegen des Ufer-Baues vorerst auf den abzuschliessenden Handels- und Schiffahrts-Tractat verweisen zu müssen glaubte, so gab man jedoch zugleich zu erkennen, daß man vor der Hand dieser speciellen Gegenstände halber, unter gewissen, beyden Theilen gleich nützlichen Erläuterungen, verstanden sey. Man findet daher dermalen kein weiteres Bedenken, zu erklären, daß diese Artikel, als zugestanden, dem künftigen Friedens-Instrumente dergestalt eingerückt werden mögen, daß bey dem Leinpfade die Worte: nach Nothdurft und Möglichkeit beyzusetzen, bey der gemeinsamen und freyen Rhein-Schiffahrt aber der Grundsatz, daß beyden Nationen das gleiche Recht der Schiffahrt auf dem Rheine zustehe, festzusetzen, auch durch eine gemeinsame Uebereinkunft mit der batavischen Republik die freye Schiffahrt auf dem Rheine bis zu seinem Ausflusse sicher zu stellen, auch das Stappel-Recht und der Schifferzunft-Zwang allenthalben aufzuheben seyen.

Was sodann noch die Commercial-Brücken betrift, deren die neueste Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik abermal erwähnt, so ziehen immerhin dergleichen Brücken einen Kontact nach sich, der mit der Absicht einer strengen nassen Gränze sich nicht wohl verträgt, weßwegen stehende Brücken zwischen zwey Staaten so viel möglich vermieden werden; da nun auch die bevollmächtigten Minister der französischen Republik in ihrer jüngsten Note die Brücken bey Hüningen nicht anders als mit freyem Willen und Einverständnisse der beyderseitigen Ufer-Bewohner zu errichten gedenken, folglich voraus zu setzen scheinen, daß Kaiser und Reich ein solches Einverständniß zwischen den Riverains, daß ist, zwischen den angränzenden deutschen Landes-Herren und den französischen Departements, gern zugeben werden; wo hingegen man diesseits neue dergleichen stehende Brücken über den Rhein für das Commerz um so weniger nöthig finden kann, als es in dasiger Gegend an solchen Brücken schon wirklich nicht fehlt; so darf man hoffen, daß die bevollmächtigten Minister der französischen Republik auf denselben nicht ferner bestehen werden.

Diesseits hat man ferner aus der jüngsten Note der französischen Minister ersehen, daß das französische Gouvernement sich nunmehr entschlossen habe, der unmittelbaren Reichs-Ritterschaft das Eigenthum ihrer Güter und Besitzungen auf der linken

Rhein-Seite zuzusichern, zugleich jedoch dieser Zusage einige wichtige Beschränkungen beyzufügen. Wie nun aber, soviel diese Beschränkungen betrift, die reichsritterschaftliche Güter, welche gerade in dem jetzigen Augenblicke zufälliger Weise von einem, eine Viril- oder Kuriat-Stimme auf dem Reichstage führenden Reichs-Stande besessen werden, darum nicht minder ritterschaftliche Güter sind; da Titel und Reichsstandschaft des Besitzers die Eigenschaft der Güter nicht ändert, da folglich ein Unterschied unter ritterschaftlichen Gütern nach ihren Besitzern unbillig ist; und da es endlich den allgemein anerkannten Begriffen über die Rechte des Eigenthums zuwider seyn würde, wenn man den Genuß dieser Besitzungen dermalen noch erschweren, oder für die Degradationen keinen Ersatz leisten wollte; so glaubt man von der Gerechtigkeits-Liebe des französischen Gouvernements auch noch erwarten zu können, daß sämmtliche reichsritterschaftliche Güter und deren Besitz und Genuß ihren sowohl abwesenden, als auf ihren Gütern wirklich lebenden Eigenthümern bis zum Abschlusse des Friedens ferner nicht werden entzogen, die angelegten Sequester dermal schon aufgehoben, wegen des erleidenden Verlustes, sonderlich an nützlichen, meist theuer erkauften Rechten, z. B. Zehenden von den Zehendpflichtigen, oder sonst eine billige Vergütung zugestanden, und in Ansehung derjenigen Eigenthümer, welche von anderen Besitzungen zugleich stimmführende Reichs-Stände sind, keine Ausnahme werde gemacht, sondern diesen gleich andern werde gestattet werden, diese Güter entweder als Fremde fortzubesitzen, oder nach Belieben frey zu veräussern, ohne wegen solcher Veräusserung irgend einer weitern Taxe oder Abgabe zu unterliegen.

Die bevollmächtigten Minister der französischen Republik erklärten endlich in ihrer jüngsten Note, daß die *Dépendances* auf der linken Rhein-Seite von geistlichen Etablissemens auf der rechten der Republik, — dagegen aber die Dépendances auf der rechten Rhein-Seite von geistlichen Etablissemens auf der linken, dem Reiche verbleiben sollten. Die Ausdrücke: dépendances und établissemens écclésiastiques sind verschiedener Bedeutungen fähig; es wird daher, um bey näherer Bestimmung der dießfalls aufzustellenden Grundsätze mit Verläßigkeit zu Werke gehen zu können, auch noch nöthig seyn, sich darüber zu äussern, was unter dem Worte établissement écclésiastique verstanden werde? wie es mit demjenigen, was man unter dem Ausdrucke pia corpora begreift, namentlich mit dem Vermögen von Universitäten und andern Schul-Anstalten, von Hospitälern, Wittwen- und Waisen-Instituten, Gemeinden und andern weltlichen Körperschaften, solle gehalten werden; was man eigentlich unter dépendances, ob blos liegendes, oder auch fahrendes Haab verstehe? was insbesondere wegen der Kapitalien zu verfügen seyn möge? ob derjenige Theil, dem solche dépendances zufallen, sie ganz frey erhalte? ob er keine andere, als die ohnehin auf selben haftenden Lasten, oder noch weitere und was für welche, mit übernehme? endlich, wem eigentlich diese dépendances auf der rechten Rhein-Seite, von Körperschaften auf der linken Rhein-Seite würden zu Theil werden? Da sich über alle diese Anstände gerechte

und

und billige Bestimmungen würden finden lassen, so zweifelt man nicht, daß auch hierüber sich in baldem werde vereiniget werden.

So wie man nun die jüngste Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vollständigst hiedurch beantwortet zu haben glaubt, so muß man übrigens auch noch wegen aller andern diesseitigen Anträge, Puncte, Erklärungen und Voraussetzungen der Noten vom 3ten und 14ten März und vom 18ten May (deren Erörterung unumgänglich nöthig ist, die aber bis jetzt ganz unbeantwortet geblieben sind) die bevollmächtigten Minister der französischen Republik um eine gleichfalls vollständige und umfassende Rückäusserung ersuchen, von deren Billigkeit man sich zum voraus um so sicherer überzeugt hält, als hierinn die gedachten Minister ohne Zweifel gern Gelegenheit finden werden, diejenigen Gesinnungen von Mäßigung zu realisiren, wovon das französische Gouvernement dem deutschen Reiche Beweise zu geben, mehrmal, und noch besonders in der jüngsten Note vom 22ten Juny (4. Messidor) Hoffnung gemacht hat.

Unterzeichneter hat die Ehre, hierbey übrigens die bevollmächtigten Minister der französischen Republik seiner ausgezeichnetesten Hochachtung zu versichern.

Franz Georg Carl, Graf von Metternich.

Zweyte Anlage.

Ist eine Abschrift der mit [197] ganz gleichlautenden französischen Vollmacht.

Hundert und neun und neunzigste Beylage.

Französische Vollmacht für den bevollmächtigten Minister Roberjot, de dato Paris den 22. Prairial an 6. (10ten Juny 1798.)

[199]

Extrait du Régistre des Arrêtés du Directoire exécutif du 22. Prairial an 6. de la République françoise une et indivisible.

Le Directoire exécutif arrêté ce qui suit:

Art. 1.

Le Citoyen Roberjot, Ministre plénipotentiaire de la République françoise près la République Batave, est nommé Ministre plénipotentiaire de la République françoise au Congrès de Rastadt conjointement avec les Citoyens Bonnier et Jean Debry.

Art. 2.

Le Citoyen Champigny Aubin, Sécretaire de la légation françoise à la Haye, remplira pendant tout le tems que durera la mission du Citoyen Roberjot au Congrès de Rastadt, les fonctions de Chargé d'affaires de la République françoise près la République Batave.

Art. 3.

Le présent arrété ne sera pas imprimé. Le Ministre des Rélations extérieures est chargé de son exécution.

Le Président du Directoire exécutif, signé: Reubell.

Par le Directoire exécutif, le Sécretaire-général, signé: Lagarde.

Pour Copie conforme,

Le Ministre des Rélations extérieures, signé: Ch. Man. Talleyrand.

(L. S.) Par le Ministre, signé: Paganel, Sécretaire-général.

Pour Copie conforme,

Les Ministres plénipotentiaires de la République françoise au Congrès de Rastadt,

(L. S.) *Bonnier*, *Jean Debry*, *Roberjot.*

Par les Ministres plénipotentiaires,

Le Sécretaire de la Légation, Rosenstiel.

Dem kurfürstl. mainzischen Deputations-Directorium durch den bevollmächtigten Minister der französischen Republik B. Roberjot am 13ten July 1798. Morgens nach 11 Uhr im kurmainzischen Quartiere übergeben.

Zweyhundertste Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 13ten July 1798.

[200]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 13. Julii 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Commission eröffnet andurch der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation, daß heute, den 13ten dieses Monats, der vor einigen Tagen dahier angekommene dritte bevollmächtigte Minister der französischen Republik bey dem Reichs-Friedens-Congresse, Roberjot, sich in dieser Eigenschaft, mittels des abschriftlich hier beygefügten Auszuges der Regi-

ster des vollziehenden Directoriums vom 10ten Juny (22. Prairial) der kaiserlichen Plenipotenz dargestellt habe, auch von derselben in erwähnter Eigenschaft erkannt worden seye. Womit die kaiserliche höchstansehnliche Commission sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen stäts zugethan verbleibt.

Signatum zu Rastatt den 13ten Julius 1798.

Franz Georg Carl,
(L. S.) Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch-kaiserlichen Majestät zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordneten höchstansehnlichen Commission wegen dem hochlöblichen kurmainzischen Directorium der Reichs-Friedens-Deputation einzuhändigen.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 13ten July 1798.

Anlage.

(Ist die mit [199] ganz übereinstimmende Vollmachts-Abschrift für den französischen bevollmächtigten Minister Roberjot.)

Zweyhundert und erste Beylage.

Promemoria des fürstlich Nassauischen Herrn Particular-Abgeordneten an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 5ten July 1798.

[201]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 9. Julii 1798.

Promemoria.

Es wird Endes-Unterzogenem erlaubt seyn, Einer hochpreißlichen Reichs-Deputation eine Angelegenheit schriftlich vorzutragen, welche demselben wichtig genug geschienen hat, bey dem gegenwärtigen Friedens-Geschäfte einige Aufmerksamkeit zu verdienen.

Seit dem Anfang dieses Jahres haben sich mehrere Fälle zugetragen, wo nassauische Bürger bey ihrem Ueberzug nach Frankreich oder französische Bürger bey angefallenen Erbschaften im fürstlich nassauischen Gebiet eine vollständig und unbedingte Freiheit von der Nachsteuer und von andern bishero in Deutschland üblich gewesenen Abgaben aus dem Grund verlangt haben, weil in Frankreich alle Auflagen dieser Art unterdrückt und abgeschaft seyen. Es wurden zugleich bey jedem Fall schriftliche Attestationes, wovon hier eines zum Muster anliegt, zu besserer Begründung des Gesuchs producirt.

Bey einigen Fällen, wo die Petitiones durch das französische in dem Nassauischen stationirende Militär unterstützt werden wollte, hat die nassauische Regierung stillschweigend angesehen, bey andern aber, wo der angeführte Beweggrund nicht vorhanden war, das Petitum aus dem Grund abgeschlagen, weil zwischen der französischen Republik und dem deutschen Reich in corpore, oder zwischen derselben und einzelnen deutschen Reichs-Ständen über eine unbedingte und auf die französische Constitution gegründete Abzugs-Freiheit noch zur Zeit keine verbindliche Uebereinkunft vorhanden wäre; auch die doch nöthige Reciprocität um so weniger zu erwarten stünde, als dermalen wenigstens kein Geld aus Frankreich exportirt, ja nicht einmal selbst denen französischen Bürgern, sich in Deutschland niederzulassen, erlaubt seye rc.

Es ist indessen zu vermuthen, ja mit Gewißheit vorauszusehen, daß in der Folge der Zeit, auf einer Grenz-Linie von 50 bis 60 deutschen Meilen, welche zumalen mit vielen ansehnlichen Städten an beyden Seiten des Rheins besetzt ist, ein wechselseitiger Ueberzug freywillig, oder auf gegebene Veranlassung häufig erfolgen, und also die Frage von gänzlicher Befreyung des exportirenden Vermögens sowohl ratione der gabellæ detractus als der Manumission und anderer Abgaben wegen, welche aus der Leibeigenschaft entspringen und bishero in denen mehresten deutschen Provinzen nach allem Recht und Gewohnheit eingeführt waren, zur Sprache kommen, und mancherley Discussionen die Veranlassung geben werde. Es scheint also hierbey auf die Beurtheilung nachstehender Fragen anzukommen:

Ob bey denen ohnfehlbar zu erwartenden wechselseitigen Ueberzügen der Deutschen und Franzosen, und in jenen Fällen, wo von einer Vermögens-Exportation die Rede ist, das Wohl des deutschen Staats-Körpers und seiner Eingesessenen dadurch befördert werde, daß nach denen neuen französischen Grundsätzen eine unbedingte Freyheit von allen Abgaben, welche nach deutschem Recht und Gewohnheit in denen bemerkten Fällen bis hierher entrichtet und bezogen worden sind, in dem allgemeinen Frieden mit der französischen Republik beliebt und festzusetzen gesucht? oder aber:

Ob ohne Rücksicht auf das Versprechen von Reciprocität, welches zu erhalten eben nicht schwer halten würde, es vor räthlicher, besser und anständiger gehalten werde, die althergebrachte deutsche Rechte und Gewohnheiten hierunter ferner beyzubehalten, und überhaupt durch diese und andere dergleichen Maasnehmungen das Ueberziehen nach Frankreich zu erschweren? oder:

Ob es endlich nicht besser seye, dieserhalb über Nichts im Allgemeinen zu conveniren, sondern denen angränzend- und andern Reichs-Ständen die demnächst über diesen Gegenstand zu treffende Uebereinkunft mit der französischen Republik lediglich allein zu überlassen; wo sodann jeder Contrahent das Beste seiner Lande und die Sicherstellung der Reciprocität prüfen und befördern muß.

Endes-Unterzogener macht schließlich die Bemerkung: daß in denen mehresten Particular-Conventionen, welche die ehemaligen Könige von Frankreich mit deutschen

Reichs-Ständen und selbst mit dem corpore der unmittelbaren Reichs-Ritterschaft über die Abschaffung des juris albinagii droit d'aubaine abgeschlossen haben, die Beybehaltung der gabellæ detractus und anderer üblichen Abgaben ausdrücklich stipulirt worden seyen. Rastatt den 5ten July 1798.

C. F. von Kruse.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 7ten July 1798.

Anlage zur zweyhundert und ersten Beylage.

Département du Bas-Rhin. République françaiſe. Commune de Strasbourg.

Adminiſtration municipale de Strasbourg.

Nous les Préſident et Membres de l'Adminiſtration municipale de la Commune de Strasbourg certiſions à tous qu'il appartiendra que par les Art. 1. et 2. de la Loi du 18. Août 1790. les droits d'aubaine et de detraction ont été abolis pour toujours en France, que l'Art. 335. Tit. 12. de la Conſtitution permet aux étrangers établis ou non en France et ſuccéder à leurs parens étrangers ou français, de contracter acquerir et recevoir des biens ſitués en France, d'en diſpoſer de même que les Citoyens français par tous les moyens autoriſés par les loix; et que la reciprocité des diſpoſitions ci-deſſus à lieu à Strasbourg à l'égard de tout étranger; en foi de quoi nous avons delivré les préſentes pour ſervir et valoir ce que de droit.

Strasbourg ce 9. Pluvioſe 6. année républicaine.

Laurent, Préſident.

Burggraff, *Wurm*, *J. G. Schäffer*, *F. Stahl*, *Hirſchel.*

Butenſchæn, Sécretaire en chef.

Præs. Lahr den 5ten Februar 1798.

Zweyhundert und zweyte Beylage.

Promemoria des fürstlich speyerischen Herrn Particular-Abgeordneten an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 6ten July 1798.

[202]

Dictatum per Moguntinum Raſtadii 7. Julii 1798.

Hochansehnliche Reichs-Deputation!

Das fürstliche Hochstift Speyer ist in dem unverkennbar ältesten Besitze des Rechts, den Wasser- und Land-Zoll in seinen Landen zu erheben; dieses Recht gründet sich

1.) In einem Diplome Kaisers Karl des 4ten d. d. Lucca 28. Juny 1369, worinn dem Bischoffe Lamprecht zu Speyer der vorhin dem Hochstifte um 45000 fl. verpfändete Rhein-Zoll zu Udenheim (jetzt Philippsburg) eigenthumlich in folgenden Ausdrücken:

„Animo deliberato, non per Errorem aut improvide, sed sano Principum Comi-
„tum, Baronum ac Procerum sacri romani Imperii accedente Consilio“

überlassen ward, mit der Erlaubniß: „solchen zu Lauterburg, oder wo er sonst in des Hochstifts Landen wolle, zu erheben.“

„In Luterburg, heißt es, seu alibi *ubicunque* in tuæ vel Ecclesiæ tuæ Dominio
„locare et instituere possis et valeas.“

2.) In einer Erklärung Kaisers Ferdinand des Zweyten vom 13ten November 1630, worinn dieser auf Ansuchen des Kurfürsten Philipp Christoph zu Trier als Fürsten von Speyer, daß ihm gestattet werden möge, den Zoll auf die Grenze des Hochstifts zu verlegen, selbst erkennt, „daß, da das Hochstift nach dem buchstäblichen „Innhalte des Privilegii Carolini der Transportation des Zolles wohl befugt sey, keine „weitere Erklärung nöthig, und der Bischof von Speyer hierzu befugt sey.“

3.) In dem bekannten Laudum von Heilbronn. Da rückerinnerlichermaßen nach dem dreyßigjährigen Kriege die französischen und schwedischen Gesandten viele schwere Streitigkeiten zwischen Kurpfalz und den rheinischen Fürsten als erbetene Schieds-Richter am 17ten Februar 1667 endigten, sprechen sie: „wegen dem Zolle zu Udenheim „(Philippsburg) welchen ein Fürst zu Speyer in kraft kaiserlicher Privilegii und Decreti „mit der Gewalt, selbigen zu verlegen wohin er will, besitzt, daß solcher gar nicht „gehindert, sondern dem Fürsten freye Hand gelassen werde, solchen in seinem Lande „zu erheben, wenn nur solche Zoll-Erhebung nicht an mehr Orten, sondern „nur einmal nach Innhalt des *Privilegii* im Bischthume geschehe.“

Nach dem aus diesem kaiserlichen Privilegium, aus dessen erfolgten Erklärung und schiedsrichterlichen Ausspruche bestehenden Rechte war in dem zu Erhebung des Zolls befugten Hochstifte Speyer der Land-Zoll in allen Orten dergestalt angelegt, daß der, welcher an einem Orte verzollt hatte, durch das ganze Land frey fortreisen konnte. Diese Einrichtung bestand sowohl dieß- als jenseits Rheins in allen Besitzungen des Hochstifts bis zur Zeit dieses Krieges, worinn die jenseitigen Rhein-Lande von den französischen Truppen besetzt worden sind.

Der Land-Zoll ward von dieser Zeit an blos noch in den von denselben ohnbesetzten diesseits Rheins gelegenen Orten erhoben. Nun verlangt aber der französische Zoll-Inspector Wipfler zu Speyer in einem am 19ten May dieses Jahrs an den Zöller zu Rheinhausen erlassenen Schreiben, daß die, welche zu Speyer den Franzosen den Land-Zoll bezahlt haben, diesseits im Hochstifte frey zu belassen seyen. Dieses Verlangen beschränkt nicht nur die ohnbezweifelten Rechte des Fürsten von Speyer diesseits Rheins, da an der ersten berührenden fürstlich speyerischen Zoll-Stätte dem Hochstifte

von all jenen, die den Zoll noch nicht von ihm gelößt, und keine von seinen Zoll-Zeichen haben, der Zoll zu erheben zusteht; sondern ist ein Gegenstand, welcher der Aufmerksamkeit seiner sämmtlich übrigen Reichs-Mitstände nicht vorenthalten werden darf, um diejenige gemeinsame Maasregeln zeitlich zu veranlassen, welche derley schädlichen Uebergriffen auf das rechte Rhein-Ufer ein sicheres Ziel setzen mögen.

Unterzeichneter hat den Auftrag erhalten, der hochansehnlichen Reichs-Deputation von diesem sich kurzhin ereigneten Vorfalle die pflichtmäßige Anzeige zu machen, und um diejenige zweckmäßige Verfügung zu bitten, die Hochdieselbe in ihrer Weisheit der Natur der Sache und einem Gegenstande am angemessensten finden werde, welcher in seiner Beziehung und Folgen allen diesseitigen Reichs-Landen nicht gleichgültig seyn kann. Rastatt am 6ten July 1798.

Freyherr von Hompesch.

Præsent. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 6ten July 1798.

Zweyhundert und dritte Beylage.

Promemoria mehrerer Herren Particular-Abgeordneten an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 4ten July 1798.

[203]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 7. Julii 1798.

Promemoria.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen, unter welchen das linke Rhein-Ufer an Frankreich überlassen werden soll, ist die Erhaltung des Privat-Eigenthums. In denen am 3ten Merz beschlossenen 18 Punkten wird im 4. 5. 7. und 11. im Allgemeinen bestimmt, was Eine hochansehnliche Reichs-Deputation unter Sicherstellung des Eigenthums verstanden haben will, und im 11ten und 14ten nimmt sie auf besondere Verhältnisse Rücksicht. Niemand — heißt es in diesen Bedingungen, soll „12.) wegen seiner Anhänglichkeit an seine vorige Herrschaft und politische Verfassung „verfolgt — oder ungleich behandelt — vielmehr der etwa dieserhalb an Haab und „Gut erlittene Verlust bald möglichst wieder ersetzt werden." Im 14. Art. lit. c.) wird die Art. 11. überhaupt verlangte Ausnahme der Reichs-Unterthanen von den Emigrations-Gesetzen noch besonders auf die Diener der im Elsaß und Lothringen begüterten Reichs-Stände und Reichs-Angehörigen erstreckt.

Die Note der französischen Minister vom 7ten April (18. Germinal) enthält auch die beruhigende Versicherung: que la conservation des proprietés des particuliers n'a jamais pu être l'objet d'un doute sérieux.

Das Verfahren der öffentlichen Verwaltung in den jenseits Rheins gelegenen Landen steht aber gleichwohl mit dieser Erklärung im Widerspruch; der größte Theil

der vor der französischen Eroberung in diesen Landen angestellt gewesenen Diener sieht sich wegen seiner Dienst-Verhältnisse den härtesten Bedrückungen ausgesetzt. Bald läßt man Diener, die ihren Herren nachfolgten, die Strenge der Emigrations-Gesetze empfinden; bald macht man sie für Handlungen verantwortlich, die sie auf ausdrücklichen Befehl ihrer Herren, oder vermöge ihres Berufes ausgeübt haben. Klagen gegen Rechtssprüche, die der ehemaligen Verfassung eben so angemessen waren, als sie den Grundsätzen der jetzigen zuwider sind, werden bey französischen Gerichten angebracht, und nach französischen Gesetzen entschieden. Einige Einnehmer, die nach der ersten Wieder-Eroberung der jenseitigen Reichs-Lande rückständige Gefälle erhoben, sollen jetzt Summen, die sie nicht für sich bezogen haben, aus ihrem Eigenthum ersetzen; fast jede Klage über angeblichen Mißbrauch eines ehemaligen Amts hat eine Arrest-Anlegung zur Folge. Schon wurden Diener, deren Betragen keinesweges der öffentlichen Ruhe gefährlich ware, auf dieses Rhein-Ufer deportirt, und eine äusserst empfindliche Beschwerde ist die schon mehrmals gehemmte Freyheit der Diener, den Kaufschilling für veräusserte Güter zu beziehen.

Unter den authentischen Belegen dieser Thatsachen befinden sich Züge, welche die Lage manches Einzelnen noch härter machen, als sie in dieser Uebersicht bezeichnet werden konnte.

Unterzeichnete sind von Einer hochansehnlichen Reichs-Deputation überzeugt, daß sie in der Ursache der Leiden dieser Klasse der Reichs-Angehörigen die lebhafteste Aufforderung zur kräftigsten Verwendung finden werde, und es läßt sich nicht zweifeln, daß die französische Regierung Handlungen mißbilligen werde, wo gegen die unverkennbarsten Grundsätze, den Gesetzen eine zurückwürkende Kraft beygelegt wird, und Männer, die durch den Krieg in ihren häuslichen Umständen zerrüttet — und dabey um ihre politische Existenz gebracht worden sind, übler als andere Grund-Eigenthümer behandelt werden. Sie glauben demnach, zuversichtlich hoffen zu können:

> Es werde Einer hochansehnlichen Reichs-Deputation gefällig seyn, so schleunig als nur immer möglich ist, die Abstellung der Beschwerden der wegen ihrer Dienst-Verhältnisse bedrängten Güter-Besitzer des linken Rhein-Ufers zu erhalten, und die Erklärung zu erwürken suchen, daß sie in Rücksicht ihres Eigenthums allen andern Einwohnern gleich gehalten, in Rücksicht ihrer besondern Verhältnisse aber, seiner Zeit in der Amnestie begriffen, und vor der Hand nach dem 11ten Art. über ihre ehemaligen Handlungen nicht beunruhiget werden sollen. Rastatt den 4ten July 1798.

J. B. Graf von Kesselstatt, Dohm-Dechant zu Trier.
Radermacher. Sonntag.
C. Graf zu Erbach, von wegen Kur-Kölln, und Hoch- und Deutschmeister.

Carl Friderich von Kruse, fürstl. nassauischer Bevollmächtigter.

Graf Topor Morawitzky, wegen dem kurpfälzischen Interesse.
Strecker, hochfürstlich-Hessen-Darmstädtischer Abgeordneter.
Freyh. v. Hompesch, speyerischer Abgeordneter.
Franz Grav zu Sickingen, als Abgeordneter der schwäbischen Graven-Kurie.
Friderich Graf zu Solms-Laubach, Abgeordneter der wetter. Grafen.

Praes. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 5ten July 1798.

Zwey-

Zweyhundert und vierte Beylage.

Promemoria des herzoglich bayerischen Herrn Subdelegirten an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 12ten July 1798.

[204]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 13. Julii 1798.

Promemoria.

Endesstehender, als zu Besorgung der Haus-Interesse-Angelegenheiten Seiner kurfürstlichen Durchlaucht von der Pfalz bevollmächtiget, kann nicht umhin, durch neuere Veranlassungen aufgerufen, einen pflichtschuldigen Antrag der hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation in geziemender Ehrfurcht vorzulegen.

Ueber die Note der französischen bevollmächtigten Minister vom 14. Floréal, durch welche vom Reich Verzicht auf alle Forderungen und Titul in den abzutretenden Ländern gefordert, und solcher Verzicht auch in Ansehung der mit der französischen Republik alliirten Republiken ausgedehnt wird, ist man in der Reichs-Deputations-Antworts-Note hierüber auf dem Reciproco bestanden; da aber inzwischen die französischen Bevollmächtigten in der weitern Note vom 4. Messidor von diesen Renunciationen keine weitere Erwähnungen mehr gemacht haben, so wurde in Sessione 49. im fürtreflichen Directorial-Voto Anlaß genommen, folgendes zu äussern:

> „Die Reichs-Deputation bestand in ihrer Antwort auf dem Reciproco, und „es versteht sich dieses wohl von selbst, ohne daß nöthig seyn wird, diesen „Punct dermalen eigens zu rügen. Sollen jedoch kaiserliche Majestät und das „Reich auf ihre Oberherrlichkeit zu Gunsten der alliirten Republiken künftig „verzichten, so darf zugleich nicht vergessen werden, daß mehrere Reichs-„Stände und Reichs-Angehörige in diesen Republiken begütert sind, für „deren Sicherheit dabey zu sorgen ist."

Von dieser ganz zweckmäßigen und gegründeten Bemerkung findet Unterzeichneter um so mehr Gebrauch zu machen sich in dem Falle, als das Interesse seines Durchlauchtigsten Committenten wegen den in den französischen und batavischen Republiken gelegenen Besitzungen, als: dem Marquisat Bergen op Zoom, den Herrschaften Ravenstein, Wynnendal, Breskens, und Breskenssand ganz vorzüglich dabey betheiliget ist.

Es wird dahero bey einer hochansehnlichen Reichs-Deputation hiermit dringend angestanden, daß im Laufe der Unterhandlungen, und bey Gelegenheit der Cession der Oberherrlichkeiten Kaisers und Reichs auf die innerhalb des Gebiets der französischen und batavischen Republiken gelegenen reichsständischen Besitzungen, die Eigen-

thums-Rechte Seiner kurfürstlichen Durchlaucht auf Dero niederländische Herrschaften zugleich aufs bündigste verwahret und nach dem Ausdruck des fürtreflichen kurmainzischen Voti für deren Sicherheit gesorget werden wolle.

Womit man sich zu gewähriger Assistenz gehorsamst empfiehlt.

Rastatt am 12ten July 1798.

Graf Morawitzky, kurfürstlicher Bevollmächtigter.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 13ten July 1798.

Zweyhundert und fünfte Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die allgemeine Reichs-Versammlung, de dato Rastatt den 14ten July 1798.

[205]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 17. Julii 1798.

Die allgemeine Reichs-Versammlung erhält in der Anlage Ziffr. 1. * eine Abschrift derjenigen Antworts-Note, welche die höchstansehnliche kaiserliche Plenipotenz, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, unterm 9ten l. M. an die französische Gesandtschaft, in Rück-Antwort auf deren Note vom 4. Messidor (22. Juny), erlassen hat. Noch bevor diese Note der französischen Gesandtschaft zugefertigt war, hat dieselbe ihre weitere, bisher noch nicht beygebrachte Vollmacht pour conclure et signer tous traités et conventions, auxquels donnera lieu la négociation présentement ouverte à Rastatt, de dato Paris, den 5. Pluviose an 6. Ziffr. 2. ** der kaiserlichen höchstansehnlichen Plenipotenz sowohl als dem kurmainzischen Deputations-Directorium in beglaubigten Abschriften durch den französischen Legations-Secretär übergeben lassen. Am 13ten aber hat sich der zur dahiesigen französischen Gesandtschaft neuerlich mit-ernannte B. Roberjot, bevollmächtigter Minister der französischen Republik bey der batavischen, durch die Vollmacht Ziffr. 3. *** bey der kaiserlichen Plenipotenz und dem kurmainzischen Directorial-Gesandten persönlich legitimirt.

Signatum Rastatt den 14ten July 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

* Siehe die erste Anlage zu [198], Seite 52. ** Siehe [197], Seite 50.
*** Siehe [199], Seite 57.

Zweyhundert und sechste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 14ten July 1798.

[206]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 17. Julii 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu dahiesigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft bleibt anmit von Seiten der dahiesigen Reichs-Friedens-Deputation gebührend unverhalten:

Um die allgemeine Reichs-Versammlung sowohl von der diesseitigen, unterm 9ten l. M. der französischen Gesandtschaft auf die Note vom 4. Messidor (22. Juny) zugefertigten Antworts-Note, als von der beygebrachten weitern Vollmacht pour conclure et signer, dann von der Ankunft und Legitimation des dritten französischen bevollmächtigten Ministers Roberjot zu benachrichtigen, habe die Reichs-Friedens-Deputation an die allgemeine Reichs-Versammlung die abschriftlich anliegende Anzeige zu erlassen beschlossen.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich gezlemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 14ten July 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und siebente Beylage.

Französische Note vom 1. Thermidor an VI. (19ten July 1798.)

[207]

(Ist mit der Anlage zu [208] ganz gleichlautend.)

Zweyhundert und achte Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 19ten July 1798.

[208]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 20. Julii 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Kommission theilt der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation die, in Antwort auf die diesseitige vom 9ten dieses Monates, von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik heute empfangene Note vom 19ten Julius (1. Thermidor) zur Erstattung ihres Gutachtens mit, und bleibt übrigens sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu dieser Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen wohl zugethan. Signatum Rastatt den 19ten July 1798.

(L. S.) Franz Georg Carl, Reichsgraf von Metternich-Winneburg.

Aufschrift.

Von der römisch-kaiserlichen Majestät zu dieser Reichs-Friedens-Deputation verordneten höchstansehnlichen Commission wegen dem hochlöblichen kurmainzischen Directorio der Reichs-Friedens-Deputation einzuhändigen.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 20ten July 1798.

Anlage zur zweyhundert und achtzigsten Beylage.

Copie d'une Note des Ministres plénipotentiaires français, à S. E. M. le Comte de Metternich, datée de Rastadt le 1. Thermidor an 6. (19. Juillet 1798.)

Les Soussignés Ministres plénipotentiaires de la République française pour les négociations avec l'Empire germanique, ont reçu la Note de la Députation de l'Empire du 21. Messidor dernier, qui leur a été communiquée par M. de Metternich, Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur.

Il leur parait convenable avant tout, de répondre à quelques objections que la Députation leur a faite dans sa Note du 29. Floréal, et qu'elle renouvelle aujourd'hui, savoir: que les dernières demandes formées au nom de la République française sont en opposition avec les précédentes: que la Note du 14. Floréal énonce des prétentions exagérées et inattendues, qui non seulement détruisent la limite convenue entre les deux Etats, mais qui menacent encore le bien être et l'indépendance de l'Allemagne.

La Députation de l'Empire doit se rappeller que les Ministres plénipotentiaires de la République française ont manifesté dès l'ouverture de la négociation, l'intention où ils étaient pour l'avantage commun, d'en régulariser la marche, qu'en conséquence ils ont toujours évité dans leurs communications écrites ou verbales, de confondre les objets en les enmulant, et qu'ils ont tenu constamment à ce que les diverses questions fussent traitées dans leur ordre naturel. Au premier rang sans contredit était celle de la cession des pays situés à la rive gauche du Rhin, venait ensuite le mode d'indemnités par la voie des sécularisations: mais ces questions une fois résolue n'en excluaient point de subséquentes; jamais il n'est arrivé aux Ministres plénipotentiaires de la République française, de donner à cet égard le moindre signe de rénonciation. La Députation elle-même prévoyait si bien qu'il lui serait adressé des demandes ultérieures, qu'elle a exprimé plus d'une fois le désir que la Légation française s'expliquât à ce sujet. Les propositions faites aujourd'hui par les Soussignés ne sont donc qu'un effet très simple de la progression des idées, qu'un développement successif du plan régulier qu'ils avaient annoncé. Considerées en elles-mêmes, elles n'ont rien de contraire à ce qui a été proposé et convenu antérieurement de ce qu'un Etat a une limite reconnue, il ne s'ensuit pas qu'il ne puisse pourvoir d'ailleurs à la sureté de cette limite, sans être taxé pour cela d'avoir des vues d'aggrandissement; et ici il faut remarquer que la France ayant été attaquée et ses armées ayant triomphé, elle doit d'un côté porter plus loin ses mesures de précaution pour l'avenir, et que d'un autre côté elle peut justement prétendre à une compensation plus forte des sacrifices immenses que la nécessité de se défendre lui a imposé, cependant elle a su moderer ses légitimes prétentions. Toute personne impartiale ne verra rien dans les Conditions de paix qu'elle offre à l'Empire, qui ne soit extrêmement raisonnable, ou qui ne tienne à la nature de tous les traités, lesquels emportent toujours une certaine inégalité d'avantages, suivant la position rélative des puissances contractantes. Non, l'intention du Gouvernement français ne saurait être que l'indépendance de l'Empire germanique fut menacée, ni compromise; son vœu serait bien plutôt qu'elle acquit plus de force et de solidité. La Députation sentira si elle veut y réflechir, que les deux points possédés à la rive droite du Rhin par les Français, bien loin de lui faire ombrage, doivent au contraire être régardés comme un lieu de confiance, comme un des gages de la tranquilité future des deux Nations.

Passant maintenant à la Note du 21. Messidor, les Soussignés observent en premier lieu que la Députation de l'Empire ne parait pas avoir bien saisi, ni assez apprécié le contenu de celle qu'ils ont remise le 4. du même mois, et qu'en adoptant un système presqu'absolument négatif, tandis qu'eux-mêmes se relachent sur des points importans, elle ferait peut-être douter de la sincerité des intentions pacifiques. Les Soussignés écarteront toujours un pareil doute, mais aussi la Députation de l'Empire doit de son côté éloigner l'idée que la modération de la République, et les facilités qu'elle apporte

à la conclusion de la paix, puissant s'étendre au-de-là de leurs justes bornes. Une seconde observation à faire, c'est que la Note des Ministres plénipotentiaires de la République française du 4. Messidor, n'avait pas seulement pour objet d'abandonner ou d'adoucir certains articles de celle du 14. Floréal; mais qu'encore on y insistait sur les autres articles de cette même Note, qui étaient maintenus et non sujets à modification. Cependant la réponse de la Députation de l'Empire ne contient à cet égard aucune déclaration précise et propre à amener enfin un résultat quelconque. Il ne reste donc aux Soussignés qu'une partie à prendre pour tirer la négociation de cet état de langueur et d'incertitude; c'est de réunir sous un seul point de vue les propositions renfermées dans leurs Notes des 14. Floréal et 4. Messidor, de répondre aux points objectés qui en seraient susceptibles, et de déclarer positivement ce qui doit être accordé ou refusé.

1.° Les Ministres plénipotentiaires de la République française persistent dans tout ce qu'ils ont demandé rélativement à la navigation du Rhin, voient avec plaisir que la Députation se soit rapprochée de leurs propositions évidemment dictées par le désir d'une prosperité commune; mais ils ne peuvent voir sans surprise qu'elle hésite à reconnaitre que cet objet étant d'un intérêt direct pour tout l'Empire, les stipulations que s'y rapportent doivent nécessairement trouver place dans le traité actuel; ils s'étonnent surtout qu'elle ait réclamé le maintien provisoire des droirs de péage jusqu'à la conclusion d'un traité de Commerce, ce qui équivandrait attendu les difficultés d'un traité de ce genre avec l'Empire en général, à une conservation pure et simple des droits les plus gênans pour le Commerce. Les Soussignés demandent de plus fort l'abolition des péages, et l'insertion au traité de paix de tous les articles rélatifs à la navigation du Rhin. Pour donner une nouvelle preuve des principes qui les dirigent, et de l'esprit conciliateur dont ils sont animés, ils consentiront à ce que cette navigation soit absolument libre, pour les riverains, que les droits d'Etape soient abolis ainsi que les Corporations de bateliers. La Députation observera surement que c'est là de la part de la République une Cession réelle qui doit écarter toutes les difficultés, et qui meritera d'être compensée. On espere aussi que la Députation reclamera efficacement de la Diète germanique l'affranchissement des fleuves intérieurs de l'Allemagne, ou du moins des rivières qui se jettent dans le Rhin.

2.° La République française se départira de sa demande de la totalité des Isles du Rhin; des deux moyens proposés par la Députation pour le partage du fleuve, on admettra le Thalweg; ainsi les Isles qui se trouveront à la droite du Chemin de navigation resteront à l'Empire; celles qui seront à la gauche appartiendront à la République, ainsi que l'Isle St. Pierre située au dessous de Mayence, laquelle est formellement exceptée de la portion échue à l'Empire. Les Soussignés sont néanmoins aussi la réserve expresse que si au-de-là du cours du grand Rhin il y a des Isles dépendantes de la France, elles lui seront conservées. Il sera encore convenu que dans

le cas où le cours du fleuve changerait, les Isles demeureront ſous la ſouveraineté à la quelle elles auront été attachées par le traité; dans aucun cas, il ne ſera touché à la neutralité de la navigation.

3.° Ainſi qu'on l'a dit dans la Note du 14. Floréal, Caſſel, le Fort de Mars, et territoires ne peuvent pas être ſéparés de Mayence dont ils ont toujours été conſidérés comme faiſant partie, et qu'ils menaceraient ſans ceſſe s'ils n'étaient pas dans les mêmes mains; l'exiſtence d'Ehrenbreitſtein étant incompatible avec celle de Coblence, la ſureté de la République en exige la démolition: ce ſont deux points ſur lesquels il ne peut y avoir lieu à diſcuſſion ni à modification; à l'égard de Kehl, les Souſſignés devaient croire qu'ils s'étaient ſuffiſamment relachés des premières demandes dans l'article 1. de leur Note du 4. Meſſidor; pour lever toute difficulté on renoncera encore aux redoutes qui étaient expreſſement réſervées par ledit article.

4.° La Députation oppoſe à la demande d'établir des ponts commerciaux à Huningue, et entre les deux Briſac, que les établiſſemens de ce genre ſont toujours un point de contact qu'on évite autant qu'il eſt poſſible entre deux Etats. On n'examinera pas ici ſi cette opinion eſt bien ou mal fondée; mais une vérité reconnue et très importante c'eſt que l'agriculture et le commerce, ces deux grandes ſources de la richeſſe des Nations, réclament dans tous les pays des communications promptes, faciles, multipliées. Les intérêts commerciaux ne ſont-ils pas les plus précieux, et peut-être le ſeul véritable élévement des rélations de peuple à peuple? La Députation objecte encore que l'établiſſement de nouveaux ponts ſur le Rhin eſt d'autant moins néceſſaire pour le commerce qu'on n'en manque pas; cette ſeconde objection peu ſolide en ſoi détruit en quelque ſorte la première, d'abord l'exiſtence de ces ponts prouve que le moyen de rapprochement eſt util, ſans danger: enſuite quel inconvenient y a-t-il a eu accorder deux de plus; ſurtout quand ces nouvelles conſtructions ſont ſi bien adaptées aux localités, et deſirées également par les riverains reſpectifs; au ſurplus on pourrait ſe borner à déclarer qu'il n'y aura point de difficulté à laiſſer établir les ponts commerciaux.

5.° En ce qui concerne la Nobleſſe immédiate, les Souſſignés perſiſtent dans l'article 3. de leur Note du 4. Meſſidor. Les repréſentations de la Députation de l'Empire faites à ce ſujet ne peuvent avoir aucune ſuite, parcequ'elles ſont contraires aux principes et aux loix de la République françaiſe.

6.° Il eſt dit dans la Note du 14. Floréal, que conformement au principe généralement reçu, les dettes dont feraient grévés les objets cédés à la République, ſeront transportées ſur les objets donnés en remplacement. Cette diſpoſition de la quelle les Electeurs écclèſiaſtiques ne ſont point exceptés, eſt invariable.

7.° Les Souſſignés renouvellent la demande des rénonciations détaillées dans la Note précitée, et notamment qu'on ſtipule dans le futur traité l'abandon des droits quelconques de l'Empire ſur toutes les parties du territoire italien qui pourraient en

rélever, qui appartiennent aujourd'hui aux Républiques établies dans cette contrée; ils demandent aussi que par une clause spéciale inserée au même traité quoi qu'il ne puisse s'élever ni doute, ni difficulté à cet égard, on stipule la cession du Frikthal, et l'abandon au profit de la République française de tous les droits que l'Empire germanique pourrait prétendre sur ce territoire.

Telles sont les propositions que les Ministres plénipotentiaires de la République française offrent à la délibération de la Députation de l'Empire, se réferant au surplus à leurs Notes des 14. Floréal, 4. Messidor, et précédente, en tout ce qui n'est pas contraire à la présente, et n'y ferait pas expressement rappellé, ils les présentent comme des conditions de la paix; ils invitent la Députation de l'Empire à les prendre en très grande considération, et à faire cesser, par une déclaration claire et précise sur chacun des articles proposés, toute incertitude sur la marche ultérieure de la négociation. Ils ont l'honneur d'assurer M. de Metternich, Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur, de leur considération la plus distinguée.

Signé: *Bonnier*, *Jean Debry*, *Roberjot*.

Zweyhundert und neunte Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die allgemeine Reichs-Versammlung, de dato Rastatt den 21ten July 1798.

[209]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 28. Julii 1798.

Auf die der allgemeinen Reichs-Versammlung unterm 14ten l. M. mitgetheilte diesseitige Note vom 9ten July hat die französische Gesandtschaft unterm 19ten July die hier beyliegende Antwort gegeben. Signatum zu Rastatt den 21ten July 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zwey-

Zweyhundert und zehnte Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 21ten July 1798.

[210]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 28. Julii 1798.

Der römisch kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen kaiserl. Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen ausserordentlichen Reichs-Friedens-Deputation gebührend unverhalten:

Man habe beschlossen, der allgemeinen Reichs-Versammlung durch die Anlage von der eingelangten französischen Note vom 1. Thermidor (19ten July) Nachricht zu geben.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 21ten July 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und eilfte Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 30ten July 1798.

[211]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 30. Julii 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Kommission erachtet es der jetzigen Lage der Friedens-Unterhandlungen nicht ungemäß, der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation Kenntniß von dem hier beygefügten Auszuge des Beschlüsse-Registers der Zentral-Verwaltung des Departements Rhein und Mosel, vom 5ten July (17. Messidor,) zu geben. Ein Beschluß, welcher das Loos der Abwesenden vom linken Rhein-Ufer so einzig und unmittelbar betrift, folglich den in dem §. 11. der diesseitigen Note vom 3ten März beygefügten 18 Puncten enthaltenen wesentlichen Gegenstand umfaßt, — obwohl er einer Deutung fähig ist, welche die

Zuversicht des Reichs und die gerechtesten Hoffnungen der leidenden Theile unverletzt lassen würde, — ist darum nicht minder, und solange er nicht eine vollkommen beruhigende Bestimmung seines eigentlichen Zieles erhalten haben wird, der besondern Aufmerksamkeit und Rücksicht der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation bey gegenwärtigen ihren Berathschlagungen würdig. Womit die kaiserliche höchstansehnliche Kommission sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zur Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen wohl zugethan verbleibt.

Signatum zu Rastatt den 30ten July 1798.

(L. S.) Franz Georg Carl,
Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch-kaiserlichen Majestät zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordneten höchstansehnlichen Kommission wegen dem hochlöblichen kurmainzischen Directorio der Reichs-Friedens-Deputation anzuhändigen.

Praes. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 30ten July 1798.

Anlage zur zweyhundert und eilften Beylage.

Liberté. Égalité.

EXTRAIT *du régistre aux arrètés de l'administration centrale du Département de Rhin et Moselle.* *

Séance du 17. Messidor, an 6. de la République française une et indivisible, à laquelle ont assisté les Citoyens, *Champein*, Président, *Godon*, *Saur*, *Holthoff* et *Vanrecum*, Administrateurs, *Sta*, Commissaire du pouvoir exécutif, et *Méthée*, Secrétaire-général.

L'Administration centrale du Département de Rhin et Moselle.

Vu la lettre du commissaire du gouvernement, en date du 7. Messidor, indiquant la marche à suivre dans les quatre nouveaux départements par les absens qui demandent, soit la permission de rentrer dans leurs foyers, soit la levée du séquestre apposé sur leurs biens:

* Die im Original sich findende deutsche Uebersetzung dieses Beschlüsse-Registers hat man, als überflüßig, hier weggelassen.

Considérant que l'intention du gouvernement français, toujours juste et loyal, n'est point de confondre avec les ennemis acharnés de la République et de la liberté; ceux qui, par suite des circonstances malheureuses, dans lesquelles les ont entrainés la guerre, ou de perfides suggestions, ont quitté leur domicile, à l'épôque de l'entrée des armées françaises dans ces pays; et voulant autant qu'il est en elle, procurer à ces derniers, les moyens de faire entendre leurs réclamations au directoire exécutif, qui seul doit prononcer sur leur démande, et éviter les rétards que pourraient entraîner les défauts de preuves et de forme, dans les pièces qui doivent être annexées à leurs mémoires, et dans les renseignemens à fournir sur chacun d'eux par les autorités constituées:

Ouï le commissaire du pouvoir exécutif;

Arrête ce qui suit:

ART. I. Tout individu qui voudra solliciter, soit la levée du séquestre apposé sur ses biens, soit la permission de rentrer dans ses foyers, sera tenu d'adresser à l'administration municipale dans le ressort de laquelle est située la commune où il résidoit avant son départ, un mémoire détaillé et justificatif de sa conduite, avec les pièces nécessaires à l'appui.

II. Les administrations municipales s'occuperont sans retard de l'examen des demandes qui leur seront faites et des pièces y annexées, mettront au bas des mémoires, qui seront en double sur papier timbré, leur avis motivé sur chacune des dites pièces, et fourniront en outre avec la plus grande précision dans des tableaux conformes au modèle ci-dessous, tous les renseignemens qui y sont demandés et qu'elles certifieront sincères et véritables.

Département de Rhin et Moselle.

Canton d' *Demande en levée de séquestre ou permission de rentrer.*

NOMS et PRÉNOMS du réclamant.	Son âge.	Lieu de son domicile.	Son qualité et profession. Sous l'ancien régime.	Son qualité et profession. Actuelle.	Opinions politiques qu'il a manifestées avant son départ.	Époque de son départ.	Lieux qu'il a habités depuis.

Date de son inscription sur la liste.	Conduite qu'il a tenue pendant son absence.	A-t-il porté les armes contre la République. Oui ou non.	A-t-il porté les armes contre la République. Auprès de quelle puissance.	A-t-il porté les armes contre la République. Depuis quelle époque.	Faits qui lui sont imputés.	OBSERVATIONS particulières de l'Administration MUNICIPALE.

III. Le présent sera traduit imprimé et publié dans toutes les communes de ce Département.

Pour extrait conforme: *Champein*, président; et *Mébée*, Secrétaire-général.

À *Coblence*, de l'Imprimerie du Département, Nr. 402.

Zweyhundert und zwölfte Beylage.

Promemoria des reichsritterschaftlichen Herrn Ablegati an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 30ten July 1798.

[212]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 1. Augusti 1798.

Unterthäniges Promemoria.

Als Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation Unterzeichneter unterm 3ten May laufenden Jahrs ein unterthäniges Promemoria überreichte, worinn er unter Bezug auf ein vorgängiges vom 16ten Februar l. J. Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation um gerechte Unterstützung der Reichs-Ritterschaft bey den damals nahe gewesenen Discussionen über die Entschädigungen bate, bemerkte er — bis zu der — sich vorbehaltenen Einreichung der Verlusts-Verzeichnisse der reichsritterschaftlichen Mitglieder des Cantons Ober- und Nieder-Rhein — vorläufig, daß das oberrheinische Verlusts-Verzeichniß das Resultat von 22,508 Seelen in Absicht auf die Bevölkerung, in Absicht auf das jährliche Einkommen aber 25,821 fl. an Droits de Juris diction, und 39,630 fl. an Dimes et autres Droits féodaux darstellte; dieses Resultat bey dem Canton Ober-Rhein aber eben so wenig vollständig seye, als es möglich seyn werde, bey der Ungleichheit der Verlusts-Berechnungen, bey dem — bey mehrern Mitgliedern sich äussernden Mangel an Urkunden, die zu einer ganz exacten Angabe erforderlich sind, bey ihrer Zerstreunung, und bey der Verschiedenheit der eingesandten Particular-Listen, bey dem Canton Nieder-Rhein eine vollkommene Schadens-Berechnung und mehr als einen ohngefähren Ueberblick derselben herzustellen.

Unterzeichneter giebt sich nunmehr die Ehre, Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation jene — zu überreichen sich vorbehaltene oberrheinische Verlusts-Specification in der Anlage zu übergeben, welche obberührte Angabe bestätigen wird, und zugleich auch ein Verlusts-Verzeichniß des Cantons Nieder-Rhein beyzufügen, * in so weit, als solches aus den eingekommenen Particular-Verzeichnissen mehrerer Mitglieder desselben, in einer — aus obenangezeigten Ursachen freylich nicht sehr vollständigen Gestalt, gefertigt werden konnte, und in der Folge, je nachdem die Verzeichnisse der übrigen niederrheinischen Mitglieder werden eingesandt werden, ergänzt werden wird.

---

* Da in dem gegenwärtigen Promemoria die Resultate des Verlustes der beyden Cantone Ober- und Nieder-Rhein summarisch angegeben sind, so hat man diese äusserst weitläufigen und detaillirten, 172 in Fol. geschriebne Seiten enthaltenden Verlusts-Tabellen nicht eigends in den Anlagen mit abgedruckt.

Ein allgemeiner Ueberblick dieses niederrheinischen Verzeichnisses, das nicht über die Hälfte von dessen Mitgliedern begreift, — zeigt:

1.) Daß das — daselbst aufgeführte Grund-Eigenthum an Aeckern, Wiesen und Gärten, Weinbergen, Waldungen, Rothbüschen und ungebautem Land ohngefähr 67,584 Morgen beträgt, die das Einzige sind, was die französische Republik den reichsritterschaftlich-niederrheinischen Mitgliedern und Besitzern, unter denen in der Note vom 4ten Messidor erklärten beschwerlichen Einschränkungen, belassen will;

2.) Daß, wenn man einen Morgen in den andern zu 3 fl. jährlichen Ertrags anschlägt, nur diesem Theil des niederrheinischen Adels 202,752 fl. Einkommen bleibt; ein Ertrag, der sicher nicht zu niedrig angenommen ist, wenn man in Erwägung ziehet, daß unter diesem Grund-Eigenthum eine beträchtliche Morgen-Zahl Waldungen und ödes Feld mit aufgeführt ist, und daß solche neben den bisherigen Degradationen mit beträchtlichen Abgaben belegt worden sind;

3.) Daß das bisherige Einkommen nur dieses Theils des niederrheinischen Adels, soviel aus den Eingaben abzunehmen ist, in circa 17,004 Malter allerley Getraids, in 265 Fuder Wein, und in 206,319 fl. Geld besteht, das Malter Getraid im Durchschnitt zu 8 fl. und das Fuder Wein zu 225 fl. angeschlagen, 195,657 fl. ausmacht, mithin das ganze Einkommen, mit Einschluß des Gelds, ohngefähr auf — 401,976 fl. sich berechnet, und wenn man den angenommenen Ertrag der Grund-Stücke mit 202,752 fl. abzieht, benannte reichs-adeliche Mitglieder und Güter-Besitzer an Droits seigneuriaux et féodaux, Zehenden rc. 199,224 fl. jährliche Renten verlieren.

4.) Daß solchemnach, selbst vermöge dieser sehr unvollständigen Specification, die Droits seigneuriaux et féodaux nichtsweniger als unbedeutend sind; und

5.) Daß manche adeliche Familien wenige oder gar keine eigene Grund-Stücke besitzen, und die, deren Renten und Gefälle meistens aus Feudal- und Jurisdictional-Rechten bestehen, an den Bettelstab gebracht seyn würden, wenn man ihnen keine Entschädigung zuwenden wollte.

Daß letzteres die Absicht Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation nicht seye, davon überzeugt denselben Ihre Gerechtigkeit. Die — auf die vorhinigen Reichs-Gesetze, Friedens-Schlüsse und Herkommen sich gründende Reichs-Instruction gewährt der Reichs-Ritterschaft die gleiche Behandlung, Restitution und Entschädigung, wie den höchst- und hohen Reichs-Ständen, nach welchen Eine hochansehnliche Reichs-Deputation die Wahrung der Rechte und die Sorgfalt für das Wohl eines jeden Glieds des Reichs übernommen, sich damit bisher mit so großem Eifer beschäftigt, und in jener reichsinstructions- und reichsconstitutionsmäßigen Rücksicht in denen — an die Bevollmächtigten der französischen Republik unterm 25. Januars, 22. Februars und vorzüglich 3ten Merz ertheilten Noten die Reichs-Ritterschaft überall ausdrücklich beygesellt hat.

Vom Anfang der Friedens-Verhandlungen wollte Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation, daß bey der vom französischen Gouvernement verlangten Abtretung des linken Rhein-Ufers den Fürsten und Ständen des Reichs, die Reichs-Ritterschaft mit eingeschlossen, ihre Rechte ungekränkt bleiben, ihnen der Genuß ihrer Patrimonial- und Privat-Güter unbeschränkt gelassen, und sie von der französischen Republik für diejenigen Rechte entschädigt werden, welche als unverträglich mit den Grundsätzen ihrer Constitution möchten gehalten werden.

Die französischen Bevollmächtigten erkannten die Billigkeit der Entschädigungen, lasteten sie aber dem deutschen Reich auf, und brachten es endlich dahin, daß durch die Note vom 4ten Aprils der proponirten zweyten Friedens-Basis unter gewissen beschränkenden Vorsichten nachgegeben wurde.

Mehrmalen hatte Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation darauf gedrungen, daß, nachdem das Entschädigungs-System nach Maasgabe berührter Note angenommen worden, es nöthig seye, den Umfang des Schadens zu kennen, und daß deme gemäß die französischen Bevollmächtigten über den Umfang ihrer Forderungen sich bestimmt erklären möchten.

Um den Betrag des Verlusts der reichsritterschaftlichen Mitglieder auszuweisen, übergabe Unterzeichneter das obbemeldte unterthänige Promemoria vom 3ten May laufenden Jahrs.

Als in der Note vom 14. Floréal die französischen Bevollmächtigten erklärten:

> que tout ce, qui appartient aux princes, Etats de l'Empire et Nobles immédiats, doit-être transferé sur la rive droits par une conséquence nécessaire et conformement aux principes universellement réçus,

wurde dieser Antrag, ohne den Satz im Ganzen anzugreifen, in Rücksicht auf die Reichs-Ritterschaft, für eine solche Vergrößerung der Entschädigungs-Masse angesehen, daß in der Note vom 14. May Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation Vorstellungen dagegen an die französischen Bevollmächtigten gemacht, und darinn Grundsätze aufgestellt hat, die leichtlich gegen die reichsconstitutionsmäßig hergebrachten Rechte der Reichs-Ritterschaft hätten mißdeutet werden können, und wogegen Unterzeichneter gebührende Vorstellung einzulegen sich veranlaßt sahe. Zwar hatten hierauf die bevollmächtigten Minister der französischen Republik in der Note vom 22ten Juny erwiedert, daß sie, in Rücksicht der dringenden Vorstellungen Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation, die reichsritterschaftlichen Mitglieder bey ihren Besitzungen belassen wollen, aber solche beschwerliche Bedingungen beygefügt, welche Unterzogenen zu der Reclamation vom 26ten Juny und zu der Bitte führten, daß sie den höchst- und hohen Reichs-Ständen bey der Entschädigung auf eine ihrem Verlust angemessene Weise gleichgestellt werden möchten.

Nie hatte Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation die Gerechtigkeit dieser Bitte verkannt. In diesem Geiste erfolgte das Conclusum Hochderselben vom

6ten July, und das demselben nachgefolgte Commissions-Decret der kaiserlichen höchst-ansehnlichen Plenipotenz vom 12ten July.

Da also nie einem Zweifel unterworfen wurde, daß die Reichs-Instruction für die Reichs-Ritterschaft, wie für die höchst- und hohen Stände des Reichs, sorge; da Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation von dem französischen Gouvernement, wie für die Stände des Reichs, also auch für die Reichs-Ritterschaft Entschädigung verlangt hat; da bey der vorläufigen Annahme der zweyten Friedens-Basis die Leistung der Entschädigungen als ein gemeinsames Principium anerkannt worden ist; da die Allgemeinheit dieses Princips auch die Meynung der bevollmächtigten Minister der französischen Republik in ihrer Note vom 15. Pluviôse und 22. ejusd. von Anfang her ware; da von beyden hohen contrahirenden Theilen die Reichs-Ritterschaft in keiner Verhandlung mit Billigkeit ausgenommen werden konnte; da nach dem Societäts-Verband Ausgleichung des Schadens jedem zuwachsen muß; die Reichs-Fundamental-Gesetze allen Reichs-Gliedern gleiche Unterstützung gewähren; da nicht zu zweifeln ist, daß Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation, wann HochSie auf das Entschädigungs-System eingegangen, dabey in Ansehung aller großen und kleinen Beschädigten gleich gerecht seyn werde; da Einzelne, welche bey dem besonders verlieren, was gleichsam dem ganzen Souverain abgenommen worden, durch denselben einen Ersatz zu erhalten, den Anspruch machen können; und da es sich von der Gerechtigkeit Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation um so weniger denken läßt, daß Sie das — von Anfang der Friedens-Unterhandlungen angenommene Principium nun, da von Seiten der französischen Regierung in keine Entschädigung eingegangen werden will, auf die Reichs-Ritterschaft allein nicht anwendbar machen wolle: so hoft Unterzogener, daß, falls Entschädigungen vom Reich werden ausgemittelt werden,

> die Reichs-Ritterschaft, nach dem Verhältniß ihres Verlusts, gleich den Ständen des Reichs werde bedacht, und dieserhalben von Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation, zum Trost so mancher nothleidenden Familien, gerechteste Vorsorge werde getragen werden.

Rastatt am 30ten July 1798.

Carl Freyherr von Gemmingen.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 31ten July 1798.

Zwey-

Zweyhundert und dreyzehnte Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 7ten August 1798.

[213]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 8. Augusti 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen ausserordentlichen Reichs-Deputation gebührend unverhalten:

Die Reichs-Friedens-Deputation sey des Dafürhaltens, daß auf die französische Note vom 1. Thermidor (19ten July) zu erwiedern sey:

[Hier ist das Conclusum der 55ten Sitzung vom 7ten August 1798. von den Worten: **Es habe für die Reichs-Friedens-Deputation ꝛc. — bis: wiederholter dringendst ersuchen** — (siehe Prot. Th. II. Seite 287 bis Seite 294) wörtlich eingerückt.]

Die Reichs-Friedens-Deputation vermeyne, daß dieser, der französischen Gesandtschaft zu ertheilenden Antwort, ob sich gleich darinn zu weiteren harten Friedens-Bedingnissen verstanden werde, dennoch nach Lage der Umstände nicht länger auszuweichen sey; da Sie sich jedoch zugleich überzeugt glaube, daß diese Antwort ein wesentlicher Schritt zum baldigen Friedens-Schlusse seyn werde, so zweifle Sie nicht, daß auch die höchstansehnliche kaiserliche Plenipotenz sich mit diesem Deputations-Schlusse vereinigen wolle, und behalte sich übrigens, in Rücksicht der mündlichen Unterhandlungen, worüber die kaiserliche höchstansehnliche Plenipotenz in ihrem Erlasse de dato 12ten July l. J. die Meynung dieser Reichs-Friedens-Deputation zu vernehmen wünsche, das Weitere annoch vor.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 7ten August 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und vierzehnte Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 11ten August 1798.

[214]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 12. Augusti 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Commission hat, unter Vorbehalte ihrer Entschliessung auf die ad Numerum 3. des Gutachtens der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation vom 7ten dieses erwähnten Gegenstände, allen übrigen Innhalt dieses Gutachtens begenehmiget, und in Folge dessen die abschriftlich hier beygefügte Note an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik am 10ten dieses erlassen. Womit die kaiserliche höchstansehnliche Commission sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen wohl zugethan verbleibt.

Signatum zu Rastatt den 11ten August 1798.

Franz Georg Carl,
(L. S.) Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch-kaiserlichen Majestät zu dieser Reichs-Friedens-Deputation verordneten höchstansehnlichen Commission wegen dem hochlöblichen kurmainzischen Directorio der Reichs-Friedens-Deputation einzuhändigen.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 11ten August 1798.

Anlage zur zweyhundert und vierzehnten Beylage.

Abschrift Note Seiner Excellenz des Herrn Grafen von Metternich, an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, de dato Rastatt den 10ten August 1798.

Für den Unterzeichneten, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, hat es nicht anders, als beruhigend seyn können, in der Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 19ten July (1. Thermidor,) sowohl in verschiedenen Puncten der Negociation eine weitere Nachgiebigkeit, als auch die abermalige feyerliche Erklärung zu finden, wie wenig es die Absicht der französischen Regierung sey, daß die Unabhängigkeit des deutschen Reichs bedrohet oder compromittiret würde, und wie

sehr sie vielmehr wünsche, daß diese Unabhängigkeit noch mehrere Kraft und Festigkeit erhalten möge. Diese erklärten Gesinnungen des französischen Gouvernements, verbunden mit der wiederholten ausdrücklichen Zusicherung seiner fortdauernden ernstlichen Neigung zum baldigen Frieden, beleben die Hoffnung, daß die freundschaftlichen Verhältnisse zwischen beyden Nationen, welche zu erreichen die deutsche sich bereits zu den äussersten Aufopferungen verstanden hat, — ungeachtet der verschiedenen Meynung, welche noch über manche Gegenstände herrsche, — dennoch bald wieder glücklich werden hergestellt werden.

Die Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 19ten July (1. Thermidor) schickt sogleich in ihrem Eingange, in Rücksicht des bisherigen Geschäfts-Ganges, einige Bemerkungen voraus, welche man dieses Ortes mit einigen Gegen-Bemerkungen zu erwiedern nöthig findet.

Sie sehen es nämlich als eine blos einfache Wirkung der Ideen-Progreßion, als eine allmählige Entwicklung ihres regelmäßigen Planes (developpement succeßif de leur plan régulier) an, wenn nach debattirten ältern Forderungen noch neue nachgetragen würden; Sie behaupten, daß auf die Aufstellung neuer Forderungen von ihnen niemals verzichtet worden sey. Diesseits hingegen hatte man immer die Ueberzeugung, daß der Stand-Punct stäts verrückt, — die Uebersicht des Ganzen unmöglich gemacht, — und die Negociation niemal zu einiger Bestimmtheit gelangen würde, wenn den einmal proponirten Friedens-Bedingungen stäts neue folgen. Blos in dieser Hinsicht hat man, noch bevor man sich zu irgend einer Basis verstand, in der Note vom 10ten Februar l. J. von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik begehrt: „dasjenige auf einmal vollständig zu übersehen, was die französische Republik von „dem deutschen Reiche, nach einem unglücklichen Kriege, als Opfer verlange." Und als man sich in der Folge gedrungen sah, der jenseits proponirten ersten Friedens-Basis in der Note vom 14ten März l. J. beyzutreten, so geschah dieses unter Voraussetzungen, welche, unter andern, auch alle weitere Forderungen an das deutsche Reich ausschlossen; man glaubte hierdurch alles erschöpft (siehe Note vom 27. März) „was nur irgend von dem Reiche, des so sehnlichst erwünschten Friedens wegen, gefordert werden mögte," und man erneuerte deswegen auch ausdrücklich diese Voraussetzungen vom 14ten März abermals in den Noten vom 5ten und 21ten April, so wie es auch gegenwärtig geschieht. Diesseits konnten daher die neuen Forderungen der Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 3ten May (14. Floréal) nicht anderst als höchst unvermuthet seyn. Dennoch, durch den so sehnlichen Wunsch nach einem baldigen Friedens-Schlusse bestimmt, entschloß man sich, in den Noten vom 18ten May und 9ten July l. J. noch einige dieser neueren Forderungen zu bewilligen; bey andern dieser Forderungen verstanden die bevollmächtigten Minister der französischen Republik in ihren Noten vom 22ten Juny (4. Messidor) und 19ten July (1. Thermidor) sich zu einiger Nachgiebigkeit oder zu Modificatio-

nen; und die gegenwärtig annoch in Discussion befangene Puncte faßten Sie zum Theile in ihrer letzterwähnten Note in 7 Artikel zusammen, die man gegenwärtig punctweise und auf eine Art beantworten wird, welche neue redende Beweise des diesseitigen aufrichtigsten und thätigsten Verlangens nach Herbeyführung der von Deutschland obgleich theuer zu erkaufenden Pacification enthält.

Ad 1.) Hat man zwar diesseits die Anträge, in Betreff der Handels- und Schiffahrts-Verhältnisse, bis zu einem eigenen Commerz-Tractat zu verschieben vorgeschlagen, um diese höchstwichtige und so vielen Rücksichten unterworfene Angelegenheit gründlich erörtern zu können; lassen sich jedoch diese Schwierigkeiten so geschwinde beseitigen, daß, ohne den Abschluß des Friedens aufzuhalten, das Resultat der zu treffenden Uebereinkunft sogleich in das Friedens-Instrument selbst gebracht werden kann, so ist man hiezu diesseits gleichfalls bereit.

In Rücksicht der Rhein-Transito-Zölle (droits de péage) will man nunmehr dem so bestimmten Verlangen der bevollmächtigten Minister der französischen Republik ebenfalls nachgeben, und in die Aufhebung dieser Rhein-Zölle willigen, indem die französische Republik auch die auf dem linken Rhein-Ufer befindliche, so wie die Stappel-Rechte und Schifferzünfte ihres Ortes aufzuheben zusagt. Da indessen die Einfuhr-Zölle (droits de douane) einigen Ersatz für die beträchtlichen, durch die gedachten Transito-Zölle entbehrten Einkünfte abgeben sollten, deren Einführung aber, aus den in den vordern diesseitigen Noten enthaltenen Gründen, mit vielen Schwierigkeiten umwunden ist, so muß man jedoch dabey ausbedingen, daß die Zeit der wirklichen Aufhebung erst nach zwey Jahren eintreten soll, binnen welchen man sich über die bey den Douanes einzuhaltenden Grundsätze vereinigen, — auch nach dem in den diesseitigen Noten vom 18ten May und 19ten July bereits gemachten Antrage durch eine gemeinsame Uebereinkunft mit der batavischen Republik, die freye Schiffahrt auf dem Rheine vollends bis zu seinem Ausflusse sicher stellen kann.

Ad 2.) Ist die Reichs-Friedens-Deputation damit einverstanden, daß der schiffbare Haupt-Strom des Rheins oder der sogenannte Thalweg, wie er von Zeit zu Zeit gemeinschaftlich durch verpflichtete Kunstverständige ausgesteckt werden wird, die künftige Gränze zwischen Deutschland und Frankreich bis dahin ausmache, wo derselbe aus dem Herzogthum Kleve, unter dem Namen Waal, in Holland tritt; in gedachtem Herzogthum aber selbst wird der die Büdericher Insel durchschneidende Kanal für den sogenannten Thalweg anzusehen seyn.

In Rücksicht der Rhein-Inseln ist der Vorschlag, — daß die Inseln auf der rechten Seite des Thalweges unter der Hoheit des deutschen Reichs, die Inseln auf seiner linken Seite aber unter der Hoheit der französischen Republik bleiben, oder unter dieselbe kommen, den diesseitigen Anträgen ganz angemessen; auch nimmt man keinen Anstand, den ferneren Vorschlägen in Ansehung des Theiles des Rheines, der schon vordem die Gränze zwischen Deutschland und Frankreich gemacht hat, — daß

nämlich diejenige Inseln auf der rechten Seite des Thalweges, welche bisher schon unter unstreitiger französischer Souverainetät gestanden sind, auch unter derselben fernerhin verblieben, — unter Bedingung des Reciproci für das deutsche Reich und die deutschen Landesherren, in Ansehung solcher auf der linken Seite des Thalweges gelegener, gegenwärtig aber unter deutscher Souverainetät befindlichen Inseln, ebenfalls beyzutreten. Dann findet man den weiteren Antrag der bevollmächtigten Minister der französischen Republik eben so annehmbar, daß die künftige Aenderung des Thalweges in Zukunft nichts an den Hoheits=Rechten über die Inseln ändern, sondern daß diese vielmehr, von nun an, nach ihrer gegenwärtigen Abtheilung unter der deutschen oder französischen Oberherrlichkeit verbleiben sollen, ob sie schon etwa in der Folge auf eine andere Seite des Thalweges verlegt werden würden. —

Das **Privat=Eigenthum der Inseln** und der ungehinderte Bezug ihres Ertrages bleibt, wie es sich ohnehin versteht, den bisherigen und künftigen Eigenthümern, ohne Rücksicht auf die Gränz=Scheidung durch den Thalweg. Uebrigens wird die Neutralität der Schiffahrt diesseits genau beobachtet werden.

Ad 3.) Behält man sich vor, über die in diesem Absatze begriffene Gegenstände, so wie über die ad 2 erwähnte **Petersau**, die Erklärung ehestens nachzubringen.

Ad 4.) In Betreff der **Commercial=Brücken** bleibt, wie man bereits, in den diesseitigen Noten vom 18ten May und 9ten July bemerkt hat, immerhin gewiß, daß stehende Brücken auf einem Gränz=Flusse zwischen zwey Nationen nicht blos nach Commercial=Rücksichten, sondern auch als Berührungs=Puncte in politische und militärische Betrachtung kommen müssen; — Gründe, welche schon in den vordern Friedens=Schlüssen die Errichtung solcher Brücken untersagt haben. Hiezu kommt nun, daß die Hüninger Brücke kaum eine halbe Stunde von der Baseler Rhein=Brücke zu stehen kommen würde, und daß sie auf der rechten Fluß=Seite eben so leicht an das schweizerische, als an das deutsche Reichs=Gebiet angestoßen werden könne, indem ein Theil der dortigen Schuster=Insel, so wie das hinter derselben liegende feste Land, dem Kanton Basel angehöret; der Brücke zwischen den beyden Breysach aber [da dergleichen Brücken selbst nach den jenseitigen Anträgen nur mit dem gemeinschaftlichen Einverständnisse der Ufer=Bewohner (de gré à gré entre les Riverains) errichtet werden sollen] steht ohnehin entgegen, daß der dortige Riverain, das Erzhaus Oesterreich, eine solche Brücke weder nützlich noch nothwendig finde; man hoffet daher, daß das französische Gouvernement auf diesen Brücken ferner zu bestehen nicht gemeynt seyn werde.

Ad 5.) Muß man in Ansehung der **reichsritterschaftlichen Besitzungen** auf dem linken Rhein=Ufer einen Unterschied unter reichsritterschaftlichen Gütern, nach ihren Besitzern, forthin als unbillig ansehen, und daher noch stets die Hoffnung hegen, daß dießfalls sowohl, als auch in Rücksicht der Aufhebung der angelegten Sequester und

der für den erleidenden Verlust zu leistenden billigen Vergütung von Seiten des französischen Gouvernements eine weitere Nachgiebigkeit eintreten werde.

Ad 6.) Hat man bereits in der Note vom 18ten May den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik sowohl die verschiedenen Arten von Schulden auf dem linken Rhein-Ufer zergliedert, als auch die stärksten Gründe angeführt, welche sich der Uebertragung sämmtlicher Kameral- und Domainen-Schulden auf Gegenstände des rechten Rhein-Ufers von allen Seiten entgegenstellten; diese so wichtigen Betrachtungen scheinen aber bey ihnen die gehofte Ueberzeugung noch nicht bewirkt zu haben, indem sie in ihrer jüngsten Note vom 19ten July (1. Thermidor,) nach wie vor, sogar im Allgemeinen auf der Uebertragung sämmtlicher Schulden unnachläßig bestehen, ohne auch nur dem geringsten Unterschied zwischen denselben, weder in Ansehung ihrer Veranlassung noch ihrer Verwendung, noch der Zeit, in welcher sie contrahiret worden, noch endlich in Ansehung der Gläubiger und der Natur der Hypotheken, Statt zu geben. Diesseits muß man daher sich nicht nur nochmal auf die Note vom 18ten May, und die daselbst gemachten wesentlichen Betrachtungen beziehen, sondern auch noch weiter bemerken, daß diese Schulden-Uebertragung nicht bloß in politischer Hinsicht höchstlästig und beynahe unausführbar seyn würde; sondern daß sie auch in Hinsicht auf die Gläubiger mit den natürlichen und bürgerlichen Gesetzen sich nicht vertrage; der Gläubiger hat allein an seinem Schuldner das Recht der Forderung; bey deutschen Staats-Schulden ist aber selten die Person des Regenten der Schuldner, sondern häufiger die einzelnen Länder, an welche sich der Gläubiger daher zu halten berechtiget ist; wider den Willen der interessirten Theile kann man weder diese Schulden auf andere Lande übertragen, noch auch den Gläubiger zwingen, das Subject und Object des gegebenen Kredites zu verändern; noch ihn, falls ein anderes Land seine Forderung wirklich freywillig übernehmen wollte, in den Fall setzen, in Konkurs-Fällen seine Priorität und die Rechte seiner Klasse anderen älteren Gläubigern aufopfern zu müssen. Diese rechtliche Befugnisse des Gläubigers gehören unter sein Privat-Eigenthum, welches die bevollmächtigten Minister der französischen Republik unberührt zu lassen zugesagt haben; sie sind bürgerliche Privat-Rechte, welche das französische Gouvernement zu kränken gewiß nicht gemeynt seyn wird.

Ad 7.) Hat man unter dem 3ten März und 18ten May sich schon im Allgemeinen zu all jenem Verzichten bereit erklärt, welche aus der Natur der gegenwärtigen Ueberlassungen nothwendig fließen; sich jedoch hiebey für das deutsche Reich das reciprocum vorbehalten, ohne daß die bevollmächtigten Minister der französischen Republik sich hierüber bisher geäussert hätten. — Da nun auch noch die Renunciation zu Gunsten aller mit Frankreich verbundenen Republiken bloß im Allgemeinen anverlangt wird, ohne weder diese, noch die Gegenstände, auf welche der Verzicht eigentlich geleistet werden solle, zu benennen; so erfordere die Wichtigkeit der Sache und die Verhütung künftiger Zweifel und Streitigkeiten, daß man vordersamst einer hinlänglichen

und detaillirten Aufklärung über diesen ganzen Gegenstand entgegensehe, bevor man diesseits eine bestimmte Rück-Aeusserung zu ertheilen im Stande ist; wobey man voraussetzt, daß ersagte Republiken eben so auch ihres Ortes auf alle Rechte und Ansprüche, welche sie etwa an das Reich haben mögten, renunciren und zugleich versprechen werden, das in ihren Gebiethen liegende Vermögen, Einkünfte, Rechte, Gerechtsame und Besitzungen aller und jeder deutschen Reichs-Stände, der unmittelbaren Reichs-Ritterschaft, auch sonstiger mittel- und unmittelbarer Reichs-Angehörigen, auf alle Art derselben zu erhalten und sie in deren vollem Genusse auf keinerley Weise zu stören; so wie anderer Seits diesen Republiken, ihren Körperschaften und Einwohnern die Proprietäten ebenfalls verbleiben werden, welche sie dermalen im deutschen Reiche besitzen.

Bey diesem 7ten Puncte endlich setzen die bevollmächtigten Minister der französischen Republik auch noch als bekannt voraus, daß das deutsche Reich sich aller Ansprüche auf das, dem Erzhause Oesterreich zustehende Frickthal in dem künftigen Friedens-Vertrage begeben werde. Diesen Antrag mußte man aber nothwendig um so fremder finden, als man nur diejenigen deutschen Besitzungen jenseits des Rheins, welche unmittelbar an das französische Gebiet stoßen, der französischen Republik unter gewissen Voraussetzungen zu überlassen sich erklärt hat; das Frickthal aber durch einen Theil der Schweiz von Frankreich abgesöndert wird. — Hierauf ist selbst auch der Antrag der bevollmächtigten Minister der französischen Republik bis jetzt nicht gerichtet gewesen, indem vielmehr ihre noch vor der Cession des linken Rhein-Ufers erlassene Note vom 20ten Februar (2. Ventose) ausdrücklich besagt: daß diese erste Basis — die Rhein-Gränze — der französischen Republik nichts gebe, als was sie schon besitze: „qui enfin ne laissant à la République que ce qu'elle *possède*, garantit encore la tran„quillité future des deux états."

Wie es nun solchergestalt nie die diesseitige Meynung war, noch seyn konnte, das von französischen Truppen nicht occupirte Frickthal unter besagter Länder-Ueberlassung mit zu begreifen, so kann man auch dermalen nicht dieser neuerlichen Forderung diesseits Statt geben.

Uebrigens sind viele diesseitige Anträge, Vorschläge und Anfragen, namentlich der Noten vom 3ten und 14ten März, 18ten May und 9ten July von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik in ihrer jüngsten Antwort vom 19ten July (1. Thermidor) abermals gänzlich übergangen worden; stäts überzeugt, daß ohne die Erörterung der obgedachten Gegenstände eine vollständige Bestimmung des Verhältnisses zwischen beyden Nationen nicht denkbar sey, muß man daher die bevollmächtigten Minister der französischen Republik um eine umfassende Antwort auf alle solche noch unerledigte Puncte wiederholter dringendst ersuchen.

Hiebey versichert Unterzeichneter übrigens die bevollmächtigten Minister der französischen Republik seiner ausgezeichnetesten Hochachtung.

Franz Georg Carl, Reichsgraf v. Metternich-Winneburg-Beilstein.

Zweyhundert und fünfzehnte Beylage.

Französische Note vom 26. Thermidor an VI. (13ten August 1798.)

[215]

(Ist mit der Anlage zu [216] ganz gleichlautend.)

Zweyhundert und sechszehnte Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 13ten August 1798.

[216]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 15. Augusti 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Commission theilt der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation die auf die diesseitige Note vom 10ten dieses erfolgte Antwort der bevollmächtigten Minister der französischen Republik, vom heutigen, zur Wissenschaft mit; und beziehet sich übrigens wegen der ad Num. 3. des Gutachtens vom 7ten dieses vorbehaltenen Entschliessung auf das Decret vom 11ten dieses. — Womit die kaiserliche höchstansehnliche Commission sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen stäts zugethan verbleibt.

Signatum zu Rastatt den 13ten August 1798.

Franz Georg Carl,
(L. S.) Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordneten höchstansehnlichen Commission wegen dem hochlöblichen kurmainzischen Directorium der Reichs-Friedens-Deputation einzuhändigen.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 13ten August 1798.

An-

Anlage zur zweyhundert und sechszehnten Beylage.

Copie d'une Note des Ministres plénipotentiaires français, à S. E. M. le Comte de Metternich, datée de Rastadt le 26. Thermidor an 6. (13. Août 1798.)

Les Soussignés Ministres plénipotentiaires de la République française pour la négociation avec l'Empire germanique, ont reçu la dernière Note de la Députation de l'Empire, qui leur a été communiquée le 23. Thermidor, présent mois, par M. de Metternich, Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur.

En rendant justice aux intentions de la Députation de l'Empire, les Soussignés ne sauraient dissimuler l'impression facheuse que sous plusieurs rapports, la Note même a laissée dans leur esprit: elle ne répond ni à leur juste attente, ni à l'idée qu'on doit se former de la sage prévoyance des Plénipotentiaires germaniques. Ils exprimeraient surtout bien difficilement, ils s'abstiendront de qualifier. Le sentiment qu'ils ont éprouvé à la lecture du passage de cet écrit, où il est si étrangement question de l'article 3. de leur Note du 1. Thermidor, qui aurait pensé qu'après plus de vingt jours d'examen, après tant de séances employées sans doute à d'utiles délibérations, on eut differé de se déclarer, on eut pu se taire sur un des articles les plus essentiels et les plus précis de cette Note, et qu'il faut régarder comme irrévocable?

Il est tems enfin que cet état de choses cesse, que ces delais équivoques ayent un terme. Le Gouvernement français veut la paix: sa conduite a mis ses intentions à l'abri de tous les doutes; mais il a épuîsé pour y arriver, tout ce que l'on pouvait attendre de sa bonne volonté. Les dernières propositions que les Soussignés ont faites en son nom, sont des Conditions de cette paix; il n'y a donc plus matière à discussion, ni à rétardement: la Députation doit se décider; qu'elle ne consulte qu'elle-même, qu'elle se livre à la droiture de ses intentions, son choix sera bientôt fait. Qu'elle réflechisse bien qu'en aucun cas ses delais et ses refus ne profiteraient à l'Empire, et que la voix publique en Allemagne approuvera toute détermination qui aura détourné pour jamais le fléau de la guerre.

Les Ministres plénipotentiaires de la République française ne pouvant que persister dans tout le contenu de leur Note du 1. Thermidor, de celle du 4. Messidor, et précédentes, demandent itérativement à la Députation de l'Empire, une réponse cathégorique et divise sur les points qui y sont traités; ils l'attendent.

Ils assurent M. de Metternich, Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur, de leur considération la plus distinguée.

Signé: *Bonnier*, *Jean Debry*.

Zweyhundert und siebenzehnte Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die allgemeine Reichs-Versammlung, de dato Rastatt den 15ten August 1798.

[217]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 16. Augusti 1798.

Auf die der allgemeinen Reichs-Versammlung durch die Anzeige vom 21ten July mitgetheilte französische Note vom 1. Thermidor (19ten July) hat die kaiserliche höchstansehnliche Plenipotenz unterm 10ten August — nachdem zuvor die Reichs-Friedens-Deputation am 7ten d. M. ihre detaillirte Meynung über die gedachte französische Note in ihrem Erlasse an die kaiserliche Plenipotenz hatte gelangen lassen — den dahiesigen französischen bevollmächtigten Ministern die Gegen-Note Ziffr. 1 * zugefertigt, und hievon der Reichs-Friedens-Deputation durch den Erlaß Ziffr. 2. ** Nachricht gegeben. Diese Gegen-Note ist bis auf den dritten Artikel ganz mit den Worten des oben angezogenen Deputations-Erlasses vom 7ten August übereinstimmend; dieser dritte Artikel aber war in dem Deputations-Erlasse nach der Anlage Ziffr. 3. *** abgefaßt; auf diese diesseitige Note haben die bevollmächtigten französischen Minister sodann am 26. Thermidor (13ten August) durch die unter Ziffr. 4. **** anliegende Note geantwortet, welche die kaiserliche höchstansehnliche Plenipotenz durch den Erlaß Ziffr. 5. ***** noch selben Tages der Reichs-Friedens-Deputation mitgetheilt hat. Da nun aus dieser jüngsten französischen Note zu ersehen war, daß die französischen bevollmächtigten Minister der diesseitigen, von der kaiserlichen Plenipotenz unterm 10ten l. M. ihrer zugefertigten Erklärung den Sinn beylegen, als ob die Reichs-Friedens-Deputation sich wegen der in der französischen Note vom 1. Thermidor (19ten July) in dem Absatze sub 3. benannten Gegenstände, und in Betreff der sub 2. erwähnten Petersaue noch gar nicht erklärt hätte, es aber den vorliegenden Umständen allerdings angemessen schiene, diesem Zweifel zu begegnen; so hat die Reichs-Friedens-Deputation in ihrer gestrigen Sitzung sich veranlaßt gefunden, durch das kurmainzische Directorium bey der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz mündlich darauf anzutragen, daß von Hochderselben der französischen Gesandtschaft über die eigentliche Bewandniß der diesseitigen Antwort ad Art. III. der französischen Note quæst. eine vollständige Aufklärung in beliebiger Art baldigst ertheilt, und dabey

---

* Siehe die Anlage zu [214], Seite 82. ** Siehe den Erlaß [214], Seite 82.

*** Siehe den 3ten Artikel des Conclusums der 55ten Sitzung vom 7ten August 1798. Seite 92. u. 93.

**** Siehe die Anlage zu [216], Seite 89. ***** Siehe den Erlaß [216], Seite 88.

der gedachten Gesandtschaft wenigstens die Meynung der Deputation, was diese nemlich ad hunc articulum beschlossen habe, eröffnet werden möge. Den weitern Verfolg wird man der allgemeinen Reichs-Versammlung nächstens annoch ferner zu eröffnen, nicht verfehlen. Signatum zu Rastatt den 15ten August 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und achtzehnte Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 15ten August 1798.

[218]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 16. Augusti 1798.

Der römisch kaiserlichen Majestät unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen ausserordentlichen Reichs-Deputation gebührend unverhalten:

Die Reichs-Friedens-Deputation habe beschlossen, die allgemeine Reichs-Versammlung von dem Gange der Friedens-Negociation seit der an dieselbe zuletzt eingeschickten Note vom 1. Thermidor (19ten July) vollständig durch die Anlage zu unterrichten, welche andurch zur Kenntniß der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz gebracht werde.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 15ten August 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und neunzehnte Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 17ten August 1798.

[219]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 17. Augusti 1798.

Der römisch kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen kaiserl. Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen ausserordentlichen Reichs-Deputation gebührend unverhalten:

Die Reichs-Friedens-Deputation habe aus der jüngsten, von der kaiserlichen höchstansehnlichen Plenipotenz dem Deputations-Directorium unterm 16ten l. M. gemachten Eröffnung, den Innhalt der zwischen der kaiserlichen und der französischen Gesandtschaft am 15ten l. M. vorgewesenen Unterredung zu entnehmen gehabt. Da sich nun hieraus ergebe, daß die französischen bevollmächtigten Minister noch immer auf der förmlichen Beantwortung ihrer Note vom 26. Thermidor (13ten August) bestünden und diese Antwort erwarteten, so halte die Reichs-Friedens-Deputation dafür, daß diese jüngste französische Note nunmehr dahin zu erwiedern sey:

„So vergnüglich es der Reichs-Friedens-Deputation gewesen sey, in der jüngsten Note der französischen bevollmächtigten Minister vom 26. Thermidor (13ten „August) neue schätzbare Zusicherungen der fortwährenden Friedens-Liebe des fran„zösischen Gouvernements und Ausdrücke des Vertrauens in die gleichmäßigen fried„lichen Gesinnungen der Reichs-Friedens-Deputation zu finden, so unangenehm habe „es auch dieser letztern seyn müssen, daß ein bloßer Mißverstand an der in dieser „jüngsten Note geäusserten Vermuthung die Schuld trage, als ob die Reichs-Friedens„Deputation einen der wichtigsten Artikel der Note vom 1. Thermidor (19ten July) „in ihrer Antwort mit Stillschweigen habe umgehen können. Die Reichs-Friedens„Deputation, stets überzeugt, wie sehr die schriftliche Negociation gewinne, wenn „alle Puncte zugleich und nicht nach und nach discutirt würden, habe auch nicht „unterlassen, den dritten Artikel der Note vom 1. Thermidor (19ten July,) von „dem hier eigentlich die Frage sey, und das, was in dem zweyten Artikel der gedach„ten Note über die Petersaue (Isle St. Pierre) bemerkt sey, bereits unterm 7ten „August dahin zu beantworten:

ad 3.) die Reichs-Friedens-Deputation, um alles zu erschöpfen, was nur immer sich mit ihren aufhabenden schweren Pflichten und mit ihrem lebhaften Verlangen vereinigen lasse, dem deutschen Reiche die wohlthätigen Folgen des Friedens baldmöglichst zu verschaffen, habe beschlossen, ungeachtet aller der empfindlichen Opfer,

die sie diesem Zwecke bereits gebracht habe, gleichwohl auch noch dem so schmerzlichen Antrage der französischen bevollmächtigten Minister:

„daß die Festungs-Werke von Ehrenbreitstein nach dem Frieden geschleift wür„den," jedoch sub conditione sine qua non et resolutiva nachzugeben, daß dagegen auch das französische Gouvernement alle feste Puncte auf der rechten Rhein-Seite und diesseits des Thalwegs, als Kehl, Kassel, die Mars-Schanze, (Fort Mars) und die Petersaue (l'Isle St. Pierre) sämmtlich ebenfalls demolirt, dem Reiche wieder einräume, und auf alle Ansprüche und Anforderungen an diese und andere feste Puncte diesseits des Thalweges feyerlich verzichte. Indem nun aber die Reichs-Friedens-Deputation auf eine bisher mit so gutem Erfolge bestandene Schutzwehre künftig zu verzichten, sich entschliesse, so glaube sie sich auch berechtiget, zu verlangen, daß sowohl die bisherige Bloquade der Festung Ehrenbreitstein, als die gegen die Bewohner des Thals Ehrenbreitstein angelegte Sperre der Victualien und anderer Lebens-Bedürfnisse, den bestehenden Conventionen ohnehin gemäß, alsbald werde aufgehoben werden.

Da aber von dem kaiserlichen Herrn Plenipotentiario in Ansehung dieses Beschlusses ad 3tium sich noch vorbehalten worden sey, seine deßhalb erforderliche Erklärung ehestens nachzubringen, so müsse die Deputation sich dermalen lediglich auf Eröffnung dieser Lage der Sache, unter der Versicherung beschränken, daß sie die möglichste Beförderung der Friedens-Unterhandlungen sich gewiß auch ferner eifrigst werde angelegen seyn lassen.

Die Reichs-Friedens-Deputation ersuche die höchstansehnliche kaiserliche Plenipotenz angelegenst, diese Antwort an die französische Gesandtschaft, mittelst einer gewöhnlichen Note, aufs baldigste gelangen zu lassen.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 17ten August 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und zwanzigste Beylage.

Französische Note vom 3. Fructidor an VI. (20ten August 1798.)

[220]

(Ist mit der zweyten Anlage zu [221] Seite 96. ganz übereinstimmend.)

Zweyhundert und ein und zwanzigste Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 21ten August 1798.

[221]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 22. Augusti 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Kommission hat dem dringenden Wunsche der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation Statt gegeben, indem Sie, dem Gutachten vom 17ten August gemäß, die abschriftlich beyliegende Note an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik gelangen ließ. Sie sieht dieses als den größten Beweis an, welchen Sie der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation von Ihrer Liebe zur Eintracht geben konnte, in einem Falle, wo sowohl der Stand der Unterhandlung, als die in der Verfassung und den Gesetzen gegründete Form, die wichtigsten Gründe für das Gegentheil darstellten. Hierdurch nun ist zugleich der Gegenstand der ebenfalls abschriftlich hier beygefügten Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 20ten dieses (3. Fructidor) gänzlich aufgelößt. — Womit die kaiserliche höchstansehnliche Kommission sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen stäts zugethan verbleibt.

Signatum Rastatt den 21ten August 1798.

(L. S.) Franz Georg Carl,
Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch-kaiserlichen Majestät zu dieser Reichs-Friedens-Deputation verordneten höchstansehnlichen Kommission wegen dem hochlöblichen kurmainzischen Directorio der Reichs-Friedens-Deputation einzuhändigen.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 21ten August 1798.

Anlagen zur zweyhundert und ein und zwanzigsten Beylage.

Abschrift Note des Herrn Grafen von Metternich Excellenz, an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, Rastatt den 21ten August 1798.

Auf die Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 13ten August (26. Thermidor) erklärt Unterzeichneter, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, daß, so vergnüglich es der Reichs-Friedens-Deputation gewesen seye, in erwähnter Note neue schätzbare Zusicherungen der fortwährenden Friedens-Liebe des französischen Gouvernements und Ausdrücke des Vertrauens in die gleichmäßigen friedlichen Gesinnungen der Reichs-Friedens-Deputation zu finden, so unangenehm habe es auch Ihr seyn müssen, daß ein bloßer Mißverstand an der in dieser jüngsten Note geäusserten Vermuthung die Schuld trage, als ob die Reichs-Friedens-Deputation einen der wichtigsten Artikel der Note vom 19ten Julius (1. Thermidor) in ihrer Antwort mit Stillschweigen habe umgehen können. Die Reichs-Friedens-Deputation, stäts überzeugt, wie sehr die schriftliche Negociation gewinne, wenn alle Puncte zugleich, und nicht nach und nach, discutirt würden, habe auch nicht unterlassen, den dritten Artikel der Note vom 19ten Julius (1. Thermidor,) von welchem hier eigentlich die Frage seye, und das, was in dem zweyten Artikel der gedachten Note über die Petersaue, (Isle de St. Pierre) bemerkt seye, bereits unterm 7ten August dahin zu beantworten:

Ad Art. 3. Die Reichs-Friedens-Deputation, um alles zu erschöpfen, was nur immer sich mit ihren aufhabenden schweren Pflichten und mit ihrem lebhaften Verlangen vereinigen lasse, dem deutschen Reiche die wohlthätigen Folgen des Friedens baldmöglichst zu verschaffen, habe beschlossen, ungeachtet aller der empfindlichen Opfer, die sie diesem Zwecke bereits gebracht habe, gleichwohl auch noch dem so schmerzlichen Antrage der französischen bevollmächtigten Minister: „daß die Festungs-Werke von „Ehrenbreitstein nach dem Frieden geschleift würden,“ jedoch sub conditione sine qua non et resolutiva nachzugeben; daß dagegen auch das französische Gouvernement alle feste Puncte auf der rechten Rhein-Seite und diesseits des Thalwegs, als Kehl, Kastel, die Mars-Schanze, (Fort Mars) und die Petersaue (l'Isle St. Pierre,) sämmtlich ebenfalls demolirt, dem Reiche wieder einräume, und auf alle Ansprüche und Anforderungen an diese und andere feste Puncte diesseits des Thalweges feyerlich verzichte. Indem nun aber die Reichs-Friedens-Deputation auf eine bisher mit so gutem Erfolge bestandene Schutzwehre künftig zu verzichten, sich entschliesse, so glaube sie sich auch berechtiget, zu verlangen, daß sowohl die bisherige Bloquade der Festung Ehrenbreitstein, als die gegen die Bewohner des Thals Ehrenbreitstein angelegte Sperre der Victualien und anderer Lebens-Bedürfnisse, den bestehenden Conventionen ohnehin gemäß, alsbald werde aufgehoben werden.“

Da aber Unterzeichneter in Ansehung dieses Beschlusses ad 3tium sich noch vorbehalten habe, seine deßhalb erforderliche Erklärung ehestens nachzubringen; so müsse die Reichs-Friedens-Deputation sich dermal lediglich auf Eröffnung dieser Lage der Sache unter der Versicherung beschränken, daß sie die möglichste Beförderung der Friedens-Unterhandlungen sich gewiß auch ferner eifrigst werde angelegen seyn lassen.

Uebrigens behält sich Unterzeichneter bevor, seine Entschließung den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik ehestens zu eröffnen, — um hierdurch diesen Theil der Verhandlung zur gehörigen Vollständigkeit und Wirksamkeit bringen zu können.

Da nun andurch der Gegenstand der weiteren Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 20ten August (3. Fructidor) erlediget ist, so bleibt Unterzeichnetem nur noch übrig, Dieselben hier abermal seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Copie d'une Note des Ministres plénipotentiaires français, à S. E. M. le Comte de Metternich, datée de Rastadt le 3. Fructidor an 6. (20. Août 1798.)

Les Soussignés Ministres plénipotentiaires de la République française, pour la négociation avec l'Empire germanique, justement surpris que leur Note du 26. Thermidor dernier, n'ait produit aucun effet qui leur soit connu, vivement affectés, par amour pour l'humanité, du danger imminent de cet état d'inertie auquel on veut réduire une négociation, qui doit enfin avoir un terme, et se réferant à la Note précitée:

Requièrent la Députation de l'Empire de s'expliquer sur le champ cathégoriquement et divisement sur tous les points à régler qui sont énoncés dans leurs Notes du 1. Thermidor dernier, 4. Messidor précédent, et autres; en donnant à la Députation de l'Empire par cette nouvelle instance une preuve de plus du vœu formel, et des efforts perseverans du Gouvernement français pour la paix; ils lui declarent qu'elle demeure responsable des suites qu'entraineraient des délais ultérieurs.

Ils assurent M. de Metternich, Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur, de leur considération la plus distinguée.

Signé: *Bonnier*, *Jean Debry*, *Roberjot*.

Zwey-

Zweyhundert und zwey und zwanzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die allgemeine Reichs-Versammlung, de dato Rastatt den 21ten August 1798.

[222]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 22. Augusti 1798.

Da die kaiserliche höchstansehnliche Plenipotenz Anstand gefunden hatte, sich dem, in dem jüngsten Erlasse der allgemeinen Reichs-Versammlung bereits mitgetheilten, durch das Directorium mündlich zu eröffnenden Deputations-Antrage beyfällig zu erzeigen, so hat man am 15ten l. M., in Hinsicht auf die besonders dringenden Umstände, sich bewogen gefunden, per Directorium mündlich den Antrag angelegenst zu wiederholen: daß nämlich die kaiserliche Plenipotenz der französischen Gesandtschaft über die eigentliche Bewandtniß der diesseitigen Antwort ad Art. III. der französischen Note vom 1. Thermidor (19ten July) eine vollständige Aufklärung in beliebiger Art baldigst ertheilen, und dabey der gedachten Gesandtschaft wenigstens die Meynung der Deputation, was diese nämlich ad hunc articulum beschlossen habe, eröffnen möge. Von der kaiserlichen höchstansehnlichen Plenipotenz geschah auch hierauf noch selben Tags eine mündliche Eröffnung an die französischen bevollmächtigten Minister, welche jedoch von diesen nicht als genügend angenommen, vielmehr von ihnen wiederholt auf schriftlicher Beantwortung ihrer Note vom 26. Thermidor (13ten August) bestanden wurde. Auf diese Aeusserung der französischen Gesandtschaft, beschloß die Reichs-Friedens-Deputation unterm 17ten l. M. den unter Ziffr. 1. * anliegenden Erlaß an die kaiserliche höchstansehnliche Plenipotenz, und ließ denselben noch selben Tag Abends an die gedachte kaiserliche Gesandtschaft gelangen: als aber letztere auch die in diesem jüngsten Erlasse vorgeschlagene Note den französischen bevollmächtigten Ministern bis gestern als am 20ten August Mittags noch nicht zugefertigt hatte, so erschien von Seite der französischen bevollmächtigten Minister die Note Ziffr. 2. **, worauf am 21ten Morgens die kaiserliche Plenipotenz die unter Ziffr. 3. *** anliegende Note, in Gemäßheit des Deputations-Erlasses vom 17ten l. M., den französischen bevollmächtigten Ministern zufertigte, und hievon die Reichs-Friedens-Deputation durch den Erlaß Ziffr. 4. **** zugleich benachrichtigte. Signatum Rastatt den 21ten August 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

* Siehe [219], Seite 92. ** Siehe [220], Seite 95.
*** Siehe die erste Anlage zu [221], Seite 95. **** Siehe [221], Seite 94.

Zweyhundert und drey und zwanzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 21ten August 1798.

[223]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 22. Augusti 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen ausserordentlichen Reichs-Deputation gebührend unverhalten:

Zu Benachrichtigung der allgemeinen Reichs-Versammlung über die weitere und gegenwärtige Lage der Friedens-Unterhandlungen, habe die Reichs-Friedens-Deputation die anliegende Anzeige dahin zu erlassen beschlossen.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 21ten August 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und vier und zwanzigste Beylage.

Französische Note vom 5. Fructidor an VI. (22ten August 1798.)

[224]

(Ist mit der Anlage zu [225] ganz gleichlautend.)

Zweyhundert und fünf und zwanzigste Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 23ten August 1798.

[225]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 24. Augusti 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Commission theilt der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation die auf die jüngste diesseitige Note vom 21ten dieses Monathes erfolgte Antwort der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 22ten August (5. Fructidor) in beyliegender Abschrift mit. Und da, bey innerer Betrachtung der Sache, der feststehende Vorbehalt der auf den 3ten Punct des Gutachtens vom 7ten dieses noch manglenden Genehmigung es nicht hindert, in eine durch eben diesen Vorbehalt bedingte Berathschlagung über den Innhalt erwähnter Note vom 22ten August (5. Fructidor) zu treten; so will die kaiserliche höchstansehnliche Commission der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation andurch den Weg hierzu eröffnen und das weitere Gutachten Derselben erwarten. — Womit die kaiserliche höchstansehnliche Commission sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen stäts zugethan verbleibt.

Signatum Rastatt den 23ten August 1798.

Franz Georg Carl,
(L. S.) Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch-kaiserlichen Majestät zu dieser Reichs-Friedens-Deputation verordneten höchstansehnlichen Commission wegen, dem hochlöblichen kurmainzischen Directorio der Reichs-Friedens-Deputation einzuhändigen.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 24ten August 1798.

Anlage zur zweyhundert und fünf und zwanzigsten Beylage.

Copie d'une Note des Ministres plénipotentiaires français, à S. E. M. le Comte de Metternich, datée de Rastadt le 5. Fructidor an 6.

Les Soussignés Ministres plénipotentiaires de la République française, pour la négociation avec l'Empire germanique, ont reçu une Note de la Députation de l'Empire, qui leur a été transmise le 4. Fructidor, présent mois, par le Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur.

Il résulte de cette pièce, que la Députation de l'Empire s'était effectivement occupée dans ses délibérations, de l'article 3. de la Note de la Légation française du 1. Thermidor dernier, qu'elle avait répondu à cet article, et que si sa réponse ne s'est point trouvée comme cela devait être, dans la Note communiquée le 23. dudit mois, par le Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur, c'est l'effet d'une omission, qu'on ne saurait attribuer à la Députation, et qui est réparée pour le moment, autant qu'il est possible, par la restitution du texte.

S'expliquant maintenant sur cette réponse, les Soussignés déclarent, qu'ils ne peuvent en aucune manière entendre à ce qui leur est proposé, et que par les raisons suffisamment déduites audit article 3. de leur Note du 1. Thermidor, ils y persistent de plus fort, ainsi que dans tous les autres articles de la même Note, qu'ils ont également présentés comme des Conditions de la paix. Les Soussignés se réferent donc aux deux Notes du 26. Thermidor, et 3. Fructidor, dont l'objet bien loin d'être résolu, subsiste en son entier, et tenant la déclaration par eux faite à la Députation de l'Empire, qu'elle demeure responsable des suites qu'entraîneraient des délais ultérieurs, ils la réquièrent itérativement de fournir sans délai une réponse cathégorique et divise sur tous les articles de leurs Notes, particulièrement de celle du 1. Thermidor, auxquels elle n'aurait pas déjà donné son adhésion.

Le Gouvernement français veut sincèrement la paix; il l'a prouvé par sa modération; il le prouvera encore en employant tous les moyens d'accélération qui sont en son pouvoir. Si la Députation la veut, comme on aime à le croire, qu'elle se décide enfin. La paix ne peut être rétardée que par ceux qui comptent pour rien les malheurs publics, et qui s'aveuglent sur leur propre avenir.

Les Ministres plenipotentiaires de la République française assurent le Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur de leur considération la plus distinguée.

Signé: *Bonnier*, *Jean Debry*, *Roberjot*.

Zweyhundert und sechs und zwanzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die allgemeine Reichs-Versammlung, de dato Rastatt den 24ten August 1798.

[226]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 24. Augusti 1798.

Die allgemeine Reichs-Versammlung empfängt hiebey abschriftlich die auf die diesseitige Note vom 21ten August erfolgte französische Note vom 5. Fructidor (22ten August) unter Ziffr. 1., dann den Erlaß der kaiserlichen höchstansehnlichen Plenipotenz unter Ziffr. 2., wodurch letztere der Reichs-Friedens-Deputation die obige französische Note zugefertigt hat. Signatum zu Rastatt den 24ten August 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und sieben und zwanzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 24ten August 1798.

[227]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 24. Augusti 1798.

Der römisch kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen kaiserl. Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen ausserordentlichen Reichs-Deputation gebührend unverhalten:

Man theile der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz die Anzeige abschriftlich mit, wodurch die Reichs-Friedens-Deputation die jüngste französische Note vom 5. Fructidor (22ten August), dann den Erlaß der kaiserlichen höchstansehnlichen Plenipotenz vom gestrigen Tage zur Kenntniß der allgemeinen Reichs-Versammlung zu bringen beschlossen habe.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich gezlemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 24ten August 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und acht und zwanzigste Beylage.

Promemoria des Herrn Particular-Abgeordneten der schwäbischen Grafen-Curie an die Reichs-Friedens-Deputation, d.d. Rastatt den 21. August 1798.

[228]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 22. Augusti 1798.

Promemoria.

Es hat Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation durch die wichtigen Aufopferungen, wozu Hochdieselbe sich im Namen des Reichs entschlossen hat, den ersten Willen bewiesen, das Friedens-Geschäft zu befördern.

So wie nun des Endes-Unterzeichneten Committenten diese Verfügung mit ehrerbietigem Dank verehren, so bemerkt Endes-Unterzeichneter zugleich, daß die Beendigung des Geschäfts denenjenigen seiner Committenten, welche ihre Haupt-Besitzung und beynahe ihr sämmtliches Vermögen verlieren, mit jedem Tage um so angelegener wird, als dieselben inmittelst aller wirklichen Hilfsmitteln zur Erhaltung ihrer Existenz, und nun seit der bekannt gewordenen Abtretung des linken Rhein-Ufers, auch noch des nöthigen Credits, diesem Mangel abzuhelfen, entblößt sind; dem denn weiter hinzukömmt, daß auch derselben noch übrige — auf dem rechten Rhein-Ufer am Unter-Rhein gelegene wenige Besitzungen durch die vermehrte französische Truppen-Zahl dem vollen Untergang und allen Folgen der Verzweiflung und des Eindruckes, den die unausweichlich entstehende Mittheilung der Grundsätze veranlassen kann, unterliegen.

Unter diesen Umständen kann Endes-Unterzeichneter nicht umhin, das in der Lage der Sache gegründete angelegentlichste Ersuchen an Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation zu stellen, damit Hochdieselbe geruhen möge, sich die geschwindeste Vereinigung und Abschliessung eines Friedens angelegen seyn zu lassen, dessen längeres Anstehen den Untergang der betreffenden Stände und deren Unterthanen bedrohet, und wobey mittlerweil jeder Tag Aufenthalt dem deutschen Reich unermeßliche Summen kostet. Rastatt am 21ten August 1798.

Franz Grav zu Sickingen,
Abgeordneter der schwäbischen Graven-Kurie.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 21ten August 1798.

Zweyhundert und neun und zwanzigste Beylage.

Promemoria der Herren Particular-Abgeordneten von Salm-Salm, Leiningen, und dem wild- und rheingräflichen Hause, an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 18ten August 1798.

[229]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 22. Augusti 1798.

Hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation!

Unterzeichnete sind von ihren höchst- und hohen Committenten ausdrücklich beauftragt, einer hochansehnlichen Reichs-Deputation die äusserst bedrängte Lage und kummervollen Umstände ehrerbiethigst vorzulegen, worinn dieselbe durch den gegenwärtigen unglücklichen Krieg versetzt worden, und welche ihnen bey dem längeren Verzug des Friedens unausbleiblich bevorstehen.

Seit dem Jahr 1793 sind des Herrn Fürsten zu Salm-Salm Durchlaucht durch die Vereinigung des Fürstenthums Salm mit Frankreich aller daher bezogenen Revenüen nicht nur, sondern auch der Einkünften aus ihren Herrschaften in Frankreich und aus dem in Lothringen inclavirten Amt Dimmeringen beraubt; diesem beträchtlichen Verlust ist im Jahr 1794 der nicht minder erhebliche des Herzogthums Hoogstraten und der After-Grafschaft Alost in den ehemaligen k. k. Niederlanden, und Ihro wild- und rheingräflichen Landes-Theile im Reich hinzugekommen, mithin ist Höchstdenselben kaum der achte Theil der fürstlichen Haus-Besitzungen mit der kleinen Reichs-Herrschaft Anholt auf der rechten Rhein-Seite und mit dem während dem Krieg fast ganz unergiebigen Zoll zu Arnheim im Gelder-Land übrig geblieben, um eine zahlreiche, aus einer fürstlichen Gemahlin, Mutter und Tante, vier Oheimen, drey Brüder und vier Kinder bestehende Familie und annebens das nöthige Dienst-Personale zu erhalten.

Eben so erlitten des Herrn Fürsten zu Leiningen Durchlaucht in dem Jahre 1792 den gänzlichen Verlust Ihrer in dem Elsaß gelegenen Grafschaft Dagsburg, wovon schon ein ansehnlicher Theil von Renten durch die Beschlüsse der französischen National-Versammlung in dem Jahr 1789 unterdrückt und aufgehoben worden waren, und diesem Verlust folgte gleich mit dem Anfang des Jahrs 1793 die gänzliche Occupation aller Ihrer Reichs-Lande und Besitzungen, welche in diesem und in den folgenden Jahren abwechselnder Schauplatz des Kriegs waren, und durch diesen und den Aufenthalt der Armeen so erschöpft wurden, daß Höchstdenenselben und Ihrer fürstlichen

Familie, bey der Undermögenheit der Einwohner, selbst in den Augenblicken des Aufenthalts deutscher Truppen, nur eine unbedeutende Beyhülfe aus denenselben zugehen konnte.

Ohne des erheblichen Revenüen-Verlusts zu erwähnen, welchen des Herrn Rhein-Grafen zu Grumbach hochgräfliche Gnaden in Dero drey privativen, und fünf mit Salm-Salm und Salm-Kirburg gemeinschaftlichen Aemtern auf dem Hundsruck und im sogenannten Gau seit dem ersten Einmarsch der Cüstinischen Armee erlitten haben, fanden sich Hochderselbe von dieser Zeit an genöthiget, Ihren und Ihro Familien Aufenthalt mit schwerem Kosten-Aufwand in fremden Gegenden zu nehmen, und sind nun seit dem Jahr 1795 schlechterdings aller ihrer Einkünfte beraubt, mithin auch, bey dem bekannten Abgang von Besitzungen oder Einkünften auf der rechten Rhein-Seite, ausser Stande gewesen, Dero vier gräflichen Herren Brüdern und andern hohen Anverwandten die schuldigen Appanagen und Renten zu bezahlen.

Es ist leicht begreiflich, daß, ohnerachtet sich diese fürstlichen und gräflichen Häuser zur Beschränkung ihres standesmäsigen Aufwands auf alle mögliche Weise bequemt hatten, gleichwohl zur Verschaffung der ohnumgänglichen Bedürfnisse nicht nur alle an Capitalien und Pretiosen vorhanden gewesenen Ressourcen erschöpft worden seyen, sondern daß auch, bey der unerwarteten Verlängerung ihres von allen Einkünften entblösten Zustands, zu beschwerlichen Geld-Aufnahmen habe geschritten werden müssen, um sich und ihren Familien nur den nothdürftigen Unterhalt zu verschaffen.

Allein, auch sogar dieß ohnehin ruinöse Hülfs-Mittel ist denselben seit der Abtretung des linken Rhein-Ufers an die französische Republik gänzlich entzogen, und der Verlust allen und jeden Credits läßt ihnen nur die erschreckliche Verlegenheit übrig, wie und wo sie sich und die Ihrigen gegen den eindringenden Mangel an der kärglichsten Subsistenz werden schützen können.

Es hängt demnach ihre Rettung von dieser ihren hohen Verhältnissen so zudringlichen Lage lediglich von der Beschleunigung der endlichen Pacification ab, und diese wird auch jeden durch das gebiethrische Gesetz der Selbsterhaltung sich etwa aufdringenden Gedanken weit von ihnen entfernen.

Unterzeichnete bescheiden sich zwar wohl, daß das individuelle Interesse des einen oder des andern Reichs-Standes dem Wohl des gesammten Reichs untergeordnet, und zum besondern Augenmerk einer hochansehnlichen Reichs-Deputation nicht geeigenschaftet sey; gleichwie aber das Wohl des Reichs im Ganzen aus dem individuellen Wohlstand seiner Mitglieder entstehet, und nebst ihren höchsten und hohen Comittenten noch mehrere Reichs-Stände und unmittelbare Reichs-Angehörige in dem nemlichen beyspiellosen Schicksal befangen sind, so dörfen sie sich der tröstlichen Hoffnung überlassen, daß eine hochansehnliche Reichs-Deputation die höchst unglücklichen und bedaurungswürdigen Umstände so vieler Reichs-Mitglieder, welche Hochderselben die Sorge für ihr eigenes Interesse mit respectuösestem Vertrauen anheim gegeben haben, bey dem fernern Gang der Friedens-Unterhandlungen unter jene wichtige Beweg-

gründe

gründe und Betrachtungen mit aufzunehmen geruhen werde, durch welche Hochdieselbe bestimmt werden dörfte, die zu schleunigster Erzielung des Reichs-Friedens allenfalls noch erforderlichen Aufopferungen zu bewilligen.

Rastatt den 18ten August 1798.

P. J. Noel, hochfürstlich Salm-Salmscher, auch wild- und rheingräflicher Abgeordneter.

J. W. Lang, fürstlich Leiningischer Abgeordneter.

Præsent. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 21ten August 1798.

Zweyhundert und dreyßigste Beylage.

Promemoria des gräflich Leiningen-Westerburgischen Herrn Particular-Abgeordneten an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 19ten August 1798.

[230]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 22. Augusti 1798.

Hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation!

Indem Unterzeichneter sich in Auftrag der beyden gräflichen Häuser Alt- und Neu-Leiningen-Westerburg die Freyheit nehmen soll, Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation die Vereinigung mit dem allgemeinen sehnlichen Wunsch nach Frieden, und dem lebhaftesten Dank für dessen eifrige Beförderung zu erkennen zu geben, bemerket derselbe nur mit Wenigem, daß gedachte gräfliche Familien sich nun schon in das 6te Jahr aller Einkünfte von ihren auf der linken Rhein-Seite gelegenen Landen beraubet — sowohl als auch die Erträgnisse von ihren auf der rechten Rhein-Seite gelegenen, im Verhältniß gegen jene nur unbedeutenden Besitzungen, — durch die Kriegs-Auftritte jeder Art, und besonders durch die neuere französische Kontributionen dergestalt geschmälert sehen, daß sie sich der schmerzlichsten Empfindung unverschuldeten und unbedauerten Mißgeschicks überlassen müßten, wofern sie nicht das Vertrauen in die Fürsorge Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation mit der Hoffnung aufrecht erhielte, daß man auch auf sie in möglichster Beförderung des Friedens-Geschäfts die rühmlichst bekannte reichsverbindliche Rücksicht nehmen werde.

Rastatt den 19ten August 1798.

Friedrich Christian Ronne,
gräflich Leiningen-Westerburgischer Particular-Abgeordneter.

Præs. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 21ten August 1798.

Zweyhundert und ein und dreißigste Beylage.

Promemoria des gräflich Wartembergischen Herrn Particular-Abgeordneten an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 18. August 1798.

[231]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 22. Augusti 1798.

Hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation!

Unterzeichneter soll in Auftrag des gräflichen Hauses Wartenberg Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation die traurige Lage unter Augen stellen, in welche sich dasselbe nun schon 7 Jahre lang versetzet siehet.

Dieß zu bewürken, wird es genug seyn, nur kürzlich zu berühren, daß die gräflich wartenbergischen — zum oberrheinischen Kreis und zu der wetterauischen Grafen-Curie gehörigen Besitzungen ausschließlich auf der linken Rhein-Seite, und größtentheils in der Gegend von Kaiserslautern gelegen sind, woraus sich die leidige Folge der gänzlichen Revenüen-Entbehrung von selbsten ergiebt. Ist es aber unter solchen Umständen dem gräflichen Hause — welches in dem Kriege auch noch den größten Theil seines Mobiliar-Vermögens verlohren hat — äusserst schwer gefallen, das Ende desselben auszuharren, so stehet wohl leicht zu erachten, wie unmöglich es ihm vollends — nach Bewilligung der Rhein-Gränze, und somit gänzlich verschwundenem Credit — werden müsse, den allgemeinen Wunsch nach Frieden nicht auch seines Orts laut werden zu lassen, und Unterzeichneter ist daher beauftraget, diesen angelegenen Wunsch Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation auf das beweglichste und ehrerbietigste an das Herz zu legen. Rastatt den 18ten August 1798.

Friedrich Christian Ronne,
gräflich Wartembergischer Particular-Abgeordneter.

Praes. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 21ten August 1798.

Zweyhundert und zwey und dreyßigste Beylage.

Promemoria des Herrn Ablegati des reichsritterschaftlichen Cantons Ober-Rhein an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 24. August 1798.

[232]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 26. Augusti 1798.

Promemoria.

Die Mitglieder der reichsritterschaftlichen Kantone Ober- und Nieder-Rhein befinden sich in einer solchen verzweiflungsvollen Lage, daß es für den Unterzeichneten eine traurige Pflicht wird, dieselbe Einer hochansehnlichen Reichs-Deputation zur huldreichen Unterstützung und Abhülfe ehrerbietigst vorzulegen.

Nach sechs erlittenen Kriegs-Jahren, begleitet mit allen Drangsaalen und Verheerungen, die eine unausbleibliche Folge derselben sind, haben es die Mitglieder der Kantone Ober- und Nieder-Rhein zwar den patriotischen und kräftigen Verwendungen einer hochansehnlichen Reichs-Deputation zu danken, daß ihnen durch die Note der französischen Gesandtschaft vom 4. Messidor die Wiedereinsetzung in einen Theil ihres ehemaligen Eigenthums zugesichert worden ist, und Unterzeichneter schöpft aus dieser huldvollen Unterstützung neue Hoffnung, daß eine hochansehnliche Reichs-Deputation auf das von dem reichsritterschaftlichen Gesamt-Ablegato Freyherrn von Gemmingen am 30ten July l. J. eingegebene unterthänige Promemoria, volle Rücksicht zu nehmen, und den reichsritterschaftlichen Angehörigen für den Verlust ihrer so beträchtlichen Lehens- und Jurisdictions-Gefälle Entschädigungen zuzumitteln geruhen werde.

So tröstlich aber auch diese Aussichten für die Erhaltung vieler ansehnlichen reichsunmittelbaren Familien immer seyn mögen; so verbittert doch der Ruckblick und das Gefühl der Lage, in welcher sie sich gegenwärtig befinden, jede entferntere Hoffnung.

Nach der bereits erwähnten Note der französischen Gesandtschaft vom 4. Messidor, wird der wirkliche Besitz und Genuß des Grund-Eigenthums erst nach Auswechslung der Reichs-Friedens-Ratificationen von dem französischen Gouvernement ertheilt werden; bis dahin müssen daher die Mitglieder der Kantone Ober- und Nieder-Rhein nicht nur den Genuß ihrer Einkünfte vollkommen entbehren, und befinden sich dadurch in dem äussersten Nothstand und Elend; sondern ihr Grund-Eigenthum ist selbst wider den Willen des französischen Gouvernements allen Deteriorationen, und Degradationen ausgesetzt, die immer die Folge einer zu ausgedehnten Administration sind, und welche solches auf viele Jahre herabsetzen, ja in soferne es Gebäulichkeiten und Waldungen betrift, ganz vernichten werden.

Selbst jene Familien des rheinischen Adels, welche auf der rechten Rhein-Seite noch einiges Vermögen besitzen, können aus demselben keine Unterstützung für den gegenwärtigen Augenblick ziehen, weil die neuerliche Verstärkung der französischen Armee den Kanton Mittel-Rhein durch Requisitionen, Einquartierungen und Contributionen jeder Gattung vollkommen erschöpft.

Die Summe des Elends ist daher bey dem rheinischen Adel auf eine solche Höhe gestiegen, daß er das Ende desselben nur von dem allgemein und so sehnlich gewünschten Frieden erwarten darf; und so wenig auch Unterzeichneter und die Mitglieder des rheinischen Ritter-Kreises die ihnen angewiesenen Schranken verkennen, welche denselben die Abstimmung bey Abschluß des Friedens, so wie bey einer Kriegs-Erklärung versagen, so glauben sie doch wenigstens die verzweiflungsvolle Lage, in welcher sie sich befinden, ehrerbietigst und zutrauungsvoll vorlegen, und sich schmeicheln zu dürfen, daß eine hochansehnliche Reichs-Deputation in solcher einen neuen mit Hochderen patriotischen Gesinnungen ohnehin übereinstimmenden Grund finden werde, die Abschliessung des Friedens auf die möglichste Art zu beschleunigen, und dadurch das deutsche Vaterland von seinem bisherigen und gegenwärtigen Drangsaal zu befreyen. Mit unbegränzter Verehrung beharrend rc. rc.

Rastatt den 24ten August 1798. von Gagern.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 26ten August 1798.

Zweyhundert und drey und dreyßigste Beylage.

Promemoria mehrerer Herren Particular-Abgeordneten an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 26ten August 1798.

[233]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 26. Augusti 1798.

Promemoria.

Wenn das allgemeine Elend, welches ein nun sieben volle Jahre angedauerter unglücklicher Krieg mit mehr oder weniger Härte über Deutschland verbreitet hat, — wenn das traurige Schicksal derjenigen Stände des deutschen Reichs, welche durch die Ueberlassung des linken Rhein-Ufers an die Republik Frankreich, einen sehr beträchtlichen Theil ihrer Einkünfte, und, wie bey einigen sogar der Fall ist, Alles, unverschuldet verlohren haben; — Wenn der unaussprechlich starke Druck, welcher auf einem bedeutenden Theil der Lande des rechten Rhein-Ufers noch gegenwärtig ruht, und dermalen leider mit verdoppelter Kraft seine nachtheiligen Wirkungen äussert; —

wenn diese offenkundige Lage allein schon hinreichend ist, Mitleiden und aufrichtige Theilnahme mit dem Schicksal der Unglücklichen, und heisse Wünsche für deren Rettung und für eine günstigere Wendung der Dinge hervorzubringen: so muß gewiß der blosse Gedanke, daß noch grössere Uebel über Deutschland ausbrechen könnten, fürchterlich, und die Möglichkeit davon über alle Begriffe traurig und niederschlagend seyn; und doch liegt es dermalen nicht ausser dem Gebiet der Möglichkeit, daß noch ein Bruch der schon so lange gedauerten Friedens-Unterhandlungen eintreten, und ein neuer Krieg entstehen könnte, der noch grösseres Elend gebähren, noch mehrere deutsche Länder verwüsten, und solche Umstände herbeyführen würde, welche an sich und in ihren Folgen mit einer veränderten Ordnung der Dinge und dem Umsturz der bisher bestandenen Verfassung, unsägliches Unglück über das deutsche Vaterland ausstreuen und verbreiten müßten.

Endes-Unterzogene Abgeordnete mehrerer deutschen, bey dem Friedens-Geschäfte vorzüglich interessirten Fürsten und Stände, welche von der Wahrheit und Wichtigkeit der vorstehenden That-Sachen und Betrachtungen, so wie von dem Satz vollkommen überzeugt sind, daß nur ein baldiger Friede Deutschland retten, und dessen völlige Auflösung verhüten und abwenden könne, glauben daher ihren Pflichten gemäß zu handeln, wenn sie in Conformität der Gesinnungen ihrer höchst und hohen Committenten, und ermuntert durch die allgemeine Stimme der leidenden Menschheit (welche den Frieden mit Sehnsucht begehrt) Einer hochansehnlichen zum Reichs-Friedens-Congreß abgeordneten Deputation, das geziemende und ehrerbietige Gesuch vorlegen:

Daß Dieselbe sich entschliessen möge, in der gegenwärtigen kritischen Lage der Dinge, alles was zur Beschleunigung des Friedens zwischen dem deutschen Reich und der französischen Republik nur immer beytragen kann, mit ihrem erprobten ruhmwürdigen Eifer anzugehen und zu versuchen, und einer mit ihren Pflichten vereinbarlichen, und mit den immer dringender werdenden Umständen in Verhältniß stehenden Nachgiebigkeit ungehindert Platz zu geben.

Indem Endes-Unterzogene mit jener offenen Freymüthigkeit, welche eine Begleiterin guter Absichten ist, und mit einem unbegränzten Vertrauen auf die Gesinnungen einer hochansehnlichen Reichs-Deputation, welche das allgemeine, so wie das besondere Wohl deutscher Reichs-Stände und Angehörigen prüft und beherziget, derselben obiges Gesuch vorlegen; so ermangeln sie nicht, zugleich die Nachricht mit anzufügen, daß in der festen Ueberzeugung, es werde ein ähnlicher Schritt auch bey der französischen Gesandtschaft nicht ohne günstigen Erfolg bleiben, solcher unter dem heutigen Dato bey derselben gemacht worden sey. Rastatt am 26ten August 1798.

Freyherr v. Rechberg,
von wegen Pfalz-Zweybrücken.

Freyherr von Reizenstein,
von wegen Baden.

Freyherr von Pappenheim,
von wegen Hessen-Darmstadt.

Friedrich Graf zu Solms-Laubach,
von wegen der wetterauischen und westphälisch-protestantischen Grafen.

Freyherr von Kruse,
von wegen der fürstlich nassauischen Häuser.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 26ten August 1798.

Zweyhundert und vier und dreyßigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 29ten August 1798.

[234]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 30. Augusti 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen ausserordentlichen Reichs-Deputation gebührend unverhalten:

Die Reichs-Friedens-Deputation halte dafür, daß auf die französische Note vom 5. Fructidor (22ten August) zu erwiedern sey:

[Hier ist aus dem Conclusum der 62ten Sitzung vom 29ten August die Stelle von den Worten: Die französischen bevollmächtigten Minister hätten rc. — bis: hoffnungsvoll gewärtigen — (siehe Prot. Th. II. Seite 356. bis Seite 357.) wörtlich eingerückt.]

Die Reichs-Friedens-Deputation glaube, allen vorwaltenden Umständen nach, der Vereinigung der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz mit dieser Antwort sowohl als mit demjenigen Theile des Erlasses vom 7ten August, welchem Hochderselben Beytritt annoch ermangele, zuversichtlich entgegensehen zu können.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 29ten August 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und fünf und dreyßigste Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 1ten September 1798.

[235]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 2. Septembris 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Commission hat das Gutachten der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation vom 29ten August, mit Aufrechthaltung jedoch des in dem Commissions-Decrete vom 11ten August bezeichneten Vorbehaltes ad Art. 3., begenehmiget, und beyden gemäß die abschriftlich hier beygefügte Note an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik unterm gestrigen erlassen; worüber nunmehr ihrer Antwort entgegengesehen wird.

Wenn die vortrefliche Reichs-Friedens-Deputation in dieser Note den Unterschied wahrnimmt, daß die Tagzeichnung der jenseitigen Noten ausschließlich auf die allgemein-übliche Zeitrechnung, mit Uebergehung der französischen, gestellet ist; so rührt dieses nicht allein daher, weil man hierzu durch die in den Noten vom 22ten Junius (4. Messidor,) 19ten Julius (1. Thermidor,) 13ten August (26. Thermidor,) und 22ten August (5. Fructidor) bemerkten jenseitigen Abweichungen nur etwa veranlaßt worden wäre; sondern weil auch die gelegenheitlich hierüber gepflogenen Aufklärungen es bewiesen, daß, was man diesseits einem lediglichen Versehen zuzurechnen geneigt war, vielmehr die Folge und Würkung eines vor-überlegten Entschlusses seye; indem die bevollmächtigten Minister der französischen Republik erklärten: „die Gesetze „der Republik erlaubten es nicht, selbst bey Unterhandlungen mit fremden Mächten, „und selbst bey Anziehung der von den Bevollmächtigten dieser letzten ausgeflossenen „Erklärungen und Urkunden, sich eines anderen als des republikanischen Kalenders „zu bedienen.“ Da nun die Reciprocität den kürzesten Weg zur nothwendigen Gleichstellung in dergleichen Fällen angiebt; so hat man denselben gleich jetzt, und auf solange betreten, als nicht etwa die bevollmächtigten Minister der französischen Republik selbst die Herstellung des vorigen Gebrauches, mittels eigener Beobachtung desselben, verlangen werden.

Womit die kaiserliche höchstansehnliche Commission sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen wohl zugethan verbleibt.

Signatum Rastatt den 1ten September 1798.

Franz Georg Carl,
(L. S.) Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch-kaiserlichen Majestät zu dieser Reichs-Friedens-Deputation verordneten höchstansehnlichen Commission wegen, dem hochlöblichen kurmainzischen Directorio der Reichs-Friedens-Deputation einzuhändigen.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 1ten September 1798.

Anlage zur zweyhundert und fünf und dreyßigsten Beylage.

Abschrift der Note des Herrn Grafen von Metternich Excellenz, an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, Rastatt den 31. August 1798.

Die bevollmächtigten Minister der französischen Republik haben in ihrer jüngsten Note vom 22ten August die diesseitige ausführliche Note vom 10ten August auf eine Art beantwortet, welche den Erwartungen des Unterzeichneten, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, nicht entsprechen konnte. So wie diese Note vom 10ten August eine detaillirte und punctweise Erklärung auf alle 7 Artikel der französischen Note vom 19ten July wirklich schon enthielt, eben so war auch einer gleichfalls detaillirten und punctweisen Rück-Aeusserung der bevollmächtigten Minister der französischen Republik um so mehr entgegen zu sehen, als gegenseitige bestimmte Näherungen es allein sind, welche diese schon so weit gediehenen Unterhandlungen vollends zu ihrem glücklichen Ende führen können; statt dessen, haben die bevollmächtigten Minister der französischen Republik sich in ihrer hierauf ertheilten Rück-Aeusserung blos auf ihre bereits möglichst beantwortete Note vom 19ten July beschränkt, und sich, statt aller Antwort, auf dieselbe beziehen zu müssen geglaubt.

Diesseits hat man in der Note vom 10ten August insbesondere ad Art. 1. die Aufhebung der Rhein-Zölle nachgegeben, dann hat ad Art. 3. die Reichs-Friedens-Deputation zur Schleifung der Festungs-Werke von Ehrenbreitstein sich verstanden, und wenn sie dagegen verlangte, daß von dem französischen Gouvernement alle feste Puncte auf der rechten Rhein-Seite und diesseits des Thalweges dem Reiche wieder zurückgestellt würden, so begehrte sie dieselbe nicht anderst, als ebenfalls demolirt zurück, und sie verstand dabey, daß solche demolirt bleiben sollen; bey dem 6ten Artikel hingegen, das so wichtige Schuldenwesen betreffend, mußte man sich begnügen, abermal

mal im Allgemeinen zu beweisen, wie unmöglich diese angesonnene indistincte Schulden-Uebernahme in jeder Hinsicht sey; und man sah nunmehr hierüber, so wie über alle übrigen bis jetzt noch unbeantworteten diesseitigen Puncte, einer nähern, billigen Erklärung der bevollmächtigten Minister der französischen Republik entgegen. Ihren Einsichten kann es nicht entgehen, daß vorzüglich auch dieser Punct des Schuldenwesens, so wie der Artikel des **Privat-Eigenthums** der Abwesenden und Ausgewanderten von der linken Rhein-Seite, auch solcher, welchen ihre Dienst- und andere Verhältnisse auf dieser Seite zu bleiben nicht erlaubten, unter die wesentlichsten Friedens-Artikel gehören, ohne welche diese Reichs-Deputation keinen Frieden abzuschliessen vermag. So fest auch, sonderlich in Ansehung dieses letzten Puncts, man von der Gerechtigkeits-Liebe des französischen Gouvernements überzeugt ist, daß dasselbe das Vermögen unschuldiger Privaten in Anspruch zu nehmen, nie gemeynt seyn könne; so wird es doch zu großer diesseitiger Beruhigung gereichen, wenn die bevollmächtigten Minister der französischen Republik die freye Ausfolgung jeden Privat-Eigenthums durch eine gefällige Erklärung endlich ausser Zweifel setzen wollten.

Man hat bisher überhaupt gewiß ernstlich und mit unverkennbarer Aufrichtigkeit an Beschleunigung des Friedens gearbeitet; man fühlt tief den Drang aller Umstände; und um den Hauptzweck der freyen und ruhigen Existenz des deutschen Reiches zu erreichen, hat man auch die äussersten Preise nicht versagt: nur solche Forderungen kann man nicht verwilligen, die mit dem Zwecke des Auftrages im Widerspruche stehen, und die sich unter den Begrif eines sichern und anständigen Friedens nicht bringen lassen. Wenn man nun von dergleichen Anträgen die bevollmächtigten Minister der französischen Republik abzubringen sucht, so kann der Vorwurf gewiß nicht treffen, als ob man den Abschluß des Friedens aufhalte, und bey einer solchen Lage der Sache kann man in keinem Falle für die Folgen verantwortlich werden, welche mit dem längern Aufschube des Friedens-Abschlusses verbunden seyn dürften; man muß vielmehr noch immer, in fortgesetztem Vertrauen auf die wiederholt zugesicherte Mäßigung der französischen Regierung, von Seiten derselben eine mit diesen Gesinnungen übereinstimmende beruhigende Aeusserung auf die von der Deputation vorhin geschehenen Erklärungen, Anträge und Vorschläge, worüber das Einverständniß noch ermangelt, hoffnungsvoll gewärtigen.

Unterzeichneter beziehet sich übrigens auf den Vorbehalt seiner Note vom 21. d., und erneuert hierbey den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik die Versicherung seiner ausgezeichnetesten Hochachtung.

Zweyhundert und sechs und dreyßigste Beylage.

Französische Note vom 15. Fructidor an VI. (1ten September 1798.)

[236]

(Ist mit der Anlage zu [237] ganz gleichlautend.)

Zweyhundert und sieben und dreyßigste Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 3ten September 1798.

[237]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 3. Septembris 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Kommission genehmiget nunmehro die in den Gutachten der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation vom 7ten und 29ten August enthaltene Anerbietung der Schleifung der Festungs-Werke von Ehrenbreitstein, unter den in erwähnten beyden Gutachten ausgedrückten Bedingnissen. Und da die bevollmächtigten Minister der französischen Republik die diesseitige Note vom 31ten August bereits vorgestern, mittels der in Abschrift hier beygefügten Gegen-Note vom 1ten September, erwiedert haben; so gewärtigt die kaiserliche höchstansehnliche Kommission hierüber das weitere Gutachten der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation; verbleibet anbey sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten mit freundlichem und geneigtem Willen wohl zugethan.

Signatum zu Rastatt den 3ten September 1798.

(L. S.) Franz Georg Carl,
Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch-kaiserlichen Majestät zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordneten höchstansehnlichen Kommission wegen dem hochlöblichen kurmainzischen Directorio der Reichs-Friedens-Deputation einzuhändigen.

Præs. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 3ten September 1798.

Anlage zur zweyhundert und sieben und dreyßigsten Beylage.

Copie d'une Note des Ministres plénipotentiaires français, à S. E. M. le Comte de Metternich, datée de Rastadt le 15. Fructidor an 6.

Une nouvelle Note de la Députation de l'Empire a été communiquée le 14. Fructidor, présent mois, aux Soussignés Ministres plénipotentiaires de la République française, pour la Négociation avec l'Empire germanique, par le Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur.

Les Soussignés s'empressent de faire connaître à la Députation de l'Empire qu'ils acceptent le consentement pur et simple qu'elle donne par cette Note à la démolition des Fortifications d'Ehrenbreitstein; mais qu'ils persistent de plus fort, et par les raisons exprimées dans leurs communications précédentes, à demander la cession de Kehl, Cassel, et appartenances, et de l'Isle St. Pierre: points essentiels à la sureté de la frontière française, desquels la République est en possession, et qui sont en partie des dépendances nécessaires de ce qui lui a été déjà irrévocablement cédé.

Ils persistent également dans toutes leurs autres propositions et déclarations contenues dans les Notes qu'ils ont remises jusqu'à ce jour, notamment depuis et y compris le 14. Floréal dernier.

La Députation de l'Empire sent trop bien que quand même le Gouvernement français pourrait sacrifier quelque chose encore au desir d'accélérer la conclusion de la paix, ce ne serait pas sans doute lorsqu'on oppose à ses demandes une résistance nullement motivée, et contraire à la vraie direction que la force des choses devrait donner aujourd'hui à la politique des Princes de l'Empire.

Ils demandent, et ils espèrent que ce sera pour la dernière fois, une réponse cathégorique et prompte; ils préviennent la Députation de l'Empire, que cette réponse décidera de leur Conduite ultérieure.

Les Ministres plénipotentiaires de la République française assurent le Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur de leur considération la plus distinguée.

Signé: *Bonnier*, *Jean Debry*, *Roberjot.*

Zweyhundert und acht und dreyßigste Beylage.

Promemoria der herzoglich wirtembergischen Herren Particular-Abgeordneten an die Reichs-Friedens-Deputation, d.d. Rastatt den 2. September 1798.

[238]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 3. Septembris 1798.

Promemoria.

In so vollkommener Maase auch Endes-Unterzogene im Namen des Herzogs von Wirtemberg, ihres Herrn, von den Gefühlen des innigsten Dankes für die so werkthätig bewiesene Gesinnungen einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation für das Wohl Deutschlands erfüllt sind, mit eben so vollem Zutrauen sie auch den fernern Bemühungen Hochderselben, den so allgemein gewünschten Frieden dem Reiche zu schenken, entgegensehen; so finden sie sich doch durch den Drang der Umstände veranlaßt, in einer gewiß kritischen Periode, und um den nicht zu berechnenden höchst-traurigen Aussichten im Fall eines Bruches zu begegnen, Hochdieselbe dringendst zu ersuchen: durch die bestmöglichsten — von Ihrer tiefsten Einsicht zu wählenden Mittel baldmöglichst das so gewünschte Ziel zu erreichen, und dadurch dem Druck, worunter fast an allen Orten die Menschheit leidet, abzuhelfen.

Endes-Unterzogene sind überzeugt, daß eine hochansehnliche Reichs-Deputation in diesem Gesuch keine andere Absicht, als das Wohl Deutschlands zu befördern, und einen offenkündigen Beweis des vollkommensten Zutrauens in die guten und patriotischen Absichten derselben finden wird.

Unterzeichnete erneuern zugleich bey diesem Anlaß die Versicherung ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung und Verehrung. Rastatt, den 2ten September 1798.

Herzoglich-Wirtembergische Bevollmächtigte,
Mandelsloh. Weckherlin.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 2ten September 1798.

Zweyhundert und neun und dreißigste Beylage.

Promemoria mehrerer Herren Particular-Abgeordneten an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 2ten September 1798.

[239]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 3. Septembris 1798.

Promemoria.

Unterzeichnete haben zwar an beyliegender, bereits ad ædes distribuirten Vorstellung der in Wiesbaden versammelt gewesenen reichsständischen Abgeordneten keinen directen Antheil; sie eignen sich aber solche dennoch in soferne zu, als sie ein treues Bild des Elendes der von den französischen Truppen besetzten Gegenden liefert.

Der Zeitpunct, in dem sich der Friede zu nähern scheint, ist für sie gerade der unglücklichste; statt die gehoffte Erleichterung zu erhalten, vermehrt sich der gewohnte Druck, und es entstehen neue Unglücks-Rubriken. Vorzüglich seit einem Monate haben sich alle Lasten verdoppelt. Die Concentrirung der Truppen in Städten und grössern Dörfern war der Anfang eines strengeren Systems. Zwar wurden dadurch in den ersten Tagen des Monats August viele Ortschaften von ihrer Einquartierung befreyt; sie mußten aber dagegen ihre Befreyung mit Geld-Beyträgen an die neuen Quartier-Träger bezahlen. Die nunmehr theils angekommene, theils täglich einrückende Verstärkung, hat aber auch diese zur Schonung des Landes und unter der Leitung der französischen Generalität getroffene Maaßregel aufgehoben: mit eigener Einquartierung hat die Concurrenz aufgehört, und die unverhältnißmäßig belegten Orte tragen allein eine Last, die bald alle ihre Kräfte erschöpfen muß.

Die Landes-Herren theilen das Schicksal ihrer Unterthanen, einmal, weil alle ihre Einkünfte von mehreren Jahren ausständig bleiben, und sich Rückstände auf Rückstände häufen, und für's andere, da sie auf's neue mit einer ganz unerschwinglichen Contribution angesetzt worden sind. Nach abschriftlich beyliegendem Befehle des Chef de l'Etat major, dergleichen Innhalts an alle betreffende Behörden erlassen worden ist, soll, wenn bis zum 17. Fructidor (3ten September) die Zahlung nicht geleistet wird, militärische Execution und Aushebung der Geiseln erfolgen.

Unterzeichnete übergehen, was gegen einen solchen Vorgang, bey noch bestehendem Waffenstillstand, der Natur der Sache nach gesagt werden kann, und beschränken sich nur auf einige Bemerkungen, die auf die Verhältnisse ihrer Herren Committenten und sämmtlicher Bewohner dieser Gegenden unmittelbaren Bezug haben. Mehrere der erstern befinden sich in französischer Gewalt; ihre Personen sind also der Gefahr ausgesetzt, als Geisel weggeführt, oder auf andere Art mißhandelt zu werden; und

für letztere ist zu befürchten, daß wenn es bey dem leider zur Regel gewordenen Geld-Mangel und der gänzlichen Creditlosigkeit zur Ausführung der Drohung kommen sollte, die brauchbarsten obrigkeitlichen Personen, die bisher die Stütze der Unterthanen waren, weggeführt, und die Unterthanen dagegen dem vollen Druck militärischer Willkühr Preiß gegeben werden dürften.

Die Folgen, die dieses Ereigniß herbeyführen würde, können den erleuchteten Einsichten einer hochansehnlichen Reichs-Deputation nicht entgehen; es muß gefährlich seyn, am Rande der Verzweiflung stehenden Leuten in einem so kritischen Augenblicke ihre Rathgeber zu entziehen, und sich selbst zu überlassen. Hochdieselbe wird im Drang der Umstände die beste Veranlassung finden, alles in Erwägung zu ziehen, was zur Erleichterung und Befreyung dieser für das Ganze leidenden Gegenden dienen kann, und sicher alle Mittel anwenden, damit sie nicht allein bey Annäherung des Friedens zu Grund gerichtet werden mögen.

Unterzeichnete fügen dieser, nach ausdrücklichem Auftrag ihrer Herren Committenten und den lauten Wünschen der Bewohner der von den französischen Truppen besetzten Gegenden entworfenen Vorstellung nur noch das dringende Gesuch bey:

> So schleunig als möglich diejenigen Mittel zu Abwendung fernerer feindlicher Behandlung, die Hochdieselbe nach ihrer Weisheit in gegenwärtigen Umständen anwendbar finden würde, zu ergreifen.

Rastatt am 2ten September 1798.

August von Pappenheim,
Bevollmächtigter von Hessen-Darmstadt.
Friedrich Graf zu Solms-Laubach,
Bevollmächtigter der wetterauischen Grafen.

Freyherr von Kruse,
Bevollmächtigter des fürstl. Gesammthauses Nassau.

Praes. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 2ten September 1798.

Anlagen zur zweyhundert und neun und dreyßigsten Beylage.

Promemoria.

Es ist nur zu bekannt, daß gerade die Länder des rechten Rhein-Ufers, die gegenwärtig noch die französischen Armeen besetzen, auch die sind, die in dem Lauf des letzten unglücklichen Reichs-Kriegs am meisten verheert wurden. Die Geschichte dieses Kriegs beweist es.

Wenn auch die französischen Armeen, wie im Jahr 1796, in das Innere Deutschlands eindraugen, so entfernte sich doch der Kriegs-Schauplatz nicht aus ihnen, weil zwey Festungen, die gerade in diesen Gegenden liegen, auch in diesem Zeit-Punct die Gegenwart beträchtlicher Armeen veranlaßten.

Doch nicht der Krieg allein, sondern auch besondere mit der französischen Regierung abgeschlossene Verträge mußten dazu beytragen, das Unglück dieser Länder zu erhöhen. Schon im Jahr 1795. wurden sie durch die damals von den königl. preußischen Truppen besetzte Demarcations-Linie von den rückliegenden deutschen Staaten abgeschnitten, und die französischen Armeen gezwungen, sich in ihnen zu concentriren, und alle ihre Bedürfnisse allein und ausschliessend aus diesen Gegenden zu ziehen. Schon damals mußten sie also allein und für das übrige entferntere Deutschland leiden.

Doch dieses war nur ein Vorbote eines ähnlichen weit traurigern Schicksals, das sie erwartete. Wer weiß es nicht, daß zum Glück für die rückwärts liegenden deutschen Lande — aber zum gänzlichen Verderben der jetzt von den französischen Armeen besetzten — als im April 1797. der Abschluß eines Waffenstillstandes bekannt wurde, die französischen Truppen gerade in diesen Gegenden vorgedrungen waren, und gezwungen wurden, sie allein zu besetzen. Von diesem Zeit-Punct an fiel die Unterhaltung einer beträchtlichen französischen Armee, die durch Verträge gebunden, sich nicht weiter ausbreiten konnte, allein auf diese unglücklichen Lande, und ruht nun seit 16 Monaten ausschliessend auf ihnen. Während ihre Nachbarn jenseits des Mains und der Nidda alle Vortheile des tiefsten Friedens genossen, zog eine zahlreiche Armee alle Mittel zu ihrer Subsistenz aus ihnen; sie mußten sie nicht nur ernähren und kleiden, sondern auch beträchtliche Geld-Contributionen an die französische Regierung bezahlen. Ja sogar durch die Uebergabe der Vestung Mainz wurde noch ihr Unglück vermehrt. Denn sie veranlaßte jene drückende Requisitionen von Bau- und Brenn-Holz für diese Stadt, die zu seiner Zeit einer hochansehnlichen Reichs-Deputation bekannt gemacht worden sind.

Die Wirkungen aller dieser Lasten auf die Einwohner jener unglücklichen Gegenden übersteigen jeden Begriff, den derjenige sich davon macht, der nicht selbst Augenzeuge ihres Elends ist. Da, wo vor dem Jahr 1797. noch Wohlstand blühete, herrscht jetzt der größte Mangel. Die Einwohner sind im Begriff, Gegenden zu verlassen, wo sie der Gefahr ausgesetzt sind, durch die mit jedem Tag sich erneuernde Bedürfnisse der Truppen auch das Wenige zu verlieren, was ihnen von ihrem Eigenthum noch geblieben ist. Was also die Größe einer zahlreichen Armee nicht verschlang, verschlingt doch die lange Dauer ihres Aufenthalts in einem im Verhältniß mit ihrer Größe kleinen Strich Landes. Täglich schmeichelten sich die Einwohner, den unerträglichen Druck, der schon so lange auf ihnen ruht, vermindert zu sehn; täglich hofften sie, daß der Friede, oder wenigstens der Lauf der schon so lange eröffneten Unterhandlungen, die Entfernung der französischen Armeen bewirken, und — zwar nicht ihr Elend (denn dieses kann nur ein Jahrhundert lindern) aber doch die Ursache, die es täglich vermehrt, entfernen werde. Aber auch dieser Hoffnung müssen sie entsagen. Anstatt sich zurückzuziehen, vermehren sich die französischen Armeen plötzlich in diesen schon zu Grund gerichteten Gegenden, und der Druck wächst zu einer größeren Höhe als jemals, gerade in dem Augenblick, wo die Mittel, ihn zu ertragen, durch die lange Reihe früherer Drangsale erschöpft, am geringsten sind.

Doch, auch dieses ist nicht genug. Auf einmal werden die im ganzen Lande zuvor zerstreuten vermehrten Truppen zusammengezogen, und die Einwohner, die sie zuvor in ihren Wohnungen mit geringeren Kosten verpflegten, gezwungen, unerschwingliche

Geld-Beyträge zu ihrer Verpflegung zu thun, die um so drückender sind, da längst alles baare Geld verschwunden ist.

Während dem langen Zeitraum der feindlichen Occupation, hatten die Landes-Herren dieser unglücklichen Gegenden es sich zur Pflicht gemacht, mit Aufopferung ihres Privat-Eigenthums ihre Unterthanen zu unterstützen und das allgemeine Elend zu mindern. Beträchtliche Beyträge sind zu den Geld-Contributionen aus den Cammer-Cassen geleistet, und sogar manche drückende Requisitionen daraus erfüllt worden. Dadurch haben sich aber auch die Schulden, die auf den Landes- und Cammer-Cassen ruhen, so vermehrt, daß aller Credit verschwunden ist. Den Landesherren sind also beynahe alle Mittel entzogen, ihre Unterthanen weiters zu unterstützen. Aber auch das Wenige, was hier und da noch übrig ist, will ihnen noch gerade in dem Augenblick entzogen werden, wo ihre Unterstützung den Unterthanen bey den vermehrten Lasten am unentbehrlichsten ist.

Indem die französische Regierung die Armee auf dem rechten Rhein-Ufer vermehrt, wird von dem Général en Chef Joubert eine neue, sich auf Millionen belaufende Geld-Brandschatzung ausgeschrieben, wovon die Entrichtung auch nur des kleinsten Theils selbst bey den strengsten Maasregeln, die von dem französischen Militär, um sie beyzutreiben, ergriffen werden dürften, wegen Mangel an Geld und an Credit physisch unmöglich ist, die aber doch, da sie neue Gewalt-Handlungen und Bedrückungen veranlassen könnte, das Ihrige dazu beytragen wird, die Masse des allgemeinen Elends zu vermehren. Auch den Unterthanen wird also vielleicht dadurch noch eine geringe Hülfe, und den Staats-Dienern, die das allgemeine Unglück am härtesten trift, und deren Amt so unangenehm ist, die nothdürftige Subsistenz für sich und ihre Familien entzogen werden.

Unterzogene Deputirte der Regierungen und Administrationen dieser unglücklichen Lande halten es für ihre Pflicht, einer hochansehnlichen Reichs-Deputation diese nur zu treue Schilderung des Zustandes eines beträchtlichen Theils des deutschen Reichs vorzulegen.

Der Jammer vieler tausend Unglücklichen, die sich berechtiget glauben, die Unterstützung der Männer zu verlangen, in deren Hände das deutsche Reich die Sorge für sein Wohl und seine Erhaltung gelegt hat, fordern sie dringend dazu auf.

Den tiefen Einsichten einer hochansehnlichen Reichs-Deputation kann es nicht entgehen, daß diese Gegenden, die ein integrirender Theil des Reichs sind, und es auch nach den öffentlichen Erklärungen der französischen Regierung, die keine Eroberungen auf dem rechten Rhein-Ufer machen will, ohne Zweifel bleiben, und aus eben diesem Grund weit härter, als die deutschen Bewohner jenseits Rheins, behandelt werden, und für das ganze Reich leiden, die gerechtesten Ansprüche auf die thätigste Unterstützung einer hochansehnlichen Reichs-Deputation und aller Glieder des deutschen Reichs haben. Ihr Schicksal ist nur darum so traurig, weil sich der Stand der französischen Armee nur auf diese Gegenden beschränkt, weil alle rückwärts liegenden die Vortheile des tiefsten Friedens geniessen. Könnten sich die Armeen ausdehnen, so würde die Last durch ihre Theilung geringer seyn. Schon in dieser Hinsicht sind sie

also

also als ein Opfer für den ganzen deutschen Staat anzusehen, und schon aus diesem Grund ist das ganze Reich verbunden, durch alle Mittel und Wege, ja sogar durch Geld- und Natural-Beyträge sie zu unterstützen. Hierzu kommt noch die Betrachtung, daß ohne Zweifel, (wenigstens muß eine hochansehnliche Reichs-Deputation davon überzeugt seyn,) nur zum Vortheil des ganzen deutschen Staats-Körpers sich die Friedens-Unterhandlungen so sehr verlängern. Eben deswegen verlängert sich aber auch der Stand der Armee in diesen Gegenden, und eben dieser Verlängerung der Unterhandlungen sind auch dem Vernehmen nach zum Theil die gewaltsamen Maaß-Regeln der französischen Regierung zuzuschreiben, die die Einwohner gegenwärtig vollends zur Verzweiflung bringen.

Ist aber das Unglück dieser Gegenden eine Folge höherer Rücksichten, deren Kenntniß niemand mehr als den erleuchteten Gliedern einer hochansehnlichen Reichs-Deputation beywohnen muß, deren Beurtheilung aber ausser der Competenz Endes-Unterzogener liegt, so sind auch alle Glieder des deutschen Reichs zur Unterstützung dieser Länder verbunden, die (wenn anders es denkbar ist, daß die Verlängerung der Unterhandlungen dem Reiche Vortheile bringen sollte, worüber die Zukunft entscheiden wird) für das Wohl des Ganzen verheert wurden und noch verheert werden.

Unterzogene wagen daher gewiß keine Fehltritte, wenn sie im Namen der unglücklichen Bewohner der occupirten Gegenden auf dem rechten Rhein-Ufer eine hochansehnliche Reichs-Deputation, von deren Verhandlungen die Schonung oder der gänzliche Ruin dieser Länder abzuhängen scheint, dringend ersuchen, in ihrer Weisheit diejenigen Mittel und Wege einzuschlagen, die am schleunigsten den Abschluß eines so lange vergebens erwarteten Friedens, die Entfernung der französischen Armeen, die Verminderung der auf den Einwohnern ruhenden unerträglichen Lasten, unter welchen sich vorzüglich die gänzliche Verpflegung der Truppen und die neuausgeschriebenen Geld-Contributionen auszeichnen, und eine Entschädigung für das schreckliche Unglück bewürken können, das dieser Theil Deutschlands allein zur Schonung der rückliegenden Lande und für das ganze Reich bisher doppelt getragen hat.

Wiesbaden am 20ten August 1798.

Von wegen Kur-Trier, Friedrich August von Schütz.
" " der Regierung zu Arnsberg, Schrage.
" " Oranien-Nassau, Dapping.
" " Nassau-Usingen, Huth.
" " Nassau-Weilburg, Petsch.
" " Wied-Runkel, Philippi.
" " Sayn-Hachenburg, Wredow.
" " Leiningen-Westerburg, Knorr.
Von wegen Solms-Rödelheim und Solms-Laubach, Hofmann.

Armée de Mayence.

République françaiſe. Égalité.

Liberté. Au Quartier-général à Mayence le 8. Fructidor l'an VI.
de la République françaiſe une et indiviſible.

Je vous préviens, que le Général en Chef a donné des ordres aux Généraux de Diviſion, pour vous faire exécuter militairement et enlever des ôtages, ſi vous n'avés pas acquitté au 17. du courant la moitié de la Contribution à laquelle vous avés été impoſé par ſon arrêté du 17. Thermidor dernier.

Montrichard.

Zweyhundert und vierzigſte Beylage.

Promemoria des Herrn Burggrafen zu Friedberg Grafen von Baſſenheim an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Raſtatt den 10ten Auguſt 1798.

[240]

Dictatum per Moguntinum Raſtadii 11. Auguſti 1798.

Promemoria.

Es iſt bereits im zweyten Jahre, daß die Wetterau und dortige Gegenden der rechten Rhein-Seite, die noch von franzöſiſchen Truppen beſetzt ſind, unter namenloſen Drangſalen und dem härteſten Drucke ſeufzen.

Schon glaubten die Einwohner dieſer Unglücklichen — durch bezahlte mehrmalige Contributionen, ununterbrochene Requiſitionen aller Art, und durch die ſo äuſſerſt koſtſpielige Verpflegung der franzöſiſchen Truppen gänzlich erſchöpften und verarmten Gegenden, dem Ende ihrer Leiden nahe zu ſeyn, als ſie ſich auf einmal in ihrer Hoffnung durch die Vermehrung der franzöſiſchen Truppen und Ausſchreibung einer neuen Contribution, die anſcheinend auf den Zehenten gelegt ſeyn ſolle, auf die ſchmerzlichſte Art getäuſchet ſehen.

Dem Unterzeichneten, als Burggrafen zu Friedberg, iſt ſo eben die deßfallſige Anzeige von der Burgfriedbergiſchen Kanzley geſchehen, und er findet ſich um ſo eher bewogen, dieſe neue Contributions-Sache in den Anlagen unverweilt zur Kenntniß Einer hochanſehnlichen Reichs-Friedens-Deputation zu bringen, als ſie von Hochderſelben allerdings der äuſſerſten Aufmerkſamkeit gewürdiget zu werden verdient.

Eine hochanſehnliche Reichs-Friedens-Deputation wird zugleich einen Beweis von dem Unverhältnißmäſigen der Repartition dieſer neuen Contribution in der Betrachtung finden, daß die Burg Friedberg, die nur aus einigen wenigen Häuſern beſtehet, und

von deren kleinem Gebiet sich nur ein einziges durch den Krieg ganz verarmtes Dorf in dem Bezirk des von französischen Truppen besetzten Arrondissements jenseits der Nidda befindet, worinn die kaiserliche Burg nicht einmal einen Zehenten besitzt, dennoch mit einer Summe von 10,000 Livres angesetzt ist.

Unterzeichnetem bleibt daher nichts übrig, als diese Sache Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation zur geneigten Beherzigung und Vorkehrung derjenigen remedirenden Maaßnehmungen bestens zu empfehlen, die ihrer Weisheit die wirksamsten und zweckmäsigsten scheinen dürften. — Rastatt den 10ten August 1798.

Graf von Bassenheim, Burggraf.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 11ten August 1798.

Anlagen zur zweyhundert und vierzigsten Beylage.

Copie Berichts der Burgfriedbergischen Kanzley an des Herrn Burggrafen Grafen von Bassenheim Excellenz, de dato Burgfriedberg den 7. et præs. Rastatt den 10ten August 1798.

Die neuerliche französische Contribution betreffend.

In dem Augenblick, als man dahier mit Regulirung einer neuen Einquartierung, auf Ordre des Divisions-Generals Freytag zu Homburg, beschäftiget war, worüber man aber mit denen zur Konkurrenz gezogenen benachbarten Beamten, worunter sich auch Euer hochgräfliche Excellenz Beamter von Kransberg befindet, wegen verschiedenen Widersprüchen heute nicht zu Stande kommen konnte, wovon ich morgen oder längstens übermorgen, wenn die Sache ins Reine gebracht seyn wird, den unterthänigsten Bericht zu erstatten nicht verfehlen werde, erschien ein General-Adjutant von Mainz dahier, welcher beygehendes Schreiben mit seiner Einlage mir selbst übergabe, und so viel ich sehen konnte, ein gleiches an die hiesigen Deutsch-Ordens-Beamten, an die Abtey Ilbenstadt, und an die Kommenthurey zu Nieder-Weisel, bey sich hatte, welches leider eine abermalige Contribution von 10,000 Livres enthält.

Ich stellte gedachtem General-Adjutanten auf der Stelle die Unmöglichkeit einer solchen Contribution, die dem Scheine nach nur die Klerisey und Zehent-Berechtigte in den von den französischen Truppen occupirten Ortschaften betreffen, von welch ersteren weder hier in der Burg, noch in dem total ruinirten Okarben hätten — und in letzterem die Zehenten die Burg nichts angiengen, vor; worauf derselbe erwiederte, daß auch die Regierungen zu dieser Contribution gehalten seyen, er ohnehin hierinn nichts abzuändern vermöchte, sondern dergleichen Reclamationen bey dem General selbsten, wann man damit fortzukommen getraue, geschehen müßten, und ich ihm nur vor jetzt einen Empfang-Schein zu geben hätte. Herr Rath Bansa war verreist,

und sollte, der Aeusserung des Kommandanten nach, durch einen Expressen von Frankfurt hieher beschrieben werden.

Allem Vermuthen nach, wird derselbe, so wie in ähnlichem Falle sich Befindende, nach Mainz zum Ober-General sich begeben, und Euer hochgräfliche Excellenz werden vermuthlich eine gleiche Verabredung auf hiesiger Seite für räthlich und nothwendig erachten, damit die nöthigen Vorstellungen an der Behörde selbst nachdrücklich gemacht, und wo möglich dieser harte Schlag abgewendet werden könne.

Höchstdieselbe finden vielleicht Gelegenheit in Rastatt, bey der Reichs-Friedens-Deputation, deren Verlangen ohnehin auf das Unterbleiben weiterer Contributions-Forderungen gerichtet ist, Einiges zur Abwendung derselben beyzutragen. Von dem weiteren Erfolg dieser Sache werde ich die ungesäumte unterthänigste Anzeige thun, sehe aber zugleich, da zu dem ersten Termin eine 4wöchentliche Zeit bestimmt ist, auch hoher Weisung, was etwan noch für weitere Maaßregeln zu ergreifen seyn möchten, devotest entgegen, und habe die Gnade, in tiefstem Respect zu erharren,

Burgfriedberg am 7ten August 1798.

v. Preuschen.

Copie. *Etat-Major-Général.*

Armée de Mayence.

Au Quartier-général à Mayence le 18. Thermidor l'an six de la République française une et indivisible.

Liberté. Égalité. Fraternité.

Le Chef de l'État-major Général

prévient les Conseillers du Bourg de Friedberg qu'en conséquence de l'Ordre du Géneral en Chef ci-joint, le dit Bourg est imposé à la Somme de dix mille Francs pour toutes les propriétés, qu'il peut avoir sur la rive droite du Rhin dans l'arrondissement occupé par les Trouppes françaises laquelle Somme ils feront verser entre les mains du Payeur-général à Mayence dans les délais fixés par le susdit Ordre.

Le Géneral en Chef compte sur l'exactitude, que l'on apportera à verser cette Somme, et espère, qu'il n'aura pas besoin d'employer des moyens de rigueur.

Mont-Richard.

Copie.

Armée de Mayence.

Presenté le 20. Thermidor an 6. (den 7. August 1798.)

État-Major-Général.

Au Quartier-général à Mayence le 17. Thermidor l'an 6. de la République française une et indivisible.

Liberté. Égalité. Fraternité.

Le Général en Chef de l'Armée de Mayence,

Considérant que l'intention du Gouvernement français, est, de faire peser les moins possible sur la Classe du peuple les Charges de la Guerre dans les pays conquis,

Considérant que les Dimes sont particulièrement la propriété des riches et du Clergé, ordonne — ce qui suit:

1.° Pour subvenir aux besoins de l'Armée, il sera levé sur le produit des Dîmes de cette Année dans les pays conquis sur la rive droite du Rhin, les Sommes ci-après — —

2.° Les Régences et Magistrats seront tenus de repartir les Sommes ci-dessus de manière à ce quelles portent particulièrement sur les superflux des contribuables et principalement sur celui du Clergé.

3.° La moitié des Sommes ci-dessus designés devra être acquittée entre les mains du Payeur-général de l'Armée à Mayence dans un mois à dater de ce jour et l'autre moitié dans deux mois.

4.° Les Régences, les Magistrats, et les Régisseurs des Abbayes demeureront réspon-sables individuellement et collectivement de l'acquittement des Sommes aux termes fixés.

5.° Le présent Ordre sera addressé aux Généraux dans l'arrondissement auquelle se trouvent les Régences, Baillages, et Abbayes y mentionnés afin qu'ils le leur notifient en ce que les concerne.

Le General en Chef, signé: *Joubert.*

Pour Extrait conforme:

Le General de Brigade, Chef de l'État-major-général de l'Armee, *Mont Richard.*

Addresse.

À Messieurs les Conseillers du Bourg de Friedberg,
à Friedberg.

Zweyhundert und ein und vierzigste Beylage.

Schreiben des Kaiserlichen und Reichs-Kammer-Gerichts * an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Wezlar den 13ten August 1798.

[241]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 20. Augusti 1798.

Hochansehnliche und hochverordnete Reichs-Friedens-Deputation!

Die Bewegungen, die wir unter den französischen Truppen wahrnahmen, und das Gerücht von der Ankunft einer größern Anzahl derselben in unsern Gegenden, hatte unsre Aufmerksamkeit rege gemacht; sie wurde aber noch höher gespannt, als wir durch einen General die Bestätigung mit dem Zusatze vernehmen mußten, daß hiesige

* Anmerkung. Bereits im April 1798. hatten die anhaltenden französischen Exactionen dieses höchste Reichs-Gericht zu einer Einschreitung bey den französischen Behörden bestimmt, wovon es der Reichs-Friedens-Deputation durch folgendes Schreiben Nachricht gab:

Dictatum per Moguntinum Rastadii 30. Aprilis 1798.

Hochansehnliche und hochverordnete Reichs-Friedens-Deputation!

So empfindlich wir auch die Dauer der höchstbeschwerlichen und unsrer Bestimmung so unangemeßnen als nachtheiligen Lage fühlen, welche wir in unserm — ohne Zweifel in geneigtem Andenken ruhenden gehorsamsten Vorstellungs-Schreiben vom 10ten Jänner lauf. Jahrs zu schildern die Ehre hatten; so beruhigten wir uns doch bisher in der Erwartung der Wirkung, welche der von Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation gemachte Antrag auf Räumung des rechten Rhein-Ufers, die allerdings unsre billige Wünsche erfüllt hätte, und auf die wir verschiedentlich vertröstet wurden, haben würde.

Nachdem aber französischer Seits in der Note vom 8ten gegenwärtigen Monats die Absicht, vor völlig geschloßnem Definitiv-Frieden das rechte Rhein-Ufer nicht verlassen zu wollen, deutlich und unumwunden erklärt worden ist; da dieselbe durch die Ankunft mehrerer Generals auf dieser Seite, durch die Herüber-verlegung mehrerer Truppen, durch die fortgesetzten Anstalten gegen die Festung Ehrenbreitstein und das sich erhaltende Gerücht von Verlegung des Haupt-Quartiers von Mainz nach Friedberg, nur zu sehr bestätigt wird; da mithin derjenige Fall eintritt, wo wir uns alle die nachdrückliche Verwendung für uns insbesondere versprechen zu dürfen glauben, welche wir von einer hochverordneten Reichs-Friedens-Deputation reichspatriotischen Gesinnungen erwarteten, und die uns auf eben diesen Fall, wie wir mit gehorsamstem Danke erkannt haben, zugesichert worden ist; so schmeicheln wir uns, daß Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation unsre Pflicht nicht mißkennen, sondern uns erlauben werde, jenes ehrerbietige Gesuch dermalen zu wiederholen und in Erinnerung zu bringen. Unsre Beschwerden, die indessen drey Monate länger gedauert haben, sind noch, wie unsre Besorgnisse für die Zukunft, die nämlichen. Ohne Zweifel würden wir wieder starker Einquartierungen, oder andrer beschwerlichen Folgen

Stadt so stark belegt werden dürfte, daß es die Cameralen allein wohl eine ganze Compagnie betreffen könnte. Auf seinen eigenen Rath wandten wir uns durch eine Deputation an den commandirenden Divisions-General, um die Gewißheit, aber auch durch behufige Vorstellungen allenfallsige Erleichterung zu erhalten. Er verhielt

---

gewärtig seyn, wenn das grosse Haupt-Quartier von neuem auf diese Seite kommen sollte. In unserm ehemaligen Versammlungs-Hause, wo noch der größte Theil unsers Archives aufbewahrt ist, wird der ehemalige Audienz-Saal zum Fecht-Boden der Garnison gebraucht, und in der Absicht, ihn auch zum Tanz-Boden zu brauchen, wurde die Oeffnung noch ein — oder des andern Zimmers erst dieser Tagen verlangt. Bey diesem offnen Zugang in das Haus, hat die eigenmächtige Oeffnung der zur Verwahrung der Acten dienenden Zimmer, aller Vorkehrungen dagegen, und deren von Seiten der Generals und Commandanten selbst eingesehener Billig- und Nothwendigkeit ohngeachtet, und die Folge nicht verhindert werden können, daß manche Actenstöße geöffnet, zerstreut und verdorben worden sind. Es haben sich auch schon Fälle ereignet, daß uns in unserm Amte Zumuthungen geschehen, und Rücksichten auf Verwendungen für Parthien und deren durchaus gesetz- und ordnungswidrige Anträge verlangt, und bisher nur noch durch unsre Gegen-Vorstellungen abgewandt worden sind. Diese fortdauernde Bedrückung, die Furcht vor deren Vermehrung, die Sorge für die gegen die von der französischen Regierung erhaltne feyerliche Zusicherung gefährdete Sicherheit unsers Archives und für Eingriffe in unser Amt, rechtfertigen also unsre gehorsamste angelegenste Bitte, daß es Einer hochverordneten Reichs-Friedens-Deputation hochgeneigt gefällig seyn möge, eine gänzliche Räumung unsers Wohnsitzes von französischer Seite zu verlangen, und uns dadurch die Ruhe und Sicherheit zu gewähren, die wir so lange entbehren müssen, und die doch zu unsrer zweckmäßigen Amts-Führung, wobey das ganze Reich interessirt ist, so unentbehrlich ist. Wir lassen Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation in dem Laufe der Hochderselben aufgetragenen hochwichtigen Unterhandlungen bethätigten Gesinnungen zu sehr Gerechtigkeit wiederfahren, als daß wir an der bereits zugesagten Rücksicht auf unsre Bitte und deren nunmehrigen Gewährung im mindesten zweifeln sollten, für die wir vielmehr zum voraus unsern dem Werth derselben entsprechenden ehrerbietigen Dank versichern. Wir müssen derselben aber noch eine andre beyzufügen, uns die Erlaubniß erbitten.

Nachdem Eine hochverordnete Reichs-Friedens-Deputation in der Note vom 4ten dieses Monats der die Abtretung des ganzen linken Rhein-Ufers bezweckenden Friedens-Basis beygetreten ist; so hat dieses begreiflicher Weise auch uns Betrachtungen über die Folgen anstellen gemacht, welche diese Verminderung des Reichs-Territoriums, wenn sie von kaiserlicher Majestät und dem Reiche ratificirt werden sollte, und der Abgang so vieler darinn begriffnen — zu unsrer Sustentations-Casse contribuirenden Stände, auf unsre Unterhaltung, mithin auf unsre wenigstens integrale Existenz und Organisirung haben müßte. Wir behalten uns bevor, demnächst bey Gelegenheit unsers umständlichen — an kaiserliche Majestät und die allgemeine Reichs-Versammlung zu erstattenden Haupt-Kassen-Berichts, die ausführliche — möglichst genaue Berechnung darüber vorzulegen, können aber doch vorläufig, nach zwar ohngefährem, jedoch sorgfältigem Ueberschlag versichern, daß sich der baare effective Abgang an jährlichen Kammer-Zielern von der linken Rhein-Seite über 12/m. Rthlr. im 20 fl. Fuß belaufen werde, welches 4 1/2 Beysitzers-Besoldungen betragen würde. Nach dem vorausgesetzten sehr billigen Grundsatz der Nothwendigkeit der Entschädigung derjenigen, welche jenseits Rheins verlieren, dürfen wir uns also mit nicht minderm Rechte, als jeder andrer, darunter rechnen, und das bey der Aufrechthaltung unsers Gerichts und dessen auf seine gegenwärtige Mitglieder zahlberechneten Organisation interessirte ganze Reich zur Unterstützung unsrer Ansprüche auffordern. Die Theilnahme, welche Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation

uns nicht, daß in Gefolg des ihm vom General en Chef zugekommenen Befehls, jedesmal ein ganzes Bataillon in einen Ort zusammen zu ziehen, unsre Stadt, als die größte seines Arrondissements, wenn auch nicht ein ganzes Bataillon, doch wenigstens 4 bis 5 Compagnien einnehmen müßte; wornach dann allerdings, nach dem bisher beobachteten Verhältniß, auf unsre Angehörigen wenigstens eine Compagnie fallen würde. Einige Erleichterung ließ Er uns zwar dadurch hoffen, daß die vielen Orte, welche auf diese Art von aller Einquartierung befreyt werden würden, die Verpflegung der Truppen übernehmen, wenigstens den größten Theil dazu beytragen, und zu dem Ende unter den Herrschaften und Behörden der Gegend Vereinbarungen getroffen werden sollten. Wir sahen alle Schwierigkeiten, die dabey eintreten mögten, daß der

zu

---

an unserm Schicksal zu erkennen gegeben hat, so wie der ruhmvolle Eifer für die Erhaltung der Reichs-Verfassung, mit dem Hochdieselbe dem Haupt-Zweck des Hochderselben von kaiserlicher Majestät und gesammtem Reiche ertheilten Auftrags zu entsprechen, sich angelegen seyn läßt, gestattet uns keinen Zweifel, daß Hochdieselbe unserm gehorsamsten Gesuch diejenige Aufmerksamkeit, welche unsre mit der des ganzen Reichs unzertrennlich-verbundene Verfassung ohne Zweifel verdient, widmen, und auf diejenigen Mittel hochgeneigt Bedacht nehmen wird, ohne die sie nicht bestehen kann, und die wir vertrauensvoll Hochihrer Weisheit lediglich überlassen.

Wir bedürfen dieses Vertrauens zu unsrer Beruhigung um so mehr, als wir den Abgang unsrer Unterhalts-Gelder aus den dem Reich entzognen Ländern, und denen, welche ihre Ausstände mit der Erschöpfung durch die noch fortwährende Kriegs-Lasten entschuldigen, und solches auch nach hergestelltem Frieden noch lange thun dürften, bereits empfindlich verspüren, und deswegen wirklich vermüssigt sind, eines unsrer ausstehenden Kapitalien aufzukündigen, mithin einen Theil unsers Unterhalts-Fonds anzugreifen und zu vermindern, um unsre Bedürfniß in einem Zeit-Puncte zu decken, wo wir desselben bey der uns selbst drückenden Kriegs-Last und daher entstehenden Theurung am wenigsten entbehren können, welches zugleich unsern ersten Wunsch, nach Befreyung von derselben, noch um so mehr unterstützt. Das Verdienst, welches sich Eine hochverordnete Reichs-Friedens-Deputation durch die Rettung des Ueberrestes des Vaterlands und seiner Constitution zu erwerben rühmlichst bestrebt, und für dessen Gelingen wir mit allen gutgesinnten Deutschen unsre angelegenste Wünsche vereinigen, würde ohne die jetzige und künftige Sicherung unsrer Existenz zu unvollkommen seyn, als daß Hochdieselbe darauf nicht gleiche Anstrengung verwenden, und sie eben so sehr für das Ziel Ihrer Bemühungen ansehen sollte.

Gleichen Ruhm, gleichen Dank wird aber Hochdieselbe dafür von uns nicht nur, sondern dem ganzen Vaterlande und allen, die unsrer Rechts-Hülfe bedürfen, einerndten, und der unsrige wird so groß und tief gefühlt seyn, als die Ehrerbietung, mit der wir unser gedoppeltes Gesuch, unter Wiederholung der vorhinigen, nochmalen gehorsamst empfehlen, und verharren

Einer hochansehnlichen und hochverordneten Reichs-Friedens-Deputation

Wetzlar den 24ten April 1798.

freund-, dienst-, bereit- und gutwillige Kammer-Richter, Präsidenten und Assessoren des Kaiserlichen- und Reichs-Kammer-Gerichts.

Aufschrift.

An Eine hochansehnliche und hochverordnete Reichs-Friedens-Deputation zu Rastatt.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 29ten April 1798.

Abschrift

zu erwartende Beytrag mit dem wirklichen Aufwand in geringem Verhältniß stehen werde, voraus; war also seit einigen Monaten unsre Lage bey der sehr verminderten Einquartierung ziemlich erträglich gewesen, und hatten wir uns, bey der Hoffnung eines baldigen — Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation patriotischen Bemühungen zu verdankenden Friedens, und des Endes unserer und des Vaterlandes Leiden, in unser Schicksal ergeben; so waren diese neuen Ereignisse doch um so unangenehmer, und mußten uns um so mehr beunruhigen, als wir die Absicht so wenig als die Dauer dieses neuen beschwerlichen Zustandes zu errathen vermogten, und mit

---

Abschrift des — dem an die kaiserliche Plenipotenz zu Rastatt erlassenen kammergerichtlichen Collegial-Schreiben — angehängten Postscripts.

Auch hochgebohrner Reichs-Graf,

ꝛc. ꝛc.

Bitten wir noch um die Erlaubniß, Euer ꝛc. das Schreiben an die französische Friedens-Gesandtschaft nebst Abschriften von eben demselben sowohl, als dem demselben eingeschlossenen an den Kriegs-Minister zu Paris, beyzulegen, welche wir unsrer Lage und der Sache angemessen zu seyn geglaubt haben; mit der gehorsamsten Bitte, jenes, wenn es Hochdero Beyfall finden sollte, gedachten Gesandten hochgefällig zuzustellen und mit dem vielvermögenden Vorworte zu unterstützen. Verzeihen Euer ꝛc. diese Bitte unsrer Ueberzeugung, daß ohne Hochdero Unterstützung unser Schreiben wenig Eingang finden dürfte, und versicheren Hochsich von unsrer unbegränzten Dankbarkeit, so wie von den ehrerbietigen Gesinnungen, mit denen wir wiederholt verharren

Euer ꝛc. ꝛc.

ꝛc. ꝛc.

Abschrift kammergerichtlichen, an die französische Gesandtschaft zu Rastatt erlassenen Collegial-Schreibens, de dato 24ten April 1798.

Citoyens Ministres!

Pendant que la négociation entamée à Rastadt fait éspérer à toute l'Allemagne le retour de la paix tant désirée, Vous ne trouverés pas mauvais, Citoyens Ministres, que la Chambre impériale de Wetzlar Vous adresse une très-humble pétition pour obtenir préalablement la jouissance d'une neutralité parfaite, à la quelle elle se croit en droit d'aspirer en vertu d'une déclaration antérieure du Directoire exécutif, tant à cause de sa destination primitive, comme tribunal de paix pour tout l'Empire, qu'à cause de ses occupations très épineuses, incompatibles avec tous les inconveniens du régime militaire.

Depuis que le théatre de la guerre fut transporté sur la rive droite du Rhin, elle s'est empressée d'obtenir cette jouissance parfaite des avantages de la paix, telle que les chefs réspectifs de l'Armée française et alliée la lui avaient accordée dans la guerre de sept ans, l'an 1759. Elle en obtint en effet l'assurance formelle pour elle et la Ville de Wetzlar de la part du Directoire exécutif, au commencement de la dernière année en date du 22. Ventose. Mais le Général Hoche après avoir donné une déclaration conforme, n'a pas jugé à propos de la mettre en exécution; et la Ville de Wetzlar (dont les intérets par la nature du local, sont inséparables du tribunal qui y réside) a été assujettie à toutes les charges de la guerre, a eu pen-

der Erinnerung an alles das, was wir in dem Laufe dieses Kriegs ausgestanden haben, sich die Besorgniß vor der Wiederkehr vereinigte. Schon das hatte den Beschluß veranlaßt, so wie bey kaiserlicher Majestät und dem gesammten Reiche, also auch bey Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation unsre mehrmalige gehorsamste Bitte dahin zu wiederholen, daß uns diejenige Befreyung und Ruhe gewähret werden möge, deren wir zu unsrer Amtsführung, und wenn wir nicht ganz an Mitteln erschöpft werden sollen, so sehr bedürfen. Eben als wir uns mit Ausführung dieses Schlusses beschäftigten, ereignete sich ein Vorfall, der während dem Waffenstillstande

---

dant plusieurs mois dans son enceinte tout le quartier-général, et se trouve encore à l'heure qu'il est obligée de concourir au logement et à la nourriture des Soldats.

Nous ignorons, si nos justes réclamations sont parvennes aux oreilles du Directoire exécutif; mais dans les circonstances actuelles, la Ville de Wetzlar ne saurait être un point essentiel pour le corps de troupes françaises cantonné encore sur la rive droite du Rhin, et nous osons espèrer d'autant plus, que nôtre demande, juste et équitable en elle-même, ne trouve plus aucune difficulté.

Veuillés donc l'accueillir favorablement, Citoyens Ministres, et effectuer par Vôtre protection que la Ville de Wetzlar soit regardée desormais comme neutre, et affranchie par conséquent de toutes les charges de la guerre, spécialement de celle de loger et de nourrir les Soldats.

Nous avons l'honneur de joindre ici un Mémoire du même contenu pour le Citoyen Scherer, Ministre du département de la guerre, en Vous priant, de le lui faire parvenir.

Daignés agréer aussi les sentimens de la haute considération, avec les quels nous avons l'honneur d'être

Citoyens Ministres — Vos très-humbles &c. &c.

Abschrift kammergerichtlichen, an den französischen Kriegs-Minister zu Paris erlassenen Collegial-Schreibens de dato 24ten April 1798.

Citoyen Ministre!

Pendant que la négociation entamée à Rastadt fait esperer à toute l'Allemagne le retour de la paix tant désirée, Vous ne trouverés pas mauvais, Citoyen Ministre, que la Chambre impériale de Wetzlar Vous adresse une très-humble pétition pour obtenir préalablement la jouissance d'une neutralité parfaite, à la quelle elle se croit en droit d'aspirer en vertu d'une déclaration antérieure du Directoire exécutif, tant à cause de sa destination primitive, comme tribunal de paix pour tout l'Empire, qu'à cause de ses occupations très épineuses, incompatibles avec tous les inconveniens du régime militaire.

Depuis que le théatre de la guerre fut transporté sur la rive droite du Rhin, elle s'est empressée d'obtenir cette jouissance parfaite des avantages de la paix, telle que les Chefs réspectifs de l'Armée française et alliée la lui avaient accordée dans la guerre de sept ans, l'an 1759. Elle en obtint en effet l'assûrance formelle pour elle et la Ville de Wetzlar de la part du Directoire exécutif au commencement de la dernière année en date du 2?. Ventose. Mais le Général Hoche après avoir donné une déclaration conforme, n'a pas jugé à propos de la

den so weit gediehenen Unterhandlungen so unerwartet ist, als er unsere Besorgnisse rechtfertigt. Aus der Anlage ersiehet Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation, welche neue Contribution uns und hiesiger Stadt gemeinschaftlich auferlegt worden ist. Bey dem erschöpften Zustande unsrer Casse, der uns bereits zur Aufkündigung eines Capitals zu schreiten genöthigt hat, wird Eine hochverordnete Reichs-Friedens-Deputation die Verlegenheit nicht mißkennen, in die uns diese Ausgabe versetzen muß; eben so wenig aber auch uns verargen, daß wir nach diesen uns unerklärbaren Fürschritten, noch weit bedenklichere, und das Schlimmste um so mehr gewärtigen zu müssen glauben, als das Gerücht die hiesigen Gegenden mit allen den Requisitionen noch ferner bedrohet, die auf die Eröffnung des vorjährigen Feldzugs folgten. Wir sind es also nicht etwa unsern Individuen, soviel Anspruch diese auch, nach den durch ihr Ausharren auf ihrem Posten der Justitz-Pflege, und dem Besten des Gerichts gebrachten Opfern, auf unsre Sorgfalt haben, sondern der Erhaltung eines der ersten Grund-Pfeiler der deutschen Verfassung, der Sicherheit der uns anvertrauten Reichs-Casse, und des an sich schon, in dieser Lage aber ganz unbeweglichen hochwichtigen Archivs, Pflichten halber schuldig, Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation ganze Aufmerksamkeit aufzufodern, und um die dringendste Verwendung für diese Gegenstände unsre angelegenste gehorsamste Bitte zu wiederholen. Von Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation bekannten Denkungs-Art dörfen wir den Vorwurf einer Zudringlichkeit nicht fürchten; unser Zutrauen ist vielmehr dem des ganzen Reichs gleich, dem Hochdieselbe schon so sehr entsprochen hat. Für die Befreyung von den uns auferlegten Lasten, für die Enthebung der Sorge für die Zukunft, wird aber auch Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation den verdienten Dank des ganzen deutschen Vaterlandes, das zu sehr bey unsrer ruhigen Existenz interessiret ist,

mettre en éxécution, et la Ville de Wetzlar (dont les intérêts, par la nature du local, sont inséparables du tribunal qui y réside) a été assujettie à toutes les charges de la guerre, a eu pendant plusieurs mois dans son enceinte tout le quartier-général et se trouve encore à l'heure qu'il est obligée de concourir au logement et à la nourriture des Soldats.

Nous ignorons, si nos justes réclamations sont parvenues aux oreilles du Directoire exécutif; mais dans les circonstances actuelles la Ville de Wetzlar ne saurait être un point essentiel pour le corps de troupes françaises cantonné encore sur la rive droite du Rhin, et nous osons esperer d'autant plus, que nôtre demande, juste et équitable en elle même, ne trouve plus aucune difficulté.

Veuillés donc l'accueillir favorablement, Citoyen Ministre, et effectuer par Vôtre protection, que la Ville de Wetzlar soit régardée desormais comme neutre, et affranchie par conséquent de toutes les charges de la guerre, spécialement de celle de loger et de nourrir les Soldats.

Daignés agréer aussi les sentimens de la haute considération, avec les quels nous avons l'honneur d'être

Citoyen Ministre

Vos très-humbles &c. &c. &c. &c.

als daß wir an dessen Antheil an unserm Schicksal zweifeln könnten, einärndten, in unsern dankbaren Herzen besonders aber sich ein Denkmal stiften, das so unvergänglich seyn wird, als unbegränzt die Verehrung ist, mit der wir verharren

Einer hochansehnlichen und hochverordneten Reichs-Friedens-Deputation

Wetzlar den 13. August 1798.

freund-, dienst-, bereit- und gutwillige Kammer-Richter, Präsidenten und Beysitzer des kaiserlichen Reichs-Kammer-Gerichts.

Aufschrift.

An Eine hochansehnliche und hochverordnete Reichs-Friedens-Deputation zu Rastatt.

Præs. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 19ten August 1798.

Anlagen zur zweyhundert und ein und vierzigsten Beylage.

Armée de Mayence. Copie.

Liberté. République française. Égalité.

Au Quartier-général à Mayence le 18. Thermidor l'an 6. de la République française une et indivisible.

Le Chef de l'État-major-Général

prévient les Magistrats et le grand Juge de la Ville et de la Chambre impériale de Wetzlar, qu'en conséquence de l'ordre du Général en Chef ci-joint la Ville et les Membres de la Chambre impériale de Wetzlar sont imposés à la Somme *de trente mille Francs* pour les Revenus de la Ville et ceux des Membres de la dite Chambre impériale, la quelle Somme ils feront verser entre les mains du Payeur-général de l'Armée à Mayence, dans les délais fixés par le susdit Ordre.

Le Géneral en Chef compte sur l'exactitude, que l'on apportera à verser cette Somme, et espère, qu'il n'aura pas besoin d'employer des moyens de rigueur.

Mont-Richard.

Armée de Mayence.

Copie.
État-Major-Général.

Au Quartier-général à Mayence le 17. Thermidor l'an 6. de la République française une et indivisible.

Liberté. Égalité. Fraternité.

Le Général en Chef de l'Armée de Mayence,

Considérant que l'intention du Gouvernement français est de faire peser les moins possible sur la Classe du peuple les Charges de la Guerre dans les pays conquis,

Considérant que les Dixmes sont particulièrement la propriété des riches et du Clergé, ordonne ce qui suit:

1.° Pour subvenir aux besoins de l'Armée, il sera levé sur le produit des Dixmes de cette Année dans les pays conquis sur la rive droite du Rhin, les Sommes ci-après — —

2.° Les Régences et Magistrats seront tenus de repartir les Sommes ci-dessus de manière à ce quelles portent particulièrement sur le superflû des contribuables et principalement sur celui du Clergé.

3.° La moitié des Sommes ci-dessus désignées devra être acquittée entre les mains du Payeur-général de l'Armée à Mayence dans un mois à dater de ce jour, et l'autre moitié dans deux mois.

4.° Les Régences, les Magistrats, et les Régisseurs des Abbayes demeureront réspon-sables individuellement et collectivement de l'acquittement des Sommes aux termes fixés.

5.° Le présent Ordre sera addressé aux Généraux dans l'arrondissement des quels se trouvent les Régences, Baillages, et Abbayes y mentionnés afin qu'ils le leur notifient en ce qui les concerne.

Le General en Chef, signé: *Joubert.*

Pour Extrait conforme:

Le General de Brigade, Chef de l'État-major-général de l'Armee,
Mont-Richard.

Zweyhundert und zwey und vierzigste Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 4ten September 1798.

[242]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 4. Septembris 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Kommission giebt, mittels der in Abschrift beyliegenden Note an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom gestrigen, der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation Kenntniß der Art und Weise, in welcher Denenselben die ad Art. 3. des Gutachtens vom 7ten August jetzt erfolgte Genehmigung erklärt worden ist. Womit die kaiserliche höchstansehnliche Kommission sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen stäts wohl zugethan verbleibt. Signatum Rastatt den 4ten September 1798.

(L. S.) Franz Georg Carl,
Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch-kaiserlichen Majestät zu dieser Reichs-Friedens-Deputation verordneten höchstansehnlichen Kommission wegen dem hochlöblichen kurmainzischen Directorio der Reichs-Friedens-Deputation einzuhändigen.

Præs. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 4ten September 1798.

Anlage zur zweyhundert und zwey und vierzigsten Beylage.

Abschrift Note Sr. Excellenz des Herrn Grafen von Metternich an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, d. d. Rastatt den 3. September 1798.

In den beyden Noten, welche den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik am 21ten und 31ten August zugestellt worden sind, hatte Unterzeichneter sich vorbehalten, über die von der Reichs-Friedens-Deputation unter den davon nicht abzusönderenden Bedingnissen zugestandene Schleifung der Festungs-Werker von Ehrenbreitstein seine Entschliessung ehestens nachzutragen. Diese hat er nunmehr der Reichs-Friedens-Deputation genehmigend eröffnet. Hierdurch allein, und nicht eher, konnte der Antrag der Reichs-Friedens-Deputation die Gestalt eines wirklichen und förmlichen Anerbietens von Staate zu Staate erlangen; und er tritt erst in seine ganze Kraft in dem Augenblicke, wo Unterzeichneter, wie andurch geschiehet, die bevollmächtigten Minister der französischen Republik hievon unterrichtet. Er wiederholt hierbey rc.

Zweyhundert und drey und vierzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die allgemeine Reichs-Versammlung, de dato Rastatt den 4ten September 1798.

[243]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 4. Septembris 1798.

Der allgemeinen Reichs-Versammlung theilt die Reichs-Friedens-Deputation diejenige Antwort unter Ziffr. 1. * mit, welche man am 31ten August der dahiesigen französischen Gesandtschaft auf deren Note vom 5. Fructidor (22ten August) ertheilt hat. Zugleich schließt man unter Ziffr. 2. ** den hierauf Bezug habenden Erlaß der kaiserlichen höchstansehnlichen Plenipotenz, und unter Ziffr. 3. *** die hierauf am 1ten September erfolgte französische Rück-Aeusserung, dann unter Ziffr. 4. **** den dießfallsigen weitern Erlaß der kaiserlichen höchstansehnlichen Gesandtschaft, so wie unter Ziffr. 5. ***** diejenige Note bey, durch welche die höchstansehnliche kaiserliche Plenipotenz den französischen bevollmächtigten Ministern ihren Beytritt zu den Deputations-Schlüssen vom 7ten und 29ten August, in Betreff der Schleifung der Festungs-Werke von Ehrenbreitstein, eröffnet hat, und welche der R. Fr. Deputation durch die Anlage Ziffr. 6. ****** mitgetheilt wurde. Signatum zu Rastatt den 4ten September 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und vier und vierzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 4ten September 1798.

[244]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 4. Septembris 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen kaiserlichen

* Siehe die Anlage zu [235], Seite 112. ** Siehe den Erlaß [235], Seite 111.
*** Siehe die Anlage zu [237], Seite 115. **** Siehe den Erlaß [237], Seite 114.
***** Siehe die Anlage zu [242], Seite 134. ****** Siehe den Erlaß [242], Seite 134.

Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen ausserordentlichen Reichs-Friedens-Deputation gebührend unverhalten:

Man habe beschlossen, die allgemeine Reichs-Versammlung von dem weitern Gange der Unterhandlungen mit der dahiesigen französischen Gesandtschaft durch die Anlage zu unterrichten.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 4ten September 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und fünf und vierzigste Beylage.

Promemoria des reichsritterschaftlichen Herrn Ablegati an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 8ten September 1798.

[245]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 11. Septembris 1798.

Gehorsamstes Promemoria.

Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation ist von Seiten der Kurtrierischen, Arnsbergischen, Nassauischen, Wied-Runkelschen, Saynischen, Leiningen-Westerburgischen und Solmsischen Regierungen eine ehrerbietigste Vorstellung überreicht worden, worinn dieselbe den traurigen Zustand der gegenwärtig von den französischen Truppen besetzten Länder des rechten Rhein-Ufers geschildert haben.

Eben die Drangsale, unter welchen die Unterthanen und Beamte der Besitzungen jener höchst- und hohen Stände des Reichs seufzen, treffen auch die Einwohner des Reichs-Ritter-Cantons Mittel-Rhein.

Auch dieselben hatten in dem Lauf des Reichs-Kriegs das Schicksal der Verheerung, der unaufhörlichen Stand-Quartiere und Durchzüge, der Erhaltung der Truppen, der drückenden Requisitionen, Lieferungen und Kriegs-Prästationen aller Art; auch sie sind am Rande des Abgrundes, der gänzlichen Erschöpfung und des Mangels; auch sie theilen nach der Anlage mit jenen Landen das — ihr unbeschreibliches Elend vermehrende Unglück in dem Augenblick der Vergrößerung des Drucks, durch die — auf dem rechten Rhein-Ufer täglich mehr anwachsende französische Armee sich mit einer Contribution von 20,000 Livres belegt, und mit strengen Maaßregeln zu deren Beytreibung bedroht zu sehen.

Nur

Nur die Hinsicht auf die unermüdete Sorgfalt Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation, diesem Jammer ein Ende zu machen; nur die Hoffnung auf Hochdero Unterstützung konnte diese unglücklichen Einwohner bisher bewegen, ihre Wohnungen nicht zu verlassen; und wann Endes-Unterzogener von der Wahrheit durchdrungen ist, daß jeder Schritt Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation die Theilnahme bezeichnet, den Hochdieselbe an dem harten Loos so vieler Unglücklichen nimmt: so kann ihm kein Wunsch angelegener seyn, als

daß es Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation bald gelingen möchte, dem Zweck näher zu kommen, dessen Erreichung Hochdieselbe Sich mit so rastlosem Eifer wiedmet. Rastatt am 8ten September 1798.

Carl Freyherr von Gemmingen.

Præs. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 9ten September 1798.

Anlage zur zweyhundert und fünf und vierzigsten Beylage.

Copie.

Armée de Mayence. Liberté. Égalité.

République françaiſe.

Au Quartier-général à Mayence le 18. Thermidor l'an VI. de la République françaiſe une et indiviſible.

Le Chef de l'État-major-général

prévient le Directoire de la Nobleſſe immédiate de Mittel-Rhein qu'en conſéquence de l'ordre du Général en Chef, ci-joint, la Nobleſſe immédiate de Mittel-Rhein eſt impoſée à la Somme de vingt mille Francs pour toutes les propriétés, qu'elle pourroit avoir ſur la rive droite du Rhin, dans l'arrondiſſement occupé par l'Armée françaiſe; laquelle Somme elle fera verſer entre les mains du Payeur-général à Mayence, dans les délais fixés par le ſusdit Ordre.

Le Général en Chef compte ſur l'exactitude, que l'on apportera à verſer cette Somme, et eſpère qu'il n'aura pas beſoin d'employer les moyens de rigueur.

Mont-Richard.

Zweyhundert und sechs und vierzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 10ten September 1798.

[246]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 11. Septembris 1798.

Der römisch kaiserlichen Majestät unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen ausserordentlichen Reichs-Deputation gebührend unverhalten:

Die Reichs-Friedens-Deputation halte dafür, daß auf die jüngste französische Note vom 15. Fructidor (1ten September) zu erwiedern sey:

[Hier ist aus dem ersten Theile des Conclusums der 65ten Sitzung die Stelle von den Worten: **Die französischen bevollmächtigten Minister hätten rc. — bis: unschuldige Lande zu verbreiten** — (siehe Prot. Th. II. Seite 380. bis Seite 381.) eingerückt.]

Die Reichs-Friedens-Deputation schmeichle sich mit der tröstlichen Erwartung, daß von den französischen bevollmächtigten Ministern auf diese Erklärung endlich eine, dem diesseitigen Verlangen gemäße, nachgiebige Antwort erfolgen werde; sie zweifle daher nicht, daß sich die höchstansehnliche kaiserliche Plenipotenz hiermit gern vereinigen möge.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 10ten September 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und sieben und vierzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 10ten September 1798.

[247]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 11. Septembris 1798.

Der römisch kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen kaiserlichen

Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen ausserordentlichen Reichs-Deputation gebührend unverhalten:

Der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz sey die traurige und drückende Lage sattsam bekannt, in welcher die von den französischen Truppen dermalen noch besetzten Lande des rechten Rhein-Ufers schmachteten. Die neuerlichen Erpressungen durch unerschwingliche Contributionen und vermehrte Truppen-Anzahl seyen von der Art, daß die Reichs-Friedens-Deputation länger nicht umhin könne, durch die geeigneten dringendsten Vorstellungen dießfalls bey der französischen Gesandtschaft für die unglücklichen Bewohner dieses Theils des rechten Rhein-Ufers einzuschreiten. Sie halte demnach dafür, daß an die französischen bevollmächtigten Minister in diesem Betreff folgendes zu bringen sey:

[Hier ist der zweyte Theil des Conclusums der 65sten Sitzung vom 10ten September von den Worten: **Bereits seit dem Anfange rc.** — bis: **Erleichterung erhalten möge** — (Siehe Prot. Th. II. Seite 381. bis 382.,) wörtlich eingerückt.]

Von dem lebhaftesten Antheile überzeugt, mit welchem die kaiserliche höchstansehnliche Plenipotenz diesen wichtigen Gegenstand beherzige, halte sich auch die Reichs-Friedens-Deputation der Vereinigung der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft mit diesem ihrem Schlusse schon zum voraus versichert.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 10ten September 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und acht und vierzigste Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 11ten September 1798.

[248]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 12. Septembris 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete h. a. Commission hat die beyden Gutachten der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation vom 10. dieses Monats, deren eines die Haupt-Friedens-Unterhandlungen selbst — das andere die auf dem rechten

Rhein-Ufer fortdauernden, und neulich aufs Aeusserste gestiegenen Kriegs-Beschwerden aller Art betrift, ohne Anstand genehmigt, und den Innhalt derselben bereits unterm heutigen, mittels der abschriftlich beygefügten zwey Noten, an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik gebracht.

Sie giebt der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation zugleich Kenntniß einer dritten Note, ebenfalls vom heutigen, welche, wie die beyliegende Abschrift zeigt, keinen andern Zweck hat, als dem nahe angedroheten Verkaufe einiger reichsritterschaftlicher Güter, Kantons Nieder-Rhein, Einhalt zu thun.

Womit die kaiserliche höchstansehnliche Commission sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen stäts wohl zugethan verbleibt.

Signatum zu Rastatt den 11ten September 1798.

Franz Georg Carl,
(L. S.) Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch-kaiserlichen Majestät zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordneten höchstansehnlichen Commission wegen dem hochlöblichen kurmainzischen Directorio der Reichs-Friedens-Deputation einzuhändigen.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 11ten September 1798.

Anlagen zur zweyhundert und acht und vierzigsten Beylage.

Abschrift der Note des Herrn Grafen von Metternich Excellenz an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik. Rastatt den 11. September 1798.

Die bevollmächtigten Minister der französischen Republik haben, in ihrer jüngsten Note vom 1ten September, durch das fortgesetzte Beharren auf den verlangten festen Puncten der rechten Rhein-Seite, beynahe alle Hoffnung niedergeschlagen, über diesen, für die künftige deutsche Sicherheit so wichtigen Gegenstand eine Vereinigung zu Stande zu bringen, zumalen ihnen in den vordern diesseitigen Noten bereits die erheblichsten Gründe wiederholt mitgetheilt worden sind, nach welchen Unterzeichneter, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, in Forderungen einzuwilligen nicht vermag, die gegen die Wesenheit eines sichern, dauerhaften und anständigen Friedens anstossen würden.

Wenn man unter der Voraussetzung (daß keine Forderungen mehr nachkommen, auf alle diesseits articulirte Anträge billige Erklärung erfolgen, — auch die französischen Truppen von dem rechten Rhein-Ufer alsbald abziehen würden) sich endlich zu der so schmerzlichen Ueberlassung der Lande des linken Rhein-Ufers verstand; und wenn

man sogar auch noch, gegen Wieder-Abtretung aller festen Puncte auf der rechten Rhein-Seite und diesseits des Rhein-Thalweges, die Schleifung der Festungs-Werke von Ehrenbreitstein (mit Bezug auf die in Betreff dieses Platzes bestehende, und einsweilen zu dessen Approviantirung wieder herzustellende waffenstillstands- und convensions-mäßige Verhältnisse) * nachgab, so war man überzeugt, alles erschöpft zu haben, was sich nur immer mit der politischen Existenz und künftigen Sicherheit des deutschen Reichs vereinigen läßt. Von der Billig- und Gerechtigkeit des französischen Gouvernements mußte man zuversichtlich erwarten, daß es bey Annahme der diesseitigen Erbiethungen, auch sämmtliche dagegen stipulirte Puncte ohne Anstand zugestehen werde. Unmöglich kann man auch jetzt noch die Hoffnung aufgeben, daß Erklärungen, Vorstellungen und Anträge, die auf Recht, Billigkeit, auch wechselseitige, wohlverstandene und dauerhafte Convenienz sich gründeten, nicht endlich bey dem französischen Gouvernement den erwünschten Eingang finden sollten.

Die Sicherheit der französischen Gränze gegen das deutsche Reich erfordert gewiß nicht auch noch feste und sonstige Berührungs-Puncte auf dem diesseitigen Rhein-Ufer

---

* Anmerkung. Wegen der stets mit neuer Härte fortgesetzten Blokade der Festung Ehrenbreitstein hatte die kaiserliche Plenipotenz bereits am 22ten May 1798. folgenden, zum Protocolle nicht registrirten Erlaß samt Anlage der Reichs-Friedens-Deputation zugefertigt:

Dictatum per Moguntinum Rastadii 23. Maji 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congreß verordnete höchstansehnliche Commission ermangelt nicht, in der abschriftlichen Anlage der fürtreflichen Reichs-Friedens-Deputation das Schreiben mitzutheilen, welches das kaiserliche und Reichs-General-Commando wegen der Zernirung der Festung und des Thales Ehrenbreitstein an den französischen Ober-General Hatry, aus Veranlassung der letztern bekannten Antwort des die Blokade commandirenden Generals Goullus unter dem 8ten dieses erlassen hat. Indem nun die fürtrefliche Reichs-Friedens-Deputation hierinn einen abermaligen Beweis findet, daß man sich diesen wichtigen Gegenstand mit immer gleicher Aufmerksamkeit angelegen seyn lasse; so darf Dieselbe auch der unverzüglichen Benachrichtigung des Erfolgs dieser erneuerten Vorstellung sich vergewissert halten; womit die kaiserliche höchstansehnliche Commission sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen stäts zugethan verbleibt.

Signatum Rastatt den 22ten May 1798.

(L. S.) Franz Georg Carl,
Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch-kaiserlichen Majestät zu dieser Reichs-Friedens-Deputation verordneten höchstansehnlichen Commission wegen dem hochlöblichen kurmainzischen Directorio der Reichs-Friedens-Deputation einzuhändigen.

Praes. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 22ten May 1798.

selbst; man kann daher anderst nicht vermuthen, als daß die bevollmächtigten Minister der französischen Republik hauptsächlich nur etwa noch auf die bey Mainz, diesseits des Rhein-Thalweges, gelegene befestigte St. Peters-Insel einen entscheidenden Werth

Anlage.

Copie d'une lettre du Lieutenant-général Baron de Staader, au Citoyen Général Hatry, Commandant en Chef de l'armée de Mayence; de Friedberg le 8. May 1798.

Citoyen Général!

Je me trouve obligé de réclamer auprès de Vous, contre les Commandants des trouppes françaises qui entourent le Fort d'Ehrenbreitstein, et dont la conduite prend le caractère d'hostilités formelles. Elles avaient été solemnellement terminées par l'armistice stipulé pour l'Empire à Leoben; les conventions militaires subséquentes entre les Généraux en Chef et Commandants réspectifs des deux armées, avaient préscrit de la manière la plus positive les lignes que les avantpostes réspectifs ne pourraient depasser. Un de ces engagements réciproques spécialement rélatif à l'objet dont il s'agit ici, était la Convention passée entre le Commandant de la forteresse d'Ehrenbreitstein d'une part, et le Général de Brigade Goullus, Commandant du Blocus, de l'autre, elle fixait la ligne des avantpostes de la place, à commencer du bord du Rhin audessous du fort, en rémontant sur le plateau de l'hopital, autour du Village de Niederberg, de là, passant sur la hauteur de Rothenhahn, et celle de Arzheim, elle réjoignait le bord du fleuve audessus du Thal; le bord du Rhin fut constammeut occupé, dépuis le moment de la conclusion de l'armistice jusqu'en dernier lieu, par les trouppes de la Garnison.

La Convention datée du 10. Juin 1797. ratifiée par les Généraux en Chef réspectifs, sous la date des 24. Juin, et 29. Prairial, stipulait en outre expressement la libre importation et exportation de tous les objets, à l'exclusion de ceux servants aux constructions et attirails de guerre.

Tel est, Citoyen Général, le résumé des divers actes, tant politiques que militaires, par lesquels les deux armées s'étaient mutuellement liées l'une envers l'autre: et pendant que l'on croyait le repos des deux nations assuré, et les hostilités suspendues jusqu'au résultat des négociations, par des traités si clairs, et si formels, ils n'étaient pour les Commandants des trouppes françaises autour d'Ehrenbreitstein, que le sujet d'une serie d'infractions.

Au mois de Décembre de l'armée dernière, le Général de Brigade Hardy envoye cantonner au Thal une Compagnie de Grenadiers; il est vrai que sur les observations du Commandant du Fort il la fit rétirer, en déclarant, qu'il n'avait ni l'ordre ni le droit de commettre aucun acte d'hostilité; mais a peine cette difficulté était-elle levée, que le pont volant rétabli conformement aux traités entre Coblence et le Thal, est enlevé et transferé à Neuwied, où il se trouve encore, sans même que l'on ait voulû prévenir de ce deplacement le Commandant du Fort. Peu de temps après le même Général Hardy fait enlever, et rétient à Rothenhahn un convoi d'effets d'habillements destiné pour la Garnison. Enfin dans le courant du mois dernier, les trouppes françaises sous les ordres du Général de Brigade Goullus, d'abord réparties en cantonnements sur la rive droite de la Lahn, se rassemblent, en freignant les limites connues, et s'avancent en un tel nombre, et à une telle proximité des ouvrages du Fort, qu'il en est entièrement cerné. On pousse même les procedés hostiles, jusqu'à empêcher la libre entrée au Thal des comestibles et objets de première nécessité; et cette rigueur est sur le point d'en réduire les habitants à la dernière misère.

legen dürften. So schwer man nun aber auch nothwendig diesseits daran kommen muß, in Ansehung dieser wichtigen Insel einer Ausnahme von dem als Gränze beliebten Rhein-Thalwege Statt zu geben; so würde man gleichwohl, wenn davon durchaus die Beschleunigung des Friedens abhängen sollte, sich endlich auch noch zu Ueberlassung dieser Insel auf den Fall zu entschliessen geneigt seyn, wenn dagegen Kehl, Cassel und die Mars-Schanze (Fort Mars) restituirt, — auf alle Besitzungen auf dem rechten Rhein-Ufer verzichtet, — über die übrigen diesseitigen, noch unerörterten Anträge, Puncte, Erklärungen und Vorschläge, vorzüglich in Betreff des Schuldenwesens und des Privat-Eigenthums, sich zu einer billigen Uebereinkunft verstanden, — auch den harten Kriegs-Beschwerden und den unerschwinglichen Contributionen ein Ende gemacht würde; welchen die occupirten Theile des rechten Rhein-Ufers mitten im Waffenstillstande und während den Friedens-Unterhandlungen unterliegen.

Für die französische Republik sind alle übrigen Artikel, wovon man diesseits nicht abgehen darf, von keinem wesentlichen Interesse mehr; man schmeichelt sich daher mit der angenehmen Hoffnung, daß das französische Gouvernement darinn kein Hinderniß mehr finden werde, das große Friedens-Werk zu vollenden, und die Segnungen des Friedens auf die schon so lange seufzenden unschuldigen Lande zu verbreiten.

Man schmeichelt sich mit der tröstlichen Erwartung, daß von den französischen bevollmächtigten Ministern auf diese Erklärung endlich eine, dem diesseitigen Verlangen gemäße, nachgiebige Antwort erfolgen werde.

Unterzeichneter bestätiget anbey den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik die Gesinnungen seiner ausgezeichnetesten Hochachtung.

Je ne veux pas discuter ici, Général, si les sentiments d'humanité permettent envers des non-Combattants l'usage d'une mesure, que l'on ne se résont qu'à régret, à employer même contre des troupes au Fort de la guerre; je ne veux pas non plus me prévaloir de notre exactitude à observer les Articles des triatés, même après leur violation par les trouppes françaises, ni du réspect que nous avons continué d'avoir pour la libre navigation et le Commerce du Rhin, également permis par un accord réciproque, et qu'il eut été facile à l'artillerie de la place d'interrompre. Mais il est une observation, mon Général, qui, comme militaire ne peut échapper à vos lumières; c'est que cette severité du Général Goullus lui sera très inutile, elle ne lui produira aucun avantage, aucun résultat militaire, elle ne fera que rendre plus malheureuse, et en pure perte, la situation déjà si triste des habitants du Thal.

Je vous fais donc la demande formelle, Citoyen Général, de vouloir bien faire reprendre aux trouppes qui environnent le Fort d'Ehrenbreitstein leurs anciens postes, de faire lever les ordres qui interceptent les vivres aux habitants du Thal; et de recommander aux Généraux sous vos ordres plus d'égards pour des traités, dont l'ésprit tend précisement a écarter toute démarche irrégulière et prematurée, toute influence étrangère sur des objets que les Ministres des deux nations assemblés en Congrès ont seuls le droit de régler. C'est avec d'autant plus de confiance que j'attends de vous, une réponse favorable, Général, que les droits sacrés de l'humanité s'unissent aux principes les plus exacts de la justice pour me l'assurer.

Je suis &c. &c.

Abschrift Note des Herrn Grafen von Metternich Excellenz an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik. Rastatt den 11. September 1798.

Bereits seit dem Anfange der dahiesigen Friedens-Unterhandlungen hat Unterzeichneter, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, sich bey den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik für den Rückzug der Truppen vom rechten Rhein-Ufer aufs nachdrücklichste, jedoch stets vergeblich verwendet. Am 11ten März l. J. geschah die Ueberlassung der Lande des linken Rhein-Ufers unter andern Voraussetzungen, auch ausdrücklich unter dieser:

„daß die Zurückziehung der französischen Truppen von der rechten Seite des „Rheins sofort erfolge, und keine weitere Kriegs-Prästation daselbst Statt finde.“

Seitdem drang man mehrmal aufs angelegentlichste auf die Erfüllung dieses Antrages. Die bevollmächtigten Minister der französischen Republik ertheilten aber hierauf nicht nur keine befriedigende Antwort, sondern es vermehrten sich seit kurzem die französischen Truppen auf dieser Seite des Rheins in so großer Anzahl; — die Kriegs-Beschwerden aller Art auf diesem kleinen Theile Deutschlandes würden so drückend; — die neuerdings ausgeschriebenen Contributionen sind so unerschwinglich, und werden mit so äusserst harten, beynahe feindlichen Zwangs-Mitteln exequirt; — das allgemeine Elend dieser unglücklichen Gegend steigt hierdurch zu einem so hohen Grade, daß sich deren Bewohner, mitten im Waffenstillstande und während der Friedens-Unterhandlungen, dem Rande der Verzweiflung näher als je sehen. Laut spricht die Stimme der Menschheit und des Völker-Rechts für diese unglücklichen Lande; vergebens wird es also sicher nicht seyn, wenn die Reichs-Friedens-Deputation von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik zuversichtlich erwartet, daß das rechte Rhein-Ufer endlich einmal durch den Abzug der französischen Truppen und durch die Einstellung aller und jeder Contributionen, auch sonstiger Kriegs-Beschwerden, die so höchst nöthige Erleichternng erhalte.

Unterzeichneter versichert die bevollmächtigten Minister der französischen Republik hierbey seiner ausgezeichnetesten Hochachtung.

Abschrift der Note des Herrn Grafen v. Metternich Excellenz an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik. Rastatt den 11. September 1798.

Die Central-Verwaltung des Departements Nieder-Rhein zog die Mitglieder des Reichs-Ritter-Kantons Nieder-Rhein, von Cathcart, von Zellenhard und von Kellenbach unter den Begriff von Emigranten; sprach ihr zu Aßweiler liegendes Eigenthum als National-Gut an; beschloß den Verkauf desselben; hörte auf keine Vorstellungen gegen diesen Beschluß, und achtete weder den offenkündigen Stand der Reichs-Friedens-Unterhandlungen, noch die, von dem Minister der auswärtigen Verhältnisse der Republik erwähnten drey Besitzern gegebene Versicherung des Einhaltes

mit

mit dem Verkaufe; sondern setzte das endliche Ziel desselben auf den 14ten dieses Monates September. Zur Bestätigung dieses Herganges dient der hier beyliegende Auszug des General-Registers gedachter Verwaltung vom 10ten July, N.° 5971.

In der Ungewißheit, ob noch vor dem angesetzten Verkauf-Ziele der Befehl zum Einhalte an die Central-Verwaltung gelangen werde, wendet Unterzeichneter sich an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, und ersucht dieselbe bey dem gegenwärtigen und künftigen Zutrauen in Ihre schriftlichen und mündlichen Zusagen, Sie wollen nicht zugeben, daß dasselbe durch den Mangel des Unterrichtes oder des Gehorsams der untergeordneten Verwaltungen in dem Augenblicke geschwächt werde, wo es für die gänzliche Vollendung der Friedens-Unterhandlung so wesentlich seyn würde, dasselbe im Gegentheil täglich zu verstärken.

Er wiederholt den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik die Versicherung seiner ausgezeichnetesten Hochachtung.

Régiſtre-général N.° 5971. Bureau des Emigrés.	Adminiſtration centrale du Département du Bas-Rhin.	Procès verbal N.° 21074. Canton de Drulingen.

Délibération
de l'adminiſtration centrale du Département du Bas-Rhin.
Séance publique
du 22. du mois de Meſſidor l'an 6. de la République françaiſe une et indiviſible.

Vu de rechef ſa délibération du 18. Floréal au 5. qui maintient les exnobles Cathcart, Zillenhard, et Kellenbach ſur la Liſte des Emigrés;

Son autre arrêté du 9. Fructidor de la même année portant qu'il n'y a pas lieu à délibérer ſur la demande du nommé Diſchbein, Notaire de Saar-union, agent desdits Emigrés, qui voulait s'oppoſer à la vente des biens provenans de ces derniers;

Une nouvelle pétition de Diſchbein, aux mêmes fins, s'étayant d'un bruit répandu dans les feuilles publiques, d'après lesquelles, dit-il, ces biens ayant fait partie de ceux de la Nobleſſe immédiate de l'Empire Germanique, doivent être reſtitués à leurs anciens propriétaires, et que cette reſtitution eſt un point accordé par la Légation françaiſe au Congrès de Raſtadt, au moyen de quoi le Pétitionnaire prévient l'adminiſtration que les biens des trois Emigrés ci-deſſus dénommés, qui ſont membres de la Nobleſſe immédiate de l'Empire, ne peuvent être aliencs, et l'avertit de ſe défier des ſuites facheuſes qu'entrainerait une vente auſſi brusque.

L'adminiſtration centrale du Département du Bas-Rhin, qui dirige ſes opérations non pas d'après les Gazettes, mais d'après les Loix, et qui ne craint aucune ſuite facheuſe quand il s'agit d'exécuter ces dernières, conſidérant que les Emigrés au nom desquels réclame le Pétitionnaire, n'ayant pas demandé leur radiation avant la publi-

cation de la Loi du 26. Floréal an 3. ne peuvent implorer en leur faveur la décision du Gouvernement, qui ordonne de surseoir à la vente des biens provenans d'Emigrés, qui ont réclamé leur radiation en tems utile.

Ouï le Commissaire du Directoire exécutif arrêté: qu'il n'y a pas lieu à délibérer.

Les biens provenans des Emigrés Cathcart, Zillenhard, et Kellenbach, seront incessamment vendus d'après le mode établi pour l'aliénation des domaines nationaux.

Signé: à la Minute, Grimmer, Président; Heydenreich, Gottekien, Kugler, Bertrand, Administrateurs; et Christiani, Commissaire du Directoire exécutif.

Pour Copie collationnée,

signé: *Bruns.*

Zweyhundert und neun und vierzigste Beylage.

Erste französische Note vom 28. Fructidor an VI. (14ten September 1798.)

[249]

(Ist mit der ersten Anlage zu [251], Seite 147 ganz übereinstimmend.)

Zweyhundert und fünfzigste Beylage.

Zweyte französische Note vom 28. Fructidor an VI. (14ten September 1798.)

[250]

(Ist mit der zweyten Anlage zu [251], Seite 150 ganz übereinstimmend.)

Zweyhundert und ein und fünfzigste Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 16ten September 1798.

[251]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 17. Septembris 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Commission hat von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik, in Antwort auf die beyden diesseitigen Noten vom 11ten dieses, zwey Gegen-Noten vom 14. September

(28. Fructidor) erhalten, welche Sie in beyliegenden Abschriften der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation zu Erstattung Ihres Gutachtens andurch mittheilt.

Zugleich wird die vortrefliche Reichs-Friedens-Deputation aus der hier beygeschlossenen dritten Note erwähnter bevollmächtigten Minister, von demselben Tage, entnehmen, was dieselben wegen der verlangten Einstellung des Verkaufes einiger zum Reichs-Ritter-Kanton Nieder-Rhein gehörigen Güter einsweilen geantwortet haben.

Womit die kaiserliche höchstansehnliche Commission sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen stäts zugethan verbleibt.

Signatum Rastatt den 16ten September 1798.

Franz Georg Carl,
(L. S.) Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch-kaiserlichen Majestät zu dieser Reichs-Friedens-Deputation verordneten höchstansehnlichen Commission wegen, dem hochlöblichen kurmainzischen Directorio der Reichs-Friedens-Deputation einzuhändigen.

Præf. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 16ten September 1798.

Anlagen zur zweyhundert und ein und fünfzigsten Beylage.

N.° 1.

Copie d'une Note des Ministres plénipotentiaires français, à S. E. M. le Comte de Metternich, datée de Rastadt le 28. Fructidor an 6.

Les Soussignés Ministres plénipotentiaires de la République française, pour la négociation avec l'Empire germanique, ont reçu la Note de la Députation de l'Empire, qui leur a été communiquée le 25. Fructidor, présent mois, par le Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur.

Quelque satisfaction que les Soussignés puissent avoir du langage pacifique de la Députation de l'Empire, quelque confiance qu'ils prennent en elle, ils sont néanmoins forcés de lui observer, qu'après plus de neuf mois de négociation, les paroles, et même les intentions ne suffisent pas, il faut des effets; pour prouver qu'on desire la paix, il faut la conclure; les Soussignés ne cessent de l'offrir; à la verité la Députation semble dans ce moment sortir de l'état d'indécision où elle était retenue; elle a consenti recémment à une des démandes importantes qui lui ont été faites au nom de la République française, à la démolition des fortifications d'Ehrenbreitstein; et ce consentement qu'elle renouvelle aujourd'hui, est exprimé de manière à faire voir que les Soussignés ne se trompaient pas, lorsqu'ils ont fait la déclaration, non contredite,

qu'ils régardaient et acceptaient ce consentement comme pur et simple; mais pourquoi laisser subsister dans un des *Conclusum* précédens, la disposition conditionnelle qui s'y était glissée? pourquoi se priver des bons effets d'une révocation, qui en prévenant les difficultés, en restituant au sacrifice tout son mérite, aurait donné au Gouvernement français une assurance de plus sur la loyauté réciproque des négociations, et la solidité des engagemens futurs? Il est vrai encore que la Députation de l'Empire se montre entièrement disposée à céder à la République française l'Isle fortifiée de St. Pierre; mais elle semble mettre à cette cession un prix exagéré qui en réduirait considérablement la valeur, et dont la seule proposition ferait croire que la Députation oublie trop facilement les sacrifices nombreux que le Gouvernement français a déjà faits pour donner la paix à l'Empire. C'est en général un erreur, on peut et on doit le redire, que de songer à établir entre deux puissances contractantes une réciprocité d'avantage rigoureusement exacte; cette balance n'est presque jamais ni dans la nature des choses, ni dans la position réspective des personnes, et si elle pouvait être admise dans la négociation présente, il est manifeste qu'il en résulterait une inégalité réelle pour la République française, qui alors non seulement perdrait une partie considérable de la satisfaction proportionnelle qui lui est due, mais encore verrait diminuer dans ses mains par l'effet de cette réciprocité l'importance des avantages qu'elle aurait conservés. Un pareil systéme inconciliable avec quelque paix que ce soit, et bien moins fondé quand on le rapproche de l'éclat des armes françaises, ne saurait être soutenu sérieusement par des négociateurs judicieux et de foi.

Malgré ces observations qui étaient nécessaires, les Soussignés ne disconviendront point que la Note de la Députation de l'Empire, ne leur ait présenté quelqu'amélioration dans l'état des affaires, et la possibilité heureuse, quoique tardive d'un résultat impatiemment attendu par les deux Nations. Il parait en effet par l'analyse de cette Note, que toutes les difficultés au moins essentielles se réduisent aujourd'hui à ces trois questions: 1.° la conservation par les Français, ou la restitution à l'Empire, des points fortifiés de Kehl et de Cassel; 2.° le transport sur les pays donnés en remplacement sur la rive droite du Rhin, des dettes dont se trouveront chargés les pays cédés à la gauche; 3.° l'application ou l'exemption des Loix françaises concernant les Emigrés. Tout le reste s'arrangera facilement, ainsi que l'observe la Députation, lorsque les grands obstacles seront applanir. L'attention des Soussignés s'est donc portée toute entière sur ces trois questions, et l'examen qu'ils en ont fait a été d'autant plus scrupuleux, que les deux dernières leur ont paru véritablement intéresser le bien être, la liberté, et la fortune d'un grand nombre de famille des deux Etats: objets sacrés pour le Gouvernement français dans ses rélations politiques avec les autres Gouvernemens, comme dans son administration intérieure. En conséquence ils n'hésitent pas à faire les propositions et déclarations suivantes, sous la réserve expresse toute fois que l'Isle fortifiée de St. Pierre sera cédée incontinent à la République française, et qu'en même

tems toutes claufes et conditions mifes à la démolition d'Ehrenbreitftein et autres demandes des Souffignés feront annullée.

1.° Il ferait inutile de réproduire ici les raifons affez connues qui attachent fi fortement la République françaife à la confervation de Kehl, de Caffel, et de leurs dépendances; les mêmes motifs s'oppofent encore à ce qu'elle faffe l'abandon total de ces poffeffions. On pouvait croire que les Princes et autres Etats de l'Empire confidéreraient cet objet fous un point de vue politique, qu'on régretterait dans la fuite de n'avoir point apperçu, ou d'avoir mal apprécié; mais au lieu d'une confiance utile, on a paru éprouver le fentiment contraire, en voyant des point fortifiés dans la main des Français. Pour faire ceffer toutes craintes, la République rénoncera aux fortifications de Kehl et de Caffel, qui feront démolies, et ne confervera que les territoires.

2.° Quant aux Dettes, la Députation de l'Empire n'a fûrement point préfumé que le Gouvernement français pût entendre à aucun arrangement qui ferait de nature à déprécier trop fenfiblement la ceffion de la rive gauche, à perpeteur entre les deux Etats des germes de divifions épineufes, et à faire pefer fur un territoire devenu français, les charges de la guerre perfonnelles à l'Empire. Les dettes des pays cedés feront ainfi que les Souffignés l'ont toujours dit, transportées fur les pays de la droite donnés en dédommagement; mais on confentira à ce que les dettes provinciales et communales, à l'exception néanmoins de celles qui auraient été contractées à l'occafion et pour les frais de la guerre, foient et demeurent à la charge des pays cédés. Les droits des tiers créanciers font réfervés.

3.° Les Souffignés déclarent que les Loix fur l'émigration ne font point applicables aux pays cédés, et non réunis, même à Mayence. C'eft avec plaifir qu'ils font cette déclaration raffurante; mais comme l'article auquel elle répond fe trouve parmi les 18. articles joints à la Note du 3. mars, et que ces articles fe lient à des préfuppofitions énoncées dans la Note du 11. du même mois, il convient de s'expliquer ici nettement fur cet objet. Les Souffignés déclarent donc qu'ils ont répondu maintenant à ces articles et préfuppofitions, en tout ce qui eft fusceptible de difcuffion, fe réferant au furplus à leur Note du 19. Germinal; ils déclarent que la Légation françaife n'a régardé, et ne régardera jamais ces articles et préfuppofitions que comme des propofitions ifolées, diftinctes entr'elles, et indépendantes de toute autre, et qu'elle s'oppoferait fortement à tout ufage qu'on voudrait en faire pour infirmer, ou pour éluder les points convenus.

Les Miniftres plénipotentiaires de la République françaife préfentent cette Note comme le gage de la paix; la France et l'Allemagne en jugeront ainfi; on aime à croire que la Députation de l'Empire partagera cette opinion, et ne voudra pas prendre fur elle l'initiative d'une rupture.

Ils affurent le Miniftre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur, de leur confidération la plus diftinguée. Signé: *Bonnier*, *Jean Debry*, *Roberjot*.

N.° 2.

Copie d'une Note des Miniſtres plénipotentiaires français, à S. E. M. le Comte de Metternich, datée de Raſtadt le 28. Fructidor an 6.

Les Souſſignés Miniſtres plénipotentiaires de la République françaiſe, pour la négociation avec l'Empire germanique, ont reçu le 25. du courant, une ſeconde Note de la Députation de l'Empire, qui leur a été transmiſe par le Miniſtre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur.

Cette Note a particulièrement pour objet de démander la retraite des troupes de la République qui ſe trouvent ſur la rive droite. Les Souſſignés invitent la Députation de l'Empire à ſe bien pénétrer de cette verité rendue ſi ſenſible dépuis l'ouverture des négociations, que le Directoire français veut ſincèrement la paix, et une réconciliation prompte et parfaite entre les deux Etats; qu'il ne deſire rien tant que devoir non ſeulement diminuer, mais ceſſer entièrement par l'heureuſe inutilité des meſures de précaution, les inconvéniens encore attachés à l'état actuel des affaires, et à cette incertitude des évenemens indépendante de ſa volonté. La Députation de l'Empire de ſon côté ne peut manquer de reconnaitre que la demande qu'elle renouvelle aujourd'hui, eſt prématurée; que l'abandon des poſitions militaires devant-être la première conſéquence d'une pacification effectuée, il n'y a point de raiſon péremptoire pour que les troupes de la République ſe retirent de l'autre côté du Rhin. En repetant cette obſervation eſſentiellement juſte, les Souſſignés en ſaiſiront l'occaſion pour détruire une aſſertion très hazardée, répandue dans le public, et que les ennemis du nom français ne feraient pas fachés ſans doute d'accréditer. On a dit que les troupes de la République avaient dépaſſé la ligne d'armiſtice. Les Miniſtres plénipotentiaires de la République démentent formellement ce prétendu fait; ils affirment que les troupes de la République n'ont point outrepaſſé les lignes déterminées pour les deux armées. Cet exemple auquel il ſerait facile d'ajouter d'autres, doit avertir la Députation de l'Empire de ſe prémunir contre les rapports de tout genre, exagérés ou abſolument faux, qui lui auraient été, ou qui lui ſeraient faits à l'avenir, toujours dans l'eſpérance d'aigrir les eſprits, et peut-être de dérober à l'attention publique, des deſſeins véritablement hoſtiles. Perſonne n'ignore que quelques maux particuliers ſont inſéparables du paſſage de l'état de guerre à l'état de paix; il n'a pas tenu aux Souſſignés que ce paſſage ne fut heureux et rapide. C'eſt à la Députation de l'Empire à ſe convaincre de plus en plus qu'on ne travaillera jamais plus efficacement au ſoulagement, et au bonheur des peuples, qu'en prévenant pour toujours le fléau de la guerre pas une prompte pacification. C'eſt à elle à ſe rendre au vœu des Princes et de tous les habitans de l'Allemagne, dont les réclamations et les plaintes même ſont un cri de paix; alors tous les ſujets d'inquiétudes réſpectives ceſſeront, et le ſentiment des maux paſſés ſe perdra dans la jouiſſance d'une proſperité tranquile et durable.

Les Miniſtres plénipotentiaires de la République françaiſe en finiſſant cette Note, ſe réferent expreſſement à ce qu'ils ont déclaré dans leur prémière de ce jour, rélativement aux 18 articles joints à la Note de la Députation de l'Empire du 3. Mars, et aux préſuppoſitions énoncées dans celle du 11. du même mois.

Ils aſſurent le Miniſtre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur de leur conſidération la plus diſtinguée. Signé: *Bonnier*, *Jean Debry*, *Roberjot*.

N.° 3.

Copie d'une Note des Miniſtres plénipotentiaires français, à S. E. M. le Comte de Metternich, datée de Raſtadt le 28. Fructidor an 6.

Les Souſſignés Miniſtres plénipotentiaires de la République françaiſe, ont reçu la Note que le Miniſtre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur, leur a adreſſée le 25. du courant; elle contient des réclamations en faveur de pluſieurs familles de la commune d'Aſſweiler, Département du Bas-Rhin, et la demande d'un ſurſis à la vente de leurs biens ſitués dans cette commune. Quelque deſir qu'aient les Souſſignés de répondre à la confiance perſonnelle qui leur eſt témoignée à cette occaſion, ils ne ſauraient entrer directement dans une diſcuſſion qui appartient à l'ordre adminiſtratif, mais ils ſe ſont empreſſés de transmettre cette Note à leur Gouvernement déjà nanti de l'affaire par l'envoi qu'ils lui ont fait il y a pluſieurs jours, d'un mémoire que M. de Gagern, Député de la Nobleſſe immédiate, leur a remis ſur le même objet.

Les Miniſtres plénipotentiaires de la République françaiſe aſſurent le Miniſtre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur, de leur conſidération la plus diſtinguée.

Signé: *Bonnier*, *Jean Debry*, *Roberjot*.

Zweyhundert und zwey und fünfzigste Beylage.

Promemoria des fürstlich lüttichischen Herrn Particular-Abgeordneten an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 16. September 1798.

---

[252]

Dictatum per Moguntinum Raſtadii 17. Septembris 1798.

Promemoria.

Seine hochfürstliche Gnaden der Bischof von Lüttich werden zum äussersten Erstaunen vernehmen, daß die bevollmächtigten Minister der französischen Republik durch ihre Note vom letztverflossenen 28. Fructidor (14ten September) in den Bedingnissen,

über welche man zum Vortheil der Unterthanen des linken Rhein-Ufers übereinkommen will, durch Eintheilung der verschiedenen Territorien des deutschen Reichs in eroberte und in vereinigte Länder einen Unterschied festsetzen wollen. Da das Bißthum Lüttich ein integrirender Theil des deutschen Staats-Körpers, und von Frankreich unabhängig ist, so kann und darf es ohne Einwilligung Seiner Majestät des Kaisers und Reichs keine Art von Absönderung zugeben. Wurde dieses Land auch schon etwas eher als andere Mit-Staaten in Besitz genommen, so blieb es darum nicht weniger Reichs-Territorium, und alle Einrichtungen und Gesetze der französischen Regierung können dort, so wie sonst allenthalben, nur provisorisch seyn.

Das französische Gouvernement beschloß die Einverleibung des Fürstenthums Lüttich ohne Vorwissen seines Landesherrn, und zu einer Zeit, wo derselbe ruhig seine Staaten regierte. Das deutsche Reich ist so einzig und untheilbar, wie die französische Republik, und ohne vorgängige Genehmigung Kaisers und Reichs ist es keiner Veräusserung oder Verstümmelung auch nur der mindesten Rechte fähig.

Nach diesen notorischen Grundsätzen, welche Seiner hochfürstlichen Gnaden Particular-Abgeordneter an diesem Reichs-Friedens-Congreß ausführlich zu entwikkeln sich vorbehält, hoft er in unbegränzter Zuversicht, die kaiserliche höchstansehnliche Plenipotenz und die vortrefliche Reichs-Friedens-Deputation werden schon von selbst, den allerhöchsten kaiserlichen Rescripten und der Reichs-Instruction gemäß, welche die Herstellung eines gerechten und anständigen Friedens zum allgemeinen Wohl vorschreiben, beharrlich geneigt seyn, zu erklären, daß Ihnen Ehre und Gerechtigkeit zum unausweichlichen Gesetz machen, keine Art von Unterschied, Ausnahme oder Absonderung unter Ständen und Staaten des deutschen Reichs zuzugeben, von der Billigkeit der französischen Regierung eine gänzliche Aufhebung alles Unterschiedes in den abzutretenden Ländern zu erhalten, und dem Fürst-Bischof und den Unterthanen von Lüttich durch den künftigen Frieden die Bedingnisse und Vortheile aller übrigen auf der linken Rhein-Seite zu überlassenden Staaten geneigtest zuzuwenden.

Rastatt den 16ten September 1798.

Freyherr von Othée.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 17ten September 1798.

Zwey-

Zweyhundert und drey und fünfzigste Beylage.

Promemoria der fürstlich baselischen Herren Particular-Abgeordneten an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 17ten September 1798.

[253]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 17. Septembris 1798.

Promemoria.

Da aus der jüngsten Note der französischen bevollmächtigten Minister vom 14ten dieses laufenden Monats mit größter Bestürzung wahrgenommen wird, daß dieselben in Ansehung der Reichs-Angehörigen, die aus denen an die Republik vereinigten deutschen Landen ausgewandert sind, eine dem allgemeinen Staats- und Völker-Recht so widrig- als unzuläßige Ausnahme machen; und die Endes-Unterzogene hochfürstlich baselische Gesandtschaft augenblicklich vernimmt, daß Eine für das Wohl der sämmtlichen deutschen Reichs-Landen so rühmlich beeiferte hochansehnliche Reichs-Deputation sich in ihrer heutigen Sitzung über diesen wichtigen Gegenstand berathen werde; als nimmt die erwähnte gehorsamste Gesandtschaft die unterthänige Freyheit, die gedachte hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation hiermit allerangelegentlichst zu erbitten, daß Hochdieselbe die von ihr unterm 20ten März und 23ten Junius d. l. Jahrs in Betreff der Ausgewanderten des Hochstifts Basel eingereichte, äusserst wichtig- und dringende Vorstellungen zu gerechtestem Bedacht zu nehmen geruhen möchte.

Zu Rastatt den 17ten September 1798.

von Billieux. Schumacher.

Præf. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 17ten September 1798.

Zweyhundert und vier und fünfzigste Beylage.

Promemoria der fürstlich baselischen Herren Particular-Abgeordneten an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 20ten März 1798.

[254]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 30. Martii 1798.

Promemoria.

Nicht nur nach der Epoche der am 23ten März 1793. vorgegangenen Vereinigung des größten Theils vom reichsfürstlichen Stift Basel an Frankreich, sondern fast Jahr

und Tag vorher schon, gleich zur Zeit als die französische Truppen unter Freundschafts-Vorwand eindrangen, an eine Vereinigung aber noch nicht einmal gedacht wurde, verliessen unzählige alte und junge, geheurathet- und ledige Personen männlich- und weiblichen Geschlechts ihre Wohnstätte, theils um ihrem natürlichen Landesherrn in seiner Auswanderung nachzufolgen und ihm in Vollziehung seiner aufhabenden Reichs-Pflichten beyzustehen, theils um denen Verfolgungen und der Todes-Gefahr, womit die Anhänger der verfassungsmäßigen Regierungen bedrohet waren, auszuweichen, theils aber auch um gegen Kaiser und Reich die Waffen nicht ergreifen zu müssen, sondern denen von Reichswegen ergangenen Avocatorien und Inhibitorien die gesetzliche Folge und Unterthänigkeit zu leisten.

Obschon nun über diese ihrer rechtmäßigen Landes-Herrschaft aus Anhänglichkeit und Pflicht getreu verbliebene Stift-Baselische Unterthanen und Angehörige Frankreich eine legale Beherrschung auszuüben, offenbarer Dingen die geringste Befugniß nicht hatte; so ließ selbes dennoch alle oberwähnte Individuen, jene nämlich, die vor der Vereinigung, ja selbst schon vor Anbeginn der mindesten revolutionairischen Bewegungen ihre Wohnsitze verlassen hatten, eben so wie jene, die erst nach der befraglichen Vereinigung ausgewandert waren, und so weiters annoch die durch bekannte Gewissens- und Religions-Kränkungen zur Verlassung ihrer Vater-Städten und Versorgungen genöthigte Clerisey, Religiosen und Kloster-Frauen, sogar auch unmündig- und minderjährige Kinder, die doch anderes Nichts als ihren Aeltern nachzufolgen vermochten, sämmtlich ohne Unterschied auf eine Liste setzen und denen für die eingebohrne französische Unterthanen gemachten scharfen Emigrations-Gesetzen gemäß behandlen — einfolglich ihre Personen verbannen, ihre liegend- und fahrende Haabschaften aber sequestriren und zum Theil verkaufen.

Nun ist Einer mit der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz vereinten vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation zwar gefällig gewesen, in denen sub Dato 3ten d. l. Monats an die französische Ministers gerichteten achtzehn Puncten zu Gunsten der deutschen Reichs-Angehörigen, welche ungebührlich wie französische Emigrirte angesehen und behandelt werden, ihre beschäftigte milde Fürsorg im Allgemeinen schon eintreten zu lassen; weilen aber die Verbitterung Frankreichs vorzüglich gegen die Emigrirten der vereinigten Länder durch die traurige Beyspiele von Avignon und Belgien nur zu fast am Tag liegt, und leider! der größte Theil des reichsfürstlichen Stifts Basel ebenfalls an Frenkreich vereiniget worden ist; so stehet man nicht ohne Sorgen, daß desselben Angehörige, in sofern ihrentwegen eine ausdrücklich benannte Ausnahm in dem zu errichtenden Friedens-Werk nicht Platz greifen sollte, der Strenge der französischen Gesetzen nicht auch wie die Belgier ferners unterjocht bleiben.

Wenn aber des Herrn Fürst-Bischoffen zu Basel hochfürstlichen Gnaden landesväterlicher theuresten Pflicht nicht zu viel obgelegen seyn kann, und selbst auch die Ehre und Würde des gesammten heiligen römischen Reichs erforderen, daß Höchstdero-

selben unglücklichen Unterthanen insbesondere, nicht minder als denen getreuen Reichs-Angehörigen überhaupt, welche wegen Religions-Kränkungen, wegen vorgeschriebener gesetzlichen Anhänglichkeit an ihre rechtmäßige Herrschaften, und um anderer obangeführten löblichen Beweggründen willen auszuwandern veranlaßt und genöthiget worden, eine bestverdiente Genugthuung vergönnt werde; als haben Höchstdieselben Dero unterzeichnete Gesandtschaft specialiter beauftragt, diese schwere Anliegenheit, wovon die Wohlfahrt so vieler Tausenden, nunmehro im Auslande in Noth und Armuth herumirrenden rechtschaffenen Leuten und getreuen Reichs-Angehörigen abhängt, Einer mit der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz vereinten vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation dringlich ans Herz zu legen, und Höchst- und Hochdieselben sohin inständigst zu erbitten, daß in erfolgendem Abtretungs-Fall der fürstlich baselischen Reichs-Landen an Frankreich, zu Vermeidung aller nachherigen zweydeutig- und willkührlichen Auslegungen, in dem abzuschliessenden Friedens-Werk durch bestimmte und heitere Ausdrücke vorbehalten und schriftlich verzeichnet werden möchte, wasmaßen von den sämmtlichen bis zur erfolgenden friedenstractatmäßigen Abtretung des Hochstifts Basel aus desselben Gebiete ausgewanderten Individuen, wessen Namens, Standes, Wesens und Geschlechts sie seyen, und wo sie sich dermalen nur immer aufhalten mögen, keiner als Ausgewanderter angesehen noch gehalten — und mithin die von Seiten Frankreichs wider dieselben oder wider die französischen Unterthanen gemachte Auswanderungs-Gesetze gegen Sie reichsstift-baselische Angehörige und Unterthanen in keine Weiß und zu keiner Zeit anwendbar noch verbindlich seyn — einfolglich denenselben nicht nur ohngehinderte Rückkehr und Aufenthalt in ihrem Vaterlande vergönnt, sondern auch freye Hand über ihr sämmtliches vor ihrem Austritte oder Auswanderung besessenes, nicht minder als auch über das ihnen etwa seither und von Anbeginn der Revolution bis zur Zeit der erfolgenden förmlichen Landes-Abtretung nach denen Reichs-Gesetzen angewachsen- oder angefallenes Vermögen mit allen daherigen Einkünften und Ansprachen, die Nation möge durch Verkauf oder sonsten damit schon disponirt haben oder nicht, verstattet — sofort alle auf ihre Eigenthümer und Ansprachen angelegte Verbote ohnverschüblich aufgehoben, und namentlich ihre unter dem irrigen Auswanderungs-Vorwand schon verkaufte liegende Güter wieder zurückgegeben, — ihre verkaufte bewegliche Habseligkeiten aber nach ihrem eigentlichen Werth vergütet, und falls die veräusserte liegende Güter in natura nicht mehr zurückgestellt werden könnten, der Ersatz dafür ebenmäßig nach ihrem eigentlichen Werth geleistet — auch allen wegen der Auswanderung an ihren Gütern betheiligten Particularen eine willige Entschädigung geschöpft, und endlich für die ohneingestellte vollgültige Zahlung all- dieser Vergütung eine genugsame Versicherung mit der Erlaubniß ertheilt werden solle, daß Sie und alle andere stift-baselische Angehörige und Unterthanen, die nach erfolgter allfälligen Abtretung ihr Vaterland zu verlassen sich etwa entschliessen würden, ihr beweg- und unbewegliches Eigenthum, und alles, was ihnen zugehörig ist, so wie andere

Innwohner der Republik, ohngehindert benutzen, gutbefindenden Falls aber binnen einer zu verkommenden hinlänglichen Frist veräusseren, und in Geld oder in natura abgabsfrey abführen dörfen.

Wie nun übrigens Se. hochfürstlichen Gnaden in Bewußtseyn ihre Reichs-Pflichten zu Ihrem und Ihrer Angehörigen selbst eigenen persönlichen Nachtheil unter allen so langwierig- als härtesten Bedrängnissen immer getreulich erfüllt zu haben das unwandelbare Zutrauen hegen dürfen, daß über ihre wiederholte an Se. kaiserliche Majestät, an den allgemeinen Reichstag, an die zum gegenwärtigen Friedens-Congreß wohlbestellte höchstansehnliche kaiserliche Plenipotenz und vortrefliche Reichs-Friedens-Deputation namentlich unterm 9ten März 1792., 9ten September 1793., 21ten August 1795., 22ten und 23ten December 1797., auch 11ten Jänner und 14ten Februar d. l. Jahrs allerunterthänigst und geziemend eingereichte Beschwerds- und Bittschriften die reichsverbandmäsige Rücksicht, Stütze und Hilfe zuversichtlich eintreten werde, und daß wann auch die geographische Integrität des Reichs nicht beybehalten werden kann, Eine mit der höchstansehnlichen kaiserlichen Pleuipotenz vereinte vortrefliche Reichs-Friedens-Deputation nur desto beschäftigt- und ohnablässiger besorgt seyn werde, doch allerwenigstens die politische Integrität des verfassungsmäsigen bisherigen Verhältnisses des Reichs unter denen dazu gehörigen geist- und weltlichen Ständen ohnabänderlich handzuhaben; zumalen Se. hochfürstlichen Gnaden aus denen den französischen Friedens-Bothschaftern am 3ten d. l. M. von Reichswegen übergebenen hieroben schon erwähnten achtzehen Puncten zum unverkennlichen Danke aller betheiligten Reichs-Angehörigen mit besonderm Trost zu ersehen gehabt, wie sehr ihr Interesse im voraus schon beherziget, und wie sorgen- und einsichtsvoll die Rechten, Forderungen, Ansprachen und Entschädigungen, sowohl der sämmtlichen als auch der einzelnen Reichs-Stände und Angehörigen zu Bedacht genommen worden seyen; also entübriget Höchstdenenselben nur noch für den glücklichen Ausschlag dieser rühmlichsten Bemühungen und Unterhandlungen Ihre lebhaftesten Wünsche zu verdopplen, und in Hinsicht der ganz besondern Laag, worinn Sie sich mit Ihrem Dom-Stifte befinden, die hiernach folgende angelegentlichste Bitte beyzusetzen:

1mo. Daß Eine mit der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz vereinte vortrefliche Reichs-Friedens-Deputation von denen in den obermelten achtzehen Puncten zu Gunsten der Landes-Herrschaften, so wie auch Ihrer Angehörigen und Unterthanen auseinander gesetzten allergerechtesten Forderungen nicht abweichen — und von allen daher erwartenden Nutzungen und Vortheilen das Hochstift Basel mit denen Seinigen gleich aller anderen betheiligten Reichs-Ständen, theilhaftig machen — zu diesem Ende aber und damit wegen der vorberührten Vereinigung, wordurch Sr. hochfürstl. Gnaden, Dero Dom-Stift, Angehörige und Unterthanen theils schon vor fünf Jahren, theils aber auch erst vor drey Monaten durante armisticio aus dem Besitz-Stand ihrer am linken Rhein-Ufer gelegenen Reichs-Angehörungen herausgewunden und

entsetzt worden sind, von Seiten Frankreichs keine Ausnahm vorgeschützt werden möge, in dem zu beschliessenden Friedens-Werk ausdrücklich erwähnt werde, daß alle zu Gunsten der anderen reichsständischen Besitzern oder rechtmäßigen Eigenthümern vorzubehaltende Vortheile auch namentlich dem Reichs-Stift Basel und seinen sämmtlichen Angehörigen und Unterthanen ohne einige Ausnahme zu Statten kommen sollen.

2do. Daß für den dem Hoch- und Dom-Stift sowohl im Elsaß als in dem anvertrauten eigenen Gebiete zugefügten viele Millionen Gulden betragenden Schaden, insofern solcher durch die von denen mehrbesagten achtzehen Puncten erwartenden Vortheile hinlänglich nicht vergütet würde, eine ergiebige und billigmäßige Entschädigung pr. Bausch in Geld, vorzüglich aber an Grund und Boden geschöpft, angewiesen und um so gewisser zugesichert werden möchte, als nicht nur die Religion, sondern auch das unverkennbare Interesse der unmittelbaren Reichs-Ritterschaft, die Conservation dieses uralten Reichs-Stifts bey seinem bisherigen Ansehen, allerdings erheischen, und nicht billig seyn kann, dazumalen es in vorigen Kriegen so sehr schon geschmälert worden ist, daß es zum Nutzen von allen und für das ganze Reich ein Opfer werde, ohne für seinen erleidenden unermeßlich großen Verlust eine Entschädigung zu erhalten.

3tio. Daß die auf Sr. hochfürstlichen Gnaden und Dero Dom-Capitel, so wie auch die unter Höchstderoselben Bürgschaft auf denen Bißthum baselischen Land-Ständen haftende Passiv-Schulden, mit Innbegriff derjenigen, die Se. hochfürstlichen Gnaden und Dero Dom-Capitel bey Vermissung der denenselben von Frankreich entzogenen Einkünften und Habschaften zu Ihrer und der Ihrigen untereinstiger Subsistenz und um ihre aufhabende Reichs-Pflichten erfüllen zu können, seit dem Anfang der französischen Revolution zu contrahiren vermüssiget worden, zu gerechtem Bedacht genommen und durch wen es sich fügen wird, bezahlt werden, ohne daß Se. hochfürstlichen Gnaden, Dero Dom-Stift, noch die ehemalig landständische Repräsentanten jemals darum gesucht noch belangt werden mögen.

4to. Daß remisivè auf den dritten Artikel der mehrbesagten achtzehen Puncten von der französischen Republik auch auf alle Ansprüche, Rechten, Güter und Einkünften, so die eint- oder andere aufgehobene französische Stiftungen oder Corporationen in denen bey Deutschland verbleibenden Landen besitzen, eine ebenfallsige Verzicht erwirkt, und endlichen

5to. Daß, gleichwie die dem reichsfürstlichen Hochstift Basel zustehende stattliche Rechten sich auf den westphälisch- und alle nachherig öffentliche Verträge von Nimwegen, Ryswick, Wien &c. ja selbst auch auf den mit der Krone Frankreich im Jahr 1780. beschlossenen feyerlichen Bundes-Vertrag begründen; also auch in dem neu zu verfassenden Friedens-Schluß alle zu Gunsten des mehrerholten Hoch-Stifts sprechende, vorgehende, öffentliche Verträge ausdrücklich und feyerlich bestättiget werden möchten.

Wenn nun endlichen zum Beschluß die Anmerkung nicht undienlich seyn mag, daß das offersagte Hoch-Stift ohnstreitig einen wesentlichen und ergänzenden Bestandtheil des heiligen römischen Reichs ausmache, und in keiner Rücksicht unter einer andern Cathegorie als unter derjenigen und ganz nämlichen, worunter alle übrige Sitz und Stimme habende Reichs-Stände sind, betrachtet werden könne, einfolglich selbes alle denen anderen betheiligten Reichs-Ständen zu Statten kommende Nutzungen und Vortheile in gleichem Maaß anzusprechen und zu erwarten berechtiget seye; also darf man auch der tröstlichen Hoffnung leben, daß Eine vortrefliche Reichs-Friedens-Deputation, vereint mit der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz, die allerbedaurlichste Laag dieses Sr. kaiserlichen Majestät und dem Reich stets unerschütterlich getreu verbliebenen und immer mit Herz und Mund zugewandt verbleibenden unglücklichen Hoch-Stifts nach beywohnendem Bieder-Gefühl zu beherzigen, und nach besten Vermögen zu unterstützen nicht entstehen werde.

Zu Rastatt den 20ten März 1798. Freyherr von Ligerz,
Domherr zu Basel.
von Billieux, geheimer Rath.
Schumacher, geheimden-Raths-Secretär und Hofrath.

Præs. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 29ten März 1798.

Zweyhundert und fünf und fünfzigste Beylage.

Promemoria der fürstlich baselischen Herren Particular-Abgeordneten an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 23ten Junius 1798.

[255]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 28. Julii 1798.

Promemoria.

Einer mit der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz vereinten vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation sind bereits unterm 20ten März letzthin die aus dem Völkerrecht hergeleitete Gründe geziemend vorgelegt worden, vermög deren die Angehörigen des reichsfürstlichen Hochstifts Basel, so ihr Vaterland entweder schon vor — oder auch erst nach desselben Vereinigung mit Frankreich verlassen haben, nicht als französische Ausgewanderte angesehen werden können.

Auch Eine von dieser Wahrheit vorhin schon überzeugte hochgedachte vortrefliche Reichs-Friedens-Deputation hat in ihren achtzehen Bedingungen vom 3ten des vorbesagten Monats Merz schon darauf angetragen, daß in denen erst durch den Friedens-

Tractat rechtlich abzutretenden Reichs-Landen die französischen Gesetze gegen die Emigration nicht angewendet werden sollen. — So zuversichtlich man dahero hoffen darf, daß diese von Reichswegen eingetretene preiswürdigste Sorgfältigkeit und die von allen Völkern allgemein anerkannte Gründe den gehörigen Eindruck bey der französischen Gesandtschaft nicht verfehlen werden; so mag jedoch nicht unnütz seyn, diesen Einschreitungen und unumstößlichen Gründen annoch den behilflichen Beweis zuzusetzen, daß auch in dem alleräussersten Fall, wo die in Folge der von Reichswegen ergangenen allerhöchsten Avocatorien und Inhibitorien aus ihrem Vaterlande ausgetretenen reichsstift-baselischen Angehörigen wider alle Erwartung nicht nach dem Völkerrecht, sondern selbst nach den Gesetzen der französischen Republik beurtheilt werden sollten, sie auch nach diesen nicht strafbar seyn können.

Weilen aber dieselben nichtsdestoweniger der Strenge der französischen Emigrations-Gesetzen stets noch unterliegen, und diejenigen aus ihnen, die vermög erhaltener provisorischen Radiationen in ihr Vaterland zurückgetreten waren, zufolge des Gesetzes vom 19. Fructidor (5ten September) letzthin selbes wiederum zu verlassen, und ohne ihr sequestrirtes oder gar schon verkauftes Eigenthum benutzen zu können, von Neuem im Elend herumzuirren genöthiget worden; als haben diese Unglücklichen, durch den Drang ihrer leidigsten Umstände angetrieben, das hiebeykommende subsidiarische Promemoria, worinn der obangeführte neue Beweis einleuchtend dargethan wird, der Endes-Unterzeichneten fürstbischöflich-baselischen Gesandtschaft mit dem inständigsten Ansuchen eingeschickt, daß der zu ihren Gunsten darinn sprechenden offenbaren Gerechtigkeit bey denen betreffenden höchst- und hohen Stellen geneigtes Gehör verschaft, und durch ehestmögliche Behebung ihrer gerechtesten Beschwerden ihrem so lange schon erduldenden Elend doch endlich das erwünschte Ziel gesetzt werden möchte.

Ends-unterzogene Gesandtschaft hält es dahero für unausweichliche Pflicht, Einer mit der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz vereinten hochermelten vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation das befragliche Promemoria mit der allerangelegentlichsten Bitte gehorsamst hie beyzulegen, daß Höchst- und Hochdieselben die Ihrer Weisheit und Vielvermögenheit beywohnende zweckmäßigste Mittel einzuschlagen geruhen wollen, damit denen in keiner Hinsicht strafbaren und dennoch so lange schon im Unglück und Elend schmachtenden bedaurungswürdigsten Bitt-Werbern in ihrem Gesuch endlichen willfahrt werden möchte. Rastatt den 23ten Junius 1798.

Freyherr von Ligertz,
Domherr zu Basel, als Abgeordneter.
von Billieux,
Geheimerrath, als Abgeordneter.
Schumacher, Geheimerraths-Secretär und
Hofrath, als Abgeordneter.

Præs. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 24. July 1798.

Anlage zur zweyhundert und fünf und fünfzigsten Beylage.

OBSERVATIONS

fondées sur les loix de la République françoise en faveur des absents de la partie de l'Evéché de Basle réunie à ladite République par Décrêt du 23. Mars 1793. sous le nom de *Département du Mont-terrible*.

Quand les principes consacrés par le Droit des gens qui lie les Nations et les Etats, ne garantiroient point suffisamment les absents de l'Evéché de Basle de la tache de l'émigration qu'on leur impute; les loix mêmes de la République françoise présentées dans leur vrai jour démontreroient à évidence, qu'ils ne peuvent être envisagés ni traités comme des émigrés françois.

Rien de plus absurde, que la manière arbitraire, qu'on a suivie pour former la liste des prévenus d'émigration dudit pays.

À peine le Décrêt de la Convention nationale du 23. Mars 1793., qui en réunit une partie à la République françoise sous le nom de Département du Mont-terrible, fut il connu, que les nouveaux administrateurs crurent devoir s'occupper à dresser des listes d'émigrés.

Les Municipalités furent donc chargées par eux d'envoyer aux Administrations de Districts les noms de tous les Citoyens absents de leurs domiciles. Elles auroient dû donner en même tems tous les renseignements nécessaires sur l'Époque et les motifs de l'absence de leurs Concitoyens, afin de mettre les administrations de Districts et du Département à même de juger, si quelquesuns pouvoient être dans le cas d'être déclarés émigrés.

Les Municipalités ne firent aucune distinction, ni observation: elles rapporterent dans leurs listes généralement tous ceux, qui étoient absents depuis peu ou depuis longues années, ceux qui étoient sorti avec passeports, ceux qui étoient possessionné dans les Communes où ils n'avoient jamais eu de domicile, enfin des enfants et des personnes mortes.

Les administrateurs frappés de l'irrégularité de ces listes et sentant l'injustice de les adopter les garderent près de cinq mois sans en former le tableau requis: ils ne savoient de quelle Époque fixer l'émigration. Il subsistoit à la verité une loi pour les François, celle du 28. Mars 1793. aux termes de la quelle il falloit être François; il falloit avoir quitté le Territoire de la République françoise, *ou avoir residé sur son Territoire occupé par l'ennemi* pour être compris parmi les émigrés. *) Aucun de tous ces cas n'étoit applicable aux absents du nouveau Mont-terrible: ils ne sont pas nés François, ils n'ont jamais été naturalisés François et n'ont point abandonné le

*) Voyez Section III. de ladite loi.

le Territoire de la République. La pluspart et presque tous les absents de leurs communes actuellement en réclamation en étoient sorti un an avant que la France eut réuni l'Evêché de Basle, dans un tems, où l'on n'y reconnoissoit d'autre Gouvernement, que celui du Prince Évêque, et que la France même, en envoyant en Avril 1792. ses Trouppes dans le Porrentrui pour en garder les defilées, ordonnoit de respecter son autorité comme celle d'un ami et allié.

On sentit donc, qu'on ne devoit point les envisages comme des émigrés françois, qui avoient abandonné leur patrie, et on vit bien, qu'il ne pouvoit avec justice y avoir des émigrés dans ce Département.

Cependant le Représentant du peuple Bernard de Xaintes, qui y étoit en mission, pressoit et ménaçoit les Administrateurs pour qu'ils imprimassent dans le plus bréf délai des Listes d'émigrés. Que fit-on? pourroit-on le croire!

Pour se debarrasser de ces ménaces impérieures les Administrateurs, sans faire aucune distinction, ni exception, transformerent tout uniment en tableau d'émigrés les mêmes Listes informés de tous les absents, qui leur avoient été fournies par les Municipalités. On ne se borna pas même à cette injustice criante, mais pour la consommer le Département prit le 11. jour du 2. mois de l'an 2. de la République (11. Octobre 1793.) un Arrêté, par lequel en donnant une application fausse à la loi du 28. Mars de la même année et un effet rétroactif aux loix contre les émigrés, *) usurpant en outre le pouvoir législatif, il déclaroit définitivement émigrés tous les habitans de l'Evêché de Basle, qui s'étoient absenté de leurs domiciles dépuis le 10. Avril 1792. c'est à dire dépuis quelques semaines avant la susdite entrée des Trouppes françoises dans le Porrentrui pour y occupper les gorges et près d'un an avant que la France eut réuni ce pays.

Cet Arrêté inique et révoltant provôqué par Bernard de Xaintes en fut sanctionné. Il en ordonna l'exécution, mais il ajouta la reserve *jusqu'à ce que le contraire eut été statué par la Convention nationale*, reserve qui demontre, que Bernard étoit aussi convaincu de l'injustice de sa loi, que de son incompétance à la porter.

La journée mémorable du 9. Thermidor ayant sur ces entrefaites délivré la Convention de la Tyrannie, qui la comprimoit, elle ne jugea pas indigne de son attention ce qui se passoit dans le Mont-terrible; diverses instructions et directions données aux Administrateurs les autorisérent à prononcer sur les réclamations des prévenus d'émigration: enfin elle manifesta ses principes par la loi du 25. Brumaire an trois (16. Novembre 1794. **) qui fixe les Époques après lesquelles la sortie des habitans des pays

---

*) Suivant les Droits de l'homme Art. 14. aucune loi peut avoir d'effet rétroactif.

**) Section II. Art. VI.

réunis les met dans le cas de l'émigration. Celle pour le Mont-terrible eſt fixée après le 23. Mars 1793. jour de ſa réunion. *)

Cette loi anéanti donc définitivement l'Arrêté du Département ſanctionné par Bernard de Xaintes et en fixant au jour de la réunion l'Epôque, d'où l'on dateroit l'émigration, elle éffaçoit irrévocablement des Liſtes d'émigrés les noms de tous ceux, qui avoient quitté leurs foyers avant que la France eut pris la meſure de réunir leur patrie.

Leurs radiations, en conſéquence des principes établis par cette même loi, devoient donc ſous tous les rapports être confirmées comme définitives, mais la loi du 19. Fructidor (5. Septembre 1797.) ayant prévenu les déciſions ſollicitées, elle a de nouveau exilé et proſcrit nombre de citoyens vertueux et utiles, de vieillards, de Pères de famille, de Femmes et d'Enfants, que la loi du 25. Brumaire an trois non-rapportée avoit rappellés définitivement dans le ſein de leur patrie. Ils en ſont derechef bannis et dépouillés de toutes leurs propriétés: on leur arracheroit la vie, s'ils alloient en perſonne réclamer l'exécution de ladite loi.

Quant aux prétendus émigrés, qui ont quitté leur patrie poſtérieurement à la date de la réunion, il eſt notoire, qu'ils ont été forçé d'en ſortir pour ſe ſouſtraire aux ménaces et inſultes, dont des hommes féroces, qui par violence s'étoient emparé excluſivement de toutes les places, les chargeoient. De jour on les attaquoit dans les rues, juſques même dans leurs maiſons; de nuit on caſſoit leurs fenêtres; on crayonnoit leurs portes déſignes de proſcription, et quand ceux, qui avoient une miſſion publique du Gouvernement, étoient invités à venir au ſecours de ces hommes paiſibles et perſécutés, on ſe contentoit de répondre, que ces ſecouſſes étoient inſéparables de la révolution &c. &c.

La faction tyrannique, qui avoit voulu faire de ce pays un Gouvernement indépendant pour le gouverner à ſon gré, s'emparer des biens nationaux et dépouiller ſes Concitoyens, ménaçoit et perſécutoit par dépit: elle conſeilloit ſous main à ceux, qui lui déplaiſoient, de ſe retirer et après qu'ils furent partis, pluſieurs de ces hommes pervers ſe vantoient dans les Cabarets et aux Societés populaires d'avoir conqui à la Nation les biens des individus, qu'ils avoient forcés d'émigrer.

C'eſt donc uniquement pour ſe ſouſtraire aux véxations, aux Arrêts, aux aſſaſſinats, auxquels ces malheureux individus ne ceſſoient d'être en bût, qu'ils ont cherché leur tranquillité et ſécurité perſonnelles la pluſpart en Suiſſe.

De pareilles émigrations ayant eu lieu en France comme dans le Mont-terrible, la Convention nationale eſt venu au ſecours des François, que la terreur avoit forcés

*) Voyez la Section II. où il eſt dit:
Art. VI. *Sont émigrés &c. &c. Département du Mont-terrible. 3tio. Tous citoyens domiciliés dans la ci-devant Rauraire, qui ſortis de ſon Territoire depuis le 23. Mars 1793. n'étoient pas rentrés ſur celui de la République au 23. May ſuivant.*

de s'expatrier. La loi du 22. Nivôse an 4. et celle du 4. jour complémentaire ont rendu à leur Patrie une multitude de François fugitifs.

Or si la loi est la même pour tous, *) si les habitans du Mont-terrible sont assimilés aux François depuis le 23. Mars 1793. toutes les loix postérieures ne les concernent-elles pas? ne doivent-ils pas en pouvoir réclamer la protection, comme ils doivent en craindre la rigueur?

Indépendamment de ce que presque tous les réclamants se sont retirés dans les Cantons de la Suisse alliés de l'Evêché, où des uns étoient bourgeois, des autres possessionné et que ceux-ci en vertu des Décréts du corps législatif du 27. Brumaire an deux, de l'Arrêté du Comité de salut public du 28. Frimaire même année et de la loi du 25. Brumaire an trois, laquelle dernière porte **) „*Les Suisses et leurs alliés* „*composant la Confédération helvétique ne sont point compris dans les dispositions de* „*la présente loi.*" Indépendamment de ce qu'à eux d'après la protection spéciale promise à quiconque tenoit à l'Helvétie ne devoient point être envisagés comme émigrés, il est de fait, que la loi du 28. Mars 1793. et celle du 25. Brumaire an trois, qui en est le supplément, fixent les Époques de la sortie et de la non-rentrée des absents, hors lesquelles ils sont, ou ne sont pas dans le cas d'être envisagés comme émigrés. Ces Époques sont pour les anciens Départements depuis le 1. Juillet 1789. jusqu'au 9. May 1792. ***) Pour le Mont-terrible l'Époque de la sortie fixée par la loi du 25 Brumaire est le 23. Mars 1793. Cette Époque est pour les Citoyens de ce Département, ce que est celle du 1. Juillet 1789. pour les anciens habitans de la France.

Si donc les pays réunis doivent être assimilés à la Nation, qui les a adoptés; si la loi est la même pour tous, il ne suffit pas, qu'on ait donné aux prétendus émigrés du Porrentrui leur 1. Juillet 1789. il faut encore, qu'ils ayent en leur 9. May 1792.

Leur a-t-on accordé ce terme? y a-t-il eu une loi, un Arrêté de Corps administratifs, qui les eut cités ou rappellés? Bien loin de là ils n'ont pas eu un instant pour retourner chez eux. Tous ceux, qui étoient absents depuis le 10. Avril 1792. étoient par Arrêté du Département du 11. Octobre 1793. déclarés émigrés, soumis à la loi du 28 Mars 1793. qui les bannissoit à perpetuité et les condamnoit à la peine de mort, s'ils rentroient chez eux: ils ne pouvoient donc point rentrer.

Les anciens François émigrés ont eu pour se repentir de leur émigration le tems, qui s'est écoulé depuis le 1. Juillet 1789. jusqu'au 8. Avril 1792. et depuis cette date ils ont encore eu jusqu'au 9. May suivant un mois de rigueur, ce qui faisoit près de trois années de terme pour réparer leur faute: Rien de tout celà n'a été accordé aux absents de l'Evêché de Basle.

---

*) Droit de l'homme Art. 3. —

**) Titre I Section I. Art. V.

***) Voyez la loi du 8. Avril 1792.

La Convention nationale ſentant, qu'il n'y auroit point d'émigrés puniſſables dans ce pays, s'ils n'avoient un terme pour y rentrer leur a vraiment accordé deux mois *) par ſa loi du 25. Brumaire, qui porte: „*Sont émigrés tous Citoyens domiciliés dans* „*la ci-devant Rauracie, qui ſortis de ſon Territoire depuis le* 23. *Mars* 1793. *n'étoient* „*pas rentrés ſur celui de la République au* 23. *May ſuivant.*" Mais bien loin que les abſents ayant pu profiter de ce délai, ce ne fut que dixhuit mois après l'echéance de ce terme (car le 25 Brumaire an 3. et de 18 mois poſtérieur au 23. May 1793.) qu'une loi leur annonce, qu'ils avoient eu deux mois pour retourner dans leur patrie: quelle dure injuſtice!

La loi eſt la même pour tous et nul ne peut être jugé qu'après avoir été entendu ou légalement appellé; **) cependant les prétendus émigrés n'ont été ni appellés ni entendus et s'ils étoient rentrés en France avant la publication de la loi du 25. Brumaire, on les eut mis à mort, parceque la loi du 28. Mars 1793. qui leur étoit fauſſement appliquée par Arrêté du Département du 11. Octobre 1793. les y condamnoit: s'ils y étoient rentrés après la loi du 25. Brumaire, ils euſſent été guillotinés, parceque le terme de repentir, qu'elle leur accordoit, étoit écoulé depuis 18 mois paſſé.

Qu'ont donc fait ces malheureux pour être plus mal traités que les anciens François et que les habitans de tous les autres pays réunis? Leur conduite a été telle, qu'on n'a pu refuſer des certificats de bon comportement à ceux, qui étoient rentrés enſuite des radiations prononcées par le Département et qui de nouveau ont été expulſés de leur patrie par ſuite de la loi du 19. Fructidor dernier. D'ailleurs jamais ils n'ont appartenus à la France, jamais ils n'ont abandonné ſon ſol et de l'heure qu'il eſt, il n'ont point été degagés du ferment héréditaire de fidélité, qui les lie à leur Souverain et à l'Empire.

Ces faits et ces principes ſont ſi irréfrayrables, qu'ils ont été adoptés par la France même conſte ſa loi ſusmentionnée du 28. Mars 1793. Section III. et autres. La République françoiſe loin de délier pendant la dernière guerre les habitans des parties occuppées ſur la France de leur ferment de fidélité leur a au contraire ordonné d'abandonner ſur le champ leurs foyers pour ſe retirer dans l'intérieur de la République et a défendu ſous peine de mort à ceux, qui ſont reſtés, d'accepter aucun emploï civil ou militaire dans les dites parties de ſon Territoire; peine qui a été rigoureuſement infligée à tous ceux, qui ont déſobeï et qu'on a pu ſaiſir.

---

*) Encore ce t rme eſt-il le plus court de tous ceux accordés aux pays réunis. Suivant la Section II. de la loi du 25. Brumaire les Savoiſiens ont eu paſſé 6 mois depuis avant le 1. Aouſt 1792. jusqu'au 27. Janvier 1793 Les habitans du Comté de Nice ont eu 6 mois depuis le 27. Septembre 1792. jusqu'au 25. Mars 1793. — Ceux de Monaco 3 mois depuis le 30. Decembre 1792. jusqu'au 1. Avril 1793. et les Citoyens de tous les autres pays réunis ont eu 3 mois à compter du jour, où le décrét de la reunion a été proclamé.

**) Droits de l'homme Art. 3. et 11.

Mais pour en revenir aux malheureux absents du pays de Porrentrui, qui n'étoient pas moins obligés d'obeïr aux inhibitions et avocatoires, qui leur ont été addressés de la part de Sa Majesté l'Empereur et de l'Empire, on ne compte guerre parmi les réclamants, qui sont sorti postérieurement à la réunion que des Prêtres. On les a joué dans ce Département de la manière la plus perfide Le pays étant réuni depuis environ six semaines à la France, ils attendoient patiemment, qu'on leur signifiat, ou qu'on publiat les Décrets, qui les concernoient. Tout à coup on les avertit, que le Département venoit de recevoir les loix des 18. Mars et 23. Avril 1793.

La première condammne à la mort les Prêtres dans le cas de la déportation, qui après la huitaine dès la date de la publication seroient trouvés sur le Territoire de la République.

La seconde condammne à la déportation à la Guyenne tous les écclésiastiques, qui n'ont pas prêté le serment voulu par la loi du 15. Août 1792. et porte à l'Art. 3. que *le serment, qui auroit été prêté postérieurement au* 23. *Mars dernier est déclaré comme non-avenu.*

Ces Loix arrivèrent au Département les premiers jours du mois de May 1793. avant même celle du 15. Août 1792.

Les délais pour prêter le serment de maintenir la Liberté et l'Égalité voulu par la loi du 15. Août 1792. étoient expirés depuis le 23. Mars 1793. précisement du jour de la réunion du Porrentrui à la France.

Les écclesiastiques n'avoient plus à opter qu'entre la déportation à la Guyenne et la mort.

Éffrayés de l'avis qu'ils venoient de reçevoir, ils courrurent à la Municipalité demander des passeports, qu'elle leur donna pour la Suisse; ainsi ils s'éxilèrent et ils se déportèrent volontairement pour éviter la mort ou une déportation forcée dans un autre hemisphère.

Cette déportation volontaire auroit dû les garantir d'être portés sur les Listes d'émigrés, mais leurs noms ont été les premiers portés sur le tableau.

Par différents Arrêtés des corps administratifs leurs noms ont été rayés des Listes d'émigrés et portés sur celle des déportés. Ces Arrêtés n'étant plus envisagés que comme provisoirs, ces infortunés se retrouvent sous les peines de l'émigration.

Enfin ce qui arrière au militaire de ce Département n'est pas moins surprennant. Les sujets de l'Évêché de Basle étoient admis et servoient dans tous les Régiments suisses au service de France avec les mêmes avantages accordés à tous les Militaires suisses. Le Prince entretenoit même audit service un Regiment, qui par sa capitulation jouissoit des mêmes prérogatives et privilèges. Tous ont été licentiés par la loi du 28. Août 1792. et autorisés de retourner en Suisse. Or après les avoir tous reconnu pour Suisses, après les avoir licentié comme tels, croyoit-on, qu'il y en a,

dont on saisit les propriétés et qu'on punit comme émigrés françois, parcequ'ils se sont rétirés en Suisse?

Ce Mémoire ayant pour but de démontrer, que d'après les loix mêmes de la République françoise les absents du Département du Mont-terrible ne sont point punissables, on ne repétera plus ici les raisons consacrées par le droit des gens, qui prouvent irrésistiblement, qu'ils ne peuvent point être traités comme émigrés françois. Elles ont été exposées à l'illustre Députation du Congrès d'Empire par celle du Prince Évêque de Basle dans un Mémoire du 20. Mars dernier.

Elles sont aussi très-lumineusement deduites dans celui qui a paru cette année pour les propriétaires et habitans absents des Provinces belgiques, qui non-obstant leur réunion provisoire à la France n'ont discontinué d'être sujet de Sa Majesté l'Empereur et Roi qu'au moment de la Cession, qui en a été faite par lui dans le traité de paix de Campo-Formio Mais si quelques plausibles, que fussent toutes ces raisons fondées dans le droit des gens, elles pouvoient néanmoins n'être pas accueillies par le Gouvernement françois, au moins peut-on se promettre de sa justice, qu'étant instruit de tant de Contradictions, qui se rencontrent dans le dispositif des loix susmentionnées; de tant d'arbitraire dans l'application même rétroactive qui en a été faite pour opprimer des émigrés supposés; des moyens indignes, qu'on a employé pour les forcer de fuïr; de ceux qu'on a pris pour les empêcher de rentrer et enfin de la noirceur avec laquelle on a placé leurs noms sur les Listes fatales &c. Ledit Gouvernement ne différera sans doute pas plus longtems de rendre à leur patrie tous les absents du Mont-terrible et de les remettre en possession de leurs modiques propriétés.

Zweyhundert und sechs und fünfzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die allgemeine Reichs-Versammlung, de dato Rastatt den 17ten September 1798.

[256]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 19. Septembris 1798.

Auf die französische Note vom 15. Fructidor (1ten September) hat die kaiserliche höchstansehnliche Plenipotenz, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, am 11ten September durch die unter Ziffr. 1.* anliegende Note geantwortet, auch an eben demselben Tage, in Betreff der auf dem rechten Rhein-Ufer in so großer Anzahl befindlichen französischen Truppen und deren Exactionen, den französischen bevollmächtigten Ministern die Note Ziffr. 2** zugefertigt, welche beyde Noten die französische Ge-

* Siehe die erste Anlage zu [248], Seite 140. ** Siehe die zweyte Anlage zu [248], Seite 144.

sandtschaft durch die Gegen-Noten Ziffr. 3. * und 4. ** unterm 14ten September erwiedert hat. Signatum zu Rastatt den 17ten September 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und sieben und fünfzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 17ten September 1798.

[257]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 19. Septembris 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Herrn, zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft bleibt andurch von Seiten der dahiesigen Reichs-Friedens-Deputation gebührend unverhalten:

Man habe beschlossen, die allgemeine Reichs-Versammlung von den beyden, den französischen bevollmächtigten Ministern unterm 10ten September zugestellten Noten, und von deren unterm 14ten desselben Monats hierauf erfolgten Antworten durch die Anlage zu unterrichten.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 19ten September 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

* Siehe die erste Anlage zu [251], Seite 147. ** Siehe die zweyte Anlage [251], Seite 150-151.

Zweyhundert und acht und fünfzigste Beylage.

Promemoria der Herren Particular-Abgeordneten des Herrn Pfalzgrafen zu Birkenfeld, der Frau Fürstinn zu Nassau-Weilburg, der wetterauischen und westphälisch-protestantischen Grafen, des Herrn Reichsgrafen zu Nesselrode-Reichenstein und des Herrn Herzogs von Croy an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 3. September 1798.

[258]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 11. Septembris 1798.

Hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation!

Unterzeichnete nehmen ehrerbietigst die Erlaubniß, Einer hochansehnlichen Reichs-Deputation einige Bemerkungen über den dritten Artikel der französischen Note vom 22ten Juny (14. Messidor) gehorsamst vorzulegen, von deren Erörterung das Schicksal der überrheinischen Besitzungen mehrerer Reichs-Mitglieder, und insbesondere einiger ihrer hohen Committenten abhängt.

Es haben nämlich die bevollmächtigten Minister der französischen Republik in gedachter Stelle erklärt: que ceux, qui ne sont pas en même tems, Comtes, Princes, Etats de l'Empire, qui n'ont à la Diète ni voix collective, ni individuelle, seront considérés comme de simples Particuliers et traités comme tels; und hieraus folgt, daß die Besitzungen wirklicher Reichs-Stände der französischen Republik verbleiben sollen.

Allein, hierbey tritt der Zweifel ein, ob auch jene, welche zwar in Ansehung eines auf der rechten Rhein-Seite liegenden Territoriums Reichs-Stände sind, aber nicht auf der linken Reichs-Stände waren, hier verstanden, und ob diese nicht in Ansehung ihres überrheinischen Eigenthums als Privat-Personen zu betrachten seyen? Dieß scheint wenigstens der Ausdruck der französischen Bevollmächtigten in ihrer Note vom 10ten Februar (22. Pluviose): Les Domaines des Princes, qui exerçoient la Souveraineté, entreront ainsi qu'il se pratique en pareil cas dans le Domaine de la Nation à qui la Cession est faite, mit sich führen, indem nur von jenem, so in den cedirten Landen die Souverainetäts-Rechte ausgeübt haben, und nicht von jenen, welche sie anderswo ausüben, die Rede ist.

Dann scheint obige Erklärung, es mag den dagegen von einer hochansehnlichen Reichs-Deputation geschehenen Vorstellungen Gehör gegeben werden oder nicht, nur zwey Gattungen von unmittelbaren Besitzern zu unterstellen, nemlich wirkliche Reichs-Stände einer, und reichsritterschaftlichen Mitglieder anderer Seits; Es giebt aber bekanntlich unmittelbare Reichs-Angehörige, welche weder wirkliche Reichs-Stände noch ritterschaftliche Mitglieder sind, und dahin gehören a.) die appanagirten Herren und

und weiblichen Angehörigen, Gemahlinnen, Töchter und Wittwen reichsständischer Häuser, b.) einige unmittelbare Reichs-Mitglieder, die weder einem reichsständischen Hause noch der Reichs-Ritterschaft zugehören. Es giebt endlich auch unmittelbare Herrschaften und Besitzungen auf dem linken Rhein-Ufer, die weder in einigem Verband mit einem Reichs-Kreise stehen, noch einem Ritter-Kanton einverleibt sind, und welche von der letztbenannten Gattung unmittelbarer Reichs-Mitglieder besessen worden.

Es dürfte demnach zur Vermeidung alles künftigen Mißverstandes sowohl, als zur allenfallsigen Berichtigung der Entschädigungs-Forderungen räthlich und erforderlich seyn, daß das Verhältniß aller dieser, unter die wirklichen Reichs-Stände und Reichs-Ritterschaft auf dem linken Rhein-Ufer nicht gehörigen Personen zu ihren daselbst besitzenden ritterschaftlichen oder sonstigen unmittelbaren Gütern deutlich bestimmt, und mit den französischen Bevollmächtigten übereingekommen werde, ob sie solche eigenthümlich behalten werden, oder der französischen Republik überlassen müssen.

Auch wird es Einer hochansehnlichen Reichs-Deputation erleuchtetst nicht entgehen, daß es von ähnlicher Erheblichkeit sey, an der ausdrücklichen Gleichstellung der Besitzungen des in einigen Landen des abgetretenen linken Rhein-Ufers landsäßig gewesenen Adels mit dem Privat-Vermögen keinerley Zweifel übrig zu lassen, so wie Hochdieselbe ohnehin geruhen wird, die endliche bestimmte Erklärung der französischen Bevollmächtigten, in Ansehung der innerhalb der alten Gränzen Frankreichs gelegenen Herrschaften und Güter deutscher Reichs-Stände und Angehörigen, zu erwirken, Hochdero tiefen Ermessen übrigens submissest anheim lassend, in wie fern eine gleiche, in vielem Betracht erwünschliche Erklärung, in Betreff der reichsständischen Besitzungen in den vormaligen kaiserl. königl. den burgundischen Kreiß ausmachenden Niederlanden, begehrt und betrieben werden könnte. Rastatt am 3ten September 1798.

Carl Friderich v. Kruse, Bevollmächtigter des Herrn Pfalzgrafen v. Birkenfeld, und der Frau Fürstin von Nassau-Weilburg, als Mit-Erben der gräfl. Dhaunischen Allodial-Verlassenschaft.

Friderich Gr. zu Solms, Bevollmächtigter der wetter. und westph. protestantischen Grafen.

P. J. Noel, als Bevollmächtigter des Herrn Reichsgrafen von Nesselrode-Reichenstein, und des Herrn Reichs-Fürsten Herzogen von Croy.

Præs. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 6ten September 1798.

Zweyhundert und neun und fünfzigste Beylage.

Promemoria des fürstlich speyerischen Herrn Particular-Abgeordneten an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 18ten September 1798.

[259]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 19. Septembris 1798.

Hochansehnliche Reichs-Deputation!

Es ist zwar in dem 3ten Absatze der letzten französischen Note vom 28. Fructidor (14ten September) den von der linken Rhein-Seite während dem Kriege Ausgewanderten ohne Unterschied die beruhigende Erklärung geschehen, daß die in der französischen Republik gegen die Auswanderung bestehenden Gesetze auf die überlassenen und nicht-reunirten Lande nicht anwendbar seyen. Es ist nicht zu zweifeln, und aus der Art, wie die französischen bevollmächtigten Minister diese allgemeine Beruhigung ertheilt haben, mit Grunde zu erwarten, daß hierunter alljene Lande gehören, worinn die deutschen Reichs-Stände ihre Rechte und Zuständigkeiten durch öffentliche Beamte ausüben lassen, mithin, daß diese Erklärung sich auch auf die, währenddem der Schauplatz des Krieges an der Queiche war, aus diesen Gegenden gezogenen, und ihrer deutschen Herrschaft gefolgten Diener und Einwohner erstrecke.

Unter den sehr beträchtlichen Landen, welche der Fürst von Speyer jenseits Rheins als Opfer des Friedens verliert, wozu sehr ansehnliche Besitzungen des Dom-Kapitels und anderer Stifter gehören, sind bekanntlich viele Aemter ober — und einige unter der Queich gelegen, deren Beamte, Diener und mehrere Einwohner, theils aus Dienstes-Pflicht, theils aus Furcht, mitten im Schauplatze eines verheerenden Krieges zu verweilen, theils auch durch den bekannten Druck der Roberspierschen Verfolgung ihre Heimath zu verlassen gezwungen worden sind, welchen obige Erklärung nun allerdings wieder den tröstlichen Rückzug in ihr Eigenthum eröffnet; sie macht also Unterzogenem um so mehr zur Pflicht, Ihnen die Sicherheit dieser Rückkehr auf alle Weise zu verschaffen.

Um jedoch allem möglichen Anstande, welcher denen aus der ehemaligen sogenannten Souverainetät gezogenen Beamten, Dienern und Einwohnern deutscher begüterter Fürsten bey ihrem Rückzuge gemacht werden möge, vorzubeugen, hält sich derselbe verbunden, die hochansehnliche Reichs-Deputation nicht nur auf diese schon so lange von ihrem rechtmäßigen Eigenthume und Heimath entfernte viele unglückliche Familien, deren einzige und letzte Hoffnung darinn beruht, daß sich der Segen des Friedens auch auf sie erstrecke, aufmerksam zu machen, sondern zugleich angelegentlich zu bitten, daß in der nächsten an die französischen bevollmächtigten Minister zu erlassenden Note,

durch eine nähere erschöpfende Bestimmung und zu bewirkende Zusicherung, aller mögliche Anstand über einen so gemeinsamen, und die ganze Existenz vieler rechtschaffenen Individuen entscheidenden Punct gehoben werden möge.

Rastatt am 18ten September 1798. Freyherr von Hompesch.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 18ten September 1798.

Zweyhundert und sechszigste Beylage.

Promemoria des reichsritterschaftlichen Herrn Ablegati an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 18ten September 1798.

[260]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 19. Septembris 1798.

Gehorsamstes Promemoria.

Die in der Note der französischen Ministres vom 28ten Fructidor enthaltene Erklärung: que les loix sur l'émigration ne sont point applicables aux pays cédés et nonréunis, même à Mayence, wodurch zugleich die — in der Note Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation vom 3ten März l. J. sich hierauf beziehende Artikel beantwortet seyn sollen, ist für einen großen Theil der Einwohner der abzutretenden Lande und insbesondere der reichsritterschaftlichen Mitglieder so wichtig, daß Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation Endes-Unterzogenem nicht zu verdenken geruhen wird, wann er sich erlaubt, Hochderselben einige Betrachtungen darüber mit der ehrerbietigsten Bitte vorzulegen, sie bey den fernern Unterhandlungen einer huldreichen Aufmerksamkeit zu wiedmen.

Wie Endes-Unterzogener in dem — Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation unterm 21ten December 1797. überreichten Promemoria bereits ausgeführt hat, theilen sich die beschädigten reichsritterschaftlichen Mitglieder, ausser denen im Elsaß und Lothringen allein begüterten — sonst unter der Reichs-Ritterschaft begriffenen — und im deutschen Reich immer als unmittelbar anerkannten Mitglieder

I.) in die rheinische Cantone, und

II.) in die — sowohl diesen — als andern Cantonen, besonders dem Bezirk Ortenau einverleibten Unmittelbaren, welche sowohl in Deutschland als im Elsaß, Lothringen oder sonst in Frankreich begütert sind, und also einen doppelten Civil-Stand in Frankreich und Deutschland genossen und behauptet haben.

Nun scheint zwar durch obbesagte Note der — allem Recht und Billigkeit gemäße Grundsatz der Nicht-Anwendung der Emigrations-Gesetze in Ansehung derjeni-

gen ohne alle Einschränkung nachgegeben zu seyn, deren Güter in den künftig abgetreten werdenden Landen des linken Rhein-Ufers gelegen sind; allein, nicht zu gedenken, daß diese Note

1.) stillschweigend die Aufhebung des Sequesters und den freyen Genuß dieser Güter bis zum völligen Abschluß des Friedens von der Hand weist.

2.) Daß sie dabey nur von denjenigen Landen des linken Rhein-Ufers spricht, welche nicht reunirt sind, und daß

3.) seit dem Jahr 1792. mehrere einzelne Districte des linken Rhein-Ufers in allerhand Wegen mit der französischen Republik vereinigt worden sind, in welchen Besitzungen reichsritterschaftlicher Mitglieder gelegen sind, welches in seinen Folgen um so bedenklicher werden möchte, als in der erwähnten Note vom 28. Fructidor die Stadt Mainz allein nur namentlich ausgenommen worden: So würden dadurch nicht nur

4.) diejenige reichsritterschaftliche Mitglieder, deren Güter sich in dergleichen reunirten Districten befinden, sich Zeuge des neuerlichen Verfahrens gegen die von Cathcart und Kellenbach in dem Fall sehen, daß die Emigrations-Gesetze gegen sie anwendbar gemacht würden; sondern es würden auch

5.) sowohl alle die, welche unter die Classe derer gehören, die in Lothringen und Elsaß oder sonst in Frankreich und in Deutschland zugleich Güter besitzen, als auch besonders noch

6.) diejenige, welche neben ihren Besitzungen in Lothringen und sonsten in Frankreich, auch in den rheinischen Cantonen possessionirt sind, und unter welche Classe namentlich die — auf der Emigranten-Liste sich befindende v. Hunoldstein, v. Hagen Vater und Sohn, von Helmstatt, von Schmittburg, von Bock, zu zählen sind, von dem Rücktritt in diese ihre Besitzungen ausgeschlossen seyn und sich ausgesetzt sehen, daß, wann sie sogar nur diese ihre rheinische Güter je wieder betreten, gegen sie die darauf gesetzte Todesstrafe vollzogen werden würde.

Die Gründe, nach welchen die Mitglieder des — in Deutschland und in Lothringen und Elsaß auch sonst unter französischer Souverainetät zugleich begüterten Adels nie auf die Emigranten-Liste haben gesetzt werden können, und nach welchen ihre bisherige Belassung auf denselben auf Irrthum beruht, sind in den Anlagen des — Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation sub dato 21ten December vorigen Jahrs überreichten Promemoria überzeugend ausgeführt, und in Gemäßheit derselben die gehorsamste Bitte schon damals, und in weitern unterthänigsten Promemorien gemacht worden, daß die Namen derjenigen unter Ihnen, so wie die Namen ihrer Frauen, Kinder und Wittwen, welche ohnerachtet ihrer anerkannten Eigenschaft als reichsritterschaftliche Mitglieder den Emigranten-Listen einverleibt worden, von diesen Listen ausgestrichen, und tam ratione amnestiæ quam gravaminum et restitutionis kein Unterschied bey Ihnen gemacht werde.

Wann nun aber gleichwohl vermög mehrerwähnter Note der französischen Ministres die Nicht-Anwendung der Emigrations-Gesetze blos auf die nicht-reunirten Lande des linken Rhein-Ufers nachgegeben, welches, da sie kein anwendbares Gesetz begründete, nothwendig von der Gerechtigkeit des französischen Gouvernements erwartet werden mußte, so würden solchemnach alle übrige vorerwähnte Mitglieder der Reichs-Ritterschaft sich in der Gefahr des gänzlichen Verlusts ihrer Besitzungen sehen, wann Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation nicht erwürken würde, daß die Erklärung der französischen Ministres über die Nicht-Anwendbarkeit der Emigrations-Gesetze auch auf sie, ihre Kinder, Frauen und Wittwen erstreckt, und sie in der Eigenschaft reichsritterschaftlicher Mitglieder und Angehörigen ohne Unterschied, ihre Güter mögen gelegen seyn wo sie wollen, und sie selbst mögen in Frankreich oder Deutschland gebohren seyn, von den Emigranten-Listen ausgestrichen, und in den Besitz ihrer Güter wieder eingesetzt, oder für diejenige, welche etwa davon veräussert worden, entschädiget werden.

Endes-Unterzogener legt Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation diese Bemerkung zur Beherzigung um so angelegener ehrerbietig vor, als — wann es bey der eingeschränkten Erklärung der französischen Ministres bleiben sollte, nicht nur eine Menge reichsritterschaftlicher Mitglieder den vorzüglichsten Theil ihres Vermögens verlieren, sondern auch mehrere derselben schlechterdings aller ihrer Haabe beraubt, in der verzweiflungsvollesten Lage seyn würden, und es nicht einmal wagen dürften, sich auf ihre — in den rheinischen Cantonen gelegene Güter zu begeben, und die sodann, von allen Quellen ihres Unterhalts entblößt, nur allein noch auf die huldvolle Protection und Verwendung Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation zu Erreichung obiger dringenden Bitte die Hoffnung setzen kann, den Rest ihrer Tage nicht in dem äussersten Elend verleben zu müssen.

Rastatt am 18ten September 1798.

Carl Freyherr von Gemmingen.

Præs. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 18ten September 1798.

Zweyhundert und ein und sechszigste Beylage.

Promemoria der Herren Particular-Abgeordneten des fürstlichen Gesammt-Hauses Nassau, und der wetterauischen und westphälisch-protestantischen Reichs-Grafen an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 18ten September 1798.

[261]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 24. Septembris 1798.

Promemoria.

Eine hochansehnliche Reichs-Deputation hat zu der Unterzeichneten lebhaftem Dank den fortgesetzten Druck der französischen Armeen auf dem rechten Rhein-Ufer zum Gegenstand besonderer Vorstellung an die französische Gesandtschaft gemacht: und obgleich deren Antwort ihren Wünschen nicht entspricht, so leben sie dennoch der Hoffnung, daß eine nochmalige Darstellung der täglich trauriger werdenden Lage dieser Lande endlich ihren Zweck erreichen, und wenigstens einige Erleichterung bewirken werde. Unterzeichnete haben bereits am 3. d. Einer hochansehnlichen Reichs-Deputation das harte Schicksal dieser Gegenden zu schildern versucht. Kaum sollte man glauben, daß ein solcher Zustand noch unglücklicher werden könnte; — und doch hat dieß die Erfahrung gelehrt. Nachfolgende gedrängte Erzählung des seit diesem Zeitpunct vermehrten Elends wird Einer hochansehnlichen Reichs-Deputation hinlänglichen Grund zu wiederholter Vorstellung geben; und man müßte die Gerechtigkeit der französischen Regierung bezweifeln, wenn man annehmen wollte, daß ihr Wille die Ursache so ausserordentlicher Leiden sey. Aus dem Promemoria vom 3ten ist die nun ausgeschriebene Kontribution bekannt. Was damals als Drohung angezeigt wurde, ist zur Ausführung gekommen: man ist wirklich, und zwar an verschiedenen Orten früher als man nach den gegebenen Terminen erwarten konnte, zu kostspieliger militärischer Execution geschritten, und hat auf diese Art die erste Hälfte da und dort eingetrieben; während man noch jetzt an einigen Orten dem Druck der Zwangsmittel nichts als die physische Unmöglichkeit, so harte Forderungen zu befriedigen, entgegenstellen kann. Täglich muß man weitern Executionen entgegen sehen. Alle Bedürfnisse der Armee werden unter dieser Drohung in kurzen Fristen gefordert. — Während die sich noch immer vermehrenden Truppen vom Land verpflegt werden, muß der Einwohner zu Magazin-Anlegung, angeblich für 10tägigen Unterhalt der Armee, für Lager die bezogen werden sollen, und für das Haupt-Quartier des Ober-Generals Lieferungen leisten. Diese Zufuhr an Mehl und Fourage richtet den Viehstand zu Grund, hindert den Landmann an Erndte und Aussaat, und so bereitet eine jammervolle Gegenwart eine noch unglücklichere

Zukunft! Dabey werden die Lieferungen ohne Rücksicht auf Entfernung, an mehreren Orten zu gleicher Zeit verlangt. In der nemlichen Woche soll Kontribution bezahlt, in das Haupt-Quartier Holz und Fourage gebracht, einzelne Magazine der Divisionen angefüllt, Stroh in das Lager bey Friedberg geführt; und Haber für die campirende Cavallerie abgegeben werden. Unmöglich kann überall genug geschehen; und die Executionen sind vor der Thüre. —

Die nächste Folge dieses Systems ist Mangel der Lebens-Bedürfnisse, welcher in kurzer Zeit noch fühlbarer werden muß, als er es jetzt schon ist. Erpressungen manchfaltiger Art, die eben so natürliche Folgen einer den Kräften des Landes unangemessenen Truppenzahl sind, veranlassen neue Klagen der Unterthanen; und es ist leicht voraus zu sehen, daß bey ihrer längern Anwesenheit auch endlich alle Kriegszucht nachlassen wird. Sollten gar, nach ältern Vorgängen, die Requisitionen noch weiter gehen, und der zweyte Termin der Kontribution ganz oder zum Theil beygetrieben werden, so ist wahrscheinlich Hunger und Auswanderung das endliche Schicksal des jetzt schon aufs äusserste ausgesogenen Landes.

Unterzeichnete sind daher überzeugt, Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation werde wiederholt alles versuchen, wodurch grösseres Unglück abgewendet werden kann, und sich namentlich dahin verwenden,

„daß fernern Requisitionen Einhalt gethan, und von Beytreibung der noch nicht „bezahlten Brandschatzung abgestanden werde.

Rastatt am 18ten September 1798. Carl Friderich von Kruse,
Bevollmächtigter der fürstlich nassauischen Häuser.

Friderich Graf zu Solms-Laubach,
Bevollmächtigter der wetterauischen und westphälisch-
protestantischen Grafen.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 19ten September 1798.

Zweyhundert und zwey und sechszigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 22ten September 1798.

[262]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 24 Septembris 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen ausserordentlichen Reichs-Deputation gebührend unverhalten:

Die Reichs-Friedens-Deputation halte dafür, daß auf die beyden jüngsten französischen Noten vom 28. Fructidor (14ten September) zu erwiedern sey:

[Hier ist aus dem Conclusum der 68sten Sitzung vom 22. September 1798. die Stelle von den Worten: Sehr angenehm sey allerdings ꝛc. — bis: gewiß aufrichtigst bestrebe — (siehe Prot. Th. II. Seite 438. bis Seite 443.) eingerückt.]

Die Reichs-Friedens-Deputation sey überzeugt, daß durch diese Antwort abermal der endlichen Pacification um ein Merkliches werde näher gerückt werden; Sie schmeichle sich daher, der deßfallsigen Vereinigung der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz mit Zuversicht entgegen sehen zu können.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 22ten September 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und drey und sechszigste Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 24ten September 1798.

[263]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 25. Septembris 1798.

Der römisch kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete Commission hat das Gutachten der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation vom 22ten dieses Monats nach seinem ganzen Innhalte genehmiget, und hiernach unterm gestrigen die in Abschrift hier beygeschlossene Note an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik erlassen. Indem Sie nun die vortreflicheReichs-Friedens-Deputation hievon unterrichtet, verbleibt Sie sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten mit freundlichem und geneigtem Willen stets zugethan. Signatum zu Rastatt den 24ten September 1798.

Franz Georg Carl,

(L. S.) Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch-kaiserlichen Majestät zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordneten höchstansehnlichen Commission wegen, dem hochlöblichen kurmainzischen Directorium der Reichs-Friedens-Deputation einzuhändigen.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 24ten September 1798.

Anlage

Anlage zur zweyhundert und drey und sechszigsten Beylage.

Abschrift der Note des Herrn Grafen v. Metternich Excellenz an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik. Rastatt den 23. September 1798.

Sehr angenehm war allerdings der Eindruck, den die, in der Friedens-Sache selbst, erlassene Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 14ten September bey dem Unterzeichneten, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, hervorbrachte. Ihre merkliche Annäherung in einigen wesentlichen Puncten des Friedens-Geschäftes begründeten die beruhigende Hoffnung in vollem Maaße, daß man dem glücklichen Augenblicke beträchtlich näher gekommen sey, an dem sich Deutschland und Frankreich die Hand des Friedens wieder reichen würden. Bey dem lebhaften Bestreben nach dieser baldigen Pacification, welches man diesseits durch so große Opfer so anschaulich, anhaltend und thätig bewies, bleibt es nur immer noch empfindlich, daß dieses laute Bestreben von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik stäts verkannt, und dagegen behauptet werden mogte, daß man diesseits eine völlige Gleichheit von Vortheilen auf Seiten der contrahirenden Staaten beziele — eine Gleichheit, die sicher alsdann noch weniger denkbar ist, wenn man in der festen Zuversicht, daß ebenso jenseits in den für das deutsche Reich gleich wesentlichen, und zum Theile noch wichtigeren Puncten, eine wechselseitige Nachgiebigkeit eintreten, und man die geschehenen Anverlangen erfüllen werde, — auch nunmehr noch dem weitern Verlangen der französischen bevollmächtigten Minister entspricht, und Ihnen, nebst der Ueberlassung des linken Rhein-Ufers, auch die Petersau bey Mainz und die Schleifung der Festungs-Werke von Ehrenbreitstein gegenwärtig zusichert, dabey jedoch das Ansinnen wiederholt, daß einsweilen die conventionsmäßige Verproviantirung dieses letzten Platzes nicht länger behindert werde.

Wie nun die bevollmächtigten Minister der französischen Republik versichern, daß, nach Berichtigung der drey in der gedachten Note eigends ausgehobenen Puncte, man wegen alles Uebrigen leicht übereinkommen werde, so ist man um so mehr bereit, zur baldigsten Erledigung dieser drey, allerdings höchsterheblichen Puncte, nach Kräften beyzuwirken; man nimmt daher

Ad 1mum nicht nur den Verzicht der bevollmächtigten Minister der französischen Republik auf die Festungs-Werke von Kehl und Kassel, — sondern auch die Zusicherung mit Vergnügen an, daß ihre Absicht dahin gehe, alle Besorgnisse in Hinsicht auf diese Besitzungen zu heben. Da aber, um diese Absicht ganz zu erfüllen, erfordert wird, daß auch auf die vorbehaltenen Territorien, so wie auf jede Art von Besitzung und jeden Berührungs-Punct diesseits des Rheins, worauf Anträge gerichtet worden sind, von der französischen Republik verzichtet werde; so faßt man um so mehr zu dem französischen Gouvernement das zuversichtliche Vertrauen — und man muß um so,

fester darauf bestehen, — daß es auch diesen Verzicht noch leisten werde, als die französische Gränze durch die Petersaue und die Demolition der Ehrenbreitsteiner Festungs-Werke gewiß ohnehin schon hinlänglich gedeckt ist, das vorbehaltene Terrain aber keinen reellen Werth hat, und die französische Republik durch diesen Verzicht zu erkennen geben wird, daß sie ebenfalls alles zu entfernen suche, was künftig zur Störung des guten Vernehmens zwischen den beyden Staaten Gelegenheit geben könnte, und daß sie durch ein völliges Einverständniß über diesen Punct das hauptsächlichste Hinderniß der Pacification gänzlich zu heben, auch ihres Ortes geneigt sey.

Ad 2dum haben sich die bevollmächtigten Minister der französischen Republik auch in Ansehung des Schuldenwesens auf dem linken Rhein-Ufer in ihrer jüngsten Note auf eine Art geäussert, welche wenigstens die Aussicht zu einer möglichen Vereinigung in diesem Betreffe eröffnet, deßfalls man alle ihre über diesen Gegenstand gemachte vortheilhafte Erklärungen vorläufig annimmt; übrigens aber zu gänzlicher Bestimmung und Auseinandersetzung dieses so äusserst wichtigen, in das Privat-Interesse und die Privat-Rechte so tief eingreifenden Gegenstandes, folgendes bemerken muß:

a.) Diesseits kann man unter dem jenseitigen Ausdrucke: *dettes communales*, nichts anders als die Schulden von Land- und Stadt-Gemeinden, Aemtern, Districten und Corporationen, kurz solche Schulden verstehen, welche nicht der ganze Staat, sondern blos einzelne Körperschaften zu Bestreitung ihrer gesellschaftlichen Bedürfnisse und Lasten contrahirt haben. Diese Gattung von Schulden sind lediglich Privat-Schulden; sie afficiren das Staats-Vermögen nicht; die deutschen Landes-Herren haben an denselben keinen directen Antheil; für diese Communal-Schulden bleiben die Communal-Glieder und die verpfändeten Communal-Güter allein verhaftet; die Staats-Kassen haben mit der Bezahlung dieser Schulden nichts zu thun; die Bezahlung muß allein von den schuldenden Communen, Aemtern, Districten, Körperschaften, oder denjenigen, die an der letzteren Stelle treten, geleistet werden; diese Gattung von Schulden, als welche ihre ausgemessene Bestimmung bereits hat, kann daher zu gegenwärtiger Discussion unmöglich gezogen, noch weniger in Rücksicht derselben irgend einem Unterschiede zwischen Schulden, die vor und nach dem gegenwärtigen Kriege contrahirt sind, Platz gegeben werden.

b.) Die *dettes provinciales* oder Landes-Schulden haben nach der Verschiedenheit der reichsständischen Territorien auch so verschiedenartige Ansichten und Verhältnisse, daß es nothwendig wird, diese den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik ausführlich vorzulegen, bevor man zu Aufstellung allgemeiner Grundsätze über dieselbe schreiten kann. Die bevollmächtigten Minister der französischen Republik werden sich mit diesem Detail um so lieber bekannt machen, als sie in ihrer jüngsten Note erklären, daß sie mit der Deputation die aufrichtige Absicht theilen, in dem Schuldenwesen alles deutlich zu bestimmen, um zwischen den beyden Staaten den Saamen verwickelter Discussionen nicht zu verewigen. Sie wiederholen vorerst, daß die Schulden

der zu überlassenden Lande auf die Lande der rechten Rhein-Seite, welche zur Entschädigung würden gegeben werden, übertragen werden sollen. Diesemnach ist nur noch von Schulden solcher Lande die Frage, deren bisherige Landes-Herren wirklich andere Gebiethe auf der rechten Rhein-Seite zur Entschädigung bekommen sollen. In diesen Landen ist aber nach der jedesmaligen Landes-Verfassung die Art höchst verschieden, wie Landes-Schulden contrahirt werden; ein Land hat Land-Stände, das andere keine; in dem einen Lande ist die Domainen-Kasse von der Landes- oder Steuer-Kasse ganz getrennt, ein anderes Land kennt diesen Unterschied ganz nicht, sondern in demselben fließt alles in eine Kasse. In einigen Landen, wo zwey gesönderte Kassen sind, administriren die Land-Stände und die Landschaft ihre Kasse selbst, in andern verwaltet der Landesherr beyde; in einigen Landen endlich stehet jeder Kasse ein eigenes Collegium vor, in andern stehen alle Kassen ohne Unterschied unter einer Finanz-Kammer. Es ist also, um zu dem so nöthigen allgemeinen Kennzeichen einer wahren **Landes-Schuld** (dette provinciale) zu gelangen, eigentlich nur ein Criterium denkbar, nämlich, daß die Schuld zum Bedürfnisse und zum Besten des Landes aufgenommen worden sey; alsdann ist es eine wahre Landes-Schuld (dette provinciale), welche auf dem Lande haften bleibt; — sollte es übrigens, nach vorgängiger reifer Prüfung und Beleuchtung dieses so vielseitigen und verwickelten Gegenstandes, angemessen befunden werden, daß diejenigen Landes-Schulden, welche gelegenheitlich des jetzigen Kriegs und für die Reichs-Kriegs-Kosten gemacht worden sind, auf die Entschädigungs-Objecte des rechten Rhein-Ufers übertragen würden, so würde diese Ausnahme auch noch die nähere Bestimmung erfordern, daß diese Schulden von Kriegs-Kosten herrühren müßten, welche gegen die französische Republik, nicht aber für und zum Besten der französischen Armeen verwendet worden sind.

Dann erstrecken sich viele Lande zugleich auf beyde Rhein-Seiten; es wird daher auch wegen der Schulden dieser Lande gleichfalls eine nähere Bestimmung eintreten müssen. Hiebey wird es wohl, wenn nicht diese Schulden pro ratis der einzelnen Länder-Theile mit vieler Schwierigkeit getheilt werden sollen, auf die in der Schuld-Verschreibung dem Gläubiger verpfändete Special-Hypothek ankommen müssen, und etwa die Schuld derjenigen Rhein-Seite zufallen, auf welcher die Special-Hypothek liegt. — Wenn hiernächst die bevollmächtigten Minister der französischen Republik schließlich zusicheren, daß

c.) die Rechte dritter Gläubiger vorbehalten bleiben sollen; so ist dieses den diesseitigen Gesinnungen, und den in den vordern diesseitigen Noten entwickelten rechtlichen Grundsätzen so ganz angemessen, daß man diese Zusicherung in der Hoffnung mit Vergnügen annimmt, es werde sich solche auch auf den freyen und ungeschmälerten Bezug von Kapitalien und Zinnsen in der Art erstrecken, wie dieses zwischen den Contrahenten jedesmal stipulirt worden ist. Endlich

Ad 3tium erkennt man allerdings die Erklärung der französischen bevollmächtigten Minister, daß die französischen Emigrations=Gesetze auf die überlassenen deutschen Lande, auch selbst auf Mainz, nicht angewendet werden sollen, als einen schätzbaren Beweis vorzüglicher Gerechtigkeits=Liebe. Da nun ausser Zweifel ist, daß die gesammten deutschen Lande jenseits des Rheins, welche erst durch den künftigen Friedens=Schluß auf gleiche Weise und zu gleicher Zeit an Frankreich überlassen werden sollen, auch auf eine völlig gleiche Behandlung nach Grundsätzen der Gerechtigkeit mit vollem Vertrauen Anspruch zu machen haben; da ferner die geschehenen Reunionen gegen die Einwohner der reunirten Lande, — auf welche die bevollmächtigten Minister der französischen Republik die Emigrations=Gesetze gleichwohl anwenden zu wollen scheinen, — weder vor der Ueberlassung des Reiches angezogen werden, noch durch dieselbe eine zurückwirkende Kraft erlangen können, so darf man von dem französischen Gouvernement zuversichtlich erwarten, es werde von selbst gerecht erachten, auch noch weiter zu erklären, daß diese französischen Emigrations=Gesetze auf irgend einen Theil jener deutschen Lande, welche durch den künftigen Reichs=Frieden an Frankreich gelangen, so wie auch insbesondere auf die Besitzungen deutscher Stände, unmittelbarer reichsritterschaftlicher Mitglieder, und sonstiger Reichs=Angehörigen in Lothringen, im Elsaße, und in Frankreich selbst nicht angewendet werden, auch diese Nicht=Anwendung jedermann ohne Ausnahme, wessen Standes und Würde er sey, zu Statten kommen, allem aber, was dagegen bisher in Beziehung auf Personen und Eigenthum irgend geschehen, gerechtest abgeholfen werden solle. Wie man nun übrigens mit den französischen bevollmächtigten Ministern darinn vollkommen übereinstimmt, daß nach Erledigung obiger drey Hauptpuncte eine baldige Uebereinkunft über alle andere noch zu bestimmende Punkte und Artikel nicht mehr ferne seyn werde; so will man, um in den gedachten Haupt=Gegenständen destoeher zu einer baldigen Vereinigung zu gelangen, sich über alle bis jetzt noch nicht bestimmte Puncte gegenwärtig annoch im Allgemeinen das Weitere vorbehalten.

Unverkennbar ist indessen jetzt schon das Friedens=Geschäft glücklicher Weise dergestalt vorgerückt, daß jede Sicherheits=Maßregel in den Landen der rechten Rhein=Seite für die französische Republik von Tage zu Tage überflüßiger wird; man kann demnach, zu Beantwortung der zweyten Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 14ten September nicht umhin, den in der diesseitigen Note vom 11ten September so nachdrücklich und dringend gemachten Antrag, um Abzug der französischen Truppen von dem rechten Rhein=Ufer, auch noch dermalen, wo die Exactionen dieser Truppen täglich zunehmen, aufs angelegentlichste zu wiederholen; und man muß sich von der Gerechtigkeits=Liebe des französischen Gouvernements versprechen, es werde bey der gegenwärtigen Lage der Unterhandlungen unverweilt, wenigstens provisorisch verfügen, daß der größte Theil der Truppen diese Lande verlasse, auch allen ferneren Requisitionen sogleich Einhalt gethan, und von Beytreibung der

noch nicht bezahlten Contributionen abgestanden werde. Durch diese so gerechte Verfügung wird der so schwer gedruckte Theil des rechten Rhein-Ufers wenigstens ein Vorgefühl desjenigen friedlichen Zustandes empfinden, welchen, über ganz Deutschland baldigst zu verbreiten, man sich diesseits gewiß aufrichtigst bestrebt.

Unterzeichneter erneuert hierbey den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik die Versicherung seiner ausgezeichnetesten Hochachtung.

Zweyhundert und vier und sechszigste Beylage.

Französische Note vom 12. Vendémiaire an VI. (3ten October 1798.)

[264]

(Ist mit der Anlage zu [265] ganz gleichlautend.)

Zweyhundert und fünf und sechszigste Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 5ten October 1798.

[265]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 8. Octobris 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete Commission hat auf die diesseitige Note vom 23ten September beyliegende Gegen-Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 3ten dieses Monats (12. Vendémiaire) erhalten, welche Sie der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation andurch zur Erstattung des Gutachtens mittheilt. Womit die kaiserliche höchstansehnliche Commission sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten mit freundlichem und geneigtem Willen stäts zugethan verbleibt. Signatum zu Rastatt den 5ten October 1798.

(L. S.) Franz Georg Carl,
Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch-kaiserlichen Majestät zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordneten höchstansehnlichen Commission wegen, dem hochlöblichen kurmainzischen Directorium der Reichs-Friedens-Deputation einzuhändigen.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 5ten October 1798.

Anlage zur zweyhundert und vier und sechszigsten Beylage.

Copie d'une Note des Ministres français, à S. E. M. le Comte de Metternich-Winnebourg, Rastadt le 12. Vendémiaire an VII. de la République française, (le 3. Octobre 1798.)

Les Soussignés Ministres plénipotentiaires de la République française pour la Négociation avec l'Empire germanique, ont reçu la Note de la Députation de l'Empire, qui leur a été communiquée le 2. Vendémaire présent mois par le Ministre plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur.

La Députation de l'Empire ne pouvait manquer d'être ramenée enfin au véritable intérêt, au besoin réel et préssant de l'Allemagne, la paix avec la France. C'est sans doute un grand pas vers ce but tant souhaité, après la céssion complette des pays situés à la gauche du Rhin, que le consentement formel donné à la démolition des fortifications d'Ehrenbreitstein, et la nouvelle céssion faite à la République de l'Isle fortifiée de St. Pierre; et plus cet avancement des affaires est salutaire à l'Empire, plus il convient d'en profiter pour prévenir le retour du Systême temporisateur, dont les conséquences seraient aujourd'hui si dangereuses. Le moment est venû de faire cesser, par des actes décisifs, cette alternative de paix et de guerre, également fatigante, quoique sous des rapports différens pour les deux nations, et qui eût été levée il y a longtems, si on eût mieux réfléchi à quelle influence des principes français on s'exposerait par une rupture. Au jugement des peuples, car il appartient surtout à un peuple libre d'invôquer ce témoignage, le Directoire exécutif a constamment porté dans la Négociation actuelle un caractère de dignité condescendante et de modération qu'on peut appeller sans exemple dans l'histoire des traités conclus par des puissances victorieuses; cette conduite dictée par l'amour de l'humanité, le Directoire veut la soutenir encore, il donnera à l'Empire une dernière et bien grande preuve de ses sentimens pacifiques, en lui assurant la réstitution tant sollicitée des Territoires de Kehl et de Cassel; et cela, au moment même, où un revers passager n'a servi qu'à centupler l'énergie et les forçes nationales, qui sans doute n'auront à se déployer que contre d'anciens et irréconciliables ennemis; mais une rénonciation si importante en elle même, puisqu'il s'agit d'une partie précieuse des conquêtes de la République, si rémarquable dans la circonstance qu'on vient d'indiquer, doit faire disparaître à l'instant toutes les difficultés, et vaincre toutes les résistances. Les Soussignés ont murement consideré l'état actuel de la Négociation, ce qui a été fait, et ce qui reste à faire, ce qu'il peut y avoir à éclaircir ou à rectifier, enfin ce qu'il leur est permis d'accorder encore, et ce qu'il leur est impossible d'accorder jamais. Cette Note est destinée à présenter la dessus des résultats trop certains, pour laisser l'espérance d'aucun changement ultérieur. Le nouveau sacrifice que le Gouvernement français consent d'offrir à la paix, sera le prix d'une accession prompte aux articles suivans: accession que le bien de l'humanité fait désirer ardemment aux Soussignés, et qu'ils attendent de la Députation

de l'Empire conseillée par elle-même. On croit inutile d'observer, que la pluspart des articles, qui vont être rappellés dans cette Note, ayant déjà reçu une solution formelle, on ne pourrait les soumettre à une nouvelle discussion, sans que cette marche n'indiquat l'intention sécrette d'éloigner le terme de la pacification.

1.° La Délimitation du cours du Rhin et de ses Isles, et la liberté de la navigation du fleuve étant sans contredit une des parties les plus importantes du traité futur; les Soussignés ont eû soin de s'expliquer très clairement à cet égard, d'abord dans les Notes des 14. Floréal et 4. Messidor, ensuite dans celle du 1. Thermidor interprétative des deux précédentes. Il leur a parû cependant, en rélisant plus attentivement les Notes correspondantes de la Députation de l'Empire, qu'il était à propos d'éclaircir et de déterminer d'une manière invariable ce qu'on voudrait voir encore de douteux et d'incertain dans ce qu'ils ont déclaré sur cet objet important.

De deux moyens proposés par l'Empire pour le portage du fleuve, le Gouvernement français a admis le Thalweg ou chemin de navigation; la Députation y a acquiescé dans sa Note du 23. Thermidor; mais faute probablement d'y avoir assés réfléchi, elle a accompagné cet acquiescement de dispositions contradictoires qui détruiraient le principe, et que les Soussignés n'ont jamais été disposés ni autorisés à adopter, puisqu'ils ont toujours persisté dans leur Note du 1. Thermidor, par laquelle ce principe est consacré. Ils y persistent aujourd'hui de plus fort, et déclarent positivement, que par le Thalweg il faut entendre rigoureusement le milieu du cours principal et navigable du Rhin proprement dit: que l'a, où le fleuve prendrait un autre nom, la branche qui a retenû ce nom, est celle qui formera le Thalweg; et que le Gouvernement français ne consentira jamais à ce que l'Empire ou l'un de ses Membres puisse conserver, en aucune manière, quelque propriété ou droit sur des parties situées à la gauche du Thalweg, tel qu'il vient d'être défini: toute direction contraire à cette ligne de limite est manifestement incompatible avec le principe de la barrière du Rhin pour les deux Etats; à l'égard des Isles, la Députation est tombée d'accord de tout ce qui a été proposé par les Ministres plénipotentiaires de la République française; mais, en consentant indépendamment de la cession consommée de l'Isle de St Pierre que les Isles du côté droit du Thalweg, qui auraient été sous la Souveraineté française, y restent à l'avenir, elle a exprimé la condition de réciprocité pour l'Empire germanique et les Seigneurs territoriaux, rélativement aux Isles du côté gauche du Thalweg soumises jusqu'à présent à la Souveraineté germanique. Les Soussignés se référant à l'article 2. de leur Note du 1 Thermidor, réfusent formellement la réciprocité demandée par la Députation de l'Empire, parcequ'elle serait destructive des avantages que la République doit se promettre de la céssion de la rive gauche dont ces Isles sont partie, et que la réstitution des territoires de Kehl et de Cassel sera pour l'Empire une compensation libérale de ce qui est acquis à la France,

Venant actuellement aux points rélatifs à la navigation du Rhin, il résulte du rapprochement scrupuleux que les Soussignés ont fait des Notes réspectives, qu'on est à peu de chose près entièrement d'accord sur l'éssentiel de ce qui a été proposé dans cette matière, de la part des Ministres plénipotentiaires de la République française, dans leurs Notes des 14. Floréal, 4. Messidor et 1. Thermidor, et de la part de la Députation de l'Empire dans ses réponses des 28. Floréal, 20. Messidor et 23. Thermidor; mais parmi quelquels difficultés légères, on en remarque deux ou trois plus conséquentes, et qu'il est nécessaire de resoudre promptement.

La première de ces difficultés régarde la liberté même de la navigation; à cet égard, les Soussignés répéteront, que la navigation du Rhin sera entièrement libre pour les deux Nations française et allemande, mais la République ne peut consentir actuellement à aucune extension que la Députation de l'Empire entendrait donner au principe.

La seconde consiste en ce que la Députation de l'Empire a demandé, qu'à l'article concernant le chemin de hallage on ajoutat ces mots: *selon le besoin et la possibilité.* Les Soussignés ne sauraient s'expliquer les motifs de cette addition, ils ne peuvent l'adopter; elle est au moins inutile, si même elle n'est pas dangereuse et propre à favoriser dans la suite des prétextes pour éluder ou contester l'exécution de l'article. La Députation a demandé encore que les matériaux nécessaires à l'entretien du chemin de hallage, qui manquent dans plusieurs points de la rive droite, tandis qu'ils abondent sur la gauche, puissent être pris sur celle-ci, selon l'exigence, et en les payant un prix raisonnable; cette facilité pourra être accordée, mais soumise cependant aux réglemens intérieurs de la République.

La troisième difficulté est rélative à l'abolition des péages sur le Rhin; en convenant de la suppression actuelle de ces entraves du commerce, la Députation de l'Empire a proposé d'insérer au Traité de paix la condition, que la suppression éffective n'aurait lieu que dans deux ans, estimant sans doute ce temps nécessaire pour l'établissement du nouvel ordre des choses. Une pareille demande a dû fixer toute l'attention des Ministres plénipotentiaires de la République française. C'est sans doute dans des questions de la nature de celle-ci que le provisoire tue souvent le définitif; et quand on réfléchit, que la République française, en même tems qu'elle a réclamé l'abolition de ces péages oppressifs, s'est hâtée de sacrifier de son côté ceux qui se perçevait à son profit, et jusqu'aux droits dont elle se trouve exclusivement propriétaire, on ne croit pas avoir à combattre une opposition sérieuse de la part de l'Empire, qui au fond est le favorisé dans cet arrangement. Cependant le Gouvernement français toujours disposé aux voies de conciliation, consentira à ce que l'abolition de tous les péages sur le Rhin sera stipulée dans le traité comme principe, et comme devant avoir son plein et entier éffet; six mois après l'echange des ratifications, sans qu'aucun péage, sous aucun prétexte, puisse être prorogé ni remplacé au delà de ce terme.

2.° En

2.° En demandant l'affranchissement des fleuves intérieurs de l'Allemagne, le Gouvernement français donnait aux habitans de l'Empire, directement intéréssés à cette liberté de navigation, un témoignage de sa bienfaisance. Les Soussignés n'insisteront pas sur cet article qu'ils recommandent néanmoins à la sagesse de la Députation de l'Empire; mais ils demandent formellement pour la République française, la suppression actuelle du péage d'Elsfleth sur le Weser, comme étant une entrave extrémement nuisible à son commerce avec la ville de Bremen. Ils demandent également, par suite des rélations industrielles de leur Nation avec l'Allemagne, et de l'affection particulière que leur Gouvernement porte à un objet d'un si haut intérêt, que les villes Anséatiques * de Bremen et de Hambourg, et la ville libre et Impériale de

* Die Sorge für die Erhaltung der bestehenden Handels-Privilegien und übrigen ständischen Freyheiten, so wie das Verhältniß bey künftigen Reichs-Kriegen, hatten die Hansee-Städte bald nach Eröffnung des Friedens-Congresses veranlaßt, der Reichs-Friedens-Deputation das folgende, zum Protocolle jedoch nicht registrirte Promemoria durch ihre Bevollmächtigte übergeben zu lassen.

Dictatum per Moguntinum Rastadii 23. Januarii 1798.

P. P.

Nach dem mehrmaligen, besonders aus dem Instrumente des westphälischen Friedens erhellenden Vorgange finden sich die Hansee-Städte Lübeck, Bremen und Hamburg, veranlaßt, angelegentlichst zu wünschen, auch in den jetzt zu Rastatt zu errichtenden Reichs-Friedens-Tractat namentlich mit eingeschlossen zu werden, und dadurch nicht nur so wie vormals die feyerliche Zusicherung des ungestörten Besitzes und Genusses aller ihrer ständischen Freyheiten und Handels-Privilegien zu erhalten, sondern auch für alle künftige Zeiten eine vollkommene Sicherstellung gegen die widrigen Erfahrungen zu erlangen, die in Hinsicht auf ihre Handlung und Schiffahrt der jetzt beendigte Reichs-Krieg zu ihrem und des gesammten Deutschlandes Nachtheil herbeygeführt hat.

Die reichsväterliche Fürsorge Sr. kaiserlichen Majestät und die preiswürdigen Bemühungen der höchstansehnlichen, in Rastatt versammelten Reichs-Deputation erregen bey den besagten Städten mit den Empfindungen der lebhaftesten Dankbarkeit zugleich die zuversichtlichsten, vertrauensvollen Hoffnungen für die Gewährung der Wünsche, welche zu obberegtem Zweck das beygefügte Promemoria darstellt, und der kaiserlichen hohen Plenipotenz gleichfalls ehrerbietig vorgelegt sind.

Indem die unterzeichneten Abgeordneten der Hansee-Städte die Ehre haben, dasselbe Einem höchstverehrlichen Reichs-Deputations-Directorio zu überreichen, bitten sie zugleich um hochgeneigte Erlaubniß, durch angelegentlichste Empfehlung jener Wünsche zur gewogensten Erfüllung, dem Auftrage ihrer Herren Committenten pflichtmäßig Genüge leisten zu dürfen. Rastatt, den 12ten Januar 1798.

Rodde,	G. Gröning,	Doorman,
Abgeordneter von Lübeck.	Abgeordneter von Bremen.	Abgeordneter von Hamburg.

Praes. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 13. Jänner 1798.

Francfort conservent leur existence politique, et soyent confirmés et maintenues dans la plénitude de leur indépendance constitutionnelle.

3.° Il sera stipulé qu'on ne pourra jamais, de part ni d'autre, s'opposer au rétablissement et à l'entretien des ponts commerciaux qui éxistent sur les deux points du Rhin, ou qui y éxisteraient par la suite de gré à gré entre les rivérains. Ces communications purement commerciales sont à l'avantage des deux Nations.

Promemoria.

Die Wahrheit der Behauptung, daß die Handlung und Schiffahrt der drey Hansee-Städte, Lübeck, Bremen und Hamburg, nicht blos für diese und etwa für die, solchen zunächst liegenden deutschen Staaten, sondern allgemein für ganz Deutschland von der größten Wichtigkeit sey, ist längst so sehr durch die Erfahrung bewiesen, daß es deßfalls wohl keines weitern Beweises bedarf. Auch kann jeder, der nur einigermaßen mit dem Gang des Handels, und besonders des deutschen See-Handels bekannt ist, sich selbst durch eignes Nachdenken sehr leicht davon überzeugen, wenn er erwägt, wie sehr die drey Hansee-Städte den Verbindungen Deutschlands mit entfernten Ländern, ja selbst mit andern Welttheilen beförderlich sind, und wie viel sie zur Vertauschung der entbehrlichen Producte und Fabricate des ganzen Deutschlands gegen die, demselben unentbehrlichen Producte und Fabricate entfernter Länder beytragen, daß folglich der, durch die Hansee-Städte so würksam betriebene deutsche See-Handel nicht nur auf den Ackerbau und Bergbau, die Manufacturen und Fabriken, sondern überhaupt auf den ganzen deutschen Land-Handel, der vorzüglich durch den See-Handel in Thätigkeit gesetzt wird, ja selbst auf alle Gewerbe und die Industrie der entferntesten deutschen Staaten den wichtigsten Einfluß haben muß, wie sich dieß denn auch bey jeder irgend anhaltenden Stockung oder Abnahme des deutschen See-Handels sehr bald zeigt.

Ist aber dem deutschen Reiche an der Erhaltung der Handlung und Schiffahrt der drey Hansee-Städte gelegen, so darf es ihm auch keinesweges gleichgültig seyn, ob diese Städte in ihrer jetzigen Verbindung mit dem deutschen Reiche, nämlich in ihrer Reichs-Unmittelbarkeit erhalten werden, oder nicht, indem es ausser allem Zweifel ist, daß nicht blos die geographische, sondern auch besonders die politische Lage derselben, und ihre glückliche, der Handlung vorzüglich günstige Verfassung, diese Städte vor andern zur Betreibung der Handlung und Schiffahrt so geschickt macht.

Auch ist es sehr einleuchtend, und durch die Erfahrung älterer und neuerer Zeiten bestätigt, daß jeder Krieg nicht nur für die daran theilnehmenden Nationen, sondern auch für das Ganze in eben dem Verhältnisse mehr oder minder verderblich und drückend ist, in welchem dadurch der Handel, besonders der See-Handel und die Schiffahrt, mehr oder minder gestört und gehemmt werden.

Denn hiedurch werden nicht nur alle ausländische Producte und Fabricate vertheuert, sondern es wird auch zugleich der Absatz inländischer Producte und Fabricate vermindert, und folglich in den wichtigsten Zweigen der Industrie und des Erwerbes eine Stockung hervorgebracht, die für den erwerbenden Theil der

4.° Les Soussignés ont déclaré dans l'article 4. de leur Note du 4. Messidor dernier, *que les dépendances sur la rive gauche d'établissemens écclésiastiques situés sur la rive droite devant rester à la République, les Dépendances sur la rive droite d'établissemens placés sur la rive gauche resteraient à l'Empire.*

La Députation de l'Empire a désiré qu'on s'expliquat à ce sujet; elle a demandé par sa Note du 20. Messidor ce qu'on entendait par *dépendances d'établissemens écclésias-*

Nation um so verderblicher seyn muß, da zu gleicher Zeit die, durch den Krieg veranlaßten, ausserordentlichen Steuern und Auflagen seine Ausgaben vermehren.

Weshalb denn auch, wenn der Krieg von etwas langer Dauer ist, manche Fabrikanten, Manufacturisten und andere, die hauptsächlich für das Ausland arbeiten, verarmen, und mehr oder minder ganz zu Grunde gerichtet werden. Wobey denn noch wohl zu erwägen ist, daß wenn eine Nation einmal genöthiget wird, die Fabricate und Producte eines Landes eine Zeitlang zu entbehren, oder solche durch andere zu ersetzen, und dadurch also die Handlung eine andere Richtung bekommt, auch selbst nach dem Frieden das vorige Handlungs-Verkehr doch nur erst allmählig, und nie ganz so wieder hergestellt wird, als es vor dem Kriege war, wie auch dieß die Erfahrung häufig gelehrt hat.

Wäre es folglich zu erhalten, daß künftig in allen Kriegen, nicht nur die der Handlung und Schiffahrt so äusserst nachtheilige Caperey ganz eingestellt, sondern auch überhaupt die Handlung, selbst zwischen den im Kriege begriffenen Nationen ganz ungestört und mit aller Sicherheit, so wie im Frieden, fortgesetzt werden dürfte, so würde dieß im Allgemeinen Wohlthat für die ganze Menschheit seyn. Doch dieß hängt nicht vom deutschen Reiche allein ab, auch möchten wir uns dazu noch wohl sobald keine Hoffnung machen dürfen. Um desto wichtiger muß es daher dem deutschen Reiche seyn, sich in Ansehung seines See-Handels diesen großen Vortheil zu erwerben, daß solcher auch selbst während eines Reichs-Krieges seinen ungestörten Fortgang behält.

Und diesen wichtigen Vortheil kann das deutsche Reich sich sehr leicht verschaffen, wenn es nur den Hansee-Städten auch während eines Reichs-Krieges die Beybehaltung und Beobachtung einer vollkommnen Handlungs-Neutralität verstattet. Indem bekanntlich Frankreich, mit welchem das deutsche Reich bisher am öftersten im Kriege verwickelt gewesen, immer sehr geneigt gewesen ist, die Hansee-Städte auch bey Reichs-Kriegen, ungeachtet der ihnen in ihrer Eigenschaft, als Mitständen des deutschen Reichs, obliegenden Theilnahme an denselben, in Ansehung ihrer Handlung und Schiffahrt als völlig neutral anzusehen und auch während des Krieges sein Handlungs-Verkehr mit ihnen fortzusetzen. Ja es hat Frankreich selbst in einem, dem im Jahre 1716. mit den Hansee-Städten errichteten Commerz-Tractat hinzugefügten Separat-Artikel ausdrücklich erklärt:

> Qu'en cas qu'il survienne quelque rupture entre Sa Majesté d'une part et l'Empire d'autre (ce qu'à Dieu ne plaise) les sujets des dites villes de Lübeck, Bremen et Hambourg seront reputés neutres à l'égard de la France et jouiront de la liberté de Commerce, ainsi que des Droits et Privilèges contenus au dit Traité, et ce à condition qu'ils obtiendront de l'Empereur pareille Neutralité pour le Commerce avec la France et que les vaisseaux

tiques. En demandant une interprétation de ces termes, la Députation les a pris dans le sens le plus étendu, et en cela elle a fourni elle-même l'explication dont ils sont susceptibles dans une affaire où tout doit être réciproque. Les Soussignés consentent donc volontiers à admettre l'article proposé pour tous les biens écclésiastiques, fondations pieuses, hôpitaux et autres établissemens de charité, universités, écoles, instituts pour veuves et orphelins, communautés laïques et réligieuses. Les meubles seront

---

marchands avec leurs marchandises appartenants aux sujets du Roi seront en sureté dans les ports des dites villes Anséatiques, sans laquelle réciprocité le présent article demeurera nul.

Diese Gründe lassen die Hansee-Städte nicht nur sehnlichst wünschen, sondern auch zuversichtlich hoffen, man werde von Seiten Kaisers und Reichs bey der, hoffentlich nun bald erfolgenden Errichtung des allgemeinen Reichs-Friedens auch auf ihre Erhaltung, wie auf die Erhaltung und Vermehrung des deutschen See-Handels selbst, der die einzige Quelle der Wohlfahrt jener Städte ist, und zu dessen Flor sie hinwiederum so vieles beytragen, das verdiente Augenmerk richten.

Auch glauben die Hansee-Städte aus den vorangeführten Gründen zuverläßig erwarten zu dürfen, es werde von den paciscirenden Theilen, und besonders von Allerhöchst-kaiserlicher Majestät und den sämmtlichen höchst- und hohen Ständen des deutschen Reichs nicht ungnädig und ungeneigt aufgenommen werden, wenn sie es wagen, ihre Wünsche in Ansehung des bevorstehenden Reichs-Friedens bestimmt dahin zu äussern, daß

1.) die drey Reichs- und Hansee-Städte Lübeck, Bremen und Hamburg, gleichwie dieß in andern Friedens-Tractaten, und namentlich in dem westphälischen Frieden geschehen ist, auch in dem bevorstehenden Reichs-Friedens-Schluß ausdrücklich mit eingeschlossen werden und ihnen darinn von den sämmtlichen paciscirenden Theilen die erneuerte Zusicherung ertheilt werde, daß sie in dem ungestörten Besitz und der freyen Ausübung ihrer Reichs-Standschaft und Reichs-Unmittelbarkeit, nebst allen damit verknüpften Vorrechten und Freyheiten, so wie auch aller, in Ansehung ihrer Handlung und Schiffahrt ihnen zustehenden Vorrechte, Freyheiten und Privilegien ferner bis zu ewigen Zeiten ungekränkt erhalten und kräftigst geschützt werden sollen;

2.) daß den drey Hansee-Städten für alle künftige Reichs-Kriege eine vollkommne Handlungs-Neutralität zugestanden werde, so daß sie ihrer Verbindung mit dem deutschen Reich und der Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Reichs-Pflichten unbeschadet, auch während eines Reichs-Krieges, wie im Frieden, ihren Handel, selbst mit dem Reichs-Feinde, ganz frey und ungehindert fortsetzen dürfen, nur allein mit Ausnahme der unmittelbaren Kriegs-Bedürfnisse, nämlich aller Arten von Waffen, Schiesspulver, Kugeln und fertigen Montirungsstücken, und daß den Hansee-Städten nichts zugemuthet werde, was dem zuwider seyn würde; mithin solche nicht nur von der Affigirung und Publicirung der Avocatorien und Inhibitorien, oder ähnlicher wegen des Reichs-Krieges zu erlassender Patente, sondern auch von deren Befolgung, insoweit solche mit dem von ihnen beyzubehaltenden Handlungs-Verkehr mit dem Reichs-Feinde nicht verträglich sind, gänzlich befreyt werden, auch insonderheit denselben nicht zugemuthet werde, die bey ihnen sich

compris comme les immeubles dans la cession. Les capitaux actifs, qui feraient à recouvrer, appartiendront au Domaine de la rive sur laquelle se trouvait établie la récette pour l'acquittement des rentes. Tous ces biens conserveront les charges spéciales dont ils sont grévés. Quant à la question de savoir, à qui ces dépendances sur la rive droite d'établissemens situés sur la rive gauche tomberont en partage, on propose comme régle générale que ces parties soient données de préférence aux Princes dans le domaine desquels elles seront placées.

---

aufhaltenden öffentlichen Minister, Residenten, Agenten, Geschäftsträger und Consuln des Reichs-Feindes zu entfernen; und

3.) daß die Ströme, an welchen die drey Hansee-Städte liegen, in allen künftigen Kriegen, selbst bey Reichs-Kriegen, so wie im Frieden, für ganz frey und völlig neutral erklärt werden, so daß diese Flüsse zu jeder Zeit den von und zu ihnen gehenden Schiffen aller Nationen ohne Unterschied offen stehen, und daß weder von den kriegführenden Mächten, noch von sonst jemanden, es sey in Friedens- oder in Kriegs-Zeiten, irgend etwas vorgenommen werden mag, was dem zuwider seyn könnte.

Wünsche, deren Erfüllung nicht nur dem allgemeinen Wohl des deutschen Reichs und dem besondern Interesse einzelner Stände desselben keinesweges nachtheilig, sondern vielmehr für das Ganze, so wie für einzelne, sehr zuträglich seyn würde, und die auch im Wesentlichen nicht mehr enthalten, als was den Hansee-Städten in mehrern vorhergehenden Reichs-Kriegen, und zum Theil auch noch in diesem Kriege, von Allerhöchst-kaiserlicher Majestät theils ausdrücklich, theils stillschweigend verstattet und nachgelassen worden ist.

Auch ergiebt eine nähere Prüfung, daß bey der Abfassung der Inhibitorien und des darinn enthaltenen, mehr oder minder allgemeinen Verbots des Handlungs-Verkehrs mit dem Reichs-Feinde, wenn nicht allein, doch vorzüglich auf den Land-Handel Rücksicht genommen worden ist, wie dieß schon der eine Umstand beweist, daß darinn die Confiscation des mit verbotenen Waaren beladenen Fuhrwerks, nicht aber der Schiffe verordnet worden ist. Auch ist es allerdings für das deutsche Reich sehr wichtig, daß aus den, zunächst und unmittelbar an die feindlichen Länder gränzenden Staaten Deutschlands den in der Nähe befindlichen feindlichen Heeren keine Fourage, Lebensmittel und andere dergleichen unentbehrliche Bedürfnisse zugeführt werden, mit welchen sie sich sonst nicht anders, als mit großen Kosten und vielen Beschwerden aus ihrem eignen Lande und den entfernten fremden Staaten versehen können, und welche, eben durch die Ausfuhr in des Feindes Land, den in den dortigen Gegenden stehenden vaterländischen Heeren entzogen werden. Ganz anders ist aber der Fall beym See-Handel, oder in Ansehung der Ausfuhr dieser Artikel zur See, indem hier durch das Verbot, dem Reichs-Feinde gewisse Artikel nicht zuzuführen, weder die eine noch die andere Absicht erreicht wird und erreicht werden kann, die man dadurch erreichen will, indem dadurch nur die directe Zufuhr nach den, mit dem deutschen Reiche im Kriege begriffenen Ländern verhütet wird, hingegen die Ausfuhr eben dieser Artikel nach allen übrigen Ländern frey bleibt, und es folglich den neutralen Staaten unverwehrt bleibt, diese Artikel aus Deutschland kommen zu lassen, und sie dem Reichs-Feinde zuzuführen. Alles, was folglich durch die Ausdehnung

5.° Rien ne saurait être changé dans les dispositions de l'article 3. de la Note des Soussignés du 4. Messidor concernant la noblesse immédiate. Ils rénouvellent seu-

---

der Inhibitorien auf den See-Handel bewirkt werden kann, ist, daß die darinn benannten Handlungs-Artikel dem Reichs-Feinde durch einen Umweg zugeführt, und ihm durch den Gewinn, den eine dritte neutrale Nation davon zieht, etwas vertheurt werden. Welches denn auch, wie schon oben bemerkt ist, für Deutschland die schlimme Folge hat, daß ihm dadurch mancher Handlungs-Zweig entzogen und fremden Staaten zugewandt wird.

Was aber die Duldung der Minister, Consuln und Geschäftsträger des Reichs-Feindes in den Hansee-Städten betrift, so hat die traurige Erfahrung dieses Krieges und einzelner früherer Reichs-Kriege mit Frankreich, in welchen die Hansee-Städte genöthiget worden sind, die bey ihnen sich aufhaltenden französischen Minister, Geschäftsträger und Consuln zu entfernen, nur zu sehr gelehrt, daß der große Nachtheil der daraus nicht nur für die Hansee-Städte, sondern für ganz Deutschland und besonders für den, dem ganzen Deutschland sehr wichtigen See-Handel entspringt, den dadurch etwa beabsichtigten Vortheil bey weitem überwiegt. Nicht zu gedenken, daß die eigentliche Absicht der Sendung und der Zweck ihres Aufenthalts in den Hansee-Städten, wenn nicht allein, doch vorzüglich in der Erhaltung und Beförderung des gegenseitigen Handlungs-Verkehrs besteht, daß folglich die Fortsetzung des unverbotenen Handlungs-Verkehrs mit dem Reichs-Feinde die Gegenwart dieser Personen fast nothwendig oder doch sehr nützlich macht, und daß endlich die Handlungen solcher öffentlich anerkannten Minister, Geschäftsträger und Consuln des Reichs-Feindes weit leichter beobachtet und folglich bey weitem nicht so nachtheilig werden können, als die geheimen Machinationen heimlicher Emissairs, die bey der größten Aufmerksamkeit doch nicht immer verhütet werden können. Zu welchem allem denn noch der wichtige Grund hinzu kommt, daß die Billigkeit und Reciprocität erfordert, daß wenn der Reichs-Feind die Hansee-Städte, ungeachtet ihrer bekannten Theilnahme an dem allgemeinen Reichs-Kriege, für neutral achten soll, ihm dagegen doch auch wenigstens die Beybehaltung seiner Minister, Geschäftsträger und Consuln in den Hansee-Städten nicht wohl zu verweigern ist. Und diese Gründe zusammen genommen, haben denn auch Kaiser und Reich bey mehreren Reichs-Kriegen bewogen, nicht auf die Entfernung der in den Hansee-Städten sich aufhaltenden Minister, Geschäftsträger und Consuln des Reichs-Feindes zu dringen.

Uebrigens dürfen die Hansee-Städte nicht zweifeln, Se. kaiserliche Majestät und sämmtliche höchst- und hohe Reichs-Stände werden es bey Ihrer ruhmwürdigsten Fürsorge für das Wohl des gesammten Reichs stets einen Gegenstand Ihrer besondern Aufmerksamkeit seyn lassen, daß der deutsche Land- und Zwischen-Handel soviel möglich erleichtert, und nicht durch Anlegung neuer Zölle und Abgaben oder Erhöhung der bereits bestehenden, noch durch Auflegung anderweitiger neuer Taxen erschwert werde, und bleibt ihnen demnach in Ansehung dessen nichts weiter zu wünschen übrig, als daß doch bey künftigen Reichs- und andern Kriegen, die von ihnen kommenden und zu ihnen gehenden Posten in ihrem ordentlichen Laufe nicht gehemmet werden möchten, sondern solchen jederzeit ungehindert fortsetzen dürfen.

lement pour la dernière fois l'obſervation peremptoire énoncée dans l'article 5. de la Note du 1. Thermidor, que les demandes formées par la Députation de l'Empire, pour l'amélioration de la condition des nobles immédiats ſont contraires aux principes et aux loix conſtitutionnelles de la République, qui ne fléchiſſent devant aucune conſidération.

6.° Les Souſſignés ont fait rémarquer ailleurs, que chaque fois qu'il leur arrivé de ſe relâcher de leurs plus juſtes prétentions, la Députation de l'Empire ſemble en prendre occaſion d'augmenter les ſiennes, et ſe montre plus difficultueuſe. Cette réflexion s'applique particulièrement à l'article des dettes, article intéréſſant, il eſt vrai, pour l'Empire, mais auquel auſſi la bienveillance du Directoire exécutif a apporté tout le tempérament poſſible. Cet article préſente d'abord dans la Note de la Légation françaiſe du 14. Floréal, a été reproduit dans celle du 1. Thermidor de la manière ſuivante: *conformément au principe généralement reçu les dettes dont ſeraient grevés les objets cédés à la République, ſeront transportées ſur les objets donnés en remplacement. Cette diſpoſition, de laquelle les Electeurs écclèſiaſtiques ne ſont point exceptés, eſt invariable.*

En maintenant le principe, le quel eſt immuable, dans leur Note du 28 Fructidor, les Souſſignés ont déclaré, que pour faciliter l'heureuſe iſſue de la Négociation, la République conſentirait à ce que les *dettes provinciales*, c'eſt à dire, d'un pays entier, et les *dettes communales*, c'eſt à dire particulières à une Commune ou partie d'un pays, *à l'exception néanmoins de celles de ces dettes qui auraient été contractées à l'occaſion et pour les frais de la guerre, demeuraſſent à la charge des pays cédés.* Que réſulte-t-il de ces diſpoſitions, priſes dans leur ſens naturel, et dégagées de tous ſes détails ſuperflus ou étrangers à la queſtion? Il en réſulte évidemment, que le Gouvernement français veut décharger l'Empire de toutes les dettes véritablement et légalement contractées pour les beſoins et l'utilité publique des pays ou parties des pays cédés à la République, et qu'il en excepte ſeulement celles qui ont étés contractées pour l'avantage et le ſervice du Prince ou Seigneur territorial, ou à l'occaſion et pour les frais de la guerre que l'Empire a faite à la République. Or les Souſſignés demandent ſi on peut raiſonnablement attendre d'avantage d'un Gouvernement juſte, modéré, et cependant trop ſage pour oublier jamais la meſure qui lui convient de garder en toute circonſtance. Voilà donc un réſultat tout à la fois avantageux à l'Empire, honorable pour la généroſité françaiſe et facile dans l'exécution. *Mais* dit la Députation, pénétrée au fond de la juſtice de ce qu'on lui propoſe, *il faudrait du moins établir que les dettes militaires faites contre la République ſeraient placées ſur les objets d'indemnités à la rive droite du Rhin, et non pas celles contractées pour et à l'avantage de la République.* Au cas que la Députation ait voulu déſigner par ces expreſſions peu exactes les contributions réparties et perçues pour la ſubſiſtance des troupes françaiſes, les Souſſignés n'héſitent pas à lui déclarer que la

distinction qu'elle cherche à établir est fausse et inadmissible. L'Empire a mis la France dans la nécessité d'armer; c'est une vérité historique que toutes les dénégations ne détruiraient pas. Si donc l'effet d'une légitime défense a entrainé les Français sur le territoire allemand, ce séjour forcé ne saurait être imputé à la République, les frais qu'il a occasionné ne peuvent rétomber sur l'état qui n'est point l'agresseur; ils sont partie des dettes des Princes, car ce sont les Princes qui ont voté la guerre; ils doivent donc être compris dans les charges de la guerre personnelles à l'Empire.

D'après toutes ces raisons, les Soussignés persistent dans l'article 2. de leur Note du 28. Fructidor, developpé dans celui-ci, et avec cette addition: que quant aux pays situés à la fois sur les deux rives, on se chargera des dettes qui auront tourné à l'avantage particulier de la partie de ces pays devenue française.

7.° Après la déclaration faite par les Soussignés dans leur Note du 28. Fructidor rélativement à l'application des loix concernant les Émigrés, on s'étonne que la Députation de l'Empire soit revenû sur un objet complettement terminé. Il ne peut être question içi que des pays actuellement cédés à la France par l'Empire, et l'on a déclaré positivement que les loix de l'émigration ne sont point applicables à ces pays. Si on a excepté en général les pays réunis, c'est que les loix de l'état le veulent ainsi. Mais le bienfait de l'exception a été étendu à Mayence, parceque le Décret de réunion n'y ayant pas été publié, les habitans n'ont pû profiter des trois mois que la loi accorde après la publication du Décret pour rentrer dans les pays réunis. C'est donc là un principe posé, dont l'application pourrait se faire aux pays ou parties de pays qui se trouveraient dans le même cas. Les Soussignés se persuadent qu'il ne sera plus reparlé de ces hommes, qui ont été le flambeau de la guerre, et qu'on sentira généralement qu'il n'y aurait ni convenance, ni avantage à reproduire des demandes qui retraceraient ce souvenir.

8.° Les Soussignés ne s'attendaient pas d'avantage, après leur séconde Note du 28. Fructidor, aux nouvelles instances de la Députation de l'Empire pour la rétraite des troupes françaises qui se trouvent à la droite du Rhin dans la ligne d'armistice. Les troupes de la République répasseront à la gauche aussitôt après la pacification. Il est sensible que jusques-là elles ne peuvent quitter leur position actuelle. La Députation doit être assurée que suivant les circonstances on s'occupera d'adoucir cet état de chose qu'il ne tient qu'à elle de faire cesser très promptement par la conclusion de la paix; cette Note même lui en fournit le plus sûr moyen

9.° Ainsi qu'il a été dit dans les Notes précédentes de la Légation française notamment dans celles des 14. Floréal et 1. Thermidor, l'Empire renoncera par le traité futur à toutes espèces de prétentions et droits sur les objets cédés présentement à la République, et aussi sur ceux qui lui ont été cédés dans la ci-devant Savoye par le traité avec le Roi de Sardaigne et dans le ci-devant cercle de Bourgogne par le traité de Campo Formio.

L'Empire

L'Empire consentira à la cession du Frickthal, et fera l'abandon au profit de la République française de tous les droits quels qu'ils soient qu'il aurait ou pourrait prétendre sur ce pays. S'il n'y a aucun droit soit de suzeraineté, soit de toute autre nature, il le déclarera formellement.

L'Empire renoncera à tous les droits quelconques qu'il aurait ou pourrait prétendre sur les pays d'Italie qui appartiennent aujourd'hui aux Républiques établies dans cette contrée et spécialement à tous les fiefs impériaux qui font partie de ces Républiques.

Outre les rénonciations susmentionnées l'Empire rénoncera à tous les titres qui rappelleraient d'anciens droits et des dignités attachés aux pays cédés.

Il n'y aura pas de difficulté à ce que la République française et les Républiques d'Italie rénoncent de leur côté, si cela est jugé nécessaire, à toute prétention sur les pays qui restent à l'Allemagne. Quant à la demande faite par la Députation de l'Empire que la République française renonce au complément des engagemens individuels qui auraient été pris à l'occasion de la guerre par quelques Princes et Etats d'Empire, et non encore acquittés, c'est là une question tout à fait particulière, qu'on pourra traiter séparement.

Les Soussignés persistent dans toutes les propositions détaillées au présent article, avec d'autant plus de raison, qu'après avoir bien examiné les objections de la Députation de l'Empire contenues dans ses Notes des 23. Ventose, 28. Floréal, et 23. Thermidor, ils n'y ont rien vû à quoi cet article ne puisse servir de réponse.

10.° Il a été convenû que les fortifications de Kehl et de Cassel seraient et demeureraient démolies. L'Empire s'obligera en outre à ne construire aucun fort ni camp retranché qu'à la distance d'environ six Kilomètres ou trois mille toises de la rive droite du Rhin.

Telles sont les propositions des Ministres plénipotentiaires de la République française; ils se réfèrent au surplus à leurs precedentes Notes. La Députation de l'Empire verra par celle-ci qu'au moment du plus grand développement des forces nationales, il n'y a pas d'arrangement raisonnable que le Directoire exécutif ne soit disposé à approuver; elle verra qu'il ne lui reste qu'un pas à faire pour couronner l'important ouvrage de la pacification, par l'application du principe des indemnités. La Députation ne perdre pas de vue surtout, que si les articles de paix proposés n'étaient pas acceptés sans délai, non seulement la promesse conditionnelle de restituer à l'Empire les territoires de Kehl et de Cassel n'aurait point son effet, mais encore qu'il serait démontré au peuple français et au Gouvernement que l'Empire veut la guerre.

Les Ministres plénipotentiaires de la République française assurent le Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur de leur considération la plus distinguée.

Signé: *Bonnier*, *Jean Debry*, *Roberjot*.

Zweyhundert und sechs und sechszigste Beylage.

Promemoria der kurfürstlich trierischen Herren Particular-Abgeordneten an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 6. Aug. 1798.

[266]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 7. Augusti 1798.

Promemoria.

Die verschiedene Zollstätten, womit das Kurfürstenthum Trier, das von drey schiffbaren Flüssen, dem Rhein, der Mosel und der Saar durchströmt wird, versehen war, und dessen zufällige Lage, die es in die unmittelbarste Nachbarschaft mit Frankreich, und grade zwischen zwey mit Stapelgerechtigkeiten versehene Städte, Cöln und Mainz versetzt hat, geben den unterzeichneten Particular-Abgeordneten die Veranlassung, nach dem Beyspiel der königlich preussisch-kurbrandenburgischen und der churkölnischen Privat-Deputationen, einige Bemerkungen über den Gegenstand der Zölle der hohen Reichs-Deputation mitzutheilen, die bey der künftigen Lage des deutschen Reichs gegen Frankreich vielleicht einige Aufmerksamkeit verdienen dürften, und sich vorzüglich durch die in einigen der letzteren französischen Noten enthaltene Ausdrücke dargeboten haben.

1) In der Note der französischen Bevollmächtigten vom 14. Floréal (3ten May) heißt es:

> Tous les droits de péages feront supprimés. Les marchandises feront sujettes seulement aux droits de douane.

Die hohe Reichs-Deputation hat in der darauf gefolgten Note vom 14ten May die droits de péage als Transito-Zölle, und die droits de douane als Einfuhr-Zölle genommen. Eine gleiche Deutung hat diesen Ausdrücken die königlich preußisch-kurbrandenburgische Gesandtschaft in ihrem Promemoria vom 14ten Juny gegeben, und wenn anders die Uebersetzungen der deutschen Noten ins Französische getreu gemacht worden sind, so kann darüber keine Zweydeutigkeit obwalten, was man deutscher Seits unter beyden Ausdrücken verstehe.

Es sind aber nebst den Transito-Zöllen von einigen Staaten Deutschlands, freylich erst in jüngern Zeiten, am untern Rhein sogenannte Pferde-Gelder von den Pferden, die auf dem Leinpfad herziehen mußten, erhoben worden. Ferner hat die Herstellung und Unterhaltung der Leinpfäde mehrfältig die Anlegung von Brücken, Werkeippungen und sonstigen Wasserbau-Verrichtungen nöthig gemacht, die ebenwohl, besonders wenn die Transito-Zölle allgemein abgeschafft werden sollten, neue Abgaben unter verändertem Namen veranlassen könnten, bey denen nachher die Ausflucht ge-

nommen werden dürfte, daß sie nie unter dem Ausdrucke droits de péage oder Transito-Zoll begriffen worden wären.

Unter den droits de douane (eigentlich Einfuhr-Zölle) hingegen haben die Franzosen in jüngern und ältern Zeiten auch die Gebühren verstanden, die von den Niederlagen in städtische Kaufhäuser und landesherrliche Lagerhäuser eingegangen sind, obschon erstere meistens nur als eine städtische Revenüe aufgestellt waren. Auf dem linken Rhein-Ufer haben sich in gegenwärtigem Krieg die Franzosen dieser Revenüe unter dem Titel der Douane kundbarlich überall bemächtigt.

Wenn also die Transito-Zölle unterdrückt werden sollten, wenn die Freyheit der Schiffahrt in der Maaße aufgestellt werden soll, daß von dem Gebrauch des Flusses nichts entrichtet werde, so dürfte auch der Bedacht genommen werden müssen, daß nebst dem Ausdruck: Transito-Zoll, der unmittelbar auf jenen: droits de péage zu folgen hätte, aller Anlegung fremder Abgaben unter verändertem Titel vorgebogen werde. Und eben so dürfte es zweckdienlich seyn, bey den droits de douane, welchem Ausdruck ebenwohl jener: Einfuhr-Zölle beygesetzt werden müßte, die Kaufhaus- und Lagerhaus-Gebühren, die einen ganz verschiedenen Zweck haben, ausdrücklich auszunehmen.

2) Ueber die Frage: Ob die Abschaffung aller Transito-Zölle räthlich sey, wollen unterzeichnete Particular-Abgeordnete der hohen Reichs-Deputation keineswegs vorgreifen, besonders wo die Reichs-Deputations-Anträge vom 14ten May und 6ten July hinlänglich bezeugen, wie viele Aufmerksamkeit sie diesem Gegenstand gewidmet habe. Man erlaubt sich aber, den allgemeinen Gründen, die die preussisch-brandenburgische Deputation in ihrem Promemoria aufgestellt hat, noch einige besondere nachzutragen.

Bekanntlich wurden die Zollgerechtsame der an den Rhein und andere schiffbare Flüsse angränzenden Fürsten theils auf vorgestreckte beträchtliche Geldsummen, theils aus dem Titel einer Pfandschaft, theils zu einiger Belohnung vorzüglicher, dem Kaiser und Reich geleisteter Dienste und gemachter Aufopferungen, von den Kaisern ertheilt. Die Kaiser hatten dabey die Absicht, das Kommerz, das in den früheren Zeiten eines sehr großen und kostspieligen Schutzes bedurfte, und das gleich-schwere Wasser- und Wege-Anlagen erforderte, im deutschen Reich möglichst zu erheben, und zugleich manche Territorial-Abgaben zu Bestreitung der immer wachsenden Staats-Ausgaben entbehrlich zu machen.

Nicht immer sind aber die Zoll-Einkünfte blos in die landesherrliche Kasse geflossen. Im Kurfürstenthum Trier wenigstens hat es Zölle gegeben, die in sogenannte Turnos vertheilt waren. Fürstliche, gräfliche und andere Familien, auch geist- und weltliche Korporationen befanden sich unter derley Turnarien, deren Antheile offenbar zur Klasse des Privat-Eigenthums gerechnet werden müssen, und die auf die Ausmit-

lelung einer Entschädigung, wenn die Quelle verstopft werden sollte, einen ganz gegründeten Anspruch zu haben scheinen.

Da auch öfter entweder die Zoll-Kasse im Allgemeinen, oder einzelne Zollstätten mit Schulden behaftet sind, so folgt, daß die Aufhebung aller Transito-Zölle in eben dem Maaße die Schulden-Masse vergrössern würde, in welchem die ohnehin durch den Krieg so sehr geschwächte Cameral- und Landes-Revenüen, und mit diesen die Kräfte der Landes-Einwohner geschwächt worden sind.

Selbst aber auch der Transito-Zoll, nur als indirecte Abgabe, Contribution indirecte betrachtet, verdient immer als die unschädlichste Gattung dieser Abgabe angesehen zu werden, besonders wenn er nach einem mäßigen, nicht veränderlichen Tarif erhoben wird, wenn der Stationen, wo angelandet werden muß, nicht zu viele sind, und wenn an diesen Stationen keine solche Manipulationen vorwalten, welche die Schiffahrt wirklich hemmen könnten, und gegen welche bereits in den Zoll-Capitels Rezessen und Chur-Vereinen die zweckmäßigste Regeln vorgeschrieben sind.

Daß an den meisten Zollstätten keine beschwerende Tarife bestanden haben, beweiset die Erfahrung am besten, da die Frachten jener Waaren, bey welchen man sich die Zollfreyheit stipulirt hat, nur um ein sehr Geringes haben wohlfeiler ausbedungen werden können, als bey solchen Waaren, wo dieses zu erwirken nicht möglich war. Im Grund haben sie also auf den Handel, wovon die Schiffahrt nur ein Accessorium ist, keinen so wesentlichen Einfluß, wie ihnen gewöhnlich beygelegt werden will.

3) Von weit größerer Wichtigkeit sind hingegen die droits de douane, wenn darunter blos Einfuhr-Zölle verstanden werden. Die französischen Bevollmächtigten sagen:

a) Les marchandises seront sujettes seulement aux droits de douane *établis* dans ces pays. — Einfuhr-Zölle sollen ein Mittel seyn, um die Industrie eines Staates, je nachdem seine Producten beschaffen sind, zu beleben; ihre Einführung kömmt also jeder legitimen Staatsgewalt zu, und da, wo sie wirklich noch nicht hergebracht sind, müssen sie ihrer Natur nach eingeführt werden können. Sie können daher auch nicht als ein Surrogat für die aufzuhebenden Transito-Zölle angesehen werden; zu dem Ausdruck der französischen Note *établis* muß also noch der weitere: *ou à établir* hinzugesetzt werden, wenn nicht der deutschen Staatsgewalt neue Schranken gesetzt werden wollen.

Da jedoch eben der Zweck des Staats nicht über seine Gränzen hinaus gehen darf, und da es nicht geduldet werden kann, daß der an den Rhein angränzende und mit dem bisherigen Transito-Zoll-Regal versehene Staat durch seine Einfuhr-Zölle die neben und hinter ihm liegende Staaten in Kontribution setze; so muß weiter festgesetzt werden, daß die droits de douane, als Einfuhr-Zölle betrachtet, nur in so weit erhoben werden dürfen, als sie jene Waaren betreffen, die in dem Lande, wo der Zoll ist, verbraucht werden.

b) Auch der Ausdruck der französischen Note vom 14ten Floréal: Droits de douane perceptibles au moment de debarquement verdient, um aller Mißdeutung zuvorzukommen, eine nähere Bestimmung.

Der Rheinstrom hat bekanntlich nicht überall eine gleiche Wassermenge, oder ein gleiches Bette, sein Leinpfad ziehet überdieß größtentheils auf dem linken Rhein-Ufer her. Nur zwischen Caub bis gegen Mainz, eine Strecke von höchstens 10 Stunden, ist er auf dem rechten Ufer. Dieß wird der gemeine Fall von Basel bis zur holländischen Gränze seyn. — Von Holland bis Cölln werden die Waaren in den größten holländischen Schiffen verführt; theils wegen dem in Cölln bisher bestandenen Stapel, theils wegen dem seichtern Wasser mußte in Cölln aus- und umgeladen werden, die Waaren mochten nach Coblenz oder Mainz bestimmt seyn. Coblenz war für die Mosel- und Saar- auch Lahn-Transporte, so wie Mainz für jene des Mains und obern Rheins ein zweyter und dritter Ort, wo wieder umgeladen werden mußte. Das Nämliche ist der Fall bey den Schweizer-Handels-Artikeln. Wenn diese bisher in kleinern Schiffen bis Strasburg und Mainz giengen, so wurden sie zu Mainz aus denselben in größere bis Cölln geladen, und zu Cölln in noch größere bis in Holland. Alle diese Umladungen sind debarquemens, diese Debarquemens-Orte sind alle auf dem linken Rhein-Ufer, und doch betreffen die debarquemens oft nur solche Waaren, die gar nicht für das linke Rhein-Ufer, sondern für das rechte bestimmt sind. Dergleichen Ausladungen dürfen aber keineswegs dem Einfuhr-Zoll unterworfen seyn, sonst würden Waaren Einfuhr-Zölle entrichten, die nicht ein- sondern nur vorbey geführt werden, und dann würden Einfuhr-Zölle, die überall nur einmal in einem Staat gefordert werden können, mehrmal erhoben werden.

Sollte gar die Stadt Basel, wie es längst den Anschein gehabt hat, und täglich mehr Wahrscheinlichkeit gewinnt, mit Frankreich reunirt werden, so dürfte dieser Punct eine desto größere Aufmerksamkeit verdienen.

c) Durch die von der hohen Reichs-Deputation anverlangte und von den französischen Bevollmächtigten bereits nachgegebene Aufhebung der Stapelgerechtigkeiten und des Schiffer-Zunftzwanges werden zwar die größten Hindernisse des Handels, die vorzüglichste Schiffahrts-Beschränkungen beseitigt, und die obangeführten Bedenklichkeiten zum Theil weniger bedeutend. Allein, da der Leinpfad größtentheils auf dem linken Ufer gehet, da noch zur Zeit die meisten Schiffer auf diesem Ufer wohnhaft und ansäßig sind, da selbst die gemächlichsten Landungsplätze, die vorzüglichste Städte und Ortschaften auf demselben sich befinden, und da das linke Rhein-Ufer in allem Betracht die meisten Handels-Vortheile vor sich hat, so dürften dieß wohl Umstände genug seyn, um in Ansehung der Debarquemens-Gebühren und derhalbigen Bestimmungen die größte Umsicht zu gebrauchen.

4) Aus diesen Betrachtungen wird zugleich die Wichtigkeit fühlbar, die die Beybehaltung des gegen Mainz über gerade in der Mitte zwischen der Schweiz und Hol-

land an der Mündung eines der beträchtlichsten in den Rhein sich ergiessenden Flusses gelegenen Orts Cassel in kommerzialischer Hinsicht für das deutsche Reich hat. Dieser Ort wird bey all den sonstigen Vortheilen, die Mainz hat, für alle die Güter, so aus dem Main in den Rhein, und aus Holland in den Main verführt werden, der natürlichste Stapel, oder, weil kein Zwang mehr, wie bisher, damit verbunden ist, der gemächlichste und vortheilhafteste Umladungs-Ort seyn. Hingegen würde ein vorzüglicher Theil des aus- und innländischen Handels von Deutschland dem französischen Zwang unterliegen, wenn dieser Ort dem deutschen Reiche entzogen werden sollte.

5) Wenn aus diesen und den in der obangeführten preussisch-brandenburgischen Note angeregten Gründen noch immer auf der Beybehaltung der Transito-Zölle bestanden, und selbst die französischen Bevollmächtigten von ihrem Antrag abgewendet werden sollten, so durfte jedoch ferner für die mit Zollstätten versehene Reichsstände nicht undienlich seyn, zu stipuliren, daß

a) durch die Festsetzung des Status quo kein Reichsstand gehindert werde, den eigentlich auf dem rechten Rhein-Ufer von den Kaisern cedirten, in jüngern Zeiten aber erst vermög eines eigenen Privilegii auf das linke Rhein-Ufer einsweilen verlegten Zoll auf den Ort seiner ursprünglichen Bestimmung zurückzulegen. Im Trierischen ist dieses der Fall mit dem Zolle zu Engers, dessen Erhebung erst seit jüngern Jahren nach Coblenz verlegt worden ist, aber noch immer der Zoll, Cunostein-Engers genannt, und nur von den Schiffen erhoben wird, die den Ort Cunostein-Engers passirt sind, nicht aber von andern oberhalb Engers, obgleich unterhalb Coblenz abgehenden und Coblenz vorbeyfahrenden Schiffen.

b) Daß ferner, da der Leinpfad meistens auf dem linken Rhein-Ufer herzieht, da die meisten Schiffleute, die meisten Eigenthümer der Pferde, so zur Berg-Schiffahrt dienen, auf diesem Ufer wohnen, folglich französische Bürger werden, die bey ihren immer zu erwartenden Klagen selbst gegen das regelmäßigste Betragen der Zoll-Beamten des rechten Rhein-Ufers, die übertriebenste, ungegründetste Beschwerden führen, und oft die Gelegenheit suchen werden, die auffallendsten Defraudationen zu begehen, die französische Republik sich verbindlich mache, dergleichen Nachbarschafts-Verletzungen nicht zu begünstigen, sondern gegen deutsche Zollstätten dasjenige zu beobachten, was sie will, daß bey umgekehrten Verhältnissen von den Deutschen gegen sie beobachtet werde.

c) Daß endlich wegen der Aufstellung eines gleichförmigen Tarifs, Verminderung, Concentrirung oder zweckmäßigerer Verlegung der Zollstationen, und wegen Entfernung aller schädlichen Erhebungs-Manipulationen auf den Zoll-Comptoirs, eine eigene Ueber-

einkunft vorbehalten werde, wozu die mit hinlänglichen Lokal-Kenntnissen versehene Personen der vorzüglich dabey interessirten Stände zusammen berufen werden möchten.

Rastatt, am 6ten August 1798.

Die kurfürstlich trierische Particular-Abgeordnete

P. J. Graf v. Kesselstadt, Dohm-Dechant zu Trier.
C. F. L. Radermacher. Sontag.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 6ten August 1798.

Zweyhundert und sieben und sechszigste Beylage.

Promemoria des Herrn Particular-Abgeordneten des Fürstenthums Stablo an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 28. Sept. 1798.

[267]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 30. Septembris 1798.

Promemoria.

Das Fürstenthum Stablo steht mit Lüttich in gleichen Verhältnissen in Hinsicht auf den Artikel der vorgeblichen Auswanderung und des Privat-Eigenthums. Seine Vereinigung wurde auch, wie es scheint, im Jahre 1795 erklärt und ausgeführt, und es wurde den neuen Departements, welche die französische Regierung damals bildete, einverleibt. *

---

* Ueber das Verhältniß des Fürstenthums Stablo seit der französischen Occupation hatte dessen Particular-Abgeordneter der Reichs-Friedens-Deputation bereits im Jänner 1798 das nachstehende Promemoria übergeben, welches jedoch zum Protocolle nicht registrirt wurde.

Dictatum per Moguntinum Rastadii 23. Januarii 1798.

Promemoria.

Es ist offenbar und weltkündig, welches harte Schicksal die von den französischen Kriegsheeren besetzten Reichsländer seit dieser Epoche betraf, und in welchem bejammernswerthen Zustande sie sich noch immer befinden, auch mit welcher Härte die während dieses Krieges in andre Reichsländer geflüchteten Unterthanen derselben, sowohl in Hinsicht ihrer Personen als ihrer Güter, behandelt werden. Auch dem Fürstenthum Stavelot ward ein so trauriges Loos zu Theil. Seit dem ersten Einbruche der Franzosen im Jahre 1793 fielen dem Lande häufige Durchzüge und Quartiere der Truppen zur Last, und nun ist ihre Lage eine der beklagenswürdigsten und schrecklichsten.

Der hochselige Fürst war damal schon krank, und fand sich in der Nothwendigkeit, im Julius 1794 sein Land zu verlassen, und sich ins Reich zu begeben, um der Ge- walt

Im September des Jahres 1794 verliessen die Geistlichen der zwey gefürsteten Abteyen Stavelot und Malmedy ihre Wohnungen, um sich, wie so viele andre, den Folgen dieses fürchterlichen Krieges zu entziehen, stellten aber Verwalter ihrer Güter auf, nebst welchen auch Bediente zurückblieben. Doch bald wurden diese verjagt und zerstreut; Aerndte, Vieh, Fahrniß, alles ward mit Gewalt weggenommen, und von den Gebäuden machten die Franzosen und die von ihnen aufgestellten Municipalitäten nach Belieben Gebrauch. Im Jahre 1795 willigten die Municipalitäten von Stavelot und Malmedy in die Rückkehr der Geistlichen ein, und fertigten ihnen die hiezu nöthigen Pässe aus. Sie kehrten daher fast alle in ihre Heymath zurück, jene ausgenommen, deren Dienstleistung Seiner hochfürstlichen Gnaden, dem verstorbenen Herrn Abte, unentbehrlich war. Doch wurden sie nur in den Besitz eines Theiles ihrer Güter eingesetzt, so daß sie nur vermögend, sich kümmerlich selbst zu erhalten, jene bürgerlichen und militärischen Auflagen, worunter sie in der Folge seufzten, zu bezahlen, gänzlich ausser Stande waren.

Im vergangenen Februar wurden sie aller ihrer Güter beraubt, und ihnen dafür bons angewiesen, deren Werth, wie bekannt, sehr an Nulle gränzt. Der größte Theil protestirte gegen diese Beraubung, so daß sie alle nun in der Ferne umherirren, ohne alle Hülfsquellen, ausser jenen, die ihnen Verwandte, Freunde, oder mitleidige Menschen zufliessen lassen.

Mehrere Werkhütten und Güter, die theils zu den Tafelgütern des Fürst-Abts, theils zu den zwey Abteyen gehören, wurden bereits durch die französischen Beamten verkauft; die Wälder, eine der ergiebigsten Quellen ihrer Einkünfte, verwüstet und ausgehauen; die Gebäude, die große Kirche, das ungeheure neuerbaute Kloster von Stavelot, stellen dem Auge nur nakte Mauren dar. Bley, Holz, Eisen, alles wurde hinweggeschaft, und der verstorbene Fürst-Abt konnte seit seiner Flucht im Julius des Jahres 1794 auch nicht einen Heller von seinen Tafelgütern beziehen, von welchen ein großer Theil in der Grafschaft Hesbaye am linken Ufer der Maas liegt.

Von Sorgen und Unruhe niedergebeugt, erlag der Herr Fürst-Abt zu Hanau am Mayn unter dem Gewicht so vielfacher Leiden, und ließ seine Abteyen und getreue Unterthanen durch diesen schmerzlichen Todesfall als betrübte Waysen zurück.

Die Geistlichen dieser gefürsteten Abteyen, denen die Reichs-Verfassung Macht gegeben, während der Erledigung des fürstlichen Stuhls, die Rechte des Fürstenthums zu handhaben und in Ausübung zu erhalten, haben ihrem unterzeichneten Abgesandten aufgetragen, gegenwärtige Schrift zu überreichen, und eine hochlöbliche Reichs-Deputation bey dieser Friedens-Verhandlung um werkthätigen Schutz und geneigte Verwendung anzurufen, damit das Fürstenthum in seiner alten Verfassung aufrecht erhalten werde, und die Bewohner desselben, durch die Aufhebung aller Arten von Requisitionen, Anforderungen und Beraubungen, deren Last sie gegenwärtig noch immer fühlen, so schleunig als möglich erleichtert und beruhigt werden mögen. Rastatt, den 19. Jän. 1798. Freyherr von Othée.

Præs. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 20. Jän. 1798.

walt des Siegers zu entgeben. Er starb im Jahre 1797 zu Hanau. Die Geistlichen und Diener, welche er zu seinem so nöthigen Beystande mitgenommen hatte, konnten nun nicht mehr in ihre Heimath zurückkehren, denn ihre Namen befanden sich auf den Emigranten-Listen.

Unterzeichneter Bevollmächtigter des Fürstenthums Stablo bezieht sich gänzlich auf die Grundsätze, welche er in seinen Mémoires für Lüttich entwickelt, und unterm 17ten und 24ten dieses vorzulegen die Ehre gehabt hat, und wenn es die Umstände nöthig machen sollten, vielleicht noch geben wird. Er ersucht indessen die höchstansehnliche kaiserliche Plenipotenz und die vortrefliche Reichs-Friedens-Deputation inständigst, die Glieder der beyden fürstlichen Abteyen Stablo und Malmedy in besondern Schutz nehmen zu wollen, und sie im weitern Gange der Unterhandlungen und im Definitiv-Friedens-Tractat namentlich mit einzubegreifen, damit denselben alle Bedingnisse und Vortheile, welche man für die andern Reichsfürstlichen Kapitel des linken Rhein-Ufers festsetzen wird, ebenfalls zu Theil werden, und die französische Emigrations-Gesetze keineswegs auf besagtes Fürstenthum in Anwendung kommen, derselben Kapitel und abwesende Unterthanen vielmehr in keinem Falle anders als alle übrige auf der linken Rheinseite an Frankreich zu überlassende Provinzen betrachtet und behandelt werden dürfen. Rastatt, den 28ten September 1798.

Freyherr von Othée.

Præs. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 28ten September 1798.

Zweyhundert und acht und sechszigste Beylage.

Promemoria des fürstlich lüttichischen Herrn Particular-Abgeordneten an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 24. September 1798.

[268]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 30. Septembris 1798.

Promemoria.

Obgleich man sich mit allem Grunde schmeicheln darf, daß die höchstansehnliche kaiserliche Plenipotenz und die vortrefliche Reichs-Friedens-Deputation nach dem Eifer und der Gerechtigkeitsliebe, welche dieselbe beseelen, die bevollmächtigten Minister der französischen Republik überzeugen werden, daß der Unterschied, welchen letztere in ihrer Note vom 28. Fructidor (14ten September) zwischen eroberten und vereinigten Ländern festsetzen wollen, völlig unzulässig sey; so hat doch Unterzeichneter, indem er sich der deßfalls von Seiner hochfürstlichen Gnaden dem Bischof von Lüttich erhaltenen

Befehle entledigt, die Ehre, der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz und der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation nachstehende Betrachtungen unterthänigst vorzulegen. Er ersucht dieselbe inständigst, sie in ernstliche und gerechte Betrachtung zu ziehen, und ihm zu erlauben, für die günstige Aufnahme, die man seinem letzten Promemoria de dato 16ten præsentato et dictato 17ten laufenden Monats hat angedeihen lassen, den schuldigen Dank abzustatten.

Die bevollmächtigten Minister der französischen Republik erklärten in ihrer Note vom 19. Germinal (8ten April) ohne alle Einschränkung noch Ausnahme in den allgemeinsten Ausdrücken in Betreff der Artikel, welche der deutschen Note vom 3ten März beygefügt waren:

„Quelques-uns n'ont jamais pû être l'objet d'un doute sérieux de la part de „la Députation de l'Empire, comme par exemple *la conservation des propriétés „particulières*, &c."

In ihrer letzten Note vom 28ten Fructidor (14ten September) wo im dritten Artikel von der Anwendung und Ausnahme der französischen Gesetze in Betreff der Ausgewanderten die Rede ist, versichern sie selbst:

„Qu'elle leur a paru véritablement interesser le bien-être, la liberté et la „fortune d'un grand nombre de familles des deux Etats, objets sacrés pour le „Gouvernement français dans ses rélations politiques avec les autres Gouvernemens, comme dans son administration intérieure."

Die bevollmächtigten Minister der französischen Republik übergeben diese Note als **ein Merkmal des Friedens**; wäre sie aber wohl in ihren Wirkungen etwas anders als ein **Merkmal des Todes** verschiedener Reichs-Stände und ihrer Unterthanen, und der Vorbote der gänzlichen Zerstörung ihres **Wohlstandes**, ihrer **Freyheit** und des **Vermögens** ihrer Familien? Müssen **diese Gegenstände, welche der französischen Regierung in ihren politischen Verhältnissen mit anderen Gouvernements so heilig sind, wie in ihrer innern Verwaltung**, nicht in einem Theile der abzutretenden Länder so **heilig** seyn, wie in dem andern?

Wie könnten auch wohl nach einem Friedens-Schluß, der eine so schreyende und erniedrigende Ausnahme enthielte, die weitere Versicherungen der zweyten Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik in Erfüllung gehen:

„Alors tous les sujets d'inquiétudes respectives cesseront, et le sentiment des „maux passés se perdra dans la jouissance d'une prospérité tranquille."

Unterzeichnete man eine Ausnahme, welche dem Staats- und Völkerrechte und der natürlichen Billigkeit ganz zuwider läuft; so würde sich niemals **das Gefühl des überstandenen Mißgeschicks im Genusse eines ruhigen Wohlstandes verlieren** können; die in dem Friedens-Tractate verlassene und dargebrachte Schlachtopfer würden vielmehr ewig über das erschreckliche Loos seufzen, welches ihnen ihre treue Gesinnungen und ihre Unterwürfigkeit gegen die Gesetze zugezogen hätten. Dieser schauerliche

Gedanke wird hoffentlich niemal realisirt werden; dieß verbürgen die Noten der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation, namentlich jene vom 31ten August, wo sie auf eine edle und tröstliche Art erklärt:

„So wie der Artikel des Privat-Eigenthums der Abwesenden und Ausge-„wanderten von der linken Rhein-Seite, auch solcher, welchen ihre Dienst- und „andere Verhältnisse auf dieser Seite zu bleiben nicht erlaubten, unter die we-„sentlichsten Friedens-Artikel gehören, ohne welche diese Reichs-Friedens-„Deputation keinen Frieden abzuschliessen vermag."

Ihr letztes Conclusum vom 22ten September, voll Erleuchtung und Festigkeit, bestärkt diese Zuversicht, und man hat gegründete Hoffnung, daß es endlich auf den Geist und das Herz der bevollmächtigten Minister der französischen Republik die vorgesetzte Wirkung hervorbringen werde. Rastatt den 24ten September 1798.

Freyherr von Othée.

Præf. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 24ten September 1798.

Anlage zur zweyhundert und acht und sechszigsten Beylage.

Observations

sur l'art. 3. de la Note des Ministres plénipotentiaires de la République française au Congrès de Rastadt du 28. Fructidor an 6. (14. Septembre 1798.)

§. 1. Que la Principauté et Évêché de Liège soit partie intégrante de l'Empire d'Allemagne, qu'il soit un état indépendant de la France, état souverain dès les siècles les plus reculés, qu'il ne puisse souffrir aucune espèce de séparation du corps germanique sans le consentement et l'agrément de Sa Majesté impériale et de l'Empire, c'est ce que toutes les puissances, soit Monarchies, soit Républiques, ont réconnu, et les traités existants, nommément celui fait avec la France en 1772, font foi de ces verités.

§. 2. Que ce pays, qui sert de barriere entre l'Empire et la France, ait été envahi par les armées victorieuses de la République française un peu plutôt, un peu plus-tard que les autres provinces de ses Co-états, cela ne change, ni ne peut changer sa nature: il n'étoit, et n'est pas moins état de l'Empire, et les loix et les dispositions du Gouvernement français n'ont pû qu'y être provisoires, ainsi que par tout ailleurs, étant de regle certaine, admise de tous les tems, par tous les Gouvernements, que durant l'état de guerre tout reste en suspens, et ne se traite que suivant les circonstances, soit quant à la police intérieure, soit quant aux impositions qu'exigent les besoins des armées; ensorte que ce ne sera que du moment de la ratification du traité de paix entre l'Empire et la France, que ces loix pourroient y être definitivement exécutées; encore ne seroit-ce que suivant les modifications, l'esprit, et les dispositions de ce traité.

§. 3. Les Ministres plénipotentiaires de la République française, pénétrés de ces grands principes, ont demandé par leur note du 28. Nivose an 6 (17. Janv. 1798.) la cession des états de l'Empire situés à la rive gauche du Rhin, ce qui s'entend sous quelque denomination que ce soit ou puisse être; cette demande étant donc générale comprend sans doute la principauté de Liège, la plus considérable de toutes par son étendue, sa population, et la richesse de son sol; état que la France ne considéroit pas avec indifférence en 1465 lorsqu'elle faisoit un traité d'alliance avec lui, si donc ce pays doit tomber et tombe vraiment dans la classe des objets à ceder, s'il doit faire partie de la paix future, il a le droit d'attendre, qu'il sera traité dans cette paix de la même manière que tous ses autres Co-états et sujet cédés, puisque le Prince-Évéque de Liège, et son pays n'avoient ni querelles ni demelés particuliers avec la France Monarchie, ni avec la France République, ayant conservé dans tous les tems la bonne harmonie qui convenoit à un état de l'Empire voisin d'un état aussi vaste et aussi puissant; (ainsi que les traités anciens, et modernes, approuvés par Sa Majesté impériale et l'Empire, toutes les rélations particulières de commerce le demontrent,) et que ce n'a été que lorsque l'Empire a été forçé pour sa propre défense, de déclarer l'état de guerre contre la France, et que Son Altesse comme membre fidel à ses devoirs s'y est vue enveloppée, qu'elle a dû se conformer à ses décrets suprémes, ainsi que ses autres Co-états.

§. 4. Si l'on doit dire un mot sur le point de la pretendue réunion du pays de Liège, qu'un arrêté du Ministre de l'intérieur, du 28. Ventose an 6. porte avoir été décretée à Paris le 5. May 1793. l'on aura peine à croire, que la République française, sans l'aveu, même à l'insçû du Souverain qui à cette époque étoit dans ses états, ainsi que tout son Gouvernement, y regentoit à l'instar de ses prédécesseurs, et y exerçoit tous les droits, et regaux d'un Prince souverain d'Empire, que sans l'aveu de son grand Chapitre, et à l'insçû des trois corps d'état qui représentent le pays, et concourent à sa législation, et sans l'approbation, ni l'aveu de Sa Majesté impériale et de l'Empire, ait pû l'incorporer dans son territoire, et le déclarer en faire partie. La République française, qui se plait tant à se declarer une et indivisible, savoit parfaitement alors, et le sait encore par les demandes qu'elle fait dans ses négociations, que l'Empire germanique étoit également un et indivisible, qu'il n'étoit susceptible d'aucune mutilation dans quelque partie que ce soit, et même jusques dans ses plus petits droits; o.. en appelle à cet égard aux Notes de ses Ministres plénipotentiaires touchant les différentes renonciations qu'elle exige; elle savoit, et sait encore, qu'il n'est pas même au pouvoir d'un état de l'Empire de s'en séparer, de faire des changements dans ses limites (voyés l'Art. X. de la Capitulation impériale,) et encore moins de se donner à une puissance étrangère sans le consentement de Sa Majesté impériale et de l'Empire.

„Qu'un Prince ne s'imagine pas, disoit l'auguste chef de l'Empire lors du traité „de Nimègue, qu'il lui soit libre de se donner à un Roi étranger; les seules

„loix de la naiſſance, qui l'ont fait naitre ſujet des Céſars, l'attachent indiſ-
„penſablement à ſon pays natal: croit-il que l'Empereur n'ait pas autant de
„privilèges que le Roi de France, et qu'il n'ait pas autant de droits ſur ſes
„ſujets quand il s'agit du bien de ſon Empire?“

§. 5. C'eſt par une ſuite de ce principe, conſacré par la haute Députation dans ſa Note du 3. Mars 1798, que l'on eſt intimement convaincû que la République française ne permettroit pas à une partie des citoyens de ſon vaſte territoire, de ſe donner avec le pays qu'ils habitent à une puiſſance voiſine, et encore moins à celle ci de l'incorporer dans ſon Empire ſans ſon aveu, contre ſon gré, et à ſon inſçû, l'on peut aſſurer ſans rien hazarder, qu'elle envifageroit ces démarches comme une violation manifeſte de ſon indépendance, et comme l'acte le plus hoſtile: ces regles ſont ſi généralement réçûes, que ce ſeroit faire injure aux ſentiments qu'elle annonce, et aux principes qu'elle profeſſe, que de lui ſuppoſer qu'elle voudroit en adopter d'autres et inſiſter ultérieurement à ce que cette prétendue réunion dût être enviſagée pour un titre quelconque à ce que le Prince de Liège, et ſes ſujets, pûſſent être traités d'une manière différente des autres Princes et ſujets de l'Empire.

§. 6. Ce n'eſt pas d'aujourd'hui que le ſiſtéme de réunion a pris ſource en France, on l'a encore tenté; mais l'Empereur et l'Empire pénétrés de toute la profondeur du danger de ce principe, qui rompoit ſon unité et entrainoit par une conſéquence naturelle ſa diſſolution ſûrent s'y oppoſer d'une manière ferme et énergique dans la déclaration qui fut donnée de leur part comme un *ultimatum* lors des conférences de Riswick du 30. Août 1697. où l'art. 3. porte,

„que l'on compte pour une choſe faite *la caſſation* des arrêts de réunions faits
„par la chambre de Metz &c. ou autrement, ſoit que ces réunions ſe trou-
„vent exprimées dans les liſtes exhibées ou non,“

quoique ces réunions avoient un but coloré, celui de faire valoir des droits ou des prétenſions de ſouveraineté que la France réclamoit, tandis qu'içi le Gouvernement français n'avoit ni ne pouvoit avoir aucun droit ou prétenſion ſur la principauté de Liège, état indépendant, ſous la mouvance et le lien immédiat de l'Empire, cependant l'Empereur et l'Empire refuſèrent hautement d'admettre ce principe, et ce fut leur fermeté qui leurs firent obtenir par l'Art. 12. du traité de paix du 30. Octobre 1697. l'exécution plénière de cet ultimatum. L'on ajoutera, que ſi des actes de cette nature pouvoient être ſuſceptibles de quelque validité, qu'ils ne permettroient à aucun Souverain d'être tranquille ſur le ſort ſoit de la totalité, ſoit d'une partie de ſa Monarchie, que de cette manière les plus puiſſants états ſe trouveroient bientôt partagés, et que ce ſeroit-là le véritable moyen de rendre d'abord la France maitreſſe de l'Europe et du monde entier, puiſqu'elle ſeule auroit le privilège de n'être jamais diviſée, ce qui eſt abſolument réprouvé par le droit de toutes les nations.

§. 7. Quant à ce qui regarde le point de l'émigration, on n'entrera pas dans les motifs qui ont pû déterminer les mesures de rigueur, que le Gouvernement français à trouvé bon d'adopter pour la France, parceque ces motifs n'ont pû être applicables aux Princes, et sujets de l'Empire germanique, qui quoique composans plusieurs états ne forment cependant qu'une famille sous un même chef; sont liés par le même nœud, assujettis aux mêmes obligations, concourent à sa législation en diète générale, et jouissent de tous les avantages, fussent-ils Souverains, ou sujets: ensorte que dans quelque partie de l'Empire qu'ils se trouvent, ils sont vraiment dans leur patrie, et ne peuvent sous aucun titre y être considérés pour étrangers à la nation allemande (aussi le premier soin de la haute Ambassade impériale et de l'illustre Députation par une suite de leur sollicitude envers tous les sujets de l'Empire opprimés, a été de demander par la Note du 27. Janvier 1798, qu'on cessat la persécution des sujets &c. et en un mot que les loix contre l'émigration ne soient applicables *à personne de quelle condition que ce soit*, pour avoir quitté le theatre de la guerre et les pays occupés par les Trouppes françaises;) il en est de même de la France République divisée en départements, où les loix générales du Gouvernement sont exécutées, et où le citoyen peut se transporter avec toute sa fortune d'un pole à l'autre de son vaste territoire, et y jouir de tous les droits communs.

§. 8. Il seroit d'autant plus injuste de vouloir faire une exception pour la principauté de Liège, que le dispositif de ses Loix permet à chacun la sortie et la rentrée dans ses foyers quant bon lui semble, et que ses habitants n'ont jamais connû, ni pû connoitre ce que signifioit l'émigration, puisque les Loix particulières de cet état portent:

„que les originaires qui quittent leur pays recouvrent leurs qualités et privilé-
„ges par le retour, à moins qu'ils ne s'en soient rendus indignes en prennant
„les armes contre la patrie,"

quant à leurs biens, et à leurs possessions particulières, jamais ils n'ont éprouvé ni gêne, ni entraves pour en retirer les revenus, fussent ils refugiés dans l'Inde.

S'agit-il du droit de confiscation? il étoit absolument inusité dans tous les cas, excepté celui du crime de lése Majesté.

§. 9. Obligés par les mandements avocatoires et inhibitoires de Sa Majesté impériale, (qui contiennent les mêmes ordres, et les mêmes défenses que la République française a porté chez elle) de cesser toute Communication avec l'ennemi commun, conséquemment de se retirer à son approche, de quitter son service, et de refuser d'accepter aucune éspêce d'emploi sous les peines les plus sevères, les habitans de la principauté de Liège ont déferé, et obeï respectueusement à ses ordres suprêmes, — tel étoit l'état des choses, lorsqu'il prit envie à la Convention nationale de décréter et de faire publier en Novembre 1795. les loix portées en France contre l'émigration, et de les étendre aux départements réunis dans lesquels elle incorpora la principauté

de Liège; vers ces tems les deux rives du Rhin embraſſées par des nombreuſes armées préſentoient chaque jour des nouveaux combats, et les Communications en étoient empêchées et defendues, enſorte que d'un côté les ſujets du pays de Liège ſoumis aux loix du chef ſuprême de l'Empire, ſoumis aux ordres de leur Prince, qui uſoit des mêmes droits que ſes prédéceſſeurs notamment en 1650, et de l'autre réduits à une impoſſibilité abſolue de pouvoir ſe rendre à cette époque dans leurs foyers, ont du et ſont reſtés tranquilles au ſein de l'allemagne leur patrie, ou ils s'étoient réfugiés.

§. 10. C'eſt à la ſuite de cette publication que les autorités proviſoirement établies ſe ſont occupées à dreſſer des liſtes des prétendus émigrés, en y plaçant en tête avec une forme peu décente le nom du Prince-Évêque de Liège, et les noms de ſes Miniſtres, des membres de ſes états, de ſes conſeils, des officiers de ſes Trouppes, des attachés à ſon ſervice, et de quelques autres de ſes ſujets: c'eſt cette inſcription bien étrange qui forme le titre du crime du Prince-Évêque de Liège envers la nation françaiſe, dont la punition importeroit la proſcription et le banniſſement perpétuel *ſous peine de mort*, non ſeulement de ſa patrie, mais auſſi de tout le ſol de la République françaiſe, qui lui interdiroit l'habitation non ſeulement dans toutes les Républiques alliées à la France, témoins les différents traités exiſtants, entre autres celui avec la Suiſſe du 19. Août 1798. Art. 14, mais même celle du territoire des puiſſances avec lesquelles elle a également contracté, qui, abſtractivement des domaines de ſa principauté, entraineroit la confiscation des biens patrimoniaux qu'il poſſéde à titre de ſes ancètres, (ce qui eſt en oppoſition directe avec la Note des Miniſtres plénipotentiaires de la République françaiſe du 22. Pluvioſe an 6, qui porte: il s'agit encore moins de rechercher quelles poſſeſſions doivent reſter aux Princes qui ont perdu. *Les domaines* des Princes, qui exerçoient la ſouveraineté, entreront, ainſi qu'il ſe pratique en pareil cas dans les domaines de la Nation, *à qui la ceſſion a été faite.* Donc les ſeules domaines des Princes doivent entrer dans les domaines de la Nation françaiſe, et rien de plus;) qui lui oteroit le droit de ſucceſſion à ſes proches, et lui enleveroit même jusqu'aux biens qui pourroient lui être dévolus à la ſuite en vertu des pactes et contracts anciens de ſa famille.

§. 11. Ce Prince devoit ſans doute attendre ſes ennemis, ſe livrer à la merci des armées conquérantes de la République françaiſe, et porter ſa tête à l'échafaud dans le tems où toute la France étoit dans le deuil et la douleur; ou devoit il, en ſe manquant à ſoi-même et à ſes devoirs ſacrés envers ſon chef ſuprême et l'Empire, rentrer dans ſon pays, et ſe conſtituer priſonnier volontaire de la République françaiſe lorsqu'en 1795, elle fit uſage de cette étonnante réunion? Si le Prince eut été ſouverain d'un état indépendant, au moins alors il n'auroit dû compte qu'à lui même de telle réſolution qu'il auroit priſe; mais ſouverain d'un état intégrant de l'Empire, qu'auroient penſé ſes illuſtres Co-états d'une conduite auſſi étrange? quels ſentiments d'indignation et d'un juſte opprobre ne ſe ſeroient pas élevés de toute part contre un

Prince qui se seroit ainsi prostitué par l'oubli le plus scandaleux de soi-même, et de ses devoirs? que la haute Députation veuille le sentir et prononcer?

§. 12. Quel est le crime de son Ministre d'état envoyé à ce Congrès, ainsi que de ses autres Ministres accredités aux différentes cours et au cercle de l'Empire, à qui le devoir et l'obligation faisoient la loi de suivre les ordres suprêmes de Sa Majesté impériale, ainsi que ceux de leur très gracieux maitre, et de surveiller les intérêts confiés à leurs soins.

§. 13. Quel est le crime des membres de son grand Chapitre, de son état de la noblesse, des chefs de son état tiers, des membres de ses conseils et tribunaux, de son militaire qui a servi et sert encore dans l'armée de Sa Majesté impériale pour la défense commune, ainsi que d'autres personnes attachées à son service, qu'il a appellé, et qu'il avoit le droit d'appeller en qualité de Souverain de son pays, pour lui servir de conseil, et exécuter ses ordres, et qui n'auroient pû s'y refuser sans une desobéissance formelle aux loix générales et particulières de l'Empire.

§. 14. Quel est enfin le crime de quelques individûs Liègeois, qui loin d'avoir porté les armes contre la République française, loin d'avoir fait la moindre résistance lors de l'envahissement de leur pays, ont cherché au contraire un azile dans le sein de l'Allemagne, leur patrie, pour se soustraire aux horreurs de la guerre, et d'après le dispositif des ordres suprêmes de l'auguste chef de l'Empire?

Tout ce grand crime, dont la punition est si sevère, n'est autre encore que cette inscription fatale.

§. 15. Quoique jamais dans aucune guerre entre des états souverains indépendants l'un de l'autre, tels que sont l'Empire germanique, et la France, des procédés aussi répugnants n'ont eu lieu contre des sujets des provinces envahies, que le droit des gens les proscrive, ainsi que l'histoire et tous les traités l'attestent, que jamais on n'a imposé pendant la guerre d'autres obligations aux sujets des pays, soit conquis, soit réunis, que celles des contributions, corvées, logements, enfin des prestations militaires, que les confiscations des propriétés étoient abhorrées même inconnues, [objets si sacrés, que les Ministres plénipotentiaires de la République française ont dit eux mêmes généralement et sans aucune espèce de distinction quelconque dans leur Note du 19. Germinal an 6. (8. Avril 1798) qu'enfin sur les Articles joints à la Note du 3. Mars *quelqu'uns n'ont jamais pû être l'objet d'un doute sérieux de la part de la Députation, comme par exemple la conservation des propriétés particulières*] et que chaque individu conservoit le droit naturel de rester chez soi, ou de s'éloigner, si cela lui convenoit, jusqu'à ce qu'un traité auroit décidé son sort, et que loin d'être molesté à cause de son absence, les Gouvernements ne s'en informoient seulement pas, encore passeroit-on sous silence quelques mesures extraordinaires qu'auroit employé le Gouvernement français durant le cours de la guerre.

§. 16.

§. 16. Mais lorsqu'il vient avec l'olivier de la paix à la main, lorsqu'il annonce vouloir exercer des actes de générosité, et lorsqu'il publie par la Note de ses Ministres plénipotentiaires du 5. Fructidor an 6. qu'il veut sincèrement la paix, qu'il l'a prouvé par sa modération, et qu'il le prouvera encore, il pretendroit cependant rester en état de guerre avec un et même plusieurs états de l'Empire en établissant une distinction aussi injuste et accablante, distinction entièrement opposée à ce qui a été déclaré par la Note du 4. Messidor an 6. (22. Juin 1798) où il est dit:

„Que le Gouvernement français consentira à ce que ceux qui ne sont pas en „même tems Comtes, Princes, et états d'Empire, qui n'ont pas de voix à la diète, „seront considerés comme simples particuliers, et traités comme tels, bien entendu „néanmoins que de leur part il n'y aura lieu à répétition, ni indemnité quelconque „jusqu'à l'époque *où ils seront rémis en possession*, c'est-à-dire au jour de l'échange „des ratifications du traité definitif."

Cette Note ne présente ni distinction ni séparation entre ceux qui seront considerés comme simples particuliers, et traités comme tels; le consentement du Gouvernement français est absolument général et illimite; que leurs possessions soient situées dans quelque partie de l'Empire que ce soit ou puisse être, conquise et réunie aujourd'hui occupée par les Armées françaises, ils en recupereront la possession au jour de l'échange des ratifications du traité. Tel est le vrai sens de cette pièce officielle, et voilà ce qu'il est impossible de concilier aujourd'hui.

§. 17. L'Empire germanique est aussi un et indivisible que la République française. L'art. 8. §. 2. de la paix de Westphalie, qui sert de base fondamentale garantie par la France même, assure le droit des Princes et des états; s'il est en état de guerre, cet état est général; s'il est en état de paix il doit l'être de même, le pouvoir, qui a concouru à l'un, doit concourir et concourt à l'autre, et toute paix isolée exclusive d'un état seroit une infraction aux loix générales, et une violation des pouvoirs confiés à la haute Députation. Les Ministres plénipotentiaires de la République française ont donné trop de preuves de leurs lumières dans la suite des négociations, que pour ignorer ces prémières verités.

§. 18. Si l'urgente nécessité a permis à l'Empire de faire des sacrifices douloureux en territoire pour prix de la paix, le devoir et l'honneur se réfusent à concourir à un acte, dont les fastes de l'histoire d'Allemagne ne présentent pas d'exemple, et aussi oppressif que seroit celui d'approuver par un traité de paix avec l'ennemi commun, la confiscation des propriétés particulières, l'exil de sa province natale, la proscription d'un partie de l'Europe, en un mot justifier, consentir, et signer l'arrêt de mort d'un de ses hauts Co-états, qui par ses efforts constants à remplir ses devoirs et les sacrifices qu'il a fait pour la défense de la cause générale, a merité au contraire l'encouragement, l'appui, et la protection la plus particulière de son auguste chef,

et du corps germanique, et enfin l'arrêt de mort de ses fidels et loyaux serviteurs, qui pour prix, et récompense de leur attachement et de leur obeïssance à leur Souverain, et aux loix de l'Empire, seroient depouillés de leur patrimoine, et livrés à la misère, au mépris, et à toutes les horreurs qui accompagneroient un exil aussi révoltant.

Zweyhundert und neun und sechszigste Beylage.

Promemoria der fürstlich baselischen Herren Particular-Abgeordneten an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 6ten October 1798.

[269]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 8. Octobris 1798.

Promemoria.

Die bevollmächtigten Ministers der französischen Republik geben Art. 7. ihrer Note vom 3ten dieses laufenden Monats zu erkennen,

1.° daß die Ursach der Nicht-Anwendung der französischen Emigrations-Gesetze gegen Mainz von daher rühre, weil die dasigen Einwohner zur Wiedereintretung in ihr vereinigtes Vaterland die durch das französische Gesetz verstattete dreymonatliche Frist nicht hätten benutzen können, und daß wenn

2.° unter denen abzutretenden jenseitigen Reichs-Landen annoch andere Landschaften mehr, die im ähnlichen Fall wären, sich befinden sollten, selbige auch nach dem nämlichen von der französischen Regierung angenommenen Grundsatz betrachtet, und mithin von den dortigen Emigrations-Gesetzen auf die nämliche Weis, wie Mainz, zu befreyen wären rc.

Wenn nun aber die ends-unterzeichnete Gesandtschaft in ihrer gehorsamsten Vorstellung vom 23ten Brachmonats letzthin schon so ausführlich als Sonnenklar bewiesen hat, daß die Angehörigen des reichsfürstlichen Hochstifts Basel seit der Vereinigung ihres Vaterlandes an Frankreich auch keinen einzigen Augenblick gehabt haben, inner welchem sie die ihnen zur Rückkehr verstattet gewesen seyn sollende zween Monate hätten benutzen können, und sich dahero ergiebt, daß dieselben vollkommen in dem Fall seyen, die Ausnahm zu geniessen, — wovon die vorgemelte französische Note erwähnt, da sie sagt: „per formalia:“

„Les habitans n'ont pû profiter des trois mois que la loi accorde après la pu-
„blication du Décret pour rentrer dans les pays réunis. C'est donc là un prin-
„cipe posé, dont l'application pourroit se faire aux pays ou parties de pays
„qui se trouveroient dans le même cas.“

Als nimmt die vorbemelte gehorsamste Gesandtschaft die respectuoseste Freyheit, ihren am 20ten März und 23ten Junius letzthin eingelegten Vorstellungen annoch die gegenwärtige Anmerkungen ohnmaßgeblich beyzusetzen, und Eine mit der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz vereinigte Hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation hiemit inständigst zu bitten, daß Höchst- und Hochdieselben in ihrer für das Beste des

Reichs hegenden unermüdeten Sorgfältigkeit den gutbefindenden Gebrauch davon zu machen hochgeneigtest geruhen möchten. Zu Rastatt den 6ten October 1798.

von Billieux. Schumacher.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 6ten October 1798.

Zweyhundert und siebenzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die allgemeine Reichs-Versammlung, de dato Rastatt den 6ten October 1798.

[270]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 8. Octobris 1799.

Der allgemeinen Reichs-Versammlung wird in der Anlage Ziffr. 1. die von der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, der dahiesigen französischen Gesandtschaft unterm 23ten September zugefertigte Note, dann unter Ziffr. 2. die von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik hierauf unterm 3ten October erhaltene Gegen-Note in Abschrift mitgetheilt.

Signatum Rastatt den 6ten October 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und ein und siebenzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 6ten October 1798.

[271]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 8. Octobris 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Herrn, zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen Reichs-Friedens-Deputation gebührend unverhalten:

Die Reichs-Friedens-Deputation habe beschlossen, der allgemeinen Reichs-Versammlung die mit der französischen Gesandtschaft unterm 23ten September und 3ten October gewechselten Noten durch die Anlage mitzutheilen.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 6ten October 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und zwey und siebenzigste Beylage.

Promemoria des fürstlich lüttichischen Herrn Particular-Abgeordneten an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 8ten Oct. 1798.

[272]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 8. Octobris 1798.

Promemoria.

Unterzeichneter hofft zuversichtlich, daß die kaiserliche höchstansehnliche Plenipotenz und die vortrefliche Reichs-Friedens-Deputation innigst von den Grundsätzen überzeugt seyn werden, welche er in seinen Noten vom 16ten und 23ten September vorzulegen die Ehre hatte, und auf welche er sich gänzlich bezieht. Er glaubt davon einem der Gerechtigkeit gemäßen Erfolg entgegen sehen zu können. Da seitdem aber die neue Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 12. Vendem. (3ten Oct.) erschienen ist; so nimmt er sich zum Ueberfluß die Freyheit, noch folgende Bemerkungen hinzuzufügen, und die unterthänige Bitte zu wiederholen, die höchstansehnliche kaiserliche Plenipotenz und die vortrefliche Reichs-Friedens-Deputation mögen Seine hochfürstliche Gnaden von Lüttich und die abwesenden treuen Unterthanen Derselben zum vorzüglichen Gegenstand ihrer reichspatriotischen Vorsorge machen, und Derselben in ihren Berathungen und Schlüssen namentlich gedenken.

Rastatt den 8ten October 1798. Freyherr von Othée.

Præs. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 8ten October 1798.

Anlage zur zweyhundert und zwey und siebenzigsten Beylage.

Brieves Réflexions.

Les Ministres plénipotentiaires de la République française, dans leur dernière Note du 12. Vendémiaire an 7. (3. Octobre 1798) Art 7. rélativement a l'application des loix concernant les émigrés, en témoignant leur étonnement sur ce que la Députation de l'Empire revient sur un objet, qu'ils régardent complettement terminé disent

„qu'il ne peut-être question içi, que des pays *actuellement cédés* à la France
„par l'Empire, et qu'ils ont déclaré positivement, que les loix de l'emigration
„ne sont pas applicables à ces pays "

On accepte cette déclaration: et d'après cette base, la principauté de Liège, état souverain d'Empire, étant un pays qui tombe sous cette cession, il suit par une conséquence toute naturelle, qu'elle doit jouïr de la même exception, que les autres provinces cédées, ou plutôt à céder, et que les loix françaises n'y sont pas applicables;

c'est sur quoi les Ministres plénipotentiaires de la République française sont d'accord: ils donnent seulement pour motif de reserve, que

> „si on a excepté en général les pays réunis c'est que les loix de l'état le „veuillent ainsi."

Le Prince-Évêque de Liège, et ses sujets sont très éloignés de vouloir enfreindre la constitution, que la France s'est donnée, dont le titre premier porte *la division de son territoire*, ni les loix de l'état qu'elle a établi; l'on dira seulement, que cette constitution, ainsi que ces loix étant absolument étrangères à la principauté de Liège, qui avoit ses loix particulières, et qui jamais ne fût, ni auroit pû être comprise dans cette division, n'a pû conséquemment sous aucun rapport être soumise a leurs dispositions.

Que durant l'état de guerre le Gouvernement français, sous le titre de Convention nationale, ait trouvé bon de décreter une prétendue réunion du pays de Liège à la France: qu'ensuite ses réprésentants ayant aussi jugé à propos de faire connoitre, que les loix sur l'émigration seroient publiées et imprimées dans les départements réunis pour être exécutée *dans les dix jours* à dater de la publication, soit; mais prétendre, que ces décrets, ces dispositions pûssent être classés entre les loix de l'état, telle, par exemple, qu'est la constitution francaise, il ne faut que lire l'art. 373. tit. 14. pour se convaincre du contraire; il porte en termes:

> „la Nation française déclare, qu'en aucun cas elle ne souffrira le retour des „Français, qui ayant abandonné leur patrie *depuis le* 15 *Juillet* 1789. ne sont „point compris dans les exceptions portées contre les émigrés,"

l'on ne voit assurément rien dans cet article, qui ait rapport au Prince de Liège, non plus qu'à ses sujets, sujets de l'Empire germanique; ce Prince Souverain d'un état indépendant de la France, qui avoit un Ministre résident, et accredité près de lui, y régentoit au 15 Juillet 1789. et la Nation française étoit très éloignée de le rendre susceptible des rigueurs de ses loix; elle n'y pensoit pas non plus le premier Vendémiaire an 4. (22. Septembre 1795) puisque la constitution n'en dit mot, et que le décret du 9. Vendémiaire an 4. (1. Octobre 1795.) qui mentionne la réunion du pays de Liège, est de huit jours postérieure à l'acceptation de la constitution. Quels pouvoient donc être ces décrets, et ces dispositions? des actes provisoires, purement facultatifs, et unilateraux du Gouvernement, amenés, peut-être, par des circonstances, et entièrement susceptibles de modifications, ampliations, et même de réforme, ainsi qu'il se pratique chaque jour, non seulement dans la République française, mais dans tous les Gouvernements quelconques.

Venant ensuite à la periode de l'art. 7., qui dit:

> „mais si le bénéfice de l'exemption a été étendu à Mayence, parceque le décret „de réunion, n'y ayant pas été publié, les habitants n'ont pû profiter des trois „mois, que la loi accorde après la publication du décret."

Si le Prince de Liège, et ses sujets n'avoient pas par devers eux le dispositif des principes généraux, établis, et reçûs chés toutes les Nations pour avoir droit à réclamer le même traitement, et les mêmes avantages, qui proviendront de la paix future entre l'Empire et la France, que les autres Princes, et sujets de l'Empire, ils se flattent encore que le Gouvernement français d'après le langage de ses Ministres plénipotentiaires,

„c'est donc là un principe posé, dont l'application pourroit se faire aux pays,
„ou parties de pays qui se trouvent dans le même cas.“

les en rendroit participants.

Pour se convaincre de toute la justice de cette application, l'on observera, que ce fût seulement le 27. Brumaire an 4. (17. Novembre 1795.) qu'on procéda a l'organisation constitutionelle des autorités publiques dans le pays de Liège, et que ce ne fût que le 3. Frimaire (24. du même mois de Novembre) que ces autorités firent connoître la loi concernant les émigrés. La Convention nationale, pour adoucir en quelque sorte la mesure si extraordinaire, et si rigoureuse d'appliquer aux pays réunis la loi du 25. Brumaire an 3., rendue contre les émigrés purement français, accordoit le terme de trois mois, à compter du jour de la publication du décret de réunion: mais des autorités sûrent en éluder les effets bienfaisants, et les rendre à-peu-près nuls par la publication d'un arrêté, qui déclaroit, qu'il étoit indispensable d'empêcher que des malveillants, nommément les membres du Chapitre Cathédrale, et de l'ancien Gouvernement, ne vinssent porter le trouble dans les assemblées, qu'elle alloient faire partir une Députation pour Paris, et qu'en attendant elles déclaroient, *qu'elles n'accorderoient aucun passeport à ces individus*, dont plusieurs réfugiés dans des endroits limitrophes, en firent solliciter, et n'éprouvèrent que des refus.

Loin d'attendre l'expiration des trois mois accordés par ce décret, qui sans doute n'auroit dû prendre cours, que de la date qu'il a été bien connu, savoir le 24. Novembre 1795.: les autorités trouvèrent bon le 27. Nivose an 4. (17. Janvier 1796.) de déclarer le terme fatal expiré; ce qui n'en formoit pas deux, si même le passage avoit été libre; rigueur d'autant plus accablante, qu'il a été accordé aux anciens Français émigrés depuis le 1. Juillet 1789, jusqu'au 8. Avril 1792, et même un mois de repit, ce qui leur donnoit près de trois années pour pouvoir rentrer dans leurs foyers.

D'un autre côté avant de pouvoir franchir le passage du Rhin, il falloit s'addresser aux Municipalités du domicil, justifier avoir été absent pour affaires, avoir attestation d'être bon citoyen, et, qui plus est encore, ces passeports étoient visés, et signés par le répréfentant du peuple, lors de résidence à Bruxelles.

Où étoient donc les absents du pays de Liège à toutes ces époques? tous, réfugiés au sein de l'Empire, leur patrie, d'après les lettres avocatoires et inhibitoires de Sa Majesté impériale, et les ordres de leur Souverain légitime: tous, tranquilles dans des contrées eloignées, et à son extrémité, où ces décrets, et ces dispositions, n'étoient ni pouvoient être connûes: vû que toutes les communications étoient rompues, et le

paſſage du Rhin ſéverement défendu par le Gouvernement français, à cauſe des combats continuels, qui s'y livroient. Si ce Gouvernement avoit pû rendre des loix, qui dûſſent être applicables aux états de l'Empire d'Allemagne: encore ſe perſuade-t-on, qu'il répugneroit à ſes principes d'en établir dont la peine ſeroit inévitable. (L'exemption pour Mayence en eſt une preuve ſenſible;) et s'il eſt du cas, où l'application propoſée dûſſe être faite, c'eſt bien vis-à-vis des abſents du pays de Liège: puisqu'outre les difficultés inſurmontables, que des autorités ont formé elles-mêmes, ils ont encore par devers eux impoſſibilité de connoiſſance, et impoſſibilité de déférer dans un terme auſſi court, vû leur éloignement, à des ordres de cette nature. —

Lorsque les Miniſtres plénipotentiaires de la République françaiſe *ſe perſuadent qu'il ne ſera plus reparlé de ces hommes qui ont été le flambeau de la guerre*: cela n'eſt certainement pas applicable au Gouvernement Liègeois, ni a ceux qui de tout tems ont ſignalé leur obeïſſance aux loix de l'Empire, et de leur Souverain. Un trait aſſés fort pour convaincre le Gouvernement françois, que le Prince de Liège cherchoit ſoigneuſement à conſerver la bonne harmonie avec la France, c'eſt la conduite qu'il a tenu au commencement de 1792, conſéquemment longtems avant la déclaration de guerre entre l'Empire et la France: lorsque celle-çi s'eſt emparée de la ville de Couvin, et de 57 villages Liègeois; il s'eſt borni alors à faire des réclamations amicales au Chargé des affaires de France près de lui, et par ſon Miniſtre à Paris.

La rapidité, avec laquelle il a fallu coucher ces réflexions, n'a pas permis d'y donner toute l'extenſion, et les développements, que leur application auroit déſiré; on ſe fait en outre un devoir ſcrupuleux de bannir toutes les perſonnalités; à la veille d'une paix qui doit tout réconcilier, il faut tout enſevelir dans le plus grand oubli, pour ne s'occuper que de l'état tranquille, qu'elle fera renaitre; d'ailleurs toute perſonne, qui a un peu ſuivi les évenements, n'a beſoin que de ſa propre conviction.

Zweyhundert und drey und ſiebenzigſte Beylage.

Promemoria des fürſtlich Salm-Salmiſchen Herrn Particular-Abgeordneten an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Raſtatt den 9. October 1798.

[273]

Dictatum per Moguntinum Raſtadii 10. Octobris 1798.

Promemoria.

So wenig zu erwarten zu ſeyn ſcheint, daß die bevollmächtigten Miniſter der franzöſiſchen Republik, in Betreff der Nicht-Anwendung der Emigrations-Geſetze

auf die reunirten Reichs-Lande, zu einiger Nachgiebigkeit zu bewegen seyn dörften, weil sie sich in ihrer jüngsten Note vom 12. Vendémiaire (3ten October) auf ein, der begehrten allgemeinen Ausnahme widerstehendes Staats-Gesetz gegründet haben, so zuversichtlich läßt sich gleichwohl hoffen, daß sie wenigstens eine bestimmte Erklärung in Ansehung der in dem französischen Emigrations-Gesetz selbst geschehenen Ausnahmen, nicht von der Hand weisen werden, wenn Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation hierzu den ausdrücklichen Antrag zu machen geruhen wollte.

Nach dem anliegenden Auszug des Haupt-Emigrations-Gesetzes vom 25. Brumaire an deux (15ten November 1793) sind jene, welche seit der von den Einwohnern, begehrten Vereinigung mit der Republik, sothane Lande verlassen haben, und nicht innerhalb drey Monaten nach der erfolgten Vereinigung zurückgekehrt sind, zwar schlechterdings als Emigrirte angesehen, jene aber, welche sich aus sothanen Landen **vor der Epoque ihrer Revolution entfernt hatten, und nicht vor dieser Zeit in fremden Landen wohnsitzlich waren**, nur gewissermaßen den in gleichem Fall befindlichen französischen Abwesenden, und alsdann nur den wahren französischen Emigrirten gleich gestellt worden, wenn sie Theil an ihrem Complot genommen, oder die Waffen gegen die Republik getragen haben.

Hieraus folgt unhintertreiblich, daß alle jene, welche sich vor der Reunion eines Reichs-Landes aus demselben entfernet, und in einem andern Lande, vor dessen feindlichen Verhältnissen gegen Frankreich, etablirt haben, von dem französischen Gesetz selbst nicht als Emigrirte angesehen worden sind, mithin auch ausser der Anwendung aller Dispositionen sothanen Gesetzes gestanden haben.

In diesem Fall sind demnach notorisch alle Räthe, Beamten, männliche und weibliche Dienerschaft deutscher fürstlich und gräflicher Häuser, deren Lande reunirt worden, welche vor der Reunion mit ihrer höchst- und hohen Herrschaft diese Lande verlassen, und bey derselben in einem andern ihr zuständigen Reichs-Land zur Fortsetzung ihrer Dienste vor dem Ausbruch des Reichs-Kriegs mit Frankreich ihren Wohn-Sitz genommen haben, oder dazu unter den nemlichen Umständen von ersagten ihren Herrschaften abberufen worden.

So sind z. B. vor der am 2ten Merz 1793 geschehenen Vereinigung des Fürstenthums Salm mit der französischen Republik dem regierenden Herrn Fürsten zu Salm-Salm, welcher am 15ten August 1791 schon seine Residenz zu Senones mit seiner fürstlichen Familie verlassen, und in der Reichs-Herrschaft Anholt genommen hat, einige seiner Räthe, und mehrere männliche und weibliche Bedienten gefolgt, und haben sich bey Höchstdenenselben zu Fortsetzung ihrer respectiven Dienste in Anholt vor dem Kriegs-Ausbruch mit Frankreich etablirt; so sind ebenmäßig Höchstdessen Frau Mutter, welche vor der Eroberung der ehemaligen kaiserl. königl. Niederlanden, Höchstdero Wittum-Sitz im Herzogthum Hoogstraten verlassen, und sich ebenmäßig in Anholt etablirt hat, auch einigen seiner Herren Oheimen und Brüdern und Frauen Tante,

die

die vor der Vereinigung des Fürstenthums Salm zu verschiedenen Epoquen sich von da entfernt und anderstwo gewohnt haben, ihre Bedienten männlichen und weiblichen Geschlechts nachgefolgt, und diese alle stehen gleichwohl auf mehreren französischen Emigranten-Listen, und das ihnen zustehende Vermögen ist sequestrirt.

Gleichwie nun zweifelsohne mit vielen andern reichsständischen Räthen, Beamten und Dienerschaften der nemliche gesetzwidrige Fall vorwaltet, so würde es keineswegs eine Abweichung von dem französischen, die Emigrationen betreffenden Staats-Gesetz seyn, sondern vielmehr zu dessen Vollzug gereichen, wenn von den bevollmächtigten französischen Ministern die officielle Erklärung erfordert würde, daß alle Räthe, Beamten, männliche und weibliche Dienerschaft deutscher Reichs-Fürsten und Grafen, auch der Höchst- und hohen Glieder solcher Familien, welche mit oder ohne ihre Herrschaften aus ihren Landen vor ihrer Vereinigung mit Frankreich abgezogen zu seyn, und sich anderstwo zu ihrem Dienst etablirt zu haben erweisen können, von der mit großen Schwierigkeiten und Kosten verbundenen ordentlichen Nachsuchung ihrer Radiationen, auch aller deßhalbigen Präclusion losgesprochen seyn, fort denselben dazu durch einen kürzern Weg, allenfalls durch den Eintritt des bey dem Reichstag oder bey des Herrn Landgrafen zu Hessen-Cassel hochfürstlichen Durchlaucht angestellten französischen Ministers verholfen werden solle.

Vielleicht dürfte es auch zum Erfolg dieses Antrags beförderlich seyn, wenn derselbe auf die in dergleichen vereinigten Landen geborne, oder darinn, durch ihre der französischen Revolution vorhergegangene Dienst-Anstellung naturalisirte, und in sothanen Diensten noch wirklich stehende Individuen ausdrücklich beschränkt würde.

Weniger aber als diesem obschon höchstbilligen Antrag würden die bevollmächtigten Minister der französischen Republik mit Bestand etwas entgegen zu setzen haben, wenn Eine hochansehnliche Reichs-Deputation auf den unbedingten Radiationen aller deutschen Reichs-Fürsten und Reichs-Grafen und ihrer Familien-Mitglieder, deren Lande mit der französischen Republik vereinigt worden, auf allen und jeden Emigranten-Listen, wie hierum schon unterm 24ten Januar * ehrerbietigst gebeten worden, nach-

* Dieses Promemoria war nicht zum Protocolle registrirt worden. Es ist des nachstehenden Innhalts:

Dictatum per Moguntinum Rastadii 27. Januarii 1798.

Promemoria.

Es gehört zu den Eigenheiten dieses beyspiellosen Kriegs, daß deutsche Reichs-Stände mit ihren Familien, nachdem ihre Reichs-Lande mit Frankreich vereinigt worden, oder ihre mittelbare Besitzungen durch Eroberung des Staats, worunter sie gelegen, unter französische Bothmäßigkeit gerathen sind, auf sogenannte Emigrirte-Listen gestellt, und als Ausgewanderte aus ihren eigenen Landen oder aus ihren niemals bewohnten mittelbaren Gütern nach den für französische Emigrirte gemachten Gesetzen behandelt worden.

drücklichst zu bestehen geruhen wollte, da diese wenigstens in keinem erdenklichen Fall den französischen Emigrations-Gesetzen unterworfen seyn können.

Rastatt den 9ten October 1798. P. J. Noel, hochfürstlich salm-salmischer Abgeordneter.

Præs. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 9ten October 1798.

Anlage zur zweyhundert und drey und siebenzigsten Beylage.

Extrait

de la loi concernant les émigrés, du 25. Brumaire an troisième de la République française, une et indivisible.

Section II.

De l'émigration dans les pays réunis à la République.

VI. Sont émigrés

Département du Mont-blanc.

1.° &c. &c. &c.

Département des Alpes maritimes.

2.° &c. &c. &c.

Département du Mont-terrible.

3.° &c. &c. &c.

Autres pays réunis à la République.

4.° Tous Citoyens domiciliés dans les pays réunis à la République, autres que ceux denommés ci-dessus, qui en étoient sortis *depuis l'Emission des vœux des habitans*

Was aber allen völker- und kriegsrechtlichen Begriffen wiederstrebet, ist, daß, immittelst von Frankreich auf hiesigem Congreß über den Frieden mit den Reichs-Ständen als Kriegs-Theilhaber unterhandlet wird, dennoch von dieser Seite fortgefahren werde, Sie als Emigrirte und der französischen Bothmäßigkeit persönlich Untergebene anzusehen und zu behandlen.

In diesem Fall befinden sich unter andern auch des regierenden Herrn Fürsten zu Salm-Salm Durchlaucht mit Ihro fürstlichen Familie, und es ist dahero Endes-Unterzeichneten Pflicht, Einer hochansehnlichen Reichs-Deputation davon die gehorsamste Anzeige zu machen.

Nach der im Jahr 1793 geschehenen anmaßlichen Vereinigung des Fürstenthums Salm mit Frankreich wurden gedachten Herrn Fürstens Durchlaucht samt mehreren Gliedern Ihro Familie auf die Emigranten-Liste des Vogesischen Departements gestellt, obschon Höchstderselbe mit den Seinigen schon anderthalb Jahr vorher seine Residenz zu Senones verlassen, und solche in der Reichs-Herrschaft Anholt genommen hatte; und als im Jahr 1794 das französische Heer Flandern und Brabant, wo des Herrn Fürsten Durchlaucht das Herzogthum Hoogstraten und ein Hotel in Antwerpen besitzen, erobert hatte, liesse sich das Departement

pour leur réunion, et n'y sont pas rentrés dans le delai de trois mois à compter du jour où le décret de ladite réunion à la République a été proclamé.

---

der beyden Netten demnächst auch beygehen, Höchstdenselben mit seiner Frau Mutter, und einem seiner Herren Brüder, der Emigrirten-Liste sothanen Departements einzuverleiben.

Bey den bald hierauf getroffenen Anstalten zum Verkauf seines dortigen beweglich- und unbeweglichen Vermögens ward es zur unumgänglichen Nothwendigkeit, Höchstdessen Radiation auf erwähnter Emigranten-Liste nachzusuchen, und sie wurde auch von gedachtem Departement, auf die beygebrachte Zeugnisse der Municipalitäten von Antwerpen und Hoogstraten, daß derselbe seit seiner im Jahr 1788 erlangten Großjährigkeit daselbst nicht domiciliirt gewesen seye, provisoriè verfügt, der auf dessen Vermögen gelegte Beschlag aber nicht aufgehoben, sondern wegen seiner Eigenschaft eines deutschen Reichs-Fürsten fortgesetzt.

Des Herrn Fürsten Durchlaucht liessen auch hiernächst Dero und der Ihrigen Definitiv-Radiation auf jeder Emigranten-Liste bey dem französischen Directorio und Ministerio betreiben, und hatten sich dazu um so mehr Hoffnung zu machen, als die Ministers selbst dem fürstlichen Geschäftsträger zu erkennen gaben, daß es eine Absurdität seye, deutsche Reichs-Fürsten auf die Emigranten-Liste gestellt zu haben.

Allein, gegen alle Erwartung wurde bald nach dem Abschluß des Friedens von Campo Formio, mit dessen 20ten Artikel der Reichs-Friedens-Congreß beschlossen ward, zu Senones die Emigrirten-Liste des Vogesischen Departements, auf welcher des Herrn Fürsten Durchlaucht und Dero Familie die ersten Stellen einnehmen, an dem dasigen Gemeinde-Haus aufs neue affigirt, und zum gerichtlichen Zuschlag mehrerer herrschaftlichen Gebäude daselbst geschritten, und zu Antwerpen wurde am jüngst verwichenen 26ten December der Verkauf der zu dasigem fürstlichen Hotel gehörigen Mobilien von dem Commissario des Directorii bey der Antwerpischen Municipal-Verwaltung angekündiget, wovon die leidige Folgen seyn dörften, daß ein gleiches nicht nur mit der Mobiliarschaft des Schlosses zu Hoogstraten, sondern auch mit den liegenden Gründen sothanen Herzogthums vorgenommen werde.

Was nun zu Einstellung dieser unerhört-gewaltsamen, einen unwiederbringlichen Verlust mit sich führenden Maasregeln, vorzukehren seyn möge, muß Endes-Unterzeichneter den erleuchteten Einsichten Einer hochansehnlichen Reichs-Deputation in unterthänigstem Vertrauen auf derselben ruhmvolle Beeiferung für das Interesse der gekränkten Reichs-Stände gehorsamst anheim lassen.

Rastatt den 24ten Jänner 1798.

P. J. Noel,
hochfürstlich salm-salmischer Abgeordneter.

Præs. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 25ten Jänner 1798.

VII. Les exceptions prononcées en faveur des Français compris dans les dispositions de l'Art. II. du présent titre * sont applicables aux Citoyens des pays réunis à la République, qui justifieront être dans les mêmes circonstances.

---

* II. Ne seront pas reputés émigrés.

1.° Les enfans de l'un et de l'autre sexe qui, au jour de la Promulgation de la loi du 28. Mars 1793, n'étoient pas agés de quatorze ans, pourvu qu'ils soient rentrés en France dans les trois mois du jour de ladite Promulgation, et qu'ils ne soient pas convaincus d'ailleurs d'avoir porté les armes contre la patrie;

2.° Les enfans de l'un et de l'autre sexe qui, ayant moins de dix ans à l'épôque de la Promulgation de la loi du 28. Mars 1793, seront rentrés en France dans les trois mois du jour, où ils auront atteint l'age de dix ans accomplis.

3.° Les Français chargés de mission pour le Gouvernement dans les pays étrangers, leurs Épouses, Pères, Mères, Enfans, les Personnes de leur Suite, et celles attachées à leur service, sans que celles-ci puissent être admises au-de-la du nombre que chacun de ces fonctionnaires en emploie habituellement.

4.° Les négocians, leurs facteurs et les ouvriers, notoirement connues pour être dans l'usage de faire, en raison de leur commerce ou de leur profession, des voyages chés l'étranger, et qui en justifieront par des certificats authentiques des Conseils-généraux des communes de leur Résidence, visés par les Directoires de District, et vérifiés par les Directoires de Département; les Épouses et Enfans desdits négocians, demeurant avec eux, leurs Commis et les Personnes employées a leur service, dans le nombre que chacun d'eux en entretient habituellement; à la chargé par ceux qui sont sortis de France depuis la loi du 9. Février 1792, de justifier de passeports dans lesquels les Épouses, Enfans, Commis et Personnes employées a leur service, auront été denommés et signalés.

5.° Les Français qui, n'ayant aucune fonction publique, civile ou militaire, justifieront, qu'ils se sont livrés à l'étude des sciences, arts et métiers, qu'ils ont été notoirement connus avant leur départ pour s'être consacrés exclusivement à cette étude, et ne s'être absentés que pour acquérir de nouvelles connoissances dans leur état.

Ne seront pas compris dans la présente exception ceux, qui n'ont cultivé les sciences et les arts que comme amateurs, ni ceux qui, ayant quelqu'autre état, ne font pas leur profession unique de l'étude des sciences et arts, à moins que, par des Arrêtés des Conseils-généraux des communes de leur Résidence, visés et vérifiés par les Directoires de District et de Département antérieurement au 10. Août 1792, ils n'eussent été réconnus être dans l'exception portée par l'Art. VI. de la loi du 8. Avril 1792, en faveur des sciences et des arts.

6.° Les Enfans qui leurs parens, leurs tuteurs, ou ceux qui en sont chargés, ont envoyés en pays étranger pour apprendre le commerce ou pour leur Education, à la charge de fournir des Certificats delivrés par les Conseils-généraux des communes de leur Résidence, visés et verifiés par les Directoires de District et de Département, lesquels constateront qu'il est notoirement connu, que lesdits Enfans ont été envoyés pour le commerce ou leur Education.

7.° Les Français établis ou naturalisés en pays étranger antérieurement au premier Juillet 1789; mais ils sont assujettis, pour ce qui concerne les biens, qu'ils possédent en France, aux dispositions des Décrets rélatifs aux différentes Nations chés lesquelles ils résident.

VIII. Quant aux Citoyens des pays réunis à la République, absents avant l'époque de leurs révolutions réspectives, et *non établis en pays étrangers antérieurement à cette époque* qui n'étoient pas rentrés sur le territoire de la République au premier Messidor deuxième année, ils sont assimilés aux Français en ce qui concerne les dispositions de l'Art. III. du présent titre *; leurs biens sont également mis sous la main de la Nation, et il leur est défendu de rentrer sur le territoire de la République tant que durera la guerre, à peine d'être détenus jusqu'à la paix, ou traités comme émigrés, s'ils ont participé à leurs Complots ou porté les armes contre la République depuis la réunion de leurs pays réspectifs.

Zweyhundert und vier und siebenzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 15ten October 1798.

[274]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 16. Octobris 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen ausserordentlichen Reichs-Deputation gebührend unverhalten:

Die Reichs-Friedens-Deputation halte dafür, daß auf die jüngste französische Note vom 12. Vendémiaire (3ten October) zu erwiedern sey:

[Hier ist aus dem Conclusum der 71ten Sitzung vom 15ten October 1798. die Stelle von den Worten: **die Verzichtleistung auf die Territorien** ꝛc. — bis: **Abbrechung der Unterhandlungen geben werde** — (siehe Prot. Th. II. Seite 554. bis Seite 565.) wörtlich eingerückt.]

---

* III. Quant aux Français absens avant le premier Juillet 1789, et n'ayant point d'établissement en pays étranger antérieurement à cette époque, qui n'étoient pas rentrés en France au 11. Brumaire, deuxième année, leurs propriétés sont mises sous la main de la Nation. Il leur est défendu de rentrer en France tant que durera la guerre, à peine d'être détenus par mesure de sûreté, jusqu'à la paix.

Ils seront néanmoins assimilés aux émigrés, ainsi que ceux designés dans le Paragraphe suivant, s'ils se sont rétirés, depuis les hostilités commencées, sur le territoire des puissances en guerre contre la France; ou si n'ayant point, avant l'époque desdites hostilités, habité d'autre territoire que celui des puissances en guerre avec la France, ils se sont rétirés depuis dans les Electorats et Evêchés du Rhin, dans les cercles intérieures de l'Empire, ou dans le cercle de Bourgogne.

Die Reichs-Friedens-Deputation vermeyne, daß diese in allen einzelnen Puncten angegebenen Bestimmungen den bestehenden Verhältnissen allenthalben angemessen seye, und daher an der Vereinigung der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz mit diesem Deputations-Schlusse nicht gezweifelt werden möge.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 15ten October 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und fünf und siebenzigste Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 17ten October 1798.

[275]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 18. Octobris 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Commission genehmiget das zur Beantwortung der Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 3ten October (12. Vendémiaire) von der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation am 15ten dieses Monates erstattete Gutachten, aus welchem Sie unter andern mit wahrem Vergnügen einen wiederholten Antrag über die conventionsmäsige herzustellende Ravitaillirung der Festung Ehrenbreitstein wahrgenommen hat, und erläßt, in Gleichförmigkeit mit demselben, unterm heutigen die abschriftlich hier beygefügte Gegen-Note an erwähnte bevollmächtigte Minister.

Sie macht zugleich der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation einige, die Lage der Festung Ehrenbreitstein so wesentlich treffende Eröffnungen, daß sie nicht ohne unmittelbare Einwürkung auf die nunmehr erforderliche Erweiterung des erwähnten Gutachtens in diesem Puncte bleiben können.

Befremdet über das beharrliche Stillschweigen, welches die bevollmächtigten Minister der französischen Republik den wiederholten Anträgen auf die Herstellung des conventionsmäsigen Zustandes der Festung Ehrenbreitstein in ihren beyden jüngsten Noten entgegengesetzt hatten, und überzeugt von der Nothwendigkeit, die Ursachen dieses in einer offenen Unterhandlung ungebräuchlichen Nichtantwortens endlich an das Licht zu ziehen, erachtete es die kaiserliche höchstansehnliche Commission ihres Amtes, mit ihnen hierüber am 14ten dieses zur Unterredung, und wo möglich, zur vollständigen Aufklärung zu kommen.

Damit einerseits die vortrefliche Reichs=Friedens=Deputation eine äusserst genaue Kenntniß des Vortrages erlangen möge, welcher zu diesem Zwecke den erwähnten bevollmächtigten Ministern gemacht worden ist; damit zugleich andererseits die Bestimmtheit desselben gegen jeden Zufall einer möglichen Mißdeutung bewahret würde; und damit endlich auch die hierauf erwartete Antwort der französischen Bevollmächtigten nicht weniger bestimmt erfolgen mögte, — fand man für gut, erwähnten Vortrag in die Form der hier abschriftlich beyliegenden mündlichen Note zu bringen, und diese der gepflogenen Unterredung zum Grunde zu legen.

Den Hergang dieser Unterredung zeigt der ebenfalls in Abschrift beygefügte Précis.

Aus diesem wird die vortrefliche Reichs=Friedens=Deputation sich überzeugen, welchen Abstand die bevollmächtigten Minister der französischen Republik zwischen dieser Handlung der kaiserlichen höchstansehnlichen Commission eines — und dem Sinne des bisherigen Benehmens der vortreflichen Reichs=Friedens=Deputation andern Theiles wahrnehmen wollten. Dieses kann nur daher rühren, weil sie in der gedachten Note solche unausweichliche Gründe und einen Drang auf positive Erklärung fanden, welche sie in den bis nun an sie ergangenen Noten noch nicht entdeckt zu haben glauben mochten. Allein, die gegenwärtige Lage des Gegenstandes selbst sowohl, als der Unterhandlung überhaupt, hat endlich beyde hervorgerufen.

Jemehr die vortrefliche Reichs=Friedens=Deputation die Sache in ihrem Zusammenhange erwägen wird, destomehr wird sie die Nothwendigkeit fühlen, Einwendungen und Zweifeln zu begegnen, die weder in Ihren Grundsätzen, noch in der Beschaffenheit Ihrer eigenen Beschlüsse liegen können, und die eben deßwegen nie hätten erregt werden sollen. Und da es von nun an lediglich von Ihr abhängt, darzuthun, wie viel dem Reiche und Ihr selbst daran liege, daß, während man unterhandelt, der Besitzstand in einem höchst wesentlichen Puncte durch Fortsetzung vertragwidriger Handlungen, zum augenfälligen Nachtheile des Reiches, nicht umgekehrt werde; so will die höchstansehnliche kaiserliche Commission diesen wichtigen Gegenstand der angelegentlichen Berathung und Gutachten der vortreflichen Reichs=Friedens=Deputation andurch besonders übergeben. — Womit die kaiserliche höchstansehnliche Commission sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs=Friedens=Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen stäts zugethan verbleibt.

Signatum zu Rastatt den 17ten October 1798.

(L. S.) Franz Georg Carl,
Reichsgraf von Metternich=Winneburg=Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch=kaiserlichen Majestät zu gegenwärtiger Reichs=Friedens=Deputation verordneten höchstansehnlichen Commission wegen, dem hochlöblichen kurmainzischen Directorium der Reichs=Friedens=Deputation einzuhändigen.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 17ten October 1798.

Anlagen zur zweyhundert und fünf und siebenzigsten Beylage.

Abschrift Note Seiner Excellenz des Herrn Grafen von Metternich an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik.

De dato Rastatt den 17ten October 1798.

Die Verzichtleistung auf die Territorien von Kehl und Kastel, welche von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik in der Note vom 3ten October* nunmehr

---

* Hieher gehört auch noch der Noten-Wechsel zwischen der königl. preußisch-kurbrandenburgischen und der französischen Gesandtschaft über einige Gegenstände des Reichs-Friedens-Geschäftes. Bereits am 19. Juny 1798. war folgende Note den franz. bevollmächtigten Ministern von den königl. preußischen zugefertigt worden.

Note de la légation Prussienne aux Ministres plénipotentiaires de la République françoise, datée de Rastatt, le 19. Juin 1798.

D'après des informations officielles adressées aux soussignés Ministres plénipotentiaires de Sa Majesté le Roi de Prusse au Congrès de Rastatt, les commissaires de la République françoise sur la rive gauche du Rhin ne continuent pas seulement de faire précéder la cession formelle des provinces transrhénanes prussiennes de toutes sortes d'organisations d'autant plus prématurées, que le Roi s'étoit flatté de l'amitié du Gouvernement françois, qu'on auroit égard à ses instances réitérées, pour suspendre en attendant toute organisation quelconque; mais ils prétendent même comprendre dans leur prise de possion précipitée la ville et le bailliage de Huissen, situés sur la rive droite du Waal, et dont par conséquent la position est telle qu'elle ne sauroit en aucun cas constituer partie de la cession à faire des susdites provinces transrhénanes.

Dans la conviction où se trouve le Roi, que les principes d'équité du Gouvernement françois ne lui permettront jamais de donner sa sanction à des mesures contraires à la justice, et que la prise de possession du district susdit ne sauroit provenir que d'une erreur des employés de la République, les soussignés munis d'ordres exprès pour cet effet, s'empressent de fournir içi les éclaircissemens suivans sur cet objet important.

Le Rhin, *en quittant le pays de Clèves*, passe en Hollande et prend le nom du Waal. Une autre branche qui avoit le nom du Bas-Rhin, est desséchée depuis un siècle; ses eaux, qui passoient par cette branche, sont conduites depuis nombre d'années par un canal artificiel, qui commence hors du territoire de Clèves près le village hollandois Pandern, dont il a aussi le nom; cette branche passe également en Hollande par la Seigneurie de Lymers ou le district de Sevenaar, qui est une appartenance indubitable du pays de Clèves, quoique enclavée dans le territoire hollandois. Dans ce district le bailliage mentionné de Huissen est situé entre la rive gauche de ce canal de Pandern et la droite du Waal, desorte qu'il paroit que les employés de la République ont pris ce canal pour le Rhin. Il est évident cependant que ce n'est que la *continuation naturelle* d'un fleuve qui peut-être regardée comme son vrai lit, et cette continuation non interrompue ne se trouve que dans le Waal, ce que la carte géographique démontre presqu'à l'évidence. Ce n'est donc que ce dernier fleuve qui peut déterminer dans la suite la frontière entre les deux États, et nullement un canal artificiel sujet au desséchement et répondant mal à l'idée d'une frontière naturelle dont le désir a fait la base des demandes de la République.

En

nunmehr zugesichert wird, ist dem Unterzeichneten, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, allerdings der angenehmste Beweis, daß es dem französischen Gouvernement wahrer Ernst sey, sich dem diesseitigen so oft bethätigten Verlangen nach einem baldigen Friedens-Schlusse wesentlich zu nähern. Man säumt daher nicht, diese so lang gewünschte Entsagung auf alle diesseitige feste und Berührungs-Puncte mit Vergnügen anzunehmen, und bestrebt sich in den übrigen, noch nicht vollständig berichtigten Gegenständen, den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik auf jeden Punct ihrer Note in einer detaillirten Antwort die diesseitigen Erklärungen in der festen Zuversicht vorzulegen, daß, obschon hin und wieder annoch einige Verschiedenheit mit den vorgeschlagenen Bestimmungen obwaltet, dennoch die dabey zum Grunde liegende nähere Aufklärungen von den französischen bevollmächtigten Ministern billig werden beherziget werden, um das große Ziel der gänzlichen Vereinigung vollends zu erreichen.

Ad 1. In Betreff der **Rhein-Gränze** ist man stäts damit einverstanden, daß allenthalben der Thalweg die Gränze beyder Staaten ausmachen, und daß unter dem Thalwege die Mitte des schiffbaren Haupt-Stromes des Rheins verstanden werden solle; da jedoch hierdurch am Unter-Rheine die **Büdericher Insel** bey Wesel auf die französische Seite fällt, der königlich preußische Hof aber auf deren Beybehaltung zu mehrerer Sicherung der Festung und Stadt Wesel mehrmal ausdrücklich angetragen hat, so glaubt man zuversichtlich hoffen zu können, daß das französische Gouvernement den dießfallsigen königlich-preußischen, selbst zu des Reiches Besten gereichenden Wünschen willfahren, und diese Insel der deutschen Seite überlassen werde.

Die **Rhein-Inseln** betreffend, ist man bereits in den vorhin gewechselten Noten übereingekommen, daß die Inseln auf der rechten Seite des Thalweges dem deutschen Reiche, die Inseln auf seiner linken aber der französischen Republik verbleiben sollen. In der Folge ist man auch dem eigenen französischen Antrage der Note vom 19ten July beygetreten, wornach die künftige Aenderung des Thalweges nichts an

---

En conséquence de ce principe, les soussignés prient les Ministres plénipotentiaires de la République, de vouloir faire parvenir ces observations à leur Gouvernement sans perte de tems, et effectuer par leur entremise qu'on veuille donner des ordres précis aux employés de la République, pour qu'ils ne se permettent sous aucun prétexte une transgression de la limite du Rhin, soit qu'il porte ce nom ou celui du Waal.

La justice évidente d'une demande qui n'a d'autre but que le maintien de l'ordre et de la bonne harmonie entre les deux États, ne sauroit échapper au Gouvernement éclairé de la République, et les soussignés se flattent que les Citoyens Ministres plénipotentiaires seront bientôt à même de leur faire parvenir une réponse satisfaisante, qu'ils s'empresseront avec plaisir de mettre sous les yeux du Roi, comme une nouvelle preuve du désir de la République, de s'entendre amicalement avec Sa Majesté sur tous les objets, qui pourroient encore partager et intéresser l'opinion des deux gouvernemens.

Signé: *Görtz. Jacobi K. Dohm.*

den Hoheits-Rechten über die Inseln ändern, sondern diese vielmehr von nun an, nach ihrer gegenwärtigen Abtheilung unter der deutschen oder französischen Ober-Herrlichkeit verbleiben sollen, wenn sie schon etwa in der Folge auf eine andere Seite des Thalweges verlegt würden. Wenn nun aber die bevollmächtigten Minister der französischen Republik in ihrer jüngsten Note äusseren, daß das französische Gouvernement dem deutschen Reiche oder einem seiner Glieder niemals irgend eine Besitzung auf der linken Seite des Thalwegs einräumen werde, so kann wohl die Meynung nicht seyn, daß hierdurch jene ältere Verabredungen zurückgenommen werden sollen, sondern der Sinn ist ohne Zweifel nur auf die Rhein-Linie von Hüningen bis an das kurpfälzische Oberamt Germersheim gerichtet, wo der Rhein schon vordem die Gränze zwischen Deutschland und Frankreich gewesen ist, und wo man sich auf das Begehren der bevollmächtigten Minister der französischen Republik, die bisher französisch gewesenen Inseln auf der rechten Seite des Thalwegs auch noch ferner beyzubehalten, das Reciprocum ausbedungen hat. Da sich nun aber die gegenwärtige Ueberlassung des linken Theils des Rhein-Thalwegs an die französische Republik eigentlich erst bey dem Oberamte Germersheim, als dem ersten Puncte der eroberten Lande des linken Rhein-Ufers, nicht aber dort anfängt, wo Deutschland schon vorhin an Frankreich gegränzt hat, so wird das französische Gouvernement wohl keinen weitern Anstand nehmen, in Ansehung dieses Theiles des Rheines und seiner Inseln es bey den bisherigen auf Verträgen und Herkommen beruhenden Verhältnissen zu belassen, und sonderlich den diesseitigen Gemeinden, welche dergleichen Inseln jenseits des Thalweges besitzen, deren freye Benutzung und mithin den Gebrauch des Busch- und Holzwerkes zum nöthigen Uferbaue auf keine Art zu erschweren.

Später, im October, wurden folgende drey Noten gewechselt.

Note de la légation Prussienne aux Ministres plénipotentiaires de la République françoise, datée de Rastatt, le 8. Octobre 1798.

Les soussignés Ministres plénipotentiaires de Sa Majesté le Roi de Prusse ont vu avec une satisfaction particulière par la dernière note des Citoyens Ministres plénipotentiaires de la République françoise, que, touchés par la force des argumens exposés par la Députation de l'Empire, ils ont bien voulu consentir à l'abandon plénier des territoires de Kehl et de Cassel, et s'en tenir, à quelques modifications près, à la première fixation des limites de la rive gauche du Rhin.

Le Roi ne pourra qu'applaudir à la résolution condescendante du Directoire exécutif sur cet objet si important pour le repos futur de l'Allemagne; mais il y en a d'autres dans la susdite note où Sa Majesté se trouvera entièrement frustrée dans sa juste attente.

Tels sont entr'autres dans le N.° I. l'adoption qu'on qualifie rigoureuse de l'ancien cours du Rhin pour la limite réciproque, moyennant le Thalweg ou chemin de la navigation. Par cette explication on rejette ainsi entièrement celles contenues dans la note officielle, remise par la légation du Roi en date du 19. de Juin, dont une copie se trouve ci-jointe *sub lit. A.*

In Betreff der **freyen Rhein-Schiffahrt** hat man bereits mehrmals seine Beystimmung mit dem Satze, daß beyden Nationen das gleiche Recht der Schiffahrt zustehen solle, zu erkennen gegeben. Man hat dieser Erklärung jedoch jedesmal den Wunsch einer gemeinen Uebereinkunft mit Holland beygefügt, um die Schiffahrt des Rheins bis zu seinem Ausflusse zu sichern; die französischen bevollmächtigten Minister erklären aber gegenwärtig, in die dießfallsigen Wünsche der Reichs-Friedens-Deputation dermalen nicht eingehen zu können. Da nun diese mit Holland zu treffende Uebereinkunft für das deutsche Reich in Kommerzial-Hinsichten von großer Wichtigkeit ist, so wird wenigstens die Aufhebung der Zölle der batavischen Republik nicht anderst zu gut kommen können, als sofern das deutsche Reich, binnen der, zu künftiger Aufhebung der Rhein-Zölle festzusetzenden Zeit, sich mit der batavischen Republik einer gleichmäßigen Aufhebung der Rhein-Zölle verglichen haben wird.

In Ansehung des **Leinpfades** kann man geschehen lassen, daß der diesseits vorgeschlagene Beysatz: nach **Nothdurft und Möglichkeit**, da der Leinpfad ohnehin schon seine hergebrachte Abmaaße hat, wegbleibe.

Die willfährige Erklärung wegen der diesseits angetragenen Verabfolgung der **Bau-Materialien** vom linken Rhein-Ufer auf das rechte, wird nicht auf die Unterhaltung des Leinpfades, als wofür sie nicht verlangt worden ist, sondern auf jene des Ufer-Baues zu verstehen seyn, und man darf hoffen, daß die innern Verordnungen der Republik den Bezug dieser **Bau-Materialien** zu diesem nützlichen öffentlichen Zwecke nie hemmen oder erschweren werden.

Daß die wirkliche Aufhebung der **Rhein-Transito-Zölle** in dem Friedens-Instrumente festgesetzt werde, läßt man sich gefallen; nur muß man wünschen, daß statt des zu jeder neuen Einrichtung gar zu kurzen Termins von sechs Monaten, wenigstens die Zeit eines Jahres nach Auswechslung der Friedens-Ratificationen zum wirklichen Vollzug dieser Aufhebung bestimmt werden möge.

Plus cette détermination, si elle étoit peremptoire, seroit contraire aux vœux et aux intérêts majeurs du Roi, plus les soussignés aiment à se persuader, qu'en prenant de nouveau en considération favorable les raisons détaillées dans la susdite note rélativement au vrai cours actuel du Rhin, les Ministres plénipotentiaires de la République se refuseront d'autant moins à déférer aux conclusions qu'elles présentent en dernier résultat. Cette espérance est de plus fondée sur la circonstance connue, qu'anciennement le Rhin portoit véritablement le nom de *Waal*.

Un autre point, lié plus ou moins à la détermination défavorable du Thalweg, regarde le cours du Rhin vis-à-vis de Wesel. Les soussignés ont eu l'honneur d'appeler à diverses reprises l'attention de la légation françoise, sur l'importance extrème, dont il est pour la conservation de la forteresse et de la ville de Wesel, que l'isle de Büderich, formée par le canal, qui dirige le cours du Rhin de manière qu'il la laisse à droite, reste à l'Empire, pour que les ouvrages hydrostatiques, nécessaires à l'existence de l'une et de l'autre, puissent y étre poursuivis et soignés avec la ponctualité qu'ils exigent.

Ad 2. Die französischen bevollmächtigten Minister haben in ihrer jüngsten Note zum erstenmal verlangt: daß der Weser-Zoll zu Elsfleth zu Gunsten der französischen Republik aufgehoben werde. Da aber dieser, den Grafen, nunmehrigen Herzogen von Oldenburg, in dem zehenten Artikel des Münsterischen Friedens bestätigte Zoll, in einem nicht-occupirten Theile Deutschlands liegt, und die Reichs-Friedens-Deputation darauf einzugehen nicht vermag, so will man dem französischen Gouvernement lediglich überlassen, über diesen Gegenstand mit dem herzoglichen Hause Hollstein-Oldenburg jedes dienlich scheinende Kommerzial-Uebereinkommen zu treffen. Die bevollmächtigten Minister der französischen Republik verwenden sich hiebey zugleich für die Aufrechthaltung der konstitutionsmäßigen Verhältnisse der freyen Reichs-Städte Hamburg, Bremen, und Frankfurt. Die Aufrechthaltung dieser und aller anderer kommerzirenden Reichs-Städte ist dem deutschen Reiche für sein Kommerz allerdings wichtig; sämmtliche freye Reichs-Städte, welche den dritten reichsständischen Körper in Deutschland ausmachen, stehen in Ansehung ihrer wohlhergebrachten Verfassungen, vermöge Reichs-Verbandes, unter dem Schutze der Gesetze; die Reichs-Friedens-Deputation aber rechnet es sich zur vorzüglichen Pflicht, auf die Erhaltung der Reichs-Stände und der Reichs-Verfassung möglichst bedacht zu seyn, und in den geäusserten Wunsch der bevollmächtigten Minister der französischen Republik alle Reichs-Stände und Reichs-Angehörige zu begreifen.

Ad 3. In Betreff der Kommerzial-Brücken ist man verstanden, daß die bisher bestandenen Rhein-Brücken auch ferner auf Kosten derjenigen, welche sie seither bestritten haben, wieder hergestellt und unterhalten werden sollen. Bey denjenigen aber, welche erst jetzt gemeinschaftlich würden, zum Beyspiele, der Brücke zwischen Mainz und Kastel, wird jedem riverain der Theil der Brücke zu unterhalten obliegen, der auf seiner Seite des Rheinthalwegs liegt. Was hingegen noch weiter in der Folge mit Einverständniß beyder riverains etwa zu errichtende Kommerzial-Brücken anlangt,

---

La note ci-jointe *sub lit. B.* explicative du dessin qui y appartient, suffira pour constater la vraie position de cette isle. Elle prouvera surtout jusqu'à l'évidence que, tant s'en faut que le Roi, en exprimant itérativement ses désirs, pour que cette isle reste à l'Empire, exige rien qui soit le moins du monde dérogatoire aux intérêts de la France, qu'au contraire ceux de la République plaident même la cause qu'on y expose. Il seroit donc superflu d'alléguer encore que le principe général de la conservation intacte des places sur la rive droite milite déjà pour les désirs du Roi dans cette occasion, et que cette place sera véritablement entre les mains de Sa Majesté un gage reciproque du maintien de la paix entre les deux nations.

Tels sont les deux points principaux que les soussignés se croient obligés de recommander de nouveau à l'attention toute particulière des Ministres plénipotentiaires de la République françoise.

C'est en les priant, dans le cas que leurs pleins pouvoirs n'auroient pas assez de latitude, pour leur permettre de déférer là-dessus aux représentations des soussignés, de vouloir bien faire passer la presente note sous les yeux du Directoire exécutif, en l'accompagnant d'un rapport favorable.

so kann hierüber die erforderliche Einwilligung des Reichs, wobey es jedesmal auf Nutzen und Nothwendigkeit ankömmt, zum voraus im Allgemeinen nicht zugesichert werden.

Ad 4. Tritt man nunmehr den französischer Seits geschehenen Vorschlägen bey, daß die *Dépendances* auf der linken Rhein-Seite von geistlichen Etablissemens auf der rechten der Republik, — und die Dépendances auf der rechten Rhein-Seite von geistlichen Etablissemens auf der linken dem deutschen Reiche verbleiben sollen: dann, daß diese Verfügung auch auf alle pia corpora, und namentlich auf Hospitäler, Armen-Anstalten, Universitäten und Schulen (vorbehaltlich jedoch der über diesen Artikel bestehenden oder noch zu machenden besondern Uebereinkünfte und Tractate) erstrecket werde. Hierdurch hält man sich überzeugt, daß diejenigen vielfachen Schwierigkeiten werden beseitiget werden, welche mit jeder sonstigen Art von Einverständniß über diesen verwickelten Gegenstand verbunden sind. Um jedoch diesem nunmehr angenommenen Grundsatze in seiner ganzen Ausdehnung getreu zu bleiben, müssen die Mobilien all dieser Körperschaften auch dem Rhein-Ufer auf dem sie sich gegenwärtig befinden, so wie die Activ-Kapitalien, als ebenmäßige Dépendances der Rhein-Seite zufallen, auf welcher sie angelegt sind, und worauf der Schuldner gegenwärtig seinen festen Wohnsitz hat. Daß endlich die auf solchen Dépendances haftende Schulden und sonstige Lasten demjenigen zufallen sollen, der dergleichen Dépendances acquiriren wird, ist der Billigkeit ganz gemäß. Was sodann den Vorschlag betrift, daß der Reichs-Stand, in dessen Landen solche Dépendances liegen, vorzüglichen Anspruch auf deren Acquisition haben solle, dabey findet man ebenfalls nichts zu erinnern; nur verstehet sich von selbst, daß ein Reichs-Stand solche Güter nicht unentgeldlich an sich ziehen könne, sondern es werden alle Güter, Gefälle und Kapitalien geistlicher und weltlicher jenseitiger Stiftungen (welche der Landes-Verfassung nach, oder weil sie zum allgemeinen Landes-Besten stäts bestimmt gewesen sind, auf dieser Rhein-Seite nicht fortwähren müssen) zu anderen nöthigen Zwecken, sonderlich zum billigen Ersatze für diejenigen diesseitigen pia corpora, welche verhältnißmäßig zu viel von ihren Einkünften auf

---

L'amour de la paix, les sentimens d'humanité, qui animent les Ministres plénipotentiaires de la République, et qu'ils ont manifestés tout récemment, permettent aux soussignés de nourrir d'avance l'espoir si doux pour tous les cœurs sensibles, que, dans la vue d'accélérer la conclusion de la paix, ils accueilleront avec empressement non seulement les instances susmentionnées par rapport aux deux points, qui viennent d'être exposés à leur profonde considération; mais qu'ils ne refuseront pas d'admettre des adoucissemens ultérieurs à plusieurs points de leur note, qui touchent de si près les intérêts majeurs de la nation allemande.

Une prompte adhésion aux représentations des soussignés ne pourra que servir essentiellement à réserver de plus en plus les liens d'amitié et de bonne harmonie qui unissent déjà si heureusement le Roi et la République françoise.

En finissant, les soussignés expriment avec bien du plaisir leur haute considération pour les Citoyens Ministres de la République françoise. Signé: *Görtz. Jacobi K. Dohm.*

der andern Seite einbüßen, auch zu sonstigen Entschädigungen zu verwenden, und zu dem Ende in eine Masse zusammenzuziehen seyn. Nur in Ansehung der Wittwen- und Waisen Gesellschaften wird eine Ausnahme billig und gerecht, auch das französische Gouvernement selbst geneigt seyn, diesen Instituten nichts zu entziehen, sondern denselben ihre Einkünfte, auch allenfallsige Güter, sie mögen liegen wo sie wollen, zu versichern, mithin festzusetzen, daß solche Wittwen- und Waisen-Institute, welche in den nun gänzlich überlassenen Landen errichtet sind, zu Gunsten ihrer Theilhaber erhalten, von denjenigen hingegen, welche in solchen Landen gestiftet gewesen, die nur zum Theil an die französische Republik kommen, die Fonds und Kapitalien, nach Verhältniß und Anzahl der Participanten, unter diesen vertheilet werden sollen.

Ad 5. Kann die Reichs-Friedens-Deputation in Ansehung der unmittelbaren Reichs-Ritterschaft noch immer dem Bestreben nicht entsagen, ihren dießfallsigen so gerechten Vorstellungen gewährigen Eingang zu verschaffen. Sie kann sich noch immer nicht überzeugen, daß es den französischen Grundsätzen zuwiderlaufe, wenn reichsritterschaftliche Mitglieder, welche zugleich Reichs-Stände sind, mit solchen, die keine Reichs-Stände sind, in Rücksicht ihrer auf dem linken Rhein-Ufer besitzenden reichsritterschaftlichen Güter in eine Klasse gesetzt würden; und da es den französischen Gesetzen nicht widerstrebt, wenn letztere ihre Güter ohne alle weitere Gerechtsame bloß als Privaten besitzen, so sollte man es mit eben diesen Gesetzen übereinstimmend glauben, daß auch Reichs-Stände ihre reichsritterschaftlichen Güter forthin als Privaten besitzen könnten; man muß demnach von der Billigkeit des französischen Gouvernements erwarten, daß es sowohl diese, als die übrigen in Betreff der Reichs-Ritterschaft mehrmals vorgebrachten wohlgegründeten Anträge ferner von der Hand zu weisen nicht gemeynt seyn werde. Mit welchem Antrage man noch den fernern eben

---

Note explicative du dessin ci-joint.

Le motif de la construction du canal de Büderich (A. B.) étoit d'un côté de détourner l'impétuosité du cours du Rhin de dessus les ouvrages hydrostatiques de Wesel (C. D.), devant lesquels il se trouve déjà actuellement la profondeur d'eau effrayante de 72 pieds. De l'autre côté l'intention étoit de diminuer par-là dans le tems de la crue des eaux leur masse énorme laquelle, avant la construction du canal, devoit se précipiter par la gorge étroite (D. E.) Cette masse devenoit ci-devant tous les jours plus dangereuse non seulement pour la forteresse et la ville de Wesel, dont elle menaçoit la ruine entière; mais dans le tems du charriage des glaçons, la ville de Büderich ainsi que ses digues, couroient souvent les dangers les plus imminens. Enfin un troisième but de ce canal étoit de donner avec le tems à la navigabilité du Rhin de ce côté là une direction plus sûre et plus convenable pour toutes les parties interessées. Il est incontestable que la ville de Wesel y a plus d'intérêt que les possesseurs de la rive gauche du Rhin; car quoique les grandes eaux ou hautes marées ne peuvent plus guères avoir lieu dans ces environs depuis que le canal existe (ce qui est un avantage commun aux deux rives) il est cependant d'une nécessité absolue pour la conservation des ouvrages de Wesel, de procurer aussi pendant les eaux basses de l'écoulement aux

so gerechten verbinden muß, daß nach der eigenen französischen Note vom 22ten Juny auch noch alle diejenige in dem ungestörten Genusse ihres Privat-Eigenthumes erhalten werden, welche weder Fürsten, Grafen, noch Stände mit individueller oder Kuriat-Stimme sind. Wohin gehören a.) der ganze landsäßige Adel in den überlassenen Landen. b.) Die appanagirte Herren, weibliche Angehörige, Gemahlinnen, Töchter und Wittwen reichsständischer Häuser. c.) Einige unmittelbare Reichs-Angehörige, welche weder zu einem reichsständischen Hause, noch zur Reichs-Ritterschaft gehören, und sich in keinem Verbande mit irgend einem Kreise oder Kantone befinden. Endlich d.) selbst Reichs-Stände mit ihren Privat-Besitzungen, in Ansehung welcher sie als Privat-Personen stäts betrachtet worden sind.

Ad 6. Bey dem Schuldenwesen kann die Reichs-Deputation gewiß eben so wenig, als in Ansehung aller übrigen Puncte, den Vorwurf verdienen, daß sie auf bezeigte Nachgiebigkeit ihre Forderungen erhöhe, wenn sie gleich noch immer den so sehr billigen Wunsch hegt, überhaupt mit den Schulden solcher Lande verschont zu werden, welche für das Reich künftig mit allen ihren Einkünften verloren sind; da jedoch die französischen bevollmächtigten Minister nunmehr erklären, daß diejenige Schulden, welche zum Bedürfniß und zum Besten der Lande contrahirt worden sind, (als worüber die ausgestellten Obligationen am besten entscheiden werden) auf diesen Landen haften bleiben sollen, so will man dagegen diesseits gleichwohl nachgeben, daß diejenigen Stände, welche auf dieser Rhein-Seite werden entschädigt werden, die zu ihrem Vortheile und Dienste gemachte Schulden abführen, auch insbesondere die zu Führung des Reichs-Kriegs contrahirten Landes-Schulden auf die Objecte der rechten Rhein-Seite, welche sie zur Entschädigung erhalten, übernehmen sollen. Was aber die von einzelnen Theilen der Lande, auch von einzelnen Gemeinden, aus Anlasse und zum Behufe des Krieges contrahirte Schulden betrift, so kann man unmöglich den

---

eaux du Rhin par le dégagement du canal à son embouchure, ce qui exige des soins et des dépenses continuels. Le canal n'a pas même encore jusqu'ici la largeur et la profondeur que ce but demande. Pour y parvenir, il faut en ôter toujours les sables et appliquer des pompes aspirantes (X) et reparer la digue gâtée (y y). Puis, quand le canal aura un jour atteint sa largeur normale, il faudra raffermir la rive droite par les ouvrages nécessaires, pour effectuer un lit plus régulier et empêcher sa dégradation. Il est naturel que ces sortes d'ouvrages ne sauroient être soignés convenablement et avec toute la ponctualité requise, que par ceux qui y ont le plus grand intérêt, et auxquels par conséquent doit appartenir la propriété de l'isle.

Au reste, elle n'est presque d'aucune valeur quant à ses productions, son sol n'étant composé que de sables et de graviers. Toutes les raisons semblent ainsi convenir, pour que cette isle reste à celui qui y a fait à ses fraix et dépens les premiers arrangemens plus ou moins utiles pour les deux rives. Il est certain de plus, qu'à la suite de la perfection de ce canal, la rive gauche gagnera par l'alluvion, puisqu'au dessous de son courant sur la ligne (F. G.), les eaux du Rhin deviendront calmes, de destructives qu'elles y étoient jusqu'à présent pour la rive gauche.

Rastatt ce 8. Octobre 1798.

angeführten Grund zugestehen, aus welchem sogar auch dergleichen Privat-Schulden diesseits übernommen werden müßten. Ohnehin würde es gänzlich an einem Objecte fehlen, auf welches diese **Kommunal-Kriegs-Schulden** diesseits gegründet werden könnten; denn die meisten Lande sind schon mit eigenen Schulden überladen, und solche auf andere diesseitige Gemeinden anzuweisen, läßt sich mit keinem Rechte vereinigen. Diese Kommunal-Kriegs-Schulden sind überdieß zum Behufe der occupirenden Truppen zu einer Zeit aufgenommen worden, wo der occupirende Theil die ganze Landes-Administration und die Landes-Renten an sich gezogen, die Landesherren samt ihren Beamten entfernt, und die occupirten Lande wie sein Eigenthum behandelt hat.

Wenn demnach die bevollmächtigten Minister der französischen Republik alle diese wahre Umstände in Betracht ziehen, so kann man mit Zuversicht erwarten, daß sie hierwegen der Reichs-Friedens-Deputation nichts ferner zuzumuthen gemeynt seyn werden.

In Ansehung der Schulden solcher Lande hingegen, die auf beyden Rhein-Seiten liegen, besorgt man, daß, wenn die wirkliche Verwendung für diesen oder jenen Landestheil die Uebernahme entscheiden sollte, dieser Grundsatz in der Anwendung unübersehliche Schwierigkeiten finden werde; man glaubt daher den bereits in der Note vom 23ten September geäusserten einfacheren Vorschlag erneuern zu müssen, daß diese Schulden ganz oder pro rata dorthin zu übernehmen seyen, wo sich die in den Schuld-Verschreibungen dafür specialiter verpfändeten Hypotheken befinden.

Dann

Note des Ministres plénipotentiaires de la République françoise à la légation Prussienne, en date de Rastatt, le 22. Vendémiaire an VII. de la République françoise,
(13. *Octobre* 1798.)

Les soussignés Ministres plénipotentiaires de la République françoise ont reçu le 18. Vendémiaire présent mois la note, qui leur a été adressée par Messieurs les Ministres plénipotentiaires de Sa Majesté le Roi de Prusse. Ils se sont empressés dans le tems de transmettre à leur Gouvernement la note sur le même objet, remise par la légation du Roi le 1. Messidor de l'an 6. Depuis ils n'ont pas manqué de faire connoitre aux membres de la légation la réponse précise qu'ils avoient reçue, et l'impossibilité où se trouvoit le Gouvernement françois, de condescendre au vœu de la Prusse. Les soussignés ne sauroient donc prendre sur eux, de reproduire auprès du Directoire exécutif des demandes, sur lesquelles il s'est déclaré négativement et de manière à leur faire regarder cet objet comme terminé. Sa Majesté Prussienne et Messieurs Ses Ministres plénipotentiaires sont trop justes pour voir dans l'application d'un principe reconnu, et auquel la République a fait elle-même tant de sacrifices, rien qui puisse affoiblir la bonne intelligence et les rélations d'amitié que le Directoire exécutif aura toujours à cœur de conserver entre les deux Etats.

Les Ministres plénipotentiaires de la République françoise expriment avec plaisir leur haute considération pour Messieurs les Ministres de Sa Majesté le Roi de Prusse.

Signé : *Bonnier. Jean Debry. Roberjot.*

Note

Dann wird es auch noch bey der äussersten Erschöpfung die der bisherige Krieg verursacht hat, unvermeidlich nothwendig werden, zur Heimzahlung der Schulden billige, angemessene Fristen (so wie es auch im westphälischen Frieden geschehen ist) festzusetzen, um die durch den Krieg unvermögend gewordenen Schuldner aller Klassen gegen die Ungestümme ihrer Gläubiger, welche jetzt schon ihre Kapitalien fordern, und noch mehr gleich nach dem Frieden auf Abtragung derselben bestehen werden, sicher zu stellen.

Ad 7. Haben die französischen bevollmächtigten Minister in ihrer Note vom 14. September selbst geäussert, die Frage von Anwendung oder Nichtanwendung der französischen **Emigrations**-Gesetze verdiene um so mehr die sorgfältigste Erwägung, als das Wohl, die Freyheit, und das Vermögen einer großen Anzahl von Familien in beyden Staaten davon abhänge. Diese Betrachtung muß selbst in ihren Augen die Reichs-Friedens-Deputation rechtfertigen, wenn sie wieder auf diesen Gegenstand zurückkommt. Es ist eine ihrer heiligsten Pflichten, sich mit der angestrengtesten Sorgfalt des Schicksales so vieler Deutschen anzunehmen, welchen größtentheils nichts

---

Note de la légation Prussienne aux Ministres plénipotentiaires de la République françoise, datée de Rastatt, le 16. *Octobre* 1798.

Les soussignés Ministres plénipotentiaires de Sa Majesté Prussienne ont reçu le 13. de ce mois la note que les Citoyens Ministres plénipotentiaires de la République françoise leur ont adressée en réponse à celle du 8. de ce mois.

Le contenu de cette réponse oblige les soussignés aux explications suivantes. Les Citoyens Ministres y assurent, qu'ils n'ont pas manqué de faire connoître aux membres de la légation du Roi la réponse précise qu'ils avoient reçue, sur l'objet de la note de la mission Prussienne du 1. Messidor de l'an 6. (19. Juin), et l'impossibilité où se trouvoit le Gouvernement françois de condescendre au vœu de la Prusse.

Les soussignés ne savent rien d'une *réponse précise* qui leur auroit été donnée par les Citoyens Ministres plénipotentiares de la République françoise sur la note susdite de la légation Prussienne. Ils ne sauroient supposer qu'on veuille regarder comme telle des insinuations qui ont été faites à quelques-uns de leurs membres, occasionnellement et par manière de conversation d'individu à individu. Ce mode d'explication a été déclaré formellement par la légation françoise ne devoir jamais être regardé comme officiel, la légation françoise étant indivisible.

Mais dans le cas même qu'une réponse précise auroit été donnée aux soussignés sur leur note du 19. de Juin, ils ne sauroient regarder comme peremptoires les conclusions qu'en tirent les Citoyens Ministres plénipotentiaires de la République.

Ils témoignent dans leur note du 13. d'Octobre, ne pouvoir prendre sur eux de reproduire auprès du Directoire des demandes, sur lesquelles il s'est déclaré négativement et de manière à leur faire regarder l'objet en question comme *terminé*.

La franchise, avec laquelle les soussignés se sont fait une loi de s'ouvrir dans toute occasion vis-à-vis des Ministres françois, Plénipotentiaires d'une puissance amie du Roi leur maître, sera encore dans celle-ci la règle de leur conduite. Fidèles à ce principe, ils ne dissimuleront pas aux Ministres

anders als ihre treue Anhänglichkeit an ihre bisherige Verfassung und Landes-Herrschaften zur Last gelegt werden mag. Den Deutschen kann dieß um so weniger zum Verbrechen gemacht werden, als sie den Werth dieser ihrer Verfassung zu sehr fühlen, um für neue Staats-Einrichtungen empfänglich zu seyn. Die bevollmächtigten Minister der französischen Republik schränken aber in ihrer letzten Note die Nichtanwendung der französischen Emigrations-Gesetze blos auf die noch nicht mit der Republik unirten, dann bey den unirten Landen blos auf diejenigen ein, wo die Reunions-Decrete nicht publicirt worden sind, und wo daher den Einwohnern die bestimmte Frist von drey Monaten zu ihrer Rückkehr nicht hat zu Statten kommen können. Allein wahre Vereinigung fremder Provinzen setzt eine wirkliche Ueberlassung voraus, und wahre Ueberlassung geschicht nur durch Friedens-Schlüsse, indem dadurch erst die Pflichten an die alte Regierung aufhören.

Die Reichs-Friedens-Deputation schmeichelt sich daher um so mehr, von den erleuchteten Einsichten des französischen Gouvernements erwarten zu können, daß der

---

plénipotentiaires de la République, qu'ils n'ont pu qu'être fort surpris de trouver dans le passage précité des expressions qui leur paroissent renfermer un refus formel de porter sous les yeux du Directoire leur note du 8. de ce mois, une note qui n'a pas seulement pour objet l'article déduit dans une note antérieure du 19. de Juin, mais qui en outre renferme d'autres objets importans, auxquels le Roi et l'Empire mettent un aussi grand intérêt — une note enfin, qui contient les assurances réitérées les plus amicales de Sa Majesté envers la République françoise.

Les soussignés aiment à croire que dans aucun cas les Citoyens Ministres de la République au congrès voudront se refuser de porter à la connoissance de leurs commettans les demandes, qui leur seront adressées de la part des soussignés, qui négocient au nom du Roi leur Maitre.

Ils observent de plus que, quand même leurs demandes paroitroient à la légation de la République des objets *terminés*, ce jugement ne sauroit être envisagé par les soussignés comme *sans appel*. Dans le cours de toutes les négociations il se présente des cas ou, d'un côté où de l'autre, des discussions ultérieures sont jugées inadmissibles. Il arrive toutefois que, d'après des représentations réitérées, des modifications importantes et quelquefois des renonciations absolues sont admises.

Les soussignés ne voudroient donc non plus renoncer à l'espérance que le Directoire exécutif de la République trouvera dans sa justice les explications ultérieures sur l'objet de la note du 19. de Juin, dignes de toute son attention.

Ils ajoutent ici un dessin topographique sur l'objet du vrai cours du Rhin avec une note explicative, qui fera voir à l'évidence les seuls principes à suivre dans cette occasion.

L'isle de Büderich fait un autre objet de la note du 8. de ce mois. Il n'a pas encore été traité par écrit de la part des soussignés, si-non dans la note du 8. de ce mois En reconnoissant la justesse de l'application du principe reconnu, ils ne sauroient se résoudre cependant d'abandonner l'espérance d'une déférence complette du Directoire au vœu du Roi et de tout l'Empire Germanique sur l'objet de cette isle. La Députation de l'Empire s'est décidée dans un cas semblable à consentir (comme une exception à un principe reconnu) à la cession de l'isle fortifiée de St Pierre, malgré les sacrifices immenses qu'elle avoit déjà portés à l'amour de la paix. Tout concourt ainsi à faire espérer d'avance que par un juste retour, et considérant surtout que l'isle de St. Pierre importoit infiniment moins à

auf Natur- und Völkerrecht gebaute Grundsatz der allgemeinen Nichtanwendbarkeit der Emigrations-Gesetze auf alle Deutsche werde anerkannt werden, als sie hiedurch keine Störer der öffentlichen Ruhe, sondern deutsche Mitbürger in Schutz nimmt, deren zeitheriges Schicksal eine eben so traurige als unverschuldete Folge der Kriegs-

---

l'existence de Mayence que ne le fait l'isle de Büderich avec son canal au maintien de la forteresse, et à la conservation des habitations de la ville de Wesel, le Directoire n'hésitera plus à laisser cette dernière isle entre les mains du Roi et de l'Empire, auquel il ne reste d'ailleurs aucune forteresse du côté de la rive droite pour sa défense, tandis que les possessions de la République sur la gauche se trouvent défendues par une triple chaine de forteresses inexpugnables.

Par toutes ces considérations, les soussignés renouvellent ici leurs instances de la manière la plus pressante, pour que les Citoyens Ministres plénipotentiaires de la République n'hésitent plus de reproduire auprès du Directoire toutes leurs demandes, et à faire passer pour cet effet sans délai sous les yeux du Directoire leur note du 8. de ce mois, ainsi que la présente.

Ils se flattent que le Directoire en cela d'accord avec les principes suivis par Sa Majesté Prussienne dans toute négociation, ne voudra jamais consentir à ce que les communications entre les Plénipotentiaires de Prusse et ceux de la République au congrès soient obstruées sur aucun point des pourparlers respectifs, avant que d'être reconnus par les deux gouvernemens définitivement comme terminés.

Les soussignés réitèrent aux Citoyens Ministres plénipotentiaires de la République les assurances de leur haute considération. Signé: *Görtz. Jacobi K. Dohm.*

Note explicative du dessin ci-joint.

Le Duché de Clèves est le dernier pays d'Allemagne que le Rhin arrose. En quittant ce Duché, son cours prenoit autrefois sa direction depuis la ville prussienne d'*Emmerich* vers le fort hollandois, dit *Schenkenschanz* dans la ligne (a. a.) Il se partageoit ensuite en deux branches, dont l'une (b. b.) prenoit la direction vers *Nimmègue* et étoit le grand courant; cette branche avoit conservé l'ancien nom du Waal; l'autre branche (c. c.) se dirigeoit sous le nom du *Haut* et depuis du *Bas* Rhin vers *Arnheim.* Cet état de choses dura jusqu'à l'année 1699. où il fut entièrement changé par une rupture violente causée par un engorgement des glaçons dans les deux branches. La langue de terre (d—e) fut submergée; il n'y eut plus qu'un seul courant du fleuve, qui conserve le nom du Waal, comme étant la branche principale: l'autre branche desfécha en tout jusqu'à une certaine distance, et cessa d'être navigable de la *Zollkammer de Lobith* jusqu'au village de ce nom. Le commerce étant privé par-là d'une communication intéressante, les Hollandois la rétablirent, en construisant un canal tiré du grand cours du Waal, qui commence près le village hollandois *Pandern*, dont il porte le nom.

Il résulte de ces faits que le Rhin quitte le Duché de Clèves et par conséquent l'Allemagne, sans être encore partagé en deux branches, desorte qu'en se conformant réciproquement au principe adopté, de prendre le cours principalement navigable du Rhin pour limite, toute différence d'opinions à ce sujet devroit cesser d'elle-même. Car comment se former l'idée qu'on puisse abandonner le grand courant du Rhin, pour prétendre que c'est plutôt un *canal artificiel*, dont les *deux rives* appartiennent à un *État étranger* (la Hollande), qui devroit séparer dans l'avenir la France d'avec l'Allemagne?

Rastatt, le 16. Octobre 1798.

Umstände ist, und deren, auch ohne diese Rücksichten, schon die Vortheile und Wohlthaten der Amnestie zum guten kommen würden, welche bey Wiederherstellung der freundschaftlichen Verhältnisse zwischen zwey Nationen, nach der menschenfreundlichen Gewohnheit aller Friedens-Schlüsse, stets festgesetzt zu werden pflegt, und die auch schon vorläufig von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik in ihrer Note vom 8ten April zugesichert worden ist. Man darf diese allgemeine Zusage um so mehr hoffen, als die französische Emigrations-Gesetze selbst häufig zu Gunsten derjenigen sprechen, welche sich dennoch auf mehreren Emigrations-Listen eingetragen befinden. Hieher gehören nebst vielen anderen schon vorzüglichst alle deutsche auch selbst in Frankreich begüterte Reichs-Fürsten und Reichs-Grafen mit ihren Familien, — viele, die schon vor der französischen Revolution in deutsche Dienste getreten sind, — die reichsständischen Diener, welche mit oder ohne ihre Herrschaften aus ihren Landen vor ihrer Vereinigung mit Frankreich abgezogen sind, und sich anderswo etablirt haben, — die blos als Fremde anzusehende reichsständische Diener im Elsaß und Lothringen, welche ihren Dienstherren folgen mußten, — die reichsritterschaftlichen Personen, namentlich jene des Ober- und Niederrheinischen und des Ritter-Kantons Neckar-Schwarzwald und Ortenau, dann alle übrigen Reichs-Angehörigen, welche zugleich in deutschen (sowohl reunirten als neu überlassenen) und in den der französischen Hoheit unterworfenen Landen domiciliirt oder begütert sind, — diejenigen, die in Ansehung ihrer Besitzungen in Lothringen und Elsaß durch die vorigen Friedens-Schlüsse und selbst durch die Anerkenntniß des französischen Gouvernements in älteren und neueren Zeiten in ganz eigenen Verhältnissen mit Deutschland geblieben sind. Man setzt daher in Rücksicht all dieser hier verzeichneten Personen das zuversichtliche Vertrauen in das französische Gouvernement, es werde wenigstens für solche, statt der mit großen Schwierigkeiten und Kosten verbundenen ordentlichen Nachsuchung ihrer Radiationen, auch aller dießhalbigen Præclusion, die Nichtanwendung der Emigrations-Gesetze auf dieselbe verbindlich zuzusagen und das dagegen Geschehene ab- und herstellen zu lassen, keinen weiteren Anstand nehmen.

Ad 8. Die Versicherungen der bevollmächtigten Minister der französischen Republik, daß sich einstweilen mit der Erleichterung der occupirten Lande des rechten Rhein-Ufers nach Möglichkeit werde beschäftiget werden, erkennt man mit Danke, und begründet hierauf die tröstliche Hoffnung, daß eine wiederholte Vorstellung endlich den erwünschten Zweck nicht verfehlen, mithin die französische Republik alle Truppen von der rechten Rhein-Seite nunmehr gänzlich wegziehen, die Kontributionen einstellen, und die vorzüglichste Bedingniß des Waffenstillstandes — welchen nicht verletzt zu haben, die bevollmächtigten Minister der französischen Republik selbst versicherten — nämlich die konventionsmäßige Ravitaillirung der Festung Ehrenbreitstein, nunmehr um so gewisser ohne Zeitverlust gestatten werde, als, nach nunmehr bewilligter Schleifung

der Festungswerke von Ehrenbreitstein, auch im entfernten Verstande keine entgegenstehende Ursache mehr vorhanden ist.

Ad 9. Ist man bereit, in dem künftigen Friedens-Schlusse auf alle Ansprüche und Rechte, welche das Reich auf die Gegenstände hat, die dermalen an Frankreich überlassen werden sollen, zu verzichten, auch diesen Verzicht auf Savoyen und die sogenannte österreichische Niederlande zu erstrecken, welche durch die Tractaten mit dem Könige von Sardinien und durch den Tractat zu Campo Formio an die französische Republik gekommen sind.

In Ansehung des **Frickthales** muß man sich auf seine vorige dießfallsige Erklärung vom 10ten August beziehen; es kommt indessen darauf an, daß sich das französische Gouvernement vor allem wegen desselben mit dem Erzhause Oesterreich vollkommen einverstehe, welcher Uebereinkunft alsdann das Reich seine Beystimmung nicht versagen, und die darauf habende reichsverbandmäßige Zuständigkeiten seines Orts aufzugeben kein Bedenken haben wird.

Das Reich ist auch bereit, auf seine Rechte auf jene italienische Lande und Reichs-Lehen, welche der cisalpinischen Republik nach Innhalte des Vertrages von Campo Formio zufallen, zu verzichten; hingegen werden, in Ansehung der übrigen berührten Reichs-Lehen in Italien, die bereits unterm 10ten August verlangte nähere Aufklärung und bestimmtere Bezeichnung der Gegenstände, auf welche zu verzichten gegenwärtig ebenfalls begehret wird, zuvörderst noch der Reichs-Deputation mitzutheilen seyn.

Die von Seiten der französischen und der italienischen Republiken zugesagte gegenseitige Verzichtleistung acceptirt man diesseits; man muß aber auch hiebey dasjenige wiederholt verlangen, was in der Note vom 10ten August wegen den letzteren Republiken und der deutschen Besitzungen in deren Gebiete vorausgesetzt wird.

Ad 10. Ist man vorhin schon einverstanden gewesen, daß die Festungswerke von Kehl und Kassel geschleift bleiben sollen, und will nunmehr auch noch die weitere verlangte Zusicherung geben, daß in der Gegend dieser beyden Plätze, und zwar in der Weite von 3000 Toisen vom rechten Rhein-Ufer, irgend eine Befestigung nicht werde angelegt werden.

Uebrigens ist ausser den, zu Gunsten der allgemeinen Reichs-Versammlung und des kaiserlichen Reichs-Kammer-Gerichts diesseits gemachten, jenseits noch nicht beantworteten Anträgen, noch einige, die Ruhe und das Eigenthum der Privaten betreffende Puncte, als z. B. des freyen Abzuges durch eine festzusetzende Zeit, — der Entschädigung derjenigen, welche ihre Besoldung, Benefizien oder Emolumente verlieren, — der Beunruhigung reichsständischer Diener wegen älterer Amtshandlungen, gemeinsam zu bestimmen übrig; alle diese Gegenstände werden ihren schicklichen Platz in förmlichen Friedens-Projecten finden, und man will daher solche dermalen nicht weitläufiger berühren, sondern sich blos auf die Beantwortung der letzten Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik und auf die Versicherung beschrän-

ken, daß man bey seinem stets fortgesetzten eifrigsten Bestreben, dem Reiche aufs baldigste einen billigen und anständigen Frieden zu verschaffen, gewiß auch auf keine Weise eine gegründete Ursache zu Abbrechung der Unterhandlungen geben werde.

Unterzeichneter bestätigt hierbey den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik die Gesinnungen seiner ausgezeichnetesten Hochachtung.

Précis d'un entretien qui a eu lieu entre le Ministre plénipotentiaire de l'Empereur, et ceux de la République française, sur l'objet de la Note verbale, le 14. Octobre 1798.

Après avoir exposé de vive voix aux Ministres plénipotentiaires de la République française, les points renfermés dans la Note verbale, dont le Comte de Metternich leur a même donné lecture, le Ministre Bonnier prit la parole, et observa, qu'eux, Ministres plénipotentiaires de la République, attendraient avant tout la réponse officielle de la Députation, et suivant la marche usitée. Le Comte de Metternich s'apperçut sans peine que le Ministre Bonnier voulait éviter par ce moyen une discussion détaillée sur l'objet principal de l'entretien; on a pensé au surplus que cette réponse du Ministre Bonnier tendait à blesser le principe qui donne au Ministre plénipotentiaire de l'Empereur, la faculté de donner suite aux négociations sur des objets dont les bases ont été posées par la Députation, et sanctionnées par lui; il importait de constater par le fait même ce droit incontestable qui compète au Ministre plénipotentiaire, et de ne point laisser supposer aux Ministres de la République, que cette démarche pouvait être dictée par des vues sécondaires: le Comte de Metternich observa donc au Ministre Bonnier que tout ce qu'il avait l'honneur de leur exposer à ce sujet, était une suite des bases et des principes adoptés, quoiqu'ils ne fussent pas aussi détaillés dans les Notes précédentes; qu'ainsi le Ministre plénipotentiaire de l'Empereur, ne s'écartait point de la véritable marche des affaires, et que de même il ne manquerait pas d'informer la Députation du résultat de l'entretien, se réservant de faire parvenir aux Ministres plénipotentiaires de la République française, une Note officielle encore dans le courant de la semaine. Le Ministre Bonnier prit la parole en observant que la demande du Comte de Metternich ne pouvait être qu'une conséquence, que la Députation n'avait qu'à accélérer la conclusion de la paix, et qu'alors l'objet qui concerne Ehrenbreitstein serait rempli. Le Comte de Metternich répondit que cette conséquence était sans replique, mais qu'il s'agissait pour le présent de fixer le principe qui veut qu'on n'intervertisse point le Status quo et la possession actuelle; que la France avait soigneusement stipulé la possession des Forts de Kehl et de Cassel, jusqu'à la conclusion de la paix, et qu'ainsi l'Empire germanique ne pouvait point rénoncer à celle de la forteresse d'Ehrenbreitstein, comme forteresse, par suite d'une parfaite réciprocité; que d'ailleurs il ne s'agissait pas ici de nouveller stipulations, mais seulement de donner pleine exécution à la Convention conclue et signée lors de l'armistice, entre les Généraux respectifs; et que c'est en conséquence de cette Convention que

le ravitaillement d'Ehrenbreitſtein n'aurait jamais du éprouver la moindre difficulté: que le Gouvernement français agirait bien plus contrairement aux principes de juſtice et d'équité, s'il s'oppoſait au ravitaillement de la place au moment d'un rapprochement très prononcé, et lors que les négociations ſemblent toucher à leur terme. Le Miniſtre Bonnier répliqua que l'état des choſes était tel que le Comte de Metternich l'avait demandé, puisque la République était en poſſeſſion des Forts de Kehl et de Caſſel, et l'allemagne en poſſeſſion d'Ehrenbreitſtein, et qu'ainſi on était en règle; on lui répliqua ſur cette obſervation ſi étrange qu'effectivement l'état des choſes était tel pour le moment, mais qu'on pouvait bien ſe perſuader qu'une place après s'être ſoutenue vigoureuſement depuis le commencement de la guerre, tomberait néceſſairement à la fin, dès qu'on lui coupait tous les moyens de ſe ravitailler: que la propoſition que l'on faiſait ne pouvait s'appliquer au moment préſent, mais qu'elle portait ſur l'avenir, et qu'il importait de ſe prêter à l'éxécution d'un principe dont la juſtice, l'équité et la plus parfaite réciprocité étaient démontrées juſqu'à l'évidence. Le Citoyen Bonnier revenant aux conſéquences, ajouta: que l'Empire faſſe ſa paix, et alors les baſes convenues ſeront pleinement éxécutées; que la République françaiſe venait de fournir la preuve de ſes bonnes intentions, et de la loyauté de ſa conduite, les ordres étant donnés pour la marche rétrograde des troupes françaiſes ſur la rive droite du Rhin, à l'effet de ſoulager le pays; de manière que tout dépendait de l'entière concluſion de la paix; il termina par dire que la République avait fait de grands ſacrifices pour atteindre ce but, mais qu'elle avait beſoin de maintenir ſa dignité et ſa conſidération politique, principe dont on ne s'écarterait jamais. Le Comte de Metternich reprit, en diſant que ce même principe était commun à tous les Gouvernemens, et qu'on ne pouvait s'empêcher de faire franchement l'obſervation que c'était plus particulièrement de la foi des traités et Conventions que dépendait la conſidération publique d'un Gouvernement; que c'était à ce titre qu'il réclamait le ravitaillement d'Ehrenbreitſtein. Le Miniſtre Bonnier inſiſta alors avec force ſur tout ce qu'il avait dit, en donnant des aſſurances réiterées des intentions pacifiques du Gouvernement français, et en formant des vœux pour que la prémière réponſe de la Députation ſoit de nature à pouvoir ſe rapprocher définitivement, ſans être dans la néceſſité d'entrer dans de trop grandes diſcuſſions, le Gouvernement français en étant fatigué, et ne pouvant plus ſe porter à de nouvelles conceſſions. Il aſſura d'ailleurs que l'on s'expliquerait du moment que la réponſe ſerait parvenue. Les Citoyens Jean Debry et Roberjot ont pris de tems à autre, part à cet entretien, mais ce fut pour appuyer les dires et réponſes de leur Collègue Bonnier. Le Comte de Metternich mit un terme à l'entretien, en diſant qu'il ſe flattait de pouvoir ſous peu de jours, leur transmettre le réſultat des dernières délibérations de la Députation de l'Empire, dans lesquelles l'objet qui concerne Ehrenbreitſtein, ſerait ſans doute plus détaillé.

Note verbale de S. E. M. le Comte de Metternich, aux Miniſtres plénipotentiaires de la République françaiſe. Raſtatt le 14. Octobre 1798.

Les Négociations de paix entre l'Empire et la France ſont ſi avancées; ſes baſes ſont ſi bien convenues; le deſir de terminer du côté de l'Empire eſt ſi completement demontré par les ſacrifices inappréciables qu'il a faits, que les difficultés qui reſtent encore à applanir, ne peuvent être attribuées ni à ſes diſpoſitions, ni à ſa conduite.

Dans cet état des choſes on a dû être ſurpris de voir le Général commandant des troupes françaiſes ſur le Rhin, reſſerrer le blocus de la forteresse d'Ehrenbreitſtein, et les Miniſtres plénipotentiaires de la République ne répondre à aucunes des inſtances réitérées qui leur ont été faites à l'effet de ſuſpendre des meſures qui, non ſeulement ſont contraires à l'armiſtice, et aux Conventions qui l'ont ſuivies, mais qui de plus ſe trouvent abſolument inutiles et ſans objet, à moins, ce qu'on ne ſaurait ſuppoſer, que le Gouvernement français n'ait réſolu d'intervertir l'état de poſſeſſion au milieu des Négociations, et après avoir reçu de l'Empire toutes les preuves imaginables de la bonne foi avec laquelle il les dirige invariablement vers leur concluſion.

Si la République réfuſe d'évancer la rive droite du Rhin, par le principe de la conſervation de ſes avantages juſqu'à la Signature de la paix; ſi même après avoir conſenti à leur ceſſion, elle continue de garder les Forts de Kehl et de Caſſel, ce principe doit juſqu'à la même époque conſerver à l'Empire la forteresse d'Ehrenbreitſtein, et lui garantir l'exécution des Conventions faites uniquement pour lui en aſſurer la poſſeſſion ſans trouble pendant tout le cours des Négociations.

Le Miniſtre plénipotentiaire de Sa Majeſté l'Empereur aime à ſe perſuader que toute autre manière d'agir ne ſaurait entrer dans les vues du Gouvernement français, et qu'elle répugnerait également au caractère des Miniſtres chargés de donner dans chaque occaſion des aſſurances ſi ſouvent réiterées de ſa loyauté et de ſa droiture. En effet rien ne tendrait plus directement à détruire cette confiance ſans laquelle les Négociations ne peuvent atteindre leur but, la paix ne pourrait ſe conclure, ou elle ne ſaurait durer ſi on parvenait à la faire.

Il requiert en conſéquence les Miniſtres plénipotentiaires de la République françaiſe, de vouloir bien s'expliquer ſur ce point, de manière à répondre aux preuves auſſi multipliées qu'évidentes que l'Empire n'a pas diſcontinué de donner de ſa franchiſe et de ſon déſir inconteſtable d'affermir la confiance, et d'amener la paix, même au prix des plus grands ſacrifices.

Zwey

Zweyhundert und sechs und siebenzigste Beylage.

Promemoria der königlich-preußischen kurbrandenburgischen Gesandtschaft an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 19. October 1798.

[276]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 20. Octobris 1798.

Unterzeichnete bevollmächtigte Minister Sr. königl. preußischen Majestät haben nicht ohne besondere Theilnahme vernehmen können, daß die höchstansehnliche kaiserliche Plenipotenz sich veranlaßt gefunden, wegen endlicher Aufhebung der Einschliessung der Festung Ehrenbreitstein sich bey den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik auf das nachdrücklichste mittelst übergebener Note verbale und gehabter mündlicher Unterredung zu verwenden; daß indeß nach dem von letzterer gegebenen Précis die Hoffnung des Erfolgs noch nicht so gesichert sey, als man es von den vorgelegten so offenbar einleuchtenden Gründen des Rechts und der Billigkeit sich versprechen können, eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation auch hiedurch sich veranlaßt gefunden, diesen Gegenstand in einer heutigen Sitzung noch einmal in Berathung zu nehmen. Unterzeichnete sind überzeugt, daß Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation, durchdrungen von der äussersten Wichtigkeit der bis zu dem Ende der hiesigen Unterhandlungen zu bewirkenden Erhaltung dieses so ehrenvoll bis jetzt behaupteten Postens, sich beeifern werde, in Uebereinstimmung mit der kaiserlichen Plenipotenz nochmals die schon in den bisherigen an die französische Gesandtschaft erlassenen Noten und besonders auch in den letztern geschehenen Vorstellungen auf eine so nachdrückliche Art zu erneuern, um bey der gedachten Gesandtschaft auch hierunter nunmehr die entgegenkommende Billigkeit zu bewirken, die man bey verschiedenen der noch unberichtigten Puncte mit besonderem Vergnügen bemerkt hat und deren Verweigerung in Absicht dessen, von dem hier die Rede, in der That keinen weiteren Zweck in irgend einer Beziehung haben konnte, nachdem die Schleifung von Ehrenbreitstein für die Zukunft bereits verglichen und feyerlich zugesichert ist. Bis dahin indeß, daß auch dieses so wichtige Opfer der wiederhergestellten Ruhe gebracht werden muß, ist die Erhaltung dieses Postens für die Sicherheit vorzüglich desjenigen Theils von Deutschland, welche der Gegenstand der unermüdeten Fürsorge Sr. Majestät des Königs ist, von zu grosser Wichtigkeit, um nicht Unterzeichnete zu veranlassen, Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation zu erkennen zu geben, wie sehr sie wünschen müssen, den rühmlichen Bemühungen derselben hierunter baldmöglichst eine vollkommene Beruhigung zu verdanken. Rastatt den 19ten October 1798.

G. Görtz. Jacobi K. Dohm.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 19ten October 1798.

Aufschrift.

An Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation.

Zweyhundert und sieben und siebenzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die allgemeine Reichs-Versammlung, de dato Rastatt den 19ten October 1798.

[277]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 20. Octobris 1798.

Die kaiserliche höchstansehnliche Plenipotenz hat, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, die Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 12. Vendémiaire (3ten October) durch die abschriftlich beykommende Gegen-Note unterm 17ten October erwiedert, und hat von dieser ihrer, mit dem dießfallsigen Deputations-Erlasse vom 15ten l. M. erfolgten Vereinigung, dann von einer mit den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik in Betreff des Ravitaillements der Festung Ehrenbreitstein gehabten Unterredung der Reichs-Friedens-Deputation durch die weitern Anlagen Nachricht gegeben. Signatum Rastatt den 19. October 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und acht und siebenzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 19ten October 1798.

[278]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 19. Octobris 1798.

Der römisch kaiserlichen Majestät unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen ausserordentlichen Reichs-Friedens-Deputation gebührend unverhalten:

Die Reichs-Friedens-Deputation habe beschlossen, daß der allgemeinen Reichs-Versammlung mittels der Anlage der Erlaß der kaiserlichen höchstansehnlichen Plenipotenz de dato et præs. 17. l. M. mit seinen Beylagen abschriftlich mitzutheilen, auch, falls gegen die von den französischen bevollmächtigten Ministern der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz geschehene Versicherung die Rückäusserung auf die diesseitige jüngste Note, in so fern solche insbesondere die Festung Ehrenbreitstein be-

trift, nicht sehr bald erfolgen, oder der billigen Erwartung nicht entsprechen sollte, bey den gedachten bevollmächtigten französischen Ministern in einer eigenen Note auf Erledigung dieses gegenwärtig der besagten Festung wegen erneuerten Verlangens in behufiger Weise nachdrücklichst zu bestehen sey.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 19ten October 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und neun und siebenzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 23ten October 1798.

[279]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 23. Octobris 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Herrn, zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen Reichs-Friedens-Deputation gebührend unverhalten:

Der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz habe man bereits unterm 19ten l. M. vorläufig und in Rückantwort auf Ihren Erlaß vom 17ten l. M. eröffnet, daß man beschlossen habe, bey den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik in einer eigenen Note auf Erledigung des in der jüngsten diesseitigen Note vom 17ten l. M. so nachdrücklich erneuerten Verlangens wegen conventionsmäßiger Ravitaillirung der Festung Ehrenbreitstein nochmals zu bestehen, wenn die Rückäusserung hierüber nicht sehr bald erfolgen oder der billigen Erwartung nicht entsprechen sollte. Da nun bis jetzt hierüber von den bevollmächtigten Ministern keine Antwort erfolgt sey, so halte die Reichs-Friedens-Deputation es gegenwärtig an der Zeit, daß an die gedachte bevollmächtigte Minister eine eigene Note dahin zu erlassen sey:

Bey den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik habe man allschon durch die Noten vom 10ten August, 11en und 23ten September diejenigen Verhältnisse reclamiren zu müssen, sich veranlaßt gesehen, welche die über das ravitaillement der Festung Ehrenbreitstein bestehenden verbindlichen Militär-Conventionen deutlichst vorschrieben. In den von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik auf die obangeführten Noten erlassenen Gegen-Noten habe man jedoch niemals über

diesen Gegenstand einige Erklärung noch weniger eine verbindliche Zusage erhalten. Man habe sich daher bey der unverkennbaren Wichtigkeit und Dringenheit des Gegenstandes genöthigt gesehen, die dießfalls vorgebrachte und unbeantwortete diesseitige Anträge in der, unterm 17ten l. M. über das ganze Friedens-Geschäft erlassenen ausführlichen Note, abermals und in einer Art zu erneuern, bey welcher den französischen bevollmächtigten Ministern der ganz besondere Werth nicht entgehen werde, welchen man diesseits der genauen und baldigsten Erfüllung der angerufenen Militär-Convention beylege. Bey einem Antrage, für den die klaren Worte eines beyderseits anerkannten Vertrages sprechen, und bey der nunmehr nachgegebenen Schleifung der Ehrenbreitsteiner Festungswerke habe man noch hoffen können, daß etwa die bevollmächtigten Minister der französischen Republik diese Reclamation durch die That beantwortet, und den General en Chef der französischen Truppen auf dem rechten Rhein-Ufer durch die geeignete Wege veranlaßt haben würden, die Ravitaillirung der Festung nicht länger zu behindern. Da aber auch über diese so gegründete Erwartung keine verläßige Bestätigung bis jetzt hieher gekommen sey, so nöthige dieser äusserst dringende Gegenstand die Reichs-Friedens-Deputation, die bevollmächtigten Minister der französischen Republik zu ersuchen, daß dieselben dem auf das ravitaillement der Festung Ehrenbreitstein gerichteten Antrage der jüngsten Note vom 17ten October ohne Verzug entsprechen und hierüber der Reichs-Friedens-Deputation eine baldige beruhigende Versicherung auch noch vorher ertheilen mögen, ehe der viele andre Gegenstände umfassende Innhalt der jüngsten Note ihr etwa erlaube, die übrigen Puncte derselben zu beantworten. Die Reichs-Friedens-Deputation müsse hoffen, daß auf eine solche wiederholte Verwendung endlich eine Antwort erfolgen werde, welche die, für einen so wichtigen Platz und eine so brave Garnison von der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz bezeigte rühmliche, auch dieser Reichs-Friedens-Deputation eben so sehr stets angelegene Sorgfalt gänzlich befriedigen werde.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 23ten October 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und achtzigste Beylage.

Erste französische Note vom 7. Brumaire an VII. (28sten October 1798.)

[280]

(Ist mit der zweyten Anlage zu [282] ganz gleichlautend.)

Zweyhundert und ein und achtzigste Beylage.

Zweyte französische Note vom 7. Brumaire an VII. (28ten October) 1798.

[281]

(Ist mit der dritten Anlage zu [282] ganz übereinstimmend.)

Zweyhundert und zwey und achtzigste Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 29ten October 1798.

[282]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 31. Octobris 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Commission hat das, die geforderte Herstellung des conventionsmäßigen Zustandes der Festung Ehrenbreitstein betreffende Gutachten der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation vom 23ten d. M. genehmiget, und die in Abschrift hier beyliegende, demselben ganz gleichförmige Note den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik noch an eben demselben Tage zugefertigt.

Auf diese sowohl, als auf die diesseitige Haupt-Note vom 17ten dieses, antworteten die erwähnten bevollmächtigten Minister mittels der abschriftlich beygefügten zwey Gegen-Noten, beyde vom 28ten October (7. Brumaire.) Sie entfernen sich beyde von aller gerechten Erwartung der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation, und werden eben dadurch der Gegenstand Ihrer ernstlichsten Berathschlagung, deren Resultat die kaiserliche höchstansehnliche Commission in einem weiteren Gutachten erwartet; wobey Sie übrigens sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen stäts zugethan verbleibt. Signatum zu Rastatt den 29ten October 1798.

(L. S) Franz Georg Carl,
Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch-kaiserlichen Majestät zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordneten höchstansehnlichen Commission wegen, dem hochlöblichen kurmainzischen Directorium der Reichs-Friedens-Deputation einzuhändigen.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 29ten October 1798.

Anlagen zur zweyhundert und zwey und achtzigsten Beylage.

Abschrift der Note des Herrn Grafen v. Metternich Excell. an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik. De dato Rastatt den 23. October 1798.

Bey den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik hat man allschon durch die Noten vom 10ten August, 11ten und 23ten September diejenigen Verhältnisse reclamiren zu müssen, sich veranlaßt gesehen, welche die über das Ravitaillement der Festung Ehrenbreitstein bestehenden verbindlichen Militär-Conventionen deutlichst vorschreiben. In den von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik auf die oben angeführten Noten erlassenen Gegen-Noten hat man jedoch niemal über diesen Gegenstand einige Erklärung, noch weniger eine verbindliche Zusage erhalten. — Man hat sich daher, bey der unverkennbaren Wichtigkeit und Dringenheit des Gegenstandes, genöthigt gesehen, die dießfalls vorgebrachten und unbeantworteten diesseitigen Anträge in der unterm 17ten l. M. über das ganze Friedens-Geschäft erlassenen ausführlichen Note abermal und in einer Art zu erneuern, bey welcher den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik der ganz besondere Werth nicht entgehen wird, welchen man diesseits der genauen und baldigsten Erfüllung der angerufenen Militär-Convention beylegt.

Bey einem Antrage, für den die klaren Worte eines beyderseits anerkannten Vertrages sprechen, und bey der nunmehr nachgegebenen Schleifung der Ehrenbreitsteiner Festungs-Werke, hat man noch hoffen können, daß etwa die bevollmächtigten Minister der französischen Republik diese Reclamation durch die That beantwortet — und den General en Chef der französischen Truppen auf dem rechten Rhein-Ufer durch die geeigneten Wege veranlaßt haben würden, die Ravitaillirung der Festung nicht länger zu behindern. Da aber auch über diese so gegründete Erwartung keine verläßige Bestätigung bis jetzt hieher gekommen ist, so nöthiget dieser äusserst dringende Gegenstand den Unterzeichneten, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, die bevollmächtigten Minister der französischen Republik zu ersuchen, daß dieselben dem auf das Ravitaillement der Festung Ehrenbreitstein gerichteten Antrage der jüngsten Note vom 17ten October ohne Verzug entsprechen, — und hierüber eine baldige beruhigende Versicherung auch noch vorher ertheilen mögen, ehe der, viele andere Gegenstände umfassende Innhalt der jüngsten Note Ihnen etwa erlaubt, die übrigen Puncte desselben zu beantworten.

Unterzeichneter erneuert hiebey den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik die Versicherung seiner ausgezeichnetesten Hochachtung.

Copie d'une Note des Ministres plénipotentiaires français, à S. E. M. le Comte de Metternich, datée de Rastadt le 7. Brumaire an 7.

Les soussignés Ministres plénipotentiaires de la République française pour la Négociation avec l'Empire germanique, ont reçu la Note de la Députation de l'Empire, qui leur a été communiquée le 26. Vendémiaire dernier, par le Ministre plénipotentiaire de l'Empereur.

Il est difficile après avoir lu cette étonnante réponse à la Note des Soussignés du 12. du même mois, de moderer l'expression des sentimens penibles qu'elle faite naitre. Aux difficultés de tout genre, et nullement fondées dont elle est remplie, à l'affectation qu'on y remarque de mettre sans cesse en question ce qui est évidemment résolu, à l'ambignité des articles même consentis, à cette série d'intercessions peu motivées, ou tout à fait inconvenantes, qui occupent des pays entières, on ne saurait s'empêcher de reconnaitre des vues dilatoires, et de concevoir enfin des toutes sérieux sur les véritables intentions de la Députation de l'Empire. La République française ne veut point la guerre, mais elle ne la craint point. Elle veut conclure la paix, la Députation ne veut-elle qu'en parler toujours? la générosité du Gouvernement français est allié au delà de toutes les esperances; on ne doit pas s'attendre à de nouvelles concessions de sa part.

Les Soussignés persistent dans tout le contenu de leur Note du 12. Vendémiaire.

Ils confirment au Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur, les sentimens de leur considération la plus distinguée.

Signé: *Bonnier*, *Jean Debry*, *Roberjot.*

Copie d'une Note des Ministres plénipotentiaires français, à S. E. M. le Comte de Metternich, datée de Rastadt le 7. Brumaire an 7.

Les soussignés Ministres plénipotentiaires de la République française pour la Négociation avec l'Empire germanique, ont reçu la Note de la Députation de l'Empire, qui leur a été transmise le 2. Brumaire, présent mois, par le Ministre plénipotentiaire de l'Empereur.

Quoique la demande que cette Note renferme appartienne à la partie militaire, qui est hors de la competance des Soussignés, ils n'hésitent pas à se réferer sur ce point, à ce qu'ils ont déclaré tant de fois touchant la retraite des troupes, en assurant de nouveau la Députation de l'Empire, qu'augurant bien du parti qu'elle prendra, on est disposé de ce côté à étendre à tous les objets qui en sont susceptibles, les adoucissemens et l'amélioration convenables. Mais ils sont forcés d'observer qui rien ne prouverait davantage qu'on ne veut pas la paix, et n'indiquerait plus sensiblement des pensées ultérieures, que cette inquiétude et ces instances continuelles pour des choses que la paix seule peut arranger complettement et à la satisfaction réciproque des deux Puissances.

Les Ministres plénipotentiaires de la République française, renouvellent à cette occasion au Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur l'assurance de leur considération la plus distinguée.

Signé: *Bonnier*, *Jean Debry*, *Roberjot*.

Zweyhundert und drey und achtzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die allgemeine Reichs-Versammlung, de dato Rastatt den 30ten October 1798.

[283]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 31. Octobris 1798.

Durch das fortwährende Stillschweigen der französischen bevollmächtigten Minister über die so oft angesonnene conventionsmäßige Ravitaillirung der Festung Ehrenbreitstein ist die kaiserliche höchstansehnliche Plenipotenz, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, bewogen worden, den bevollmächtigten französischen Ministern in diesem Betreffe unterm 23ten l. M. die Note Ziffr. 1. zuzufertigen. Am 28ten l. M. haben gedachte bevollmächtigte Minister auf die diesseitige, der allgemeinen Reichs-Versammlung bereits eingeschickte Haupt-Note durch die Note Ziffr. 2. und auf die obige vom 23ten l. M. durch die Note Ziffr. 3. geantwortet, welche Antworten die höchstansehnliche kaiserliche Plenipotenz der Reichs-Friedens-Deputation durch den Erlaß Ziffr. 4. mitgetheilt hat. Signatum zu Rastatt den 30ten October 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und vier und achtzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 30ten October 1798.

[284]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 31. Octobris 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Herrn, zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen ausserordentlichen Reichs-Friedens-Deputation gebührend unverhalten:

Man

Man habe beschlossen, die allgemeine Reichs-Versammlung von dem weiteren Fortgange der Friedens-Negociation durch die Anlage zu unterrichten.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich gezlemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 30ten October 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und fünf und achtzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 6ten November 1798.

[285]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 12. Novembris 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congreß verordneten höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen ausserordentlichen Reichs-Deputation gebührend unverhalten:

Die Reichs-Friedens-Deputation halte dafür, daß auf die jüngste, in der Friedens-Sache selbst erlassene französische Note vom 7. Brumaire (28ten October) der französischen Gesandtschaft zu erwiedern sey:

> [Hier ist der erste Theil des Conclusums der 76ten Sitzung vom 6ten November 1798. von den Worten: **Die Reichs-Friedens-Deputation wisse sich nicht zu erklären ɪc. — bis: auf eine gefällige und befriedigende Art zu äussern** — (siehe Prot. Th. II. Seite 608. bis Seite 611.) wörtlich eingerückt.]

Dann vermeyne die Reichs-Friedens-Deputation ferner, daß die weitere französische Note vom 7. Brumaire (28ten October) die Ravitaillirung der Festung Ehrenbreitstein betreffend, in einer eigenen Note dahin zu beantworten sey:

> [Hier ist der zweyte Theil des Conclusums der 76sten Sitzung vom 6ten November von den Worten: **Die Reichs-Friedens-Deputation habe aus der weitern Note ɪc. — bis: keinen Anstand nehmen würden** — (Siehe Prot. Th. II. Seite 611. bis 614.) wörtlich eingerückt.]

Die Reichs-Friedens-Deputation halte sich überzeugt, durch diese ihre beyden Beschlüsse alles erfüllt zu haben, was unter solchen Umständen ihre schwere Pflichten von ihr forderten, und dörfe daher nicht zweifeln, daß die höchstansehnliche kaiserliche Plenipotenz sich allenthalben gern damit vereinigen werde.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 6ten November 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und sechs und achtzigste Beylage.

Erste französische Note vom 21. Brumaire an VII. (11ten November 1798.)

[286]

(Ist mit der dritten Anlage zu [288] ganz gleichlautend.)

Zweyhundert und sieben und achtzigste Beylage.

Zweyte französische Note vom 21. Brumaire an VII. (11ten November) 1798.

[287]

(Ist mit der vierten Anlage von [288] ganz gleichlautend.)

Zweyhundert und acht und achtzigste Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 12ten November 1798.

[288]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 13. Novembris 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Commission hat die beyden Abtheilungen des von der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation am 6ten dieses Monates erstatteten Gutachtens mit Vergnügen genehmiget, und hieraus die in Abschrift hier beygefügten zwey Noten, gleich folgenden Tages, an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik erlassen.

Diese antworteten hierauf gestern mittels der ebenfalls abschriftlich beyliegenden zwey Gegen=Noten vom 11ten November (21. Brumaire), worüber die kaiserliche höchstansehnliche Commission das Gutachten der vortreflichen Reichs=Friedens=Deputation erwartet. Sie bleibt anbey sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs=Friedens=Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen stäts zugethan. Signatum zu Rastatt den 12ten November 1798.

(L. S.) Franz Georg Carl,
Reichsgraf von Metternich=Winneburg=Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch=kaiserlichen Majestät zu gegenwärtiger Reichs=Friedens=Deputation verordneten höchstansehnlichen Commission wegen, dem hochlöblichen kurmainzischen Directorio der Reichs=Friedens=Deputation einzuhändigen.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 12ten November 1798.

Anlagen zur zweyhundert und acht und achtzigsten Beylage.

Abschrift Note Seiner Excellenz des Herrn Grafen von Metternich an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik. De dato Rastatt den 7ten November 1798.

Der Unterzeichnete, vereint mit der Reichs=Friedens=Deputation, weiß es sich nicht zu erklären, wie auf die diesseitige, das ganze Friedens=Geschäft umfassende, detaillirte und motivirte Note vom 17ten vorigen Monates die bevollmächtigten Minister der französischen Republik dagegen in ihrer Note vom 28ten October, — ohne auch nur in einen, gleichwohl irgend einer Bestimmung entgegensehenden Artikel näher einzugehen, — auf eine allgemeine verweigernde Antwort sich beschränken, — auf ihre Note vom 3ten October sich lediglich beziehen, — und noch dabey diese ihre Antwort mit Ausdrücken und Aeusserungen verbittern mogten, welche in dem Augenblicke der so nahen Vereinigung nothwendig eben so unerwartet, als bey öffentlichen und diplomatischen Unterhandlungen zwischen zwey paciseirenden, sich wechselweise achtenden Staaten ungewöhnlich sind. Wenn man diesseits sich über Schwierigkeiten nicht hinwegsetzen kann, welche aus der Natur der Sache fliessen, so sucht man durch deren Erörterung gewiß nicht die Geschäfte zu verlängern, sondern diesen dadurch vielmehr eine feste Richtung zu geben; und da man sich vornehmlich bestrebt, alles deutlich zu fassen, mithin Doppelsinn zu vermeiden, so hätte man wünschen mögen, die Stellen jener Note zu wissen, in welchen die bevollmächtigten Minister der französischen Republik dennoch Zweydeutigkeiten zu ahnden glauben. Man verwendet sich allenthalben nur für solche Anträge, — und man bestehet auf ihnen, — welche für sich selbst gerecht und billig sind; wenn man sich nun bey dieser manchfaltigen Obliegenheit in seinen

Erklärungen nicht jedesmal ganz so kurz, wie die bevollmächtigten französischen Minister, zu fassen vermag, so liegt überhaupt auch hievon der einfachste Grund schon darinn, daß derjenige, welcher blos Forderungen abzuhalten, und die Summe seines Verlustes möglichst zu mindern bedacht ist, die Modificationen ausführlicher bestimmen muß, als derjenige, den das Waffen-Glück in die Lage gesetzt hat, nur allgemeine Forderungen machen, und sich mit mehr oder weniger Gewinn begnügen zu können.

Wenn aber die bevollmächtigten Minister der französischen Republik Unterzeichnetem, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, zuletzt sogar noch vorwürfen, daß man den Frieden nicht ernstlich wolle, sondern davon immer nur spreche, so bedarf es wohl nur eines Blickes auf den Gang der bisherigen Unterhandlungen, einer gedrängten Darstellung desjenigen, was die Deputation, um den Frieden zu erlangen, wirklich gethan hat, und niemand wird dieser Beschuldigung im Ernste Glauben beymessen. Nicht nur hat man die vorgeschlagene Haupt-Friedens-Basis wirklich eingegangen und die sämmtlichen so schönen, in ihrem Umfange, Lage, Bevölkerung und Reichthume so wichtigen, mithin zur beträchtlichen Vergrößerung der französischen Republik in der That gereichenden Lande des linken Rhein-Ufers derselben überlassen; sondern sich auch noch ausserdem zu den wichtigsten jenseitigen Forderungen nach und nach verstanden. Man hat nämlich ferner den Rechten des Reichs auf die österreichischen Niederlande, auf Savoyen und auf die in Cisalpinien gelegenen beträchtlichen Reichs-Lehen entsagt; — auf die Rhein-Zölle verzichtet; — zur Sicherstellung der Festung Mainz auch noch die Ueberlassung der Petersaue diesseits des Rhein-Thalweges verwilliget; — sogar die Schleifung der auf der rechten Rhein-Seite gelegenen Werke der wichtigen Festung Ehrenbreitstein zugesichert; — über den Rhein-Thalweg selbst, als künftige den Rhein-Fluß theilende Gränze, über die vorgeschlagene Abtheilung der Rhein-Inseln, über die freye Rhein-Schiffahrt und über die Unterhaltung des Leinpfades sich unter zweckdienlichen Modificationen allenthalben einverstanden erklärt; — in die Herstellung und Unterhaltung der bisherigen Rhein-Kommerzial-Brücken gewilliget; die Errichtung von weiteren Brücken in der Zukunft nicht versagt, sondern solche auf Nutzen und Nothwendigkeit und auf die jeweilige Einwilligung von Kaiser und Reich ausgesetzt; — in Ansehung der Dependances d'établissemens ecclésiastiques ist man dem jenseitigen Antrage in dem Hauptsatze vollkommen beygetreten, nur hat man über deren Verwendung, auch in Ansehung der darunter begriffenen Mobilien und Activ-Kapitalien, sachgemäße Vorschläge gethan; — man hat selbst den Antrag nicht verweigert, in der Weite von 3000 Toisen von Kehl und Kastel diesseits Rheins keine Befestigung anzulegen; — und man hat endlich sogar die Privat-, auch die zu Führung des Reichs-Kriegs kontrahirten Landes-Schulden derjenigen Stände des linken Rhein-Ufers, welche diesseits entschädiget werden würden, zu übernehmen sich entschlossen.

Größere Opfer ist keine Nation, die frey, unabhängig und selbstständig seyn und bleiben will, zu bringen fähig; — zu solchen Ueberlassungen und Bedingungen versteht

sich kein Staat, der nicht das allerlebhafteste Verlangen nach Frieden, dem Ziele der Leiden der Menschheit, heget. Worauf kann man nun noch den Vorwurf begründen, daß man diesseits den Frieden nicht wollte? Etwa darauf, daß man sich weigert, die Kommunal-Kriegs-Schulden des linken Rhein-Ufers, — eigentlich bloße Privat-Schulden — (welche selbst der französischen Republik als National-Schuld nicht aufliegen, und wovon sie vielmehr der beträchtlichste Gläubiger künftig seyn wird) auf das rechte Ufer zu übernehmen? Oder auf ihren Antrag, daß bisherige deutsche Staats-Bürger nicht als französische Emigranten behandelt, — daß durch den Krieg Unglücklich-gewordene durch den Frieden nicht noch unglücklicher werden sollen? — Das deutsche Reich wird die künftigen Friedens-Artikel heilig erfüllen. Bedingungen aber, die im Grunde der convenirten ersten Friedens-Basis zuwider sind, weil sie Frankreichs Ansprüche in der That auch über das ganze rechte Rhein-Ufer ausdehnen würden, — Bedingungen, die, mit der deutschen National-Ehre unverträglich, den Ruin der deutschen Staats-Bürger nach sich ziehen, und Deutschlands politische Existenz in Gefahr bringen würden, — Bedingungen, die das deutsche Volk gleichsam zu einem stehenden Tribute verpflichten, hiedurch alle Erwerbs-Mittel lähmen, alle Staats-Kräfte zernichten würden, — solche Bedingungen, die zu erfüllen schlechterdings unmöglich ist, können die Bevollmächtigten des Kaisers und des Reichs nicht eingehen. Ihnen ist das Wohl Deutschlands anvertraut; Ihre Pflichten schreiben Ihnen daher vor, auch bey Ihrer unbezweifeltesten Friedens-Liebe, Bedingnissen dieser Art sich nicht zu fügen. Eben diese Ihre Pflichten, Gerechtigkeit und Billigkeit — sind es auch, welche Ihnen die in der letzten Note enthaltenen Verwendungen vorgeschrieben haben. Die Verwendungen und Begehren für so viele Unglücklich-gewordene betreffen keine Länder-Ueberlassungen, keine Gränz-Bestimmungen, keine Kommerzial-Vortheile mehr, — sondern Recht, Eigenthum, Beruhigung, ja selbst das Leben deutscher Unterthanen. Die National-Würde hat es Unterzeichnetem, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, zum Gesetze gemacht, für diese Deutsche mit Wärme zu sprechen. Man verlangt nichts, als was bey jedem Frieden und bey jeder Länder-Ueberlassung nach dem allgemeinen Völkerrechte ohnehin hergebracht ist.

Man glaubt, seine ganze bisherige Handlungsweise, so wie die in der gegenwärtigen Note enthaltene Bemerkungen, dem Urtheile seiner Zeitgenossen und der Nachwelt getrost unterwerfen zu dürfen; man hat aber auch noch immer das feste Vertrauen auf die Gerechtigkeit und Billigkeit des französischen Gouvernements, daß diese so wahren Betrachtungen von demselben tief werden beherziget werden, und daß die bevollmächtigten französischen Minister, in der Ueberzeugung, daß man diesseits das Aeusserste gethan habe, um eine gänzliche Vereinigung zu bewirken, nunmehr nicht länger anstehen würden, auf die in der Erklärung vom 17ten October geschehenen sämmtlichen Anträge sich auf eine gefällige und befriedigende Art zu äussern.

Unterzeichneter bestätiget den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik anbey die Gesinnungen seiner ausgezeichnetesten Hochachtung.

Abschrift Note Sr. Excell. des Herrn Grafen v. Metternich an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik. De dato Rastatt den 7. November 1798.

Unterzeichneter, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, hat aus der Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 28ten October, die Ravitaillirung der Festung Ehrenbreitstein betreffend, ersehen, daß die gedachten bevollmächtigten Minister diese Ravitaillirung für einen blos in das Militär-Fach einschlagenden, ausser ihrer Kompetenz liegenden Gegenstand erklären, und daher lediglich im Allgemeinen die Versicherung wiederholen, daß das französische Gouvernement Linderung und Verbesserung über alle dahin geeignete Objecte zu verbreiten geneigt sey, dabey jedoch zugleich bemerken, daß nur der Friede allein solche Dinge in Ordnung bringen könne, mithin nichts so sehr als dergleichen stäts erneuerte Anträge verrathen würden, daß man diesen Frieden nicht wolle. Allein es liegt wohl in der Natur der Sache, daß auch militärische Gegenstände, wenn gleich deren Vollziehung den Militär-Behörden obliegt, unmöglich von einer Friedens-Negociation, wenn sie anders vollständig und umfassend seyn solle, ausgeschlossen werden, noch ausser der Kompetenz derjenigen liegen können, welche bey Geschäften der Art die einzigen Organe ihrer respectiven Regierungen sind. So gehöret die Schleifung der Festung von Ehrenbreitstein selbst im Grunde gleichfalls in das Militär-Fach, gleichwohl ist dieselbe von der Reichs-Friedens-Deputation unter dem bestimmten Verlangen nachgegeben worden, daß sowohl die bisherige Blokade der gedachten Festung als die gegen die Bewohner des Thals Ehrenbreitstein angelegte Sperre der Victualien und anderer Lebens-Bedürfnisse, den bestehenden Konventionen gemäß, werde aufgehoben werden. Diese Konventionen sprechen deutlich:

Nachdem am 18ten April 1797. zu Leoben der Waffenstillstand für Deutschland feyerlich stipulirt — und von beyden Theilen zugesagt worden ist, hatten die am Unter-Rhein kommandirenden Generäle beyder Armeen von Werneck und Hoche am 24ten April 1797. convenirt:

> „Dans le cas où les hostilités récommenceroient les places de Mayence et „d'Ehrenbreitstein seront ravitaillées pour autant de jours que l'armistice aura „duré. Les généraux autrichiens préviendront les généraux français de ce „ravitaillement, afin qu'il puisse être constaté; il pourra être fait de huit en „huit jours, pendant le tems que durera l'armistice seulement.“

Am 12ten May sind hierauf die Bevollmächtigten der en Chef kommandirenden Generäle der kaiserlichen und Reichs-Armee auf der einen — und der französischen auf der andern Seite zu Heidelberg zu Berichtigung sämmtlicher Positionen zusammen getreten; wobey denn diesorts erkläret worden:

Art. V. „Tout ce qui a été fixé à la convention de MM. les Généraux Wer„neck et Hoche à l'égard du ravitaillement des forteresses, ainsi que de la libre

„navigation sur le Mein, Rhin et Moselle, continuera d'être réconnu sur le „même pied."

Der im Namen des General en Chef Hoche hieben anwesend gewesene General-Adjutant d'Autanne hat hierauf geantwortet:

„le cinquième Article est reconnu;"

Der Festungs-Kommandant von Ehrenbreitstein und der französische General Goullus haben sich noch ferner zu näheren Bestimmungen verstanden, nämlich vorläufig am 25ten April 1797.

„Les habitans du Thal provisoirement pourront, avec l'autorisation expresse „du Commandant du fort, aller à Coblence pour affaires de commerce; il en „sera de même pour ceux de Coblence, qui en obtiendront la permission du „Général français."

und unterm 10ten Juny 1797:

„L'importation et l'exportation de toutes marchandises commerciales sera per„mise sur l'une et l'autre rive du Rhin. Sont néanmoins exceptés de cet Article „tout ce qui tiendroit a l'attirail militaire, tels que plomb, poudre, fer, bois „de construction et autres munitions de guerre &c. dont l'entrée est absolu„ment prohibée au Thal.

Die eigenen Worte dieser Konventionen zeigen schon, daß solche gerade nur für die Zwischenzeit, vom Waffenstillstand bis zum Frieden oder neuen Kriege, errichtet sind; es kann daher die schon durch mehrere Monate gehemmte Ravitaillirung der Festung Ehrenbreitstein nicht erst Folge eines noch abzuschliessenden Friedens werden; und eben so wenig kann man dadurch, daß man die einsweilige Erfüllung dieser Konventionen stäts fordert, sich den Verdacht zuziehen, als seye man deßwegen minder ernstlich gemeynt, diesen Frieden zu beschleunigen. Der möglichst geschwind denkbare Abschluß desselben stehet an Zeitraume mit dem dringenden Bedürfnisse der Festung und des Thals nicht im Verhältnisse; — diese Ravitaillirung während der ganzen Zeit des Waffenstillstandes von 8 zu 8 Tagen ist ein für sich selbst durch wiederholte feyerliche Zusicherungen um so fester bestimmter Gegenstand, als die bevollmächtigten Minister der französischen Republik selbst den geschlossenen Waffenstillstand und die für beyde Armeen bestimmte Linien noch neuerlich in der einen ihrer Noten vom 14. September diplomatisch anerkannt haben; und in welchem Augenblick kann man wohl getroster der Erfüllung bestehender Verträge entgegensehen, als in jenem, wo man versammelt ist, um neue von der letzten und äussersten Wichtigkeit abzuschliessen? Man muß daher noch immer erwarten, daß die bevollmächtigten Minister der französischen Republik eine, dem diesseitigen Antrage vom 23ten October gemäße, baldige Erklärung zu ertheilen, länger keinen Anstand nehmen werden. ꝛc. ꝛc. ꝛc.

Copie d'une Note des Miniſtres plénipotentiaires français, à S. E. M. le Comte de Metternich, datée de Raſtadt le 21. Brumaire an 7. (11. Novembre 1798.)

Les ſouſſignés Miniſtres plénipotentiaires de la République françaiſe pour la Négociation avec l'Empire germanique, ont reçu la Note de la Députation de l'Empire, qui leur a été communiquée le 17. Brumaire préſent mois, par le Miniſtre plénipotentiaire de l'Empereur.

L'eſprit de conciliation que les Souſſignés allieront toujours avec la fermeté convenable aux circonſtances, leur ſervira dans ce moment pour écarter les obſervations auxquelles pluſieurs traits de cette Note pourraient aiſement donner lieu. Laiſſant aux opinions dictées par la partialité le langage qui leur appartient, on ſe propoſe uniquement dans cette réponſe de ramener la négociation à ſon véritable point. Elle eſt contenue toute entière quant aux baſes et aux principes généraux dans la Note des Souſſignés du 12. Vendémiaire dernier, qui ſe fortifie encore de toutes les précédentes dont elle n'a pas annullé les diſpoſitions. C'eſt donc là que la Députation de l'Empire doit concentrer ſon attention, là qu'elle trouvera la paix malgré tant d'élemens oppoſés qui ſembleraient ſe réunir pour embarraſſer la marche des affaires.

La Note du 12. Vendémiaire eſt en effet, ſi on veut la bien méditer, la preuve la plus complette que le Gouvernement français ait pu donner à l'Empire de ſes réſolutions pacifiques, et de la meſure qu'il fait mettre dans le ſentiment de ſes avantages et de ſa force. Il ſerait ſuperflu de réproduire ici les articles 3, 4, 5, 7, 8 et 10: les uns ſont déjà conſentis explicitement, ou implicitement par la Députation de l'Empire, et le caractère peu ſérieux des difficultés qu'elle allegue ſur les autres, fait préſumer que cet obſtacle cédera bientôt à de meilleures réflexions. Eſt-il poſſible que le ſeptième Article, par exemple, laiſſe quelque choſe à deſirer à de ſages négociateurs, et qu'il ſoit néceſſaire encore de déclarer que les loix françaiſes ſur l'émigration ne ſont point applicables à la nation allemande?

L'article 1. rélatif à la délimitation du cours du Rhin et de ſes Isles, eſt du nombre de ceux auxquels la Députation de l'Empire a accédé mais elle a propoſé un doute et a demandé que l'on s'expliquât ſur le ſens de ces paroles: *le Gouvernement français ne conſentira jamais à ce que l'Empire ou l'un de ſes membres puiſſent conſerver en aucune manière quelque propriété ou droit ſur des parties ſituées à la gauche du Thalweg tel qu'il a été determiné.* On n'aurait jamais penſé qu'un texte auſſi clair, auſſi précis que l'eſt ce paſſage, fortifié encore par le Corps de l'article dût avoir beſoin d'interprétation; les exceptions ne peuvent en aucun cas être étendues ni à plus forte raiſon être ſuppléées. Ainſi les Souſſignés déclarent ſurabondamment, et pour ſatisfaire au deſir de la Députation de l'Empire, qu'il eſt entendu par ledit article, que généralement toutes les Isles ſituées à la gauche du Thalweg, établi dans le milieu du Cours du Rhin proprement dit, et par conſéquent celles qui ſont indiquées dans la Note de la Députation du 26. Vendémiaire dernièr, doivent appartenir à la

République

République française, nonobstant tous arrangemens et observances antérieurs, lesquelles sont incompatibles avec les Conventions actuelles, sauf à comprendre cet objet après examen dans les indemnités à prendre sur la rive droite. Quant à l'observation touchant *les ouvrages riverains*, on ne réfusera pas d'appliquer à l'entretien de ces ouvrages du côté allemand, la faculté d'extraire du côté français les matériaux dont le premier manquerait, aux conditions toute fois énoncées audit article, et à la charge de réciprocité suivant l'exigence des localités.

Le 2. article n'est susceptible d'aucune modification et d'aucune difficulté. La Députation en conviendre elle même, si elle veut y faire mieux attention. En ce qui concerne le péage d'Elsfleth, c'est précisement parceque les Soussignés n'ignoraient point l'origine et la nature de ce droit, qu'ils en ont demandé à la Députation de l'Empire, l'abolition pour la République française. Rien assurement n'est plus ordinaire que de voir les choses établies par un traité, être annullées ou modifiées par un traité postérieur; et lorsque les parties contractantes sont essentiellement les mêmes, comme dans l'espèce présente, où serait le doute sur le pouvoir de faire de concert les arrangemens jugés convenables? L'Empire a concédé le droit dont il est question, c'est à l'Empire à connaitre d'une demande rélative à l'objet de la Concession. S'il ne dépendait pas de lui (ce que les Soussignés n'accordent point) de prononcer la suppression réclamé, il lui appartiendrait toujours de l'autoriser et de la valider par un consentement formel. Au moment du rétablissement de la paix, et des anciennes rélations entre les deux Puissances, l'Empire ne voudra pas réfuser au Commerce français une franchise dont jouissent plusieurs autres Etats.

Cet article 2. renferme une seconde demande, celle que par une clause spéciale inserée au futur traité, les villes libres et impériales de Hambourg, Bremen et Francfort *soient confirmées et maintenues dans la plenitude de leurs droits et de leur indépendance constitutionnelle.* Il est tout simple, et ce doit être une chose agréable à l'Empire en général, que la République française saisisse une occasion si solemnelle pour donner à des villes recommandables, avec lesquelles ses rapports industriels sont plus intimes, un témoignage public d'amitié qu'elles savent apprécier. La République ne renoncera point à cette satisfaction, et la Députation de l'Empire ne saurait la différer sans un manque d'égards, qu'il est impossible de supposer.

L'Article 6. concerne les dettes. L'Arrangement qui a été fait à ce sujet ne laissant subsister de litige, que par rapport aux dettes Communales, les Soussignés s'expliqueront en peu de mots sur cet objet qu'une mauvaise foi évidente pourrait seule présenter au public sous un jour défavorable au Gouvernement français, en insinuant qu'il veut faire supporter à l'Empire la généralité de ces dettes. — Personne n'ignore que les Soussignés ont consenti à ce que les dettes Communales contractées pour l'avantage et les besoins publics demeurent, ainsi que celles de pays qui auraient eu la même destination, à la charge de la partie devenue française. S'ils ont excepté les

dettes des Princes, et les dettes de la guerre, est-il un homme impartial qui ne s'y soit pas attendu? tous les bons esprits reconnaissent malgré les soins qu'on se donne pour égarer leur jugement, que les frais de la querelle qu'on a cherchée à la France, doivent équitablement rétomber sur l'Empire en masse, et non pas sur une portion de l'Empire, qui même a cessé d'être allemande; et pour cela en desirent-ils moins la conclusion d'une paix, qu'ils régardent avec raison comme devant être perpétuelle? Il est ensuite à rémarquer que la Députation pour la pacification de l'Empire, en consentant à se charger des dettes des Princes, et des dettes de pays contractées à l'occasion de la guerre, a reconnu elle-même le principe de l'immunité de la France. Comment donc voudrait-elle aujourd'hui introduire une différence arbitraire entre les dettes qui ont eu la même cause et la même destination? Elle ne disconviendra pas sans doute que l'Empire, soit avant, soit pendant les hostilités, n'ait tiré des Communes et baillages, en quelque manière que ce puisse être, des parties de sa dépense militaire; d'où il suit qu'elle pourrait prétendre tout au plus, et ce serait de la part du Gouvernement français, une grande marque de déference, que la République consentit à laisser cela à charge de la rive cédée, celles des dettes communales qui auraient été contractées depuis l'occupation et la possession des lieux par les troupes françaises. La République est toujours disposée, comme on voit, à ouvrir des voies d'accommodement; mais elle ne se laissera jamais aller jusqu'à oublier tous ses intérêts, et compromettre sa dignité.

Après ces explications, les Soussignés espèrent de voir finir une lutte déjà trop prolongée, et de pouvoir aborder prochainement le principe convenu des sécularisations, partie intégrante de la négociation qu'ils sont chargés de completter. Ils ne doutent pas que les ennemis sécrets ou déclarés de la pacification, que des ennemis communs ne se soient flattés d'égarer la politique de la Députation de l'Empire, mais en même tems ils se persuadent qu'elle saura éviter tous les pièges par ses propres lumières, et par les leçons d'un intérêt bien entendu, et d'une expérience bien sentie; qu'elle considerera bien sérieusement toute l'inégalité de la guerre où des Conseils pernicieux s'efforceraient de l'entrainer, d'une guerre où la France outre qu'elle possède beaucoup plus qu'elle n'a demandé en offrant la paix, pourrait suivant de grandes probabilités, gagner encore davantage, tandis que l'Empire n'aurait pas même la perspective de réparer ses pertes, et s'exposerait quelques fussent les évenemens, à des résultats fort différens à tous égards de ceux que lui présentent dans ce moment, la paix, et l'amitié de la République.

Les Ministres plénipotentiaires de la République francaise, confirment au Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur, les sentimens de leur considération la plus distinguée.

Signé: *Bonnier*, *Jean Debry*, *Roberjot*.

Copie d'une Note des Ministres plénipotentiaires de la République française, à S. E. M. le Comte de Metternich.

Les soussignés Ministres plénipotentiaires de la République française pour la Négociation avec l'Empire germanique, ont reçu la seconde Note de la Députation de l'Empire, qui leur a été transmise le 17. Brumaire présent mois par le Ministre plénipotentiaire de l'Empereur.

La pièce dont cette Note présente quelques extraits n'étoit point connue des Soussignés, elle les confirme dans leur opinion que l'objet dont il s'agit appartient au district militaire et par conséquant se trouve hors de leur mission bornée aux négociations de la paix. Ils ne peuvent donc en se réferant à ce qu'ils ont déjà dit à ce sujet, qu'exprimer à la Députation de l'Empire la volonté constante du Gouvernement français de conclure la paix et jusqu'à cette heureuse époque, qui depend entièrement d'elle d'améliorer l'état actuel des choses autant que la sûreté nationale le permettra.

Les Soussignés assurent le Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur de leur considération la plus distinguée. Rastatt ce 21. Brumaire an 7. de la République française.

Signé: *Bonnier*, *Jean Debry*, *Roberjot.*

Zweyhundert und neun und achtzigste Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 12ten November 1798.

[289]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 13. Novembris 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Commission giebt der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation in der abschriftlichen Anlage Kenntniß von einer Note, welche Sie unterm heutigen, gestützet auf den Deputations-Beschluß vom 15ten October, wegen Einstellung des Verkaufes der in dem burgundischen Kreise und dem Fürstenthum Lüttich gelegenen Güter des Herrn Herzogs von Looz-Corswarem, den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik zugestellet hat, damit nicht dem Ausgange der Unterhandlungen über die Nicht-Anwendbarkeit der Auswanderungs-Gesetze auf die cedirten Lande vorgegriffen werde. Womit die kaiserliche höchstansehnliche Commission sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen stäts zugethan verbleibt. Signatum zu Rastatt den 12ten November 1798.

(L. S.) Franz Georg Carl,
Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Von der römisch-kaiserlichen Majestät zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordneten höchstansehnlichen Commission wegen, dem hochlöblichen kurmainzischen Directorio der Reichs-Friedens-Deputation einzuhändigen.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 12ten November 1798.

Anlagen zur zweyhundert und neun und achtzigsten Beylage.

Abschrift der Note des Herrn Grafen von Metternich Exc. an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik. Rastatt den 9. November 1798.

Aus der hier beygehenden Denkschrift werden die bevollmächtigten Minister der französischen Republik ersehen, daß so eben die Verfügung getroffen worden, die in dem burgundischen Kreise und dem Fürstenthum Lüttich gelegenen Güter des Herrn Herzogs von Looz-Corswarem, in Folge der ergangenen französischen Auswanderungs-Gesetze, zu verkaufen, obschon derselbe nach einem vorher gemachten vollständigen Beweis, daß er lange vor dem Einmarsch der französischen Truppen ausgewandert sey, durch die Beschlüsse der Central-Verwaltungen des Departements der Sambre und Meuse vom 1ten November, des Departements de la Dyle vom 22ten April, und des Departements des Forêts vom 1ten July 1795. von der Emigrations-Liste ausgestrichen worden war.

Den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik ist aus dem Innhalte der letzten diesseitigen Note vom 17ten October noch erinnerlich, wie sehr man nach dem allgemeinen Völkerrecht zu hoffen Ursache hat, daß solche Emigrations-Gesetze auf jene Lande, die erst durch den unterzeichneten Frieden als abgetreten anzusehen sind, nicht angewendet werden.

Unterzeichneter giebt sich daher die Ehre, die bevollmächtigten Minister der französischen Republik zu ersuchen, solche Einleitungen zu treffen, daß dem angekündeten Verkauf dieser Güter Einhalt geschehe, und hiedurch dem Ausgang der Unterhandlungen nicht vorgegriffen werde; und bestätiget anbey Denenselben die Gesinnungen seiner ausgezeichnetesten Hochachtung.

Unterthäniges Promemoria.

Obgleich der Herr Herzog von Looz und Corswarem, seine Gemahlin, geborne Gräfin von Byland, und seine Söhne Karl und Arnold, vermöge ihrer Herkunft und ihrer Grafschaft Nyel, in der Zahl der Reichs-Unmittelbaren, die auf dem Reichstage weder Viril- noch Curiat-Stimme ausüben, und zu keinem Kreis oder Kanton gehören, begriffen sind; obgleich sie sich bey den öffentlichen Angelegenheiten der gegenwärtigen Zeit stäts leidend verhalten, und in den Landen, die durch das Gesetz vom 9ten Vendémiaire 4. mit Frankreich vereinigt wurden, nie ihren Wohnort gehabt haben, so sind sie doch wegen ihrer Besitzungen in den Departementern Sambre et Meuse, de la Dyle et des Forêts, auf die Liste der Ausgewanderten gesetzt worden.

Nach Einziehung näherer Nachrichten von der Familien-Verfassung des Hauses Looz und Corswarem, die aus verschiedenen, bey der hohen Reichs-Deputation am 3ten März 1798. dictirten Abhandlungen deutlich erhellt, und nach Vernehmung der Commissarien des Vollziehungs-Directoriums, namentlich des Commissärs und jetzigen

Justiz-Ministers Lambrecht, säumten die Verwaltungen jener Departementer nicht, die Erklärung zu ertheilen, daß der Herzog von Looz als fremd und nicht wohnhaft in Frankreich und den vereinigten Landen, der Auswanderung nicht beschuldigt werden könne; zugleich beschlossen sie die vorläufige Ausstreichung seines Hauses aus dem Verzeichniß der Ausgewanderten, und die Herstellung desselben in den Genuß seiner Güter. (N. 1. 2. 3.)

Da das Gesetz vom 19ten Fructidor 5. die Wieder-Anlegung der Sequester auf die Güter aller sogenannten, nicht endlich ausgestrichenen Ausgewanderten verordnete, so sah gedachtes Haus sich bald zum zweytenmal in der Ausübung seiner Eigenthums-Rechte verhindert.

Es machte dagegen unterm 6ten März 1798. dem französischen Vollziehungs-Directorium seine Vorstellungen (N. 4.) und harrte eben eines erwünschten Erfolgs, als es vernahm, daß seine Eisenwerke im Departement des Forêts am 11. April 1798. auf drey Jahre verpachtet worden seyen.

So wenig diese Erscheinung seinen gerechten, und dem Polizey-Minister schon in einer besondern Druckschrift vom 11ten März 1798. (N. 5.) auseinandergesetzten Erwartungen entsprach, so wurde es doch durch die Note der französischen Gesandtschaft vom 4. Messidor 6. (22ten Juny 1798.) wieder beruhigt, weil darinn allen Reichs-Unmittelbaren, die auf dem Reichstag ohne Viril- oder Curiat-Stimme sind, die Unverletzlichkeit ihrer Personen und Güter zugesichert, und diese Zusicherung verschiedentlich wiederholt worden ist, namentlich in der französischen Note vom 28ten Fructidor 6. (14ten September 1798,) und in den mündlichen und schriftlichen Aeusserungen der französischen Gesandtschaft gegen Se. hochgräfliche Excellenz, den Herrn Reichs-Grafen von Metternich, kaiserlichen höchstansehnlichen Commissarius, welche in der Note höchstgedachter Sr. Excellenz vom 11ten September 1798. angezogen, und des Innhalts sind, daß die französischen Emigrations-Gesetze auf Deutsche und deren Güter in Frankreich nicht anwendbar seyen.

Neuerlich jedoch ergiebt sich aus glaubwürdigen Nachrichten, daß das Vollziehungs-Directorium den Verwaltungen der vereinigten Departementer Verzeichnisse derjenigen Ausgewanderten, die um endliche Ausstreichung eingekommen wären, zugefertigt, und damit den Befehl, die Güter derer, die nicht darinn befindlich seyen, alsbald zu verkaufen, den Verkauf ihrer Rural-Güter jedoch bis zum 1. Nivose 7. (21. December 1798.) zu verschieben verbunden habe, und daß das Haus Looz, da es in jenem Verzeichniß nicht vorkomme, auf dem Punct stehe, allen Nachtheil zu erleiden, der in der Verordnung des Vollziehungs-Directoriums festgesetzt ist.

Weil die angeführten, eben so kundbaren, als leicht noch mit andern zu vermehrenden Thatsachen von selbst reden, so enthält man sich aller Betrachtungen über die Natur des dem Hause Looz und Corswarem drohenden Schicksals, und über die Gerechtigkeit, die ihm gebührt.

Doch wäre zu bemerken, daß seine Sache gegenwärtig mit einen Gegenstand der deutschen und französischen Verhandlungen ausmacht, da sich die Reichs-Deputation noch in ihrer Note vom 17ten October 1798. bedungen hat, daß die französischen Emigrations-Gesetze auf die reunirten Lande nicht angewandt, und alle Eigenthümer landsäßiger Güter, desgleichen alle Unmittelbaren, die nicht Reichs-Stände oder Reichs-Ritter sind, in der Benutzung ihres Eigenthums unbeeinträchtigt gelassen würden.

Demnach wagt der Unterzeichnete, Sr. des kaiserlichen höchstansehnlichen Herrn Commissarii Reichs-Grafen von Metternich hochgräflichen Excellenz ehrerbietigst zu ersuchen, nach Höchstdero Weisheit die schicklichsten Maasregeln anzuordnen, und gehörigen Orts sich zu verwenden, damit durch Einstellung des Verkaufs, der Verpachtung oder sonstiger Verschlimmerung der Güter des Hauses Looz in den durch das Decret vom 9. Vendémiaire 4. mit Frankreich vereinigten Landen der Stand der Unterhandlungen aufrecht erhalten, und gegen alle Veränderungen, die ihn umkehren, oder sonst in Nachtheil versetzen könnten, sicher gestellt werde.

Rastatt den 27ten October 1798. Signé: *F. J. Piton*,
bevollmächtigter Abgeordneter des herzogl.
Hauses Looz und Corswarem.

N.° 1. Liberté. Égalité.

Extrait du Régistre aux déliberations et Arrêtés de l'Administration centrale du Département de Sambre et Meuse.

Séance du 10. Brumaire an 5.

Présens les Citoyens Le Rat, faisant les fonctions de Président, Crombet, Coster, Administrateurs; Chanteau, Commissaire du Directoire, et S. Prétol, Sécretaire en Chef.

Revû son Arrêté du 3. Messidor dernier, pris sur la Pétition présentée par la Citoyenne Piton, demeurant à Charleroy se disant Épouse de l'Intendant général de Guillaume-Joseph de Looz-Corswarem, afin d'obtenir la radiation dudit Looz sur la Liste des Émigrés au Département de Sambre et Meuse, ledit Arrêté portant, qu'il n'y a pas lieu à déliberer sauf à prouver de plus près, qu'il avoit son domicile en pays étranger.

Vû les pièces produites pour satisfaire à cet Arrêté, et qui sont du 29. Juin 1796. V. S. Mémoire constatant l'état civil et politique de la maison de Looz et Corswarem, —

dans le quel on expose

1.° Que Guillaume-Joseph de Looz et Corswarem n'a jamais été compris dans aucune des matricules des Provinces Belgiques ni du pays de Liège.

2.° Que dans toutes les causes, qu'il a soutenûes devant les tribunaux de ces pays, il a été tenû de fournir caution, comme sont tenûs de faire tous sujets étrangers.

3.° Qu'il n'a jamais été membre d'aucune Corporation Belgique ou Liègeoise.

4.° Qu'il n'a jamais joui d'aucune exception privilègiée quelconque.

5.° Que la maison de Looz et Corswarem n'a cessé de jouir de l'immédiateté du St. Empire romain.

6.° Que depuis 1789. celui, dont s'agit, a fixé sa résidence ordinaire dans son fief solaire de Nyel, terre neutre immédiate du St. Empire romain, ne concourant en rien ni au Gouvernement de l'Empire ni à ses frais.

7.° Qu'il a quitté dès le 16. Septembre 1793. et par conséquent longtems avant l'entrée des troupes françoises dans les Pays-bas pour aller visiter ses terres et est arrivé dès le mois de Septembre dans sa terre d'Elnhausen en Hesse-Cassle.

8.° Qu'il n'a jamais pris aucune part ni directe ni indirecte aux affaires du tems.

9. Que la Constitution du corps germanique, dont il est Membre neutre immédiat permet à tous ses Membres d'aller, de venir et d'habiter en quel pays ils jugent à propos.

10. Qu'alors qu'en 1793. il quitta son Chateau de Nyel, aucunes loix dans les Pays-bas, ni pays de Liège n'y étoient obstatives.

Du 12. Messidor an 4. déclaration des ci-devant Maire et Officiers Municipaux de la Commune de Longchamps portant, que Guillaume-Joseph de Looz-Corswarem leur a paru n'avoir jamais eu l'intention de faire son domicile stable en ladite Commune et qu'il ne là réellement jamais fixé, d'autant plus qu'il n'y posséde aucuns biens, meubles, ni effets, excepté seulement le Chateau avec le titre honorifique de Seigneur, et qui sont encore contestés par un procés ventillant pardevant le ci-devant Conseil souverain du Brabant.

Du 25. Messidort an 4. déclaration des Membres du Comité établi pour remplir provisoirement les fonctions de la Municipalité dans le Canton d'Eghezée portant, que Guillaume-Joseph de Looz-Corswarem n'a jamais eu de domicile fixe et stable dans la Commune de Longchamps, non plus que la Citoyenne de Biland ni ses deux fils Charles et Arnould, qu'il avoit fait rétablir deux à trois plaçes au Chateau de ladite Commune pour s'y loger dans ses voyages, n'y ayant jamais habité que momentanément et passagèrement.

Du 26. Messidor an 4 déclaration des Membres du même Comité portant, que récherche faite des chassereaux des tailles de la Commune de Longchamps au Canton d'Eghezée, et notamment depuis l'année 1785. jusqu'en 1794., V. S., ils n'ont vû sur aucun de ces chassereaux le Citoyen Guillaume de Looz-Corswarem, cotisé à la taille personnelle et industrielle, puisqu'ils aient fait un examen bien pertinent et très attentif

Qu'en outre aux années 1783. et 1793. V S. on a formé des chassereaux intitulés chassereaux domiciliaires dressés, l'un pour subvenir et satisfaire à certaines charges domiciliaires, l'autre pour satisfaire à des prestations militaires exigées par le

Gouvernement autrichien, qui devoient incomber à la charge de tous les domiciliés et que ledit Looz-Corswarem n'a pas été repris dans ces tailles, comme n'étant pas domicilié audit Longchamps.

Vû le Rapport de son 2. Bureau.

Oui le Commissaire du Directoire en ses conclusions considérant si bien que les énoncés au mémoire produit pour constater l'état civil et politique de la Maison de Looz-Corswarem soient tous, ou denués de preuves, ou insuffisans pour déterminer une décision administrative, il résulte néanmoins des certificats delivrés tant par la ci-devant Municipalité de Longchamps, que par le Comité établi provisoirement pour remplir les fonctions de l'administration Municipale au Canton d'Eghezée, que Guillaume-Joseph de Looz-Corswarem n'a jamais été regardé comme habitant du Canton d'Eghezée.

Considérant que les renseignemens parvenus au Département il resulte seulement, qu'il a habité la commune de Longchamps trois mois avant l'entrée des François, ce qui ne constitue pas un domicile et qu'ainsi il ne peut être porté sur la Liste des Émigrés au Département de Sambre et Meuse, non plus que son Épouse et ses enfants.

L'Administration Centrale du Département de Sambre et Meuse arrête ce qui suit:

Art. 1. Il n'y a pas lieu à comprendre dans la Liste definitive des Émigrés à arrêter par le Département les Citoyens et Citoyenne ci-après, Guillaume-Joseph Looz, Marie Biland, femme Looz, Charles et Arnould Looz, tous deux fils des Précédens.

Art. 2. Dès à présent le Département fait main levée du séquestre apposé sur leurs biens.

Art. 3. l'Expédition du présent sera adressée à la Citoyenne Piton, au Directeur des domaines et au second bureau pour son information.

Pour Extrait conforme,

(L. S.) *M. Nulkamer*, pr.

S. Prétol, *sécretaire en chef.*

N.° 2. Bureau 3. Section 2. N.° . .

Liberté. Égalité.

Extrait du Régistre aux Arrêtés de l'Administration centrale du Département de la Dyle.

Séance du 3. Floréal 5. année républicaine.

Présens les Citoyens van Merstraaten, Président; van Langhenhoven, Renson, Maréschal, Administrateurs; Lambrechts, Commissaire du pouvoir exécutif, et Paradis, sécretaire.

Vû la Petition du Citoyen Jean Lambrecht de Hemptimus, fondé de pouvoir de Guillaume-Joseph de Looz-Corswarem par acte donné à Liège le 16. Juin 1781. ici pareillement vû, exposant, qu'il ne cesse de réprésenter depuis un an, que son Principal

cipal ledit Guillaume-Joſeph de Looz-Corswarem n'a jamais été domicilié en la Commune de Bruxelles, et que même depuis 1790. et 1791. il a abandonné tout domicile dans le Département de la Dyle.

Qu'il avoit ſa réſidence ordinaire à Elnhauſen, pays de Caſſel, et qu'il doit jouïr des avantages ſtipulés en faveur des Heſſois, par l'Art. 8. du traité conclû entre la République françoiſe et le Prince de Heſſe-Caſſel, dans lequel il eſt dit: *qu'il ſera accordé aux ſujets des deux Puiſſances la main levée des effets, revenus, ou biens ſéquertrés à cauſe de la guerre.*

Qu'il a été rayé de la Liſte des émigrés du Département de Sambre et Meuſe, et qu'il ne ſe trouve point inſcrit ſur celles des Départemens de la Meuſe inférieure et de l'Ourte. —

Démandant à l'appui de ces motifs, qu'il ſoit déclaré, qu'il n'y a pas eu lieu de comprendre dans la Liſte définitive des émigrés de ce Département le Citoyen Guillaume-Joſeph de Looz-Corswarem, ni ſa famille, en lui accordant la main levée du ſéqueſtre appoſé ſur ſes biens.

Vû une autre Pétition du même Jean Lambert de Hemptinnes tendants à prouver par la Liſte des émigrés du Département de la Meuſe inférieure, que Guillaume-Joſeph de Looz-Corswarem n'y eſt point porté.

Vû ladite Liſte, ſur laquelle ce Citoyen n'eſt pas porté.

Vû une déclaration donné à Bruxelles le 1. Frimaire an 5. par devant le Notaire Dufour, par cinq Citoyens domiciliés en cette Commune, qui atteſtent, qu'il eſt de notoriété publique, que Guillaume-Joſeph de Looz-Corswarem, ni ſa famille, n'ont jamais habité la Commune de Bruxelles, que l'hôtel, qui leur appartient, acheté par ſon Couſin, n'a jamais été occupé par eux depuis l'an 1788., époque de l'achat, que même il n'eſt point meublé et que l'on n'en paye pas les vingtièmes.

Une déclaration donnée le 10. Frimaire an 5. par devant la Municipalité du Canton de Bruxelles par trois Citoyens de cette Commune, qui atteſtent les mêmes circonſtances, que les précédens.

Une déclaration donnée le 29. Brumaire an 5. par devant Joſeph Le Bon, Notaire à Nivelles par dix Citoyens de cette Commune, qui atteſtent, que depuis 1784. juſqu'en 1790. Guillaume-Joſeph de Looz-Corswarem venoit habiter leur Commune avec ſa famille pendant quelques mois de l'année, que depuis cette époque il n'y a plus fait de réſidence, et que la maiſon, dans laquelle il ſe tenoit, a même été habitée par d'autres, ladite déclaration duëment légaliſée.

Une lettre d'un Membre de la Municipalité du Canton de Nivelles au Notaire Troye, avec la réponſe de celui-ci, qui déclare que Looz-Corswarem a quitté cette Commune depuis l'année 1790.

Une déclaration duëment légaliſée donnée à Nivelles le 19. Frimaire an 5. par devant le Notaire Troye par un Citoyen et deux Citoyennes, ayant été autrefois au

service de Looz-Corswarem, qui atteftent, que celui-ci a abandonné cette Commune depuis 1790.

Une déclaration donnée par les habitans de Niel, Canton de Montenacken, Département de la Meuse inférieure, qui atteftent, que le Citoyen de Looz-Corswarem toujours en voyage parcouroit de tems à autres plusieurs Communes de leur Département et de celui de Sambre et Meuse, et qu'il fixoit son domicile à Elnhausen pays de Hesse-Cassel, pour être plus à portée de Wetzlar, où il plaidoit contre le Prince de Liège, que la Commune de Niel n'étoit ni sous la domination autrichienne, ni sous celle du Prince de Liège, et que de Looz-Corswarem n'a jamais été porté sur la Liste des émigrés de cet endroit.

Une déclaration donnée le 4. Ventose an 5. par devant la Municipalité du Canton de Bruxelles par sept Citoyens de cette Commune, qu'il est de leur parfaite connoissance, qu'en l'année 1789. Guillaume-Joseph de Looz-Corswarem à abandonné son Chateau de Landelis et en 1790. son domicile à Nivelles, que depuis cette époque il a résidé ordinairement à Elnhausen, pays de Hesse-Cassel, et qu'il a été expulsé de Niel par des troupes du Prince de Liège.

Une déclaration donnée le 19. Juillet 1796. par la Régence de Marbourg, légalisée par le Ministre plénipotentiaire de la République française à Cassel, de laquelle il conste, que Guillaume-Joseph de Looz-Corswarem, la Citoyenne Biland, son Épouse habitent la terre d'Elnhausen.

Vû l'Arrêté de l'Administration centrale du Département de Sambre et Meuse du 10. Brumaire an 5., qui déclare, qu'il n'y a pas lieu à comprendre sur la Liste définitive des émigrés Guillaume-Joseph de Looz-Corswarem, Marie Biland sa femme, Charles et Arnould Looz ses fils.

Revû son Arrêté du 27. Nivose an 4.

Vû enfin l'avis de l'Administration Municipale de Bruxelles donné en faveur du Pétitionnaire.

Considérant qu'il résulte des pièces mentionnées ci-dessus, que Guillaume-Joseph de Looz-Corswarem et sa famille ne sont plus depuis 1790. dans le Département de la Dyle.

Qu'il est même fort douteux, si, avant cette époque, ils y ont eû un domicile, puisqu'il paroit au contraire, qu'ils ont résidé à Niel, pays d'Empire.

Qu'il semble plus constant, qu'il avoit son véritable domicile à Elnhausen, pays de Hesse Cassel, allié à la République.

Considérant, que Guillaume-Joseph de Looz-Corswarem et sa famille ont été rayés de la Liste définitive des émigrés du Département de Sambre et Meuse, et qu'ils ne sont pas inscrits sur celle du Département de la Meuse inférieure.

Confidérant, que les Adminiſtrations départementales ne peuvent inſcrire ſur les Liſtes d'émigrés, que les Citoyens abſens, qui étoient domiciliés dans leurs arrondiſſemens. Loi du 25. Brumaire an 3. titre 3. S. 2. Art. 14.

Ouï le Commiſſaire du Directoire exécutif, arrête, qu'il n'y a pas lieu à inſcrire ſur la Liſte des émigrés le Citoyen Guillaume-Joſeph de Looz-Corswarem, et qu'en conſéquence ce Citoyen en eſt rayé proviſoirement.

Arrête en outre, qu'il eſt réintégré proviſoirement dans ſes biens à charge par lui de payer les frais de ſéqueſtre, de ne point aliéner les immeubles et de donner Caution pour la valeur de ſon mobiliaire, à l'appaiſement du Directeur des domaines nationaux juſqu'à ce qu'il ſoit définitivement prononcé par le Directoire exécutif, à quel effet le préſent ſera envoyé au Miniſtre de la Police générale de la République.

Déclare auſſi, qu'il n'y a pas lieu à inſcrire ſur la Liſte des émigrés Marie Biland, Épouſe dudite Guillaume-Joſeph de Looz-Corswarem, non plus que ſes deux fils Charles et Arnould de Looz.

Au bas ſe trouve pour copie conforme, (Signé: *F. Paradis, ſécretaire.* À côté eſt imprimé le Timbre du Département de la Dyle.

Pour copie conforme, ***S. B. L. Pauteus Not. Pub.***

N.° 3. N.° 443. 2. Bureau 1. Section.

Liberté. Égalité.

Fraternité.

Radiation proviſoire de Guillaume-Joſeph de Looz-Corswarem de la Liſte des émigrés du Département des Forêts.

Enrégiſtré à Charleroy le 18. Vendémiaire an 6. reçu cinquante centimes.

Extrait du Régiſtre des délibérations de l'Adminiſtration centrale du Département des Forêts, ſéante à Luxembourg.

Séance du 13. Meſſidor 5. année républicaine.

Préſens les Citoyens Otte, faiſant les fonctions de Préſident, Pleules, Boſch, Koltz de Wilde, et Legier, Commiſſaire du pouvoir exécutif.

Vû par l'Adminiſtration centrale

1.° Une pétition faite au nom de Guillaume-Joſeph Duc de Looz-Corswarem habitant d'Elnhauſen, Landgraviat de Heſſe-Caſſel tendante à obtenir ſa radiation de la Liſte des abſens du Département des Forêts et ſa réintégration dans la jouiſſance des biens, qu'il poſſéde dans ce Département.

2.° L'Arrêté de l'Adminiſtration centrale du 24. Brumaire dernier intervenû ſur une prémière réclamation du Duc de Looz, et portant que l'Adminiſtration ne pouvoit alors délibérer ſur l'objet de cette réclamation.

3.° Un Certificat de l'Adminiſtration Municipale du Canton de Fauvillers en date du 1. Frimaire an 5. conſtatant, que Guillaume-Joſeph de Looz n'a jamais réſidé en

ſon Chateau de Wetry, ſitué dans l'arrondiſſement de cette Adminiſtration et qu'il n'y a fait qu'un ſéjour en 1794. depùis le 21. juſqu'au 30. Juillet.

4.° Un autre certificat de l'Adminiſtration Municipale du Canton d'Étalle en date du 9. Meſſidor préſent mois conſtatant, que Guillaume-Joſeph de Looz n'a jamais reſidé dans ſon Chateau de Ste. Marie, même Canton d'Etalle et qu'il n'a jamais eû aucune eſpèce de domicile dans ſon arrondiſſement.

5.° Deux Arrêtés de l'Adminiſtration centrale du Département de Sambre et Meuſe en date dù 10. Brumaire et 18. Prairial dernier, portant qu'il n'y a pas lieu de comprendre le nom de Guillaume-Joſeph de Looz ſur la Liſte des émigrés de ce Département et qu'il ſera réintegré dans la poſſeſſion et jouiſſance des biens, qu'il y poſſéde.

6.° Un Arrêté de l'Adminiſtration centrale du Département de la Dyle, du 3. Floréal dernier, portant radiation du nom de Looz de la Liſte des émigrés de ce Département et ſa réintegration dans la jouiſſance de ſes biens.

L'Adminiſtration conſidérant que des pièces ci-deſſus mentionnées il réſulte, que Guillaume-Joſeph de Looz n'a jamais eû de domicile dans le Département des Forêts, non plus que dans les autres Départemens de la Belgique, où il poſſéde des biens, qu'aux termes de la loi du 25. Brumaire an 3. Tit. 3. Art. 14. une Adminiſtration ne peut inſcrire ſur la Liſte des abſens de ſon arrondiſſement que ceux, qui y ſont domiciliés.

Que l'Adminiſtration d'arrondiſſement du Luxembourg, en comprennant ſur la Liſte publiée le 5. Germinal an 3. le nom de Guillaume-Joſeph de Looz, n'a pû le conſidérer, que comme abſent poſſeſſionné, ou ſujet d'une Puiſſance en guerre alors avec la République, ſoumis à ce Titre aux Arrêtés des Repréſentans du peuple en miſſion dans la Belgique, qui ordonnoient le ſéqueſtre des biens des individus, qui ſe trouvoient dans ce cas.

Que d'ailleurs la publication de cette Liſte ne pouvoit impoſer à ceux, qui s'y trouvoient inſcrits, aucune obligation de réclamer dans tel ou tel délai, puiſque les Arrêtés des Repréſentans du peuple n'en avoient point préſcrit la formation et ne contenoient aucune diſpoſition rélative à cet objet.

Que depuis l'Adminiſtration centrale n'a elle même eû aucun égard à cette Liſte, et l'a regardée comme non avenue, puiſque ſur celle, qu'elle a arrêté le 28. Vendémiaire dernier et qu'elle a publiée enſuite en exécution de la loi du 25. Brumaire an 3. Elle a inſcrit des noms, qui ſe trouvoient déjà ſur celle du 5. Germinal an 3., entre autres celui de Cuſtines de Wiltz, et par le ſilence, qu'elle a gardé ſur les autres, a annullé implicitement la partie de cette Liſte, qu'elle n'a pas confirmée par celle du 28. Vendémiaire an 5.

Que l'Arrêté du 24. Brumaire dernier, qui ajourne la prémière Réclamation de Guillaume de Looz ne peut plus avoir de ſuite, n'étant motivé que ſur l'inſcription

dudit de Looz ſur la Liſte du 5. Germinal an 3., Liſte qui n'exiſtoit plus à l'époque ſusdite du 24. Brumaire et ſur la ſuppoſition, qu'il avoit un domicile dans le Département des Forêts, ſuppoſition détruite par les pièces produites à l'appui de la pétition ci-deſſus.

Que ledit Guillaume de Looz ayant obtenu la radiation de ſon nom ſur la Liſte des émigrés des Départemens de la Dyle et de Sambre et Meuſe, et ne ſe trouvant compris ſur aucune autre Liſte d'émigrés, on ne peut lui appliquer les diſpoſitions de l'Art. 15. Tit. 3 de la loi du 25. Brumaire an 3. rélative au ſéqueſtre des biens des abſens poſſeſſionnés.

Qu'en le conſidérant comme étranger, et particulièrement comme ſujet du Landgrave de Heſſe-Caſſel, dans les états du quel il a ſa réſidence ordinaire, comme il réſulte des pièces produites a l'appui de ſa prémière réclamation transmiſe au Miniſtre de la police générale, avec l'Arrêté de l'Adminiſtration centrale du 24. Brumaire dernier, il ne peut plus être donné de ſuite au ſéqueſtre appoſé ſur ſes biens conformément au Traité de paix, qui lie le Prince à la République françaiſe et à la loi du 14. Nivoſe an 3.

Le Commiſſaire du Directoire exécutif entendu arrête.

Art. 1. L'Arrêté de l'Adminiſtration centrale du 24. Brumaire dernier eſt rapporté.

Art. 2. Il n'y a lieu à inſcrire le nom de Guillaume-Joſeph Duc de Looz ſur la Liſte des émigrés du Département des Forêts.

Art. 3. Ledit Guillaume-Joſeph de Looz eſt proviſoirement réintegré dans la poſſeſſion et jouiſſance de ſes biens à la charge par lui de payer les frais de ſéqueſtre, de ne pas aliéner les immeubles et de donner pour la valeur de ſon mobiliaire caution ſolvable, domiciliée dans l'étendue de ce Département et agrée par le Directeur du Domaine national, juſqu'à ce qu'il ſoit ſtatué définitivement par le Directoire exécutif.

Art. 4. l'Expédition du préſent Arrêté ſera remiſe au pétitionnaire, au Directeur du Domaine national, expédition ſera pareillement adreſſée au Miniſtre de la Police générale, pour, ſur ſon rapport être prononcé définitivement ſur la réclamation de Guillaume de Looz. Signé: Otte, Pleules, Boſch, Koltz, de Wilde, Legier et Leclerc. Pour expédition conforme pour le ſecrétaire en chef abſent, ſigné: de Wilde, adj. (à côté ſe trouve imprimé le Timbre) dudit Département pour copie conforme à ſemblable copie par moi ſouſſigné Notaire.

Publié et patenté N° 41. et admis par le Département de Jemmappes domicilié au Canton de Charleroy le ſeize Vendémiaire 6. année républicaine témoin &c.

Gautol, pr.
Notaire public.

Nous Membres composant l'Administration Municipale du Canton de Libre sur Sambre, certifions que le Citoyen Gautol, qui certifie la présente conforme à autre pareille copie, est vraiement Notaire public, patenté et de résidence en cette Commune, et qu'à sa signature on y ajoute foi et croyance tant en jugement que dehors. Fait en notre séance du 18. Vendémiaire 6. année de la République française.

B Thomas, *ad Humpf.*

(L. S.) *J. A. Louant*, *adm.* *H. François*, *sécretaire en chef.*

N.° 4. Au Directoire exécutif de la République française.

Le Soussigné fondé de pouvoirs de Guillaume-Joseph Duc de Looz et de Corswarem, exposé que son commettant a été mal à propos porté avec sa femme et ses deux fils sur la Liste des prevenûs d'émigration dans les Départemens de Sambre et Meuse, de la Dyle, et des Forêts, sous le nom de Guillaume-Joseph Duc de Looz et Corswarem, Rosalie Comtesse de Biland, Charles et Arnould Comtes de Looz.

Les Administrations départementales ont tellement senti la justice de ses réclamations, que par leurs Arrêtés ci-joints N. 1. 2. 3. Elles ont déclarés que les susdits prevenûs d'émigration étant étrangers, et n'ayant pas de domicile fixe en France, et pays y réunis, ils ne peuvent être taxés d'émigration, et en conséquence ordonnent que leurs noms seront rayés de la Liste.

Cependant comme les Arrêtés sont soumis à l'approbation du Directoire exécutif de la République française et que pour se conformer à la loi, il est nécessaire d'en obtenir la confirmation et la radiation définitive; le soussigné plein de confiance en la justice qui dirige toutes les opérations du Directoire exécutif, espère que sur le vû des Arrêtés ci-dessus cités, il en daignera confirmer la teneur, et en prononcer la radiation définitive dudit Guillaume-Joseph Duc de Looz et Corswarem, de son Épouse, et de ses Enfans.

Il a l'honneur d'observer au Directoire exécutif pour le convaincre de la loyauté des principes de son commettant, que jamais ni lui, ni aucun des siens n'a pris les armes, ni fourni aucun Contingent en hommes, ni argent, ni en aucune manière contre la République française, et que de longtems avant la guerre présente il ne s'est occupé d'autres affaires que de celles privées de sa maison.

Rastatt le 6. Mars 1798.

Pour copie conforme, signé: *F. J. Piton*,
Chargé plénipotentiairement des affaires de S. A. S. Mgr. le Duc de Looz et de Corswarem.

N.° 5.

Au Ministre de la Police générale de la République française.

Le Soussigné expose que le Duc de Looz et Corswarem habitant en Hesse-Cassel possède plusieurs forges et fournaux dans le Département des Forêts qui sont régis

par ses agens. On vient d'être informé qu'il a été mis des affiches pour passer le 21. courant ces usines en louage pour un terme de trois années, et cela pris égard que le séquestre qui avoit été levé sur ses biens y auroit été rapposé depuis la loi du 28. Fructidor, à cause qu'il ne seroit pas rayé définitivement de la Liste des prevenûs d'émigration.

Les Administrations départementales des pays réunis ayant reconnu par leurs Arrêtés que le Duc de Looz ne pouvoit être taxé d'émigration de la France, ni des pays réunis puisqu'il y est reconnû étranger; qu'en conséquence il a été rayé des Listes sur lesquelles il avoit été inscrit mal à propos et qu'en ce moment il est en réclamation pour obtenir de la justice du Directoire exécutif de la République française sa radiation definitive: en attendant cette decision. Le soussigné espère que le Ministre de la Police générale de la République française voudra bien donner les ordres convenables à l'Administration des Forêts afin qu'il soit sursis à la Location des forges et fournaux dont s'agit. Rastatt ce 11. Mars 1798.

Signé: *F. J. Piton*,

Chargé plénipotentiairement des affaires de S. A. S. Mgr. le Duc de Looz et de Corswarem.

Zweyhundert und neunzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die allgemeine Reichs-Versammlung, de dato Rastatt den 13ten November 1798.

[290]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 14. Novembris 1798.

Die allgemeine Reichs-Versammlung erhält andurch unter Ziffr. 1. und 2. diejenigen beyden Noten in Abschrift, welche die höchstansehnliche kaiserliche Plenipotenz, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik unterm 7ten November zugefertigt hat, so wie unter Ziffr. 3. und 4. die hierauf unterm 11ten November erfolgten französischen Gegen-Noten.

Signatum Rastatt den 13ten November 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zwey

Zweyhundert und ein und neunzigste Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 13ten November 1798.

[291]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 14. Novembris 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congresse verordneten höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen ausserordentlichen Reichs-Friedens-Deputation gebührend unverhalten:

Man habe beschlossen, der allgemeinen Reichs-Versammlung von den am 7ten November an die französische Gesandtschaft erlassenen beyden Noten, so wie von den am 11ten November hierauf erfolgten beyden französischen Gegen-Noten durch die abschriftlichen Beylagen Anzeige zu erstatten.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen. Signatum zu Rastatt den 13ten November 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Zweyhundert und zwey und neunzigste Beylage.

Französische Note vom 23ten Brumaire an VII. (13ten November) 1798.

[292]

(Ist mit der Anlage zu [293] ganz gleichlautend.)

Zwey

Zweyhundert und drey und neunzigste Beylage.

Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 14ten November 1798.

[293]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 15. Novembris 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Commission theilt der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation die abschriftlich beyliegende Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 13ten November (23. Brumaire) andurch mit, in welcher sie eine Stelle der ersten ihrer beyden Noten vom 11ten November (21. Brumaire) ergänzen.

Womit die kaiserliche höchstansehnliche Commission sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen stäts zugethan verbleibt.

Signatum zu Rastatt den 14ten November 1798.

(L. S.) Franz Georg Carl,
Reichsgraf von Metternich-Winneburg-Beilstein.

Aufschrift.

Von der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordneten höchstansehnlichen Commission wegen dem hochlöblichen Directorium der Reichs-Friedens-Deputation einzuhändigen.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 14ten November 1798.

Anlage zur zweyhundert und drey und neunzigsten Beylage.

Copie d'une Note des Ministres plénipotentiaires français, à S. E. M. le Comte de Metternich, datée de Rastatt le 23. Brumaire an 7.

Les Soussignés Ministres plénipotentiaires de la République française, pour la négociation avec l'Empire germanique, ayant verifié qu'il s'était glissé une omission dans l'expédition de leur premiere Note du 21. du courant, en ce que l'article 9. de celle du 12. Vendémiaire n'y a pas été mentionné avec les articles 3. 4. 5. 7. 8. et 10. de la même Note, s'empressent de réparer cette omission, et de rétablir ledit article 9. dans l'ordre où il doit être placé.

Ils profitent de cette occasion pour assurer le Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur, de leur considération la plus distinguée.

Signé: *Bonnier*, *Jean Debry*, *Roberjot*.

Zweyhundert und vier und neunzigste Beylage.

Promemoria des herzoglich-hollstein-oldenburgischen Herrn Particular-Abgeordneten an die Reichs-Friedens-Deputation, dd. Rastatt den 13. Nov. 1798.

[294]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 14. Novembris 1798.

Promemoria.

Das wiederholte Ansinnen, welches die französischen bevollmächtigten Minister in ihrer Note vom 21. Brumaire (11ten November) wegen Aufhebung des Weser-Zolls zu Elsfleth zu Gunsten der französischen Republik an Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation gebracht haben, setzt Unterzeichneten in die Nothwendigkeit, Hochderselben das hierunter obwaltende und ihm zu wahren übertragene Interesse seines gnädigsten Herzogs und Herrn, hochfürstlichen Durchlaucht, so wie des gesammten durchlauchtigsten hollsteinischen Hauses, zur nachdrucksamsten Beherzigung bestens anzuempfehlen.

Die demselben zu Statten kommenden wichtigen Gründe sind zwar schon in den mehresten fürtreflichen Abstimmungen vom 11ten October, zu diesseitiger vollkommenster Dankneh mlgkeit, auf das überzeugendste dargelegt worden.

Unterzeichneter will jedoch dieselben zu desto besserer und geschwinderer Ansicht nochmals in der Kürze zusammenfassen.

Der Elsflether-Zoll ist bekanntlich von römisch-kaiserlicher Majestät den Grafen von Oldenburg besonders verliehen, durch Urtheil und Recht dem Grafen Anton Günther zuerkannt, in dem westphälischen Frieden bestätigt, und durch eine förmliche, zwischen den Königen von Dännemark und der Reichsstadt Bremen geschlossene Convention, bestimmt und festgesetzt. — Auch wird bey jeder Lehens-Veränderung über diesen Zoll das Lehen besonders gemuthet und verliehen.

Der Grund, aus welchem derselbe bewilliget und zugestanden worden ist, bestehet hauptsächlich in den schweren Deich-Lasten des Landes. Diese Deiche, durch deren kostbare Unterhaltung die Unterthanen verhindert werden, größere, verhältnißmäßige Abgaben zu leisten, sind die einzige Schutzwehr und Sicherheit der Schiffahrt.

Zudem sind die Herzoge von Oldenburg blos dieses Regals wegen verbunden, auf der Insel Wangeroge eine Feuerbacke zu unterhalten, und alle sonstige, zum Besten der Schiffahrt erforderliche Sicherheits-Anstalten vorzukehren, zu welchem Behuf unter der gegenwärtigen Regierung zu Anlegung eines Hafens und andern, die Schiffahrt betreffenden Gegenständen, in den letzten zehen Jahren die Summe von 30- bis 40tausend Thaler aufgewandt worden ist.

Schon allein aus diesen Gründen wird die Abschaffung des Elsflether-Zolls sich als ungerecht und unthunlich darstellen. Es kommt aber auch noch zu betrachten, daß des Königs von Dännemark Majestät, welcher als Graf von Oldenburg diesen Zoll besaß, ihn, mit den Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst an des Großfürsten aller Reussen, kaiserlichen Hoheit, als ein Aequivalent für den großfürstlichen Antheil des Herzogthums Hollstein, unter allerhöchster kaiserlicher Genehmigung, abgetreten hat, und daß in diesem Aequivalent gedachter Zoll, als ein beträchtlicher Gegenstand, wörtlich und ausdrücklich mit enthalten ist; welchemnach, ohne die augenscheinlichste Ungerechtigkeit, Jhro jetzt regierenden russisch-kaiserlichen Majestät, oder dem, der Jhre Rechte ausübt, nicht angesonnen werden kann, einen Theil des Aequivalents, wofür das Herzogthum Hollstein weggegeben ist, wieder abzutreten, und stehet besonders dem jetzigen durchlauchtigsten Besitzer des Herzogthums Oldenburg nicht zu, einen Gegenstand von dieser Wichtigkeit aus Handen zu lassen, ohne die Zustimmung derer, die nach den vaterländischen Rechten mit Jhm ein gleiches Erbfolge-Recht haben, namentlich der Kronen Rußland, Schweden und Dännemark.

Ausser diesen, für die Besitzer des Elsflether-Zolles redenden Rechts-Gründen, sind aber auch noch mancherley andere wichtige Betrachtungen, die man hier geflissentlich unterdrückt, die aber der Erleuchtung Einer hochansehnlichen Reichs-Deputation gewiß nicht entgehen werden, immittelst sie dem ganzen deutschen Reiche dringend anrathen, solchen Forderungen, wie die der Abschaffung des Zolls zu Elsfleth, kein Gehör zu leihen. Denn, könnte nicht der Weg, der hierunter zum Nachtheil Oldenburgs betreten worden, auch für benachbarte königlich preußische, königlich dänische, kurhannövrische und andere Zölle mehr, demnächst nachtheilig werden, und für dieselben ein widriges Beyspiel aufstellen?

Wenn aber sofort in der vorletzten französischen Note vom 12. Vendémiaire (3ten October) sich folgendermaßen ausgedrückt wird:

> „Mais ils demandent formellement pour la République française la suppréssion
> „actuelle du péage d'Elsfleth sur le Weser, comme étant une entrave extrême-
> „ment nuisible à son commerce avec la ville de Bremen,"

so ist zuvorderst nicht wohl abzunehmen, von welcher Art des Zolles hier eigentlich die Rede seyn solle, und dann kann diesseits behauptet, und überzeugend dargethan werden, daß wohl schwerlich bey irgend einem andern Zolle billiger verfahren wird, als bey dem Elsflether, und daß bey diesem besonders die französischen Waaren, wenigstens in den Haupt-Artikeln, ungemein geringe angesetzt sind, weswegen der Haupt-Grund der versuchten Abstellung wohl nicht in dem angeblichen Nachtheil des französischen Handels liegen kann, zumalen französische Schiffe vor dem Zolle zu Elsfleth eine äusserst seltne Erscheinung sind, und wenn je der Fall sich ereignet, diese Schiffe mehrentheils aus dem mittelländischen Meere kommen, immittelst die französischen

Waaren gewöhnlichermaßen in Frankreich erkauft, und bezahlt, und durch Bremer = und Oldenburgische Schiffe nach Bremen gebracht werden.

So wenig also auf diese Weise ein für den französischen Handel durch den Elsflether Zoll entstehen sollender beträchtlicher Nachtheil sich denken läßt, so sehr müssen anderer Seits die in der jüngern französischen Note vom 21. Brumaire (11ten November) aufgestellten Sätze jedem in dem Bezirke der Verhandlungen des westphälischen Friedens nicht ganz Unbekannten nothwendigerweise auffallen. Der Elsflether Zoll hat bekanntlich nicht erst durch diesen Frieden, und durch Pacificirung mit Frankreich, sein Daseyn erhalten. Er ist den Grafen von Oldenburg lange vorher zugestanden, und in besagtem Frieden blos gegen alle Gewaltthätigkeiten, denen er vorher zum öftern ausgesetzt war, gesichert worden. Hievon hat sogar Frankreich, nebst der Krone Schweden, die Gewährleistung übernommen, und wer wird zweifeln, daß dieselbe gegen die heutigen Versuche nicht vielmehr füglichermaßen unter andern Verhältnissen aufgerufen werden könnte.

Vermöge aller dieser Gründe und Betrachtungen, wird demnach Eine hochansehnliche Reichs = Deputation sich für befugt halten, bemeldtes französisches Ansinnen forthin ganz von sich abzulehnen, mithin auf der bereits beschlossenen Weigerung standhaft beharren, zumalen dasselbe ein völliges, in das sogenannte jus singulorum einschlagendes Novum ist, aus keinem in der Friedens = Grundlage vorgeschlagenen Puncten fließet, und einen Gegenstand bezwecket, der bekanntlich in keinem von französischen Truppen je überzogen gewesenen Lande gelegen ist, und von Sr. königlich = preußischen Majestät, als Director des Kreises, ebenfalls in unmittelbaren Schutz genommen wird.

Rastatt den 13ten November 1798.

C. R. von Koch.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 13ten November 1798.

Zweyhundert und fünf und neunzigste Beylage.

Promemoria der königlich = dänisch = hollstein = glückstadtischen Gesandtschaft an die Reichs = Friedens = Deputation, dd. Rastatt den 14. November 1798.

[295]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 15. Novembris 1798.

Promemoria.

Das Interesse, so Sr. königlich = dänischen Majestät, als Herzog zu Hollstein und eventueller Erbe zu Oldenburg, bey der, in der letzten französischen Note vom 11ten

dieses (21. Brumaire) zur Begünstigung des französischen Handels wiederholt verlangten Aufhebung des Zolls zu Elsfleth, nehmen, nöthigt Endes-Unterzeichneten, königl. dänischen Gesandten und bevollmächtigten Minister Sr. königl. Majestät als Herzogen zu Hollstein bey dem Reichs-Friedens-Congreß, eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation ergebenst zu ersuchen, die Vorstellungen des vortreflichen Herrn Abgeordneten des Herrn Herzogs von Hollstein-Oldenburg Durchlaucht, die Erhaltung und Zusicherung der durch den westphälischen Frieden und mehreren Belehnungen wohlhergebrachten Rechten auf den sogenannten Elsflether-Zoll betreffend, geneigt aufzunehmen.

Es ist auf besondern Befehl des Königs, seines allergnädigsten Herrn, daß Unterzeichneter die Ehre hat, sich dieses Ansuchens als einer besonderen Pflicht zu entledigen, die er bisher unterlassen zu können glaubte, da eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation in dem zweyten Punct Ihres Conclusi vom 15ten v. M. mit so vieler Einsicht und patriotischem Eifer erklärt hatte, sich auf die angesonnene Schmälerung eines durch den westphälischen Frieden gesicherten Besitzstandes nicht einlassen zu können, und Unterzeichneter sich schmeichelte die französischen bevollmächtigten Minister würden durch die wahre Darstellung der Sache — die ohne Zweifel nur einseitig ihnen vorgetragen worden — und durch das Gewicht der angeführten so richtigen Gründe sich bewogen gefunden haben, von jener Anforderung abzustehen. Da aber die bevollmächtigten Minister der französischen Republik in ihrer Note vom 11ten d. M. aufs neue auf der Aufhebung dieses Zolls bestehen, und Einiges gegen die ihnen im Concluso mitgetheilten Gründe anführen, so kann Unterzeichneter nicht umhin, einige Bemerkungen hierüber einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation mitzutheilen — obgleich sich derselbe aufs lebhafteste überzeugt hält, sie würden demohnerachtet den erleuchteten Mitgliedern dieser hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation nicht entgangen seyn. —

Die französischen bevollmächtigten Minister führen

1) an, es sey nichts ungewöhnliches, Sachen, die durch einen Friedens-Schluß festgesetzt worden, durch einen spätern wieder abgeändert oder vernichtet zu sehen; so leicht Unterzeichneter dieses auch zuzugeben im Stande ist, so muß derselbe dennoch bemerken, daß dieses in dem westphälischen Frieden bestimmte, den damaligen Grafen von Oldenburg verliehene Recht, nicht von Kaiser und Reich an einer, und der französischen Republik an anderer Seite aufgehoben oder verändert werden könne, da, als zu den juribus singulorum gehörend, keine Veränderung mit diesem Rechte ohne Einwilligung und Zustimmung des durchlauchtigen Herrn Herzogs und aller allerhöchst- und höchsten Anverwandten und Mitbelehnten gemacht werden können. Gegen die

2) fernere Behauptung der französischen Bevollmächtigten in dieser ihrer angeführten Note, daß andere Staaten von den Zoll-Abgaben zu Elsfleth befreyet seyen, muß Unterzeichneter bemerken, daß dieses ganz ungegründet und irrig ist, da durchaus

keine fremde Nation, sondern nur einige wenige deutsche Stände dieser Begünstigung sich zu erfreuen haben.

Bey dieser Gelegenheit sieht Unterzeichneter sich noch veranlaßt, einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation die Versicherung mitzutheilen, daß das durchlauchtige hollsteinische Fürsten-Haus um so weniger in das Verlangen der französischen bevollmächtigten Minister willigen zu können glauben wird, als der diesen Fürsten eigenthümliche Eifer für das Wohl und Beste Deutschlands es Ihnen nicht erlauben wird, durch eine etwaige vorzuschlagende Veränderung in Rücksicht dieser Abgabe dem Reiche beschwerlich fallen zu wollen, und es nichts mehr wünschen kann, — wie Unterzeichneter im Namen seines allergnädigsten Herrn zu erklären berechtigt ist, — als die Aufrechthaltung der deutschen Reichs-Verfassung und aller wohlhergebrachten Rechte der Stände durch den jetzt zu schliessenden Frieden befestigt zu sehen, und Allerhöchst-Dieselben die Erhaltung der Ihrem durchlauchtigsten Hause zustehenden Gerechtsame, in specie des Zolls zu Elsfleth, von dem Schutz und der Gerechtigkeit Sr. kaiserlichen Majestät und des deutschen Reichs vertrauungsvoll erwarten.

Rastatt den 14ten November 1798. Rosenkranz.

Præs. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 14. November 1798.

Zweyhundert und sechs und neunzigste Beylage.

Promemoria der königlich-preußisch-kurbrandenburgischen Gesandtschaft * an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 15. November 1798.

[296]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 16. Novembris 1798.

Unterzeichnete bevollmächtigte Minister Seiner königlichen Majestät von Preußen haben mit besonderm Vergnügen gesehen, wie von den Bemerkungen, welche sie unter

---

* Die königlich-preußisch-kurbrandenburgische Gesandtschaft übergab am folgenden 16ten November der französischen Gesandtschaft in Betreff des Elsflether-Zolles die folgende Note:

Note de la légation Prussienne aux Ministres plénipotentiaires de la République françoise, en date de Rastatt, le 16. Novembre 1798.

Les soussignés Ministres plénipotentiaires de Sa Majesté Prussienne ont déjà eu l'honneur de faire connoître verbalement, d'après des ordres précis du Roi, à différens membres de la légation françoise, que Sa Majesté envisageoit le péage d'Elsfleth comme un objet, dont la discussion n'appartenoit point aux négociations de Rastatt. Ils s'étoient flattés, que l'exposition claire et précise

dem 14ten Junius l. J. Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation vorzutragen die Ehre gehabt, der gewünschte Gebrauch gemacht, und in der am 10ten August an die französische Gesandtschaft erlassenen Note bey Annahme des Grundsatzes, daß der Thalweg im Rhein die künftige Gränze zwischen Frankreich und Deutschland seyn solle, zugleich ausdrücklich mit bestimmt worden,

„wie dieses bis dahin zu verstehen, wo der Rhein aus dem Herzogthum Cleve
„unter dem Namen Waal in Holland tritt, und auch der Büdericher-Canal
„für diesen die Gränze machenden Thalweg zu halten sey."

Da die erste dieser mit der Anerkennung des Grundsatzes verbundenen Modificationen schon von selbst aus der Natur der Sache fließt, indem der Rhein die Gränze zwischen dem an Frankreich abzutretenden und dem beym Reiche verbleibenden Theile Deutschlands, nur bis an den Punct seyn kann, wo er wirklich diese beyden Theile trennt und über diesen Punct hinaus in einem dritten Staat sich eine Gränze nicht denken läßt; die zweyte Modification aber, nemlich die Erhaltung der durch den Büdericher-Canal dem Rhein-Strom gegebenen Richtung, für beyde Ufer von den wohlthätigsten Folgen und wirklich nothwendig ist; so kann auch von der erleuchteten Einsicht der französischen bevollmächtigten Minister eine vollkommene Einstimmung hierunter unstreitig erwartet werden, und schmeicheln Unterzeichnete sich, daß ihre denselben aus Anlaß der Note vom 12. Vendémiaire (3ten October) mitgetheilte Er-

---

de leurs insinuations amicales, tendantes à engager la légation françoise à laisser tomber cette affaire, auroit trouvé un plein accès dans l'esprit des Citoyens Ministres plénipotentiaires de la République françoise.

Leur dernière note à la députation du 21. Brumaire (11. du courant mois), faisant cependant de nouveau mention de ce péage, en alléguant toutes fortes de raisons, pour réitérer la demande formelle faite à la députation pour son abolition en faveur de la République, les soussignés se voient dans la nécessité de revenir sur cet objet.

Ils aiment à croire que ce n'est qu'à la suite de suggestions étrangères et de notions peu exactes et incompatibles avec la nature du péage dont il s'agit, que ce point a trouvé place dans le dernier office de la légation françoise.

Dans cette conviction ils hésitent d'autant moins de faire connoitre de nouveau aux Citoyens Ministres de la République au Congrès, qu'en Sa qualité de garant de la neutralité et de la tranquillité intacte du Nord de l'Allemagne et des pays situés dans l'enceinte de la ligne, qui en détermine la démarcation, Sa Majesté Prussienne ne sauroit permettre et ne permettra jamais, que la République françoise, ni quelque puissance que ce soit, forme des demandes rélatives à ces contrées, que Sa Majesté croyoit avoir droit de s'attendre que le Gouvernement françois ne voudroit point insister à faire de cet objet un article des négociations à Rastatt, mais qu'il en feroit plutôt abstraction entière, en laissant les pays en question hors de jeu pour tout ce qui concerne les arrangemens actuels de la paix de l'Empire

Les soussignés réitèrent aux Citoyens Ministres plénipotentiaires de la République françoise l'assurance de leur haute considération.

Signé: *Görtz. Jacobi K Dohm.*

läuterungen diesen Zweck erreichen, und dem französischen Gouvernement die vollkommene Ueberzeugung geben werden, daß bey genauerer Kenntniß der Sache über dieselbe ohnmöglich eine Verschiedenheit der Meynungen ferner existiren könne. — In dieser Erwartung zwar beruhigt, halten Unterzeichnete sich jedoch verpflichtet, da es hier nicht blos auf eine dem preußischen Staat betreffende Angelegenheit, sondern zugleich auf **Bestimmung der künftigen Gränze von Deutschland** ankömmt, auch Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation, in Beziehung auf ihre Note vom 14ten Junius, noch einige zu vollständiger Aufklärung der Sache gehörende Bemerkungen vorzulegen.

Die Bestimmung der nur angeführten französischen Note,

„que là où le fleuve prendroit un autre nom, la branche qui a retenu ce nom „(du Rhin) est celle qui formera le Thalweg"

ist an sich mit der diesseitigen Behauptung ganz vereinbar; nur daß, wie sich von selbst versteht, ihre Anwendbarkeit nicht weiter geht, als bis dahin, wo es ein deutsches, rechtes und linkes Ufer des Rheins giebt: sobald diese Ufer nicht mehr Deutschland, sondern einem dritten Staat gehören, kann von keiner Gränze zwischen Deutschland und Frankreich mehr die Rede seyn, und es interessirt beyde Lande nicht, ob über diesen Punct hinaus der Rhein sich in mehrere Arme unter verschiedenen Namen verbreite. Dieser Grundsatz ist klar, seine Anwendung einfach: denn bis zur äussersten Gränze des clevischen, und also auch des deutschen Bodens theilt sich der Rhein in keine Arme, hat er keine verschiedene Namen.

Bey dem Punct wegen der **Büdericher-Insel** würde die Bestimmung des Thalweges als Gränze allerdings dem diesseitigen Verlangen entgegen seyn, wäre nicht diese Ausnahme sogleich bey und mit der Anerkennung dieser Bestimmung ausbedungen worden, wobey es sich übrigens von selbst versteht, daß für jetzt und so lange es die physische Beschaffenheit des Stromes erfordert, der Theil desselben zwischen dem rechten Ufer und der Büdericher-Insel der von den Schiffen zu befahrende Weg sey und seyn müsse, dessen ungestörte freye Benutzung für beyde Nationen ein schon so wie für den ganzen Strom, so auch für diesen Theil desselben verglichener Punct ist, dessen Wichtigkeit für alle an der Rhein-Schiffahrt betheiligte Lande jede weitere Versicherung überflüßig macht; die indeß, wenn es verlangt würde, diesseits auf das bündigste gegeben werden könnte. Für beyde Ufer bleibt es aber gleich wichtig, den Büdericher Canal zu erhalten und immer mehr fahrbar zu machen; dann wenn er eingehen sollte, der Andrang des Stromes eine weite und fruchtbare Gegend des linken Ufers bey Büderich sowohl, als auf dem rechten, die Stadt und Festung Wesel den verderblichsten Ueberschwemmungen, und endlich gänzlicher Verheerung aussetzen würde. Da diese Gefahr nur durch den mit großen Kosten angelegten und noch zu erweiternden Canal abgewandt werden kann, und die übrigens gar keinen **Werth** habende und **lediglich in dieser Absicht** verlangte **Büdericher Insel** hiezu unumgänglich

nöthig

nöthig ist, so wird diese Betrachtung bey dem erleuchteten französischen Gouvernement ohnstreitig hinreichen, alle nur durch irrige Vorstellungen hervorgebrachte Anstände völlig zu beseitigen, und dieser das gegenseitige Wohl beyder Staaten bezielende Punct die so sehnlichst gewünschte Beendigung der hiesigen Friedens-Unterhandlungen nicht länger aufhalten.

Indem Unterzeichnete diese angenehme Hoffnung äussern, benutzen sie zugleich diese Gelegenheit, um zu bemerken, wie es des Königs Majestät angenehm gewesen, daß die gewünschte Modification des **Elsflether Weser-Zolls** als ein nicht zu dem hiesigen Friedens-Geschäft gehöriger Gegenstand zu einem besonderen Uebereinkommen mit dem Innhaber dieses Zolls verwiesen worden. Je mehr das französische Gouvernement von dem aufrichtigsten und lebhaftesten Verlangen, den Frieden zu beschleunigen, durchdrungen ist, wie dessen bevollmächtigte Ministers bey jeder Gelegenheit bezeugen, um so mehr wird dasselbe sich auch beeifern, alle fremdartige, nicht durch den Krieg streitig gewordene Discussionen von der hiesigen Unterhandlung zu entfernen.

Unterzeichnete zweifeln nicht, daß diese ganz einleuchtend in der deutschen Constitution gegründete Betrachtung, welche auch sie, dem von des Königs Majestät erhaltenen Befehle gemäß, den französischen bevollmächtigten Ministern bemerklich zu machen Gelegenheit genommen, dieselben vollkommen beruhigen, und also auch dieser Punct keinen weitern Aufenthalt in dem hiesigen großen Geschäfte machen werde.

Rastatt den 15ten November 1798.

F. Graf von Görtz. Freyherr von Jacobi K. Dohm.

Præs. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 15. November 1798.

Zweyhundert und sieben und neunzigste Beylage.

Promemoria mehrerer aus dem Elsaße geflüchteten reichsständischen Beamten, de dato Carlsruhe den 12ten November 1798.

[297]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 15. Novembris 1798.

Hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation!

Unterthänigst unterzogene geflüchtete Beamten und Diener der im Elsaß begüterten hohen Reichs-Fürsten und Stände können nicht umhin, Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation in tiefschuldigster Ehrfurcht vorstellen:

So niederschlagend und äusserst verneinend auch die von denen bevollmächtigten französischen Ministern fortwährende Antworten, in Betreff der begehrten Nicht-Anwen-

dung der Emigrations=Gesetze auf die deutschen reichs=angehörigen Diener und andere, bey ihrem ersten Anblicke zu seyn scheinen, so glauben sich Unterzogene doch noch immer versichert, daß die französischen Ministers endlich doch noch dem so dringenden Verlangen (wenigstens in so weit es die Elsäßisch=geflüchteten Beamten betrift) zu entsprechen, für höchst gerecht finden werden, besonders, wenn Eine hochansehnliche Reichs=Friedens=Deputation jenen schon angegebenen so starken Gründen nachstehende Umstände und Thatsachen beyzusetzen, und denen französischen Ministern zur Beherzigung vorzulegen, die Geneigtheit haben wollte; daß nemlich

1) die im Elsaß angestellt gewesene deutsche reichsständische Beamten sich erst im Monat Decembris 1793, also mehrere Jahre nach angefangenem Kriege, und zwar in einem Zeitpunct, **in welchem das niedere Elsäß und ihre Wohnstädte im Besitz der Gewalt, und unter der Souverainetät des Kaisers und Reichs waren**, theils um ihren Pflichten und herrschaftlichen Befehlen zu gehorchen, und theils um dem ihnen angedroheten Tode zu entgehen, sich diesseits Rheins begeben haben, und sie demnach weder als französische Vaterlands=Verräther, noch als Kriegs=Fackeln, (als welche allein die französischen Gesetze zu bestrafen gemeynt sind) und noch weniger als Emigranten betrachtet und bestrafet werden können; daß überdieß

2) Die Beamten während der Revolutions=Regierung, bloß weilen sie Agenten auswärtiger Herrschaften waren, ihres untadelhaften gesetzmäßigen Betragens ungeachtet, durch verschiedene Decrete ohne Unterschied als suspect erkannt, qua solche zur Verhaftnehmung bis zum Frieden, und endlich gar noch, durch jenes vom 27. März 1793. (welches seither wieder von dem National=Convent selbst als tyrannisch erklärt und widerrufen worden,) hors la loi, Vogelfrey erklärt, und überhaupt so verfolgt worden, daß sie nur durch die Flucht ihre Freyheit und Existenz zu retten wußten; wie dann

3) durch das gehorsamst hier angeschlossene (nur **wenig Tage vor ihrer Flucht**) unter der Dictatur des berüchtigten öffentlichen Anklägers Eulogius Schneider von Strasburg ergangene Arrêté des Weissenburger Districts=Directoriums noch insbesondere und unwidersprechlich bewiesen ist, daß sämmtliche herrschaftliche Beamten *en masse* arretirt, dem Tribunal-révolutionnaire überliefert und (so wie es mehreren nicht geflüchteten Dienern geschehen) hingerichtet werden sollten.

Braucht es wohl mehr, als dieses — denen französischen bevollmächtigten Ministern gewiß selbsten noch unbekannten und unglaubbaren Acten=Stücks, um dieselben zu überführen, daß denen reichsständischen Elsäßischen Beamten zwischen **Tod** oder **Flucht** keine weitere Wahl übrig blieb, und daß, wenn die letztern die Flucht erwählt, es ihnen wahrhaft um so weniger zu verargen, und sie ohnmöglich deswegen mit der Härte der französischen Emigrations=Gesetze bestrafet werden können, als durch nachherige Gesetze dergleichen auf gesetzwidrige Verfolgungen sich gründende Fluchten gebilliget wurden, und ohnehin auch zufolge der französischen Constitution selbst Tit. 2. §. 12.

die in Frankreich angesessene Beamten durch Annahme von Aemtern und Pensionen von auswärtigen Herrschaften, und mithin auch wegen Erfüllung ihrer Pflichten, keiner andern Strafe, als des Verlusts der Ausübung der Bürger-Rechten in Frankreich, keineswegs aber der Ausserlandverbannung und Confiscation ihres Vermögens ausgesetzt seyn können?

Unterthänigste Unterzogene bitten dahero dringendst, Eine hochansehnliche Friedens-Deputation geruhe doch gütigst fortzufahren, sich derselben, als rechtschaffener Diener, mit väterlicher Sorgfalt anzunehmen, obangebrachte wahrhafte Umstände und Thatsachen bey denen französischen bevollmächtigten Ministern geltend zu machen, somit von Ihrer Großmuth und Gerechtigkeit zu erwirken, daß sie nicht als Emigranten anzusehen, und folglich durch Unterzeichnung des so sehnlichst erwünschten Friedens, nicht zugleich auch ihr, der ihren Herrschaften und Pflichten treugebliebenen Dienern und Beamten ewiges Elend, und ihr und ihrer Frauen und Kindern unverschuldeter langsamer Tod mit unterzeichnet werden möge. Carlsruhe am 12ten November 1798.

Schiffmacher, Koch, Bernard;
sowohl für sich, als Nahmens und aus Vollmacht aller übrigen Elsäßisch-geflüchteten Beamten der allda begüterten hohen Reichs-Fürsten und Stände.

Præs. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 15ten November 1798.

Anlage zur zweyhundert und sieben und neunzigsten Beylage.

N.° 120. du Régistre-général.

Extrait des Régistres des délibérations du District de Wissembourg du 4. jour du 3. mois de l'an 2. de la République françoise.

Le Directoire du District de Wissembourg; considérant: combien il lui importe de prendre des mesures certaines pour s'assurer de la plus prompte exécution des loix, et réquisitions pour le service militaire, afin que cette partie ne soit pas exposée au moindre retard dans le Canton de la petite pierre, lequel les armées de la République ont garanti de toute invasion des esclaves ennemis; que comme ces satellités des despotes ont été repoussés du côté d'Ingweiller, et pour cette victoire emportée sur eux, une partie dudit Canton est devenûe libre, il n'est rien plus important, que de s'emparer des traitres de la République mis au jour par l'invasion de l'ennemi dans leur endroit, aux fins d'être surs de leur juste punition;

a arrêté en séance publique:

Que le Citoyen Schultz juge de paix du Canton de Landau, mis en faite par l'ennemi présentement demeurant en cette ville de Strasbourg, sera nommé Com-

missaire civil, lequel se transportera sur le champ dans les parties evacuées par l'ennemi de cet arrondissement pour surveiller la plus grande exécution des loix, et réquisitions pour le service de l'armée &c.

Il sera arrêter dans les parties, où l'ennemi sera expulsé, tous ceux qui n'auront pas montré de fermeté pour la chose publique; ainsi que les conspirateurs, *de même les anciens Baillis, leurs Greffiers, les Procureurs fiscaux, les Sergents seigneuriaux, les Reçeveurs seigneuriaux, les Chasseurs et forestiers seigneuriaux, les Huissiers ci-devant* royaux, maitres d'Ecole insermentés, servantes et domestiques des Prêtres réfractaires; *ceux qui ont exercé des emplois pendant l'invasion de l'ennemi*, et tous ceux qui ont commis des actes anti-républicains.

Il les fera transporter ensuite en cette ville, pour être instruit contre eux le Procès, et les voir prononcer leur jugement.

Ledit Commissaire saisira également tous les comestibles, appartenants aux personnes surnommées et transmettra les grains et fourrages dans les Magazins militaires de la République.

Il sera à ces fins tenû, de nous rendre compte tous les deux jours, de toutes les demarches par lui faites en vertu des présentes, *lesquelles il exécutera* avec la plus *grande celerité* et *exactitude*;

a arrêté enfin, que la présente délibération sera communiquée au Général-commandant l'armée dans cette contrée, ainsi qu'au Commissaire des guerres.

Signés: Seyler, Vice-président; Bastian, Embser.

Collationné et trouvé conforme à son original deposé aux archives du Département du Bas-Rhin.

Brendel, pr. *le secretaire-général.*

Zweyhundert und acht und neunzigste Beylage.

Promemoria mehrerer Flüchtlinge aus dem Elsaße an die Reichs-Friedens-Deputation.

[298]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 20. Novembris 1798.

Promemoria.

Eine hochansehnliche Reichs-Deputation hat in ihrer Note vom 22ten September den bevollmächtigten französischen Ministern mit so vieler Würde die Nicht-Anwendung der französischen Emigrations-Gesetze auf die im Elsaß und Lothringen begüter-

ten Fürsten, Stände, Ritterschaft und andere Glieder, wessen Standes und Würde sie seyen, dargestellt, daß jeder Betheiligte eine zuversichtliche Befreyung von diesen unanpassenden Gesetzen sich versprechen darf.

Die Standhaftigkeit derselben auf den unveränderlichen Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Friedens-Schlüsse, wird unzweifelhaft die Gerechtigkeit und Mäßigung der französischen Regierung am Ende zur Einwilligung herabstimmen.

Nun vereinigen sich hiemit noch andere Gesetze, nemlich die natürlichen Gründe der Menschheit und Billigkeit, um die hohe Vermittlung und den Schutz Einer hochansehnlichen Reichs-Deputation zu Gunsten einiger tausend Unglücklichen anzurufen, die zum Theil aus dem Gebiete der Reichs-Stände im Elsaß, zum Theil aus dem niederrheinischen Departement sind, jedoch seit einigen Jahren mit allen Bedrückungen einer Landes-Verweisung kämpfen, und durch die zufälligen Ursachen ihrer Flucht nie unter die Zahl der Emigrirten haben gezählt werden können. Dieses sind jene unglücklichen Einwohner des niederrheinischen Departements, welche der traurige Rückzug der kaiserl. königl. Armee aus dem Elsaß im December 1793. ihr Vaterland und ihren Heerd zu verlassen, gezwungen hat.

Wenn man nicht fürchten müßte, die kostbare Augenblicke Einer hochansehnlichen Reichs-Deputation zu rauben, so würde man versichert seyn, dieselbe, durch das lebhafte Gemälde der schreckbarsten und beweinenswürdigsten Umstände, welche damals diesen Vorfall begleitet haben, zur innigsten Theilnahme zu bewegen. Man begnügt sich jedoch, nur dieses zu berühren, daß diese unglücklichen Einwohner des unterrheinischen Departements, bey dem Einfall des Generals Wurmser in das Elsaß, durch militärische Gewalt gezwungen, die Armee zu unterstützen, zu beköstigen, zu verpflegen, und alle vor der Revolution gehabte Beamte wieder einzusetzen, in den Augen der damaligen Schreckens-Regierung so verdächtig und schuldig geworden seyen, daß ihnen nach dem Rückzug der kaiserlichen Armee nichts übrig blieb, als nach damaliger Sitte ihr Haupt unter die schröckliche Guillotine zu beugen.

Diese schauervolle Lage, die Drohungen der Departements-Beamten, die vom Feind und Freund erlittenen Plünderungen, die schrecklichen Beyspiele von Mord und Plünderung, welche den anrückenden französischen Vorposten vorliefen, und die Vertröstungen der rückziehenden Armee, bewogen mehr als 82,000 unglückliche Einwohner dieser Gegend, mit der kaiserlichen Armee ihr Heil in der Flucht zu suchen, und lieber kümmerlich einen ruhigeren Zeitpunct abzuwarten, als sich und ihre Kinder den schrecklichen Aussichten zu unterwerfen.

Ihre Besorgnisse wurden auch gleich nach dem Rückzug des Generals Wurmser bestätigt. Der Schrecken folgte auf allen Seiten der französischen Armee nach. — Der französische Ankläger Schneider und sein Revolutions-Tribunal opferten alle von den Jacobinern angeklagte, hinterbliebene Einwohner der fürchterlichen Guillotine;

sie liessen unter andern sieben unglückliche Bürger von Weissenburg, welche vor der Revolution Magistrats-Personen waren, und auf Befehl des Generals Wurmser ihr Amt wieder annehmen musten, unter der Guillotine hinrichten, und es erhielt bald darauf, um den Schrecken ganz zu vollenden, der Friedens-Richter von Landau den Auftrag, vom Weissenburger Bezirk alle Verdächtige gefangen nach Strasburg zu ihrer Verurtheilung abzusenden; alle alte Magistraten und Beamten der Reichs-Fürsten, bis auf die Jäger, Förster und Gerichts-Diener, mit ihren Frauen und Kindern über die Gränze zu schaffen, und die Wiederbetretene nach Strasburg zu schikken, wo viele im Gefängniß und unter der Guillotine umkamen.

Alle diese schauervolle Umstände trieben obige Masse von Leuten in die diesseitigen Rhein-Lande; viele wurden auf der Flucht noch eingeholt, geplündert und an den Bettelstab gebracht; sicher zählte man darunter den vierten Theil von Menschen, die, ausser ihrem Leben, nichts zu verlieren hatten; und so sahe man nun die Mutter und Kinder ohne Vater, hier den Mann, dort die Frau ohne ihre Kinder, und dorten selbst die Kinder von allem Alter, fliehen, ohne selbst zu wissen, wohin sich ihre geflüchteten Eltern begeben hatten.

Dieser Jammer so vieler tausend Unglücklichen, die sich den ganzen Sommer 1794 hindurch in den Rhein-Landen aufhielten, bewog endlich das kaiserliche General-Commando, sich bey dem französischen Commando für eine Amnestie dieser Unglücklichen zu bewerben. Es folgte auch von dem National-Konvent eine, wiewohl sehr beschränkte Amnestie. Viele benutzten dieselbe; allein da der Termin zu sehr beschränkt war, und die Anstalten über die Eröffnung des freyen Abzugs eben nicht die angemessensten waren, so konnten nicht alle Geflüchteten der Amnestie geniessen; der Termin derselben verlief, und es blieben bekanntlich über 10,000 Unglückliche auf der rechten Seite des Rhein-Stroms, ohne daß ihnen eine Gelegenheit gemacht wurde, in ihr Vaterland zurück zu kehren.

Diese Unglücklichen sind es, die Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation angelegentlichst anflehen, sich ihrer bey gegenwärtiger Sprache von den Emigrationen gleichfalls anzunehmen. Niemand wird sie bey dem Drange ihrer Flucht als Emigrirte betrachten wollen, denn ein Emigrirter verläßt willkührlich, ohne äusserste Noth, sein Vaterland; nur gegen diese, nicht gegen Flüchtige, sind die Emigrations-Gesetze gerecht, nur gegen jene haben sie, als die unversöhnlichsten Feinde der Nation, den Fluch derselben ausgesprochen. Sie sind bloße unglückliche Schlacht-Opfer der Vorfälle des Jahrs 1793., die sich auf das Wort der deutschen Armee verlassen, und bis jetzo ruhig, ohne alle weitere Theilnahme, dem Ende des Kriegs zugesehen haben.

Sie haben dahero auch das zuversichtlichste Zutrauen, daß Eine hochansehnliche Reichs-Deputation, überzeugt durch ihre Schuldlosigkeit und Unglück, sich nicht entschlagen werde, bey Gelegenheit der Emigrations-Gesetze, der Amnestie ihrer unglück-

lichen Familien anzunehmen, und ihnen bey den französischen Bevollmächtigten die freye Rückkehr in ihr Vaterland zu erwirken.

Geiger. Herbein. D. Westercamp. Fronhoffer. Ammann.

Alle fünf Namens und aus Vollmacht sämmtlicher unglücklichen Flüchtlinge aus dem Elsaß vom Jahr 1793.

Aufschrift.

An Eine hochverordnete hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation im Congreß zu Rastatt.

Præf. dem furmainz. Directorio Deputationis, den 16. November 1798.

Anlagen zur zweyhundert und acht und neunzigsten Beylage.

A.

Rapport fait au Confeil des anciens dans la féance du 20. Thermidor 5. par le Citoyen Armand de la Meufe, fur la Réfolution du 19. Meffidor rélative aux fugitifs du Bas-Rhin.

Pour que les fugitifs du Bas-Rhin ayent droit à la prorogation qui leur eft accordée, il faut examiner s'ils ont eú des motifs légitimes de fuite, et s'ils ont été dans l'impoffibilité de profiter des premiers délais qui leur ont été accordés.

En ouvrant les pages fanglantes de la Révolution dans les Départemens du Haut- et Bas-Rhin, la Commiffion a reconnû que les fugitifs du Bas-Rhin avoient cédé au fentiment le plus impérieux de la Nature, à la Crainte de la Mort la plus affreufe, celle que l'on trouve fur l'Echaffaud.

Des intrigans d'Allemagne, après avoir calculé les chances favorables d'une Révolution, après avoir appris que de tout tems les étrangers avoient obtenu dans notre pays une grande influance, quitterent leur patrie, et vinrent fe meler de nos diffenfions politiques. Pourvus de quelques talens et de beaucoup d'audace, ces fcélérats ufurperent l'autorité fur un peuple credule, et c'eft particulièrement à Strasbourg qu'ils exercerent leur Tyrannie. L'un étoit un moine apoftat d'Allemagne et l'autre un jeune homme exalté des Montagnes de Savoye. Ce furent ces étrangers qui, par leurs excès, jetterent l'épouvante au milieu de la Population du Haut- et Bas-Rhin. Ils l'accufoient toute entière d'être devouée aux Princes d'Allemagne et de trahir la France; ils prétendoient que la différence des mœurs et du langage empêcheroient ce peuple de devenir républicain; qu'il falloit le chaffer de fa terre natale et le remplacer par une Colonie; ils lui faifoient un crime de fa modération et de fa douceur, et de fon obeïffance aux loix. Ils furent les premiers qui promenerent dans les Campagnes des Echaffauds roulans, et qui chercherent des victimes parmi les plus fimples cultivateurs et les meilleurs Citoyens

Des delegués de la Convention autoriferent et partagerent eux-mêmes ces excès,

Les Réprefentans Michaud et Guyardin ecrivoient le 18. Brumaire an 2. au Comité révolutionnaire de Strasbourg: „ Vous nous rendrés compte du réfultat des fcellés que „ vous avés dû appofer fur les Papiers des Banquiers, Notaires, gens d'affaires et autres „ fcélérats que vous avés du faire arrêter afin d'alimenter la Guillotine."

Bientôt une Armée révolutionnaire marche fous leurs ordres et fous ceux de Ruamps, devafta les Campagnes, y porta la terreur et la mort. — (Içi il falloit choifir la mort ou l'Emigration; le dernier remède étoit fans contredit le meilleur.) — Les Réprefentans prirent un Arrêté portant que les habitans des Campagnes qui avoient pris la fuite pour fe fouftraire à l'arreftation, et qui ne rentroient pas dans une Decade, feroient déclarés émigrés. On impofa des taxes confidérables à ceux qu'on appelloit les Ariftocrates des Campagnes, c'eft à dire, aux Cultivateurs, aux Nourriciers de l'Etat. Bientôt les prifons ne fuffirent plus pour réceler les prifonniers, quoique chaque jour l'inftrument de la mort eu détruifit un grand nombre.

Le 22. Frimaire an 2. la Propagande révolutionnaire tint fa prémière féance; c'étoit un compofé de 60 individus pris par les réprefentans dans les fociétés populaires du Département, et dans le nombre on comptoit à peine trois ou quatre hommes qui n'euffent pas tout à fait effacé tous les fentimens d'humanité. Marat n'avoit demandé que 200,000 têtes; mais fuffent-ils un Million, difoit Bauvat en parlant des gens fufpects dans cette réunion, faifons-les difparaitre en un feul inftant, et, par un feul coup du territoire de la République: leurs biens ne font plus à eux.

Un autre ajoutoit: Herode ne fit-il pas maffacrer tous les enfans de fes Etats? Eh bien! c'eft une mefure jufte que celle d'exterminer tous les gens fufpects. Un troifième difoit: qu'on avoit fait au 2. Septembre une juftice facrée. Le 24. on délibera par un appel nominal fur le fort des malheureux fufpects, et tous les membres de la Propagande, à l'exception de trois, voterent la mort, la plus part fans jugement, et quelques-uns avec jugement. Ceux qui n'étoient pas préfents à la féance du 24. réclamerent l'exécrable honneur de voter la mort le lendemain. L'Un de ceux-ci vouloit de plus, que l'on otat aux fufpects tous leurs fouliers, afin de les empêcher de fuir, et il n'y avoit que peu de jours que tous les habitans de Strasbourg s'en étoient dépouillés en faveur de nos défenfeurs.

Dans le même tems l'abominable Schneider parcouroit les Campagnes fuivi d'une autre Armée révolutionnaire et precedé de la Guillotine. On traduifit devant fon Tribunal un malheureux, qui avoit une jambe de bois. Son innocence fut demontrée. Schneider en convint, mais il dit, avec cette atroce ironie, qu'on a depuis imité au Tribunal révolutionnaire de Paris: il n'a plus qu'une jambe, il ne peut point fervir la République, et le malheureux fut facrifié.

Un Capitaine de Gendarmerie avoit refufé fes piftolets et fes chevaux à Schneider; celui-ci le fait mourir et devient propritéaire des chevaux et des piftolets.

Un

Un Boulanger avoit cuit la nuit, on l'accuſa de ne ſonger qu'à ſes riches pratiques; il fut déclaré ennemi de l'humanité, et perdit la vie.

Un homme avoit dit: qu'il pourroit arriver que l'ennemi parvint juſqu'à ſa Commune: ces paroles furent transformées en crime, il fut condamné à la mort, trainé dans les rues, précédé de l'inſtrument du ſuplice et d'un Tambour qui lui rappelloit à chaque inſtant que ſon dernier moment approchoit.

Schneider arrive dans une maiſon où l'on étoit à table; ſa vue inſpire de l'effroi; cependant on ſe leve; on lui cede la place d'honneur, on fait apporter le meilleur vin, tout le monde s'empreſſe de lui prodiguer ſes égards. „As-tu encore beaucoup „de vin pareil à celui là? dit Schneider au maitre de la maiſon; j'en ai encore „quelques bouteilles à votre ſervice, répond le maitre. En ce cas, repart Schneider, „fais-en apporter encore une, car c'eſt la dernière que tu boiras;" effectivement trois quarts d'heure après, le malheureux n'étoit plus. Schneider avoit fait entrer l'inſtrument du ſuplice dans la cour de la maiſon, et ſans égards pour les larmes de la femme, des enfans, de toute la famille dans la déſolation, il avoit fait perir l'infortuné ſous leurs yeux.

Schneider n'étoit pas le ſeul Bourreau dans ce Département; il avoit encore des Delegués qui ſuivoient dignement ſes exemples &c. &c.

La mort de Schneider n'enleva qu'un ennemi aux malheureux habitans des Départemens de Haut-et Bas-Rhin; il ne leur reſta pas moins les Comités de ſurveillance, les Agens de St. Juſt et Lebas, et tous les Brigands révolutionnaires qui ordonnoient la démolition des maiſons, prennoient en otages les gens riches des Campagnes, rendoient des Arrétés ſemblables à celui-ci: „dix ligues ſuffiſent et au-de-la pour chaque pétition, „ceux qui en écriront d'avantage ſeront ſuſpects de vouloir mettre des entraves à la „révolution, et traités comme tels." Il ne leur reſta pas moins ces Brigands révolutionnaires qui établirent ſur le Rhin ces bâteaux à ſoupape qui avoient déjà ſervir à tant de crimes ſur la loire; qui déclarerent fédéraliſte toute l'Univerſité de Strasbourg, empriſonnerent tous ſes Profeſſeurs, fermerent ſa Bibliotheque et en firent un Magaſin à fourrages.

Le Rapporteur établit enſuite que ceux qui ont pris la fuite que pour ſe ſouſtraire à des ſemblables horreurs ne peuvent pas être conſidérés comme des émigrés. Ceux-ci ont été chez les Puiſſances étrangères ſuſciter des ennemis à leur patrie et ont même pris les armes contre elle. Les autres n'ont jamais porté les armes, ils ſe ſont cachés au fond des bois juſqu'à ce que des jours plus heureux leurs permiſſent de revoir leurs foyers. La Convention avoit ſi bien ſenti qu'ils ne devoient pas être traités comme émigrés, qu'elle leur avoit accordé un délai pour rentrer; mais rétirés dans les autres de la forêt noire, ils n'ont pû être tous avertis aſſez à tems, pour en profiter. Ceux qui l'ont ſçû, ont été pour la plus part répouſſés de leur patrie, parcequ'ils n'avoient pas de quoi ſatisfaire la cupidité du nautonnier qui devoit leur faire traverſer le Rhin.

Le Rapporteur conclut de là, qu'il est nécessaire d'accorder un nouveau délai, il soutient que cette prolongation ne soit pas une exception à l'article de la Constitution rélatif aux émigrés, mais seulement un moyen d'exécuter cette loi, qui ne pourroit être exécutée sans cette prorogation.

Enfin il pense que la loi doit s'étendre à tous les chefs de Manufactures, de Fabriques, Commis, Négocians, &c. Car dit-il un des principaux motifs qui a porté la commission à rendre cette loi, a été de rétablir les Fabriques et les Manufactures abandonnées: Or pour cela il faut rendre non seulement leurs Ouvriers, mais encore les Commis et les Chefs qui les dirigeoient.

Le Rapporteur propose d'approuver la résolution.

Le conseil ordonne l'impression du rapport à 3 Exemplaires et ajourne la discussion jusqu'après l'impression du rapport.

B.

Extrait des Régistres de délibération du District de Wissembourg du 4. jour du 3. mois de l'an 2. de la République française.

N.° 120. du Régistre-général.

Le Directoire du District de Wissembourg, considérant combien il lui importe de prendre des mesures certaines pour s'assurer de la plus prompte exécution des loix et réquisitions pour le service militaire afin que cette partie ne soit pas exposée au moindre rétard dans le Canton de la Petitepierre lequel les Armées de la République ont garanti de toute invasion des esclaves ennemis; que comme ces satellités des déspotes ont été repoussés du côté d'Ingwiller et pour cette victoire emportée sur eux, une partie dudit Canton est devenû libre, il n'est rien plus important que de s'emparer des traitres de la République mis au jour par l'invasion de l'ennemi dans leur endroit, aux fins d'être sûr de leur juste punition, a arrété en séance publique, que le Citoyen Schulz juge de paix du Canton de Landau mis en fuite par l'ennemi, présentement demeurant en cette ville de Strasbourg, sera nommé Commissaire-civil, lequel se transportera sur le Champ dans les parties évacuées de l'ennemi de cet arrondissement pour surveiller la plus prompte exécution des loix et réquisitions pour le service de l'Armée et partie entièrement pour l'enlevement des ornemens et vases sacrées d'or et d'argent et cuivre de tous les cultes en se concertant avec notre Commissaire Leypold nommé par notre délibération pour le même objet. L'a autorisé en conséquence de se faire assister de la force armée le cas écheant pour poursuivre les erremens desdites réquisitions sur le moment où ils lui seront parvenus; il fera arréter dans les parties où l'ennemi sera expulsé, tous ceux qui n'auront pas montré de fermeté pour la chose publique ainsi que les Conspirateurs, de même les anciens Baillis, leurs Greffiers, les Procureurs, Fiscaux, les Sergents seigneuriaux, les Réceveurs seigneuriaux, les Chasseurs et Forestiers seigneuriaux, les Huissiers ci-devant royaux, Maitres d'Ecole insermentés, Servantes et Domestiques des Prêtres réfractaires,

ceux qui ont exercé des emplois pendant l'invasion de l'ennemi et tous ceux qui ont Commis des actes anti-républicains; il les fera transporter ensuite en cette ville, pour être instruit contre eux le Procés et le voir prononcer leur jugement; ledit Commissaire saisira également tous les comestibles appartenans aux personnes surnommées et transmettra les grains et fourrages dans les Magasins militaires de la République, il sera à ces fins tenû de nous rendre compte tous les deux jours de toutes les démarches par lui faites en vertu des présentes, lesquelles il exécutera avec la plus grande célérité et exactitude

A arrêté enfin que la présente délibération sera communiquée au Général-commandant l'Armée dans cette contrée, ainsi qu'au Commissaire des guerres. Et sur l'observation d'un Membre qu'il est juste de fixer l'indemnité par jour, que le Commissaire nommé ci-dessus, ainsi que son Sécretaire, qu'il pourra prendre doivent avoir: le Directoire a arrêté que l'indemnité du Commissaire sera de dixhuite livres par jour, et celle du Sécretaire de 12 livres qui leur seront payées à commencer du jour qu'ils entreront en fonctions, sur l'état qu'ils présenteront à la fin de leur mission, certifié par le Commissaire des guerres.

Signés: Seyler, Vice-président; Bastian et Embser.

Collationné et trouvé conforme à l'original deposé aux archives du Département du Bas-Rhin,

signé: *Brendel*, pr. *le sécretaire-général.*

Collationné et trouvé conforme à sa copie originale à ce représentée et à l'instant rendûe par moi soussigné sécretaire en second de l'Administration Municipale du Canton de Lauterbourg Département du Bas-Rhin le 21. Messidor 5. année républicaine.

Westercamp, pr. *le sécretaire en chef.*

Verbesserung. In einigen Abdrücken des vorhergehenden Bogens (N n) pag. 283. findet sich die Rubrike: „Anlagen zur 297sten Beylage. A." Es sollte blos heissen: Anlage zur 297sten Beylage. — Hingegen findet sich im nemlichen Bogen pag. 287. die Rubrik: „Anlage zur 298sten Beylage." Es sollte daselbst heissen: Anlagen zur 298sten Beylage. A.

Zweyhundert und neun und neunzigste Beylage.

Promemoria der Herren Abgeordneten der schwäbischen Reichs-Städte an die Reichs-Friedens-Deputation, dd. Rastatt den 14. November 1798.

[299]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 16. Novembris 1798.

Denkschrift.

In dem unbegränzten Vertrauen, welches die Reichs-Städte auf die Heiligkeit der deutschen Reichs-Gesetze und Verfassung setzen, unter deren Schutz sie ihre politische Existenz und Unmittelbarkeit seit Jahrhunderten glücklich behauptet und erhalten haben, glaubte besonders das im März dieses Jahrs zu Ulm versammelt gewesene Kollegium der schwäbischen Reichs-Städte, auch in Hinsicht auf die gegenwärtigen Reichs-Friedens-Handlungen, seinen Pflichten Genüge zu thun, wenn es den Wunsch, in seiner bisherigen Verfassung ferners belassen zu werden, für das Ganze, so wie für jedes einzelne Mitglied, feyerlich ausdrückte, und zu diesem Ende den allerhöchsten Schutz Sr. kaiserlichen Majestät und die kraftvolle Verwendung der hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation allergehorsamst erbat und aufrief. Dieß geschah durch die allerunterthänigsten Bittschreiben und Vorstellungen, welche das schwäbisch-reichsstädtische Kollegium an Se. kaiserliche Majestät und den hohen Reichs-Friedens-Congreß am 12ten März dieses Jahrs erlassen, und welche auch das gesammte Kollegium der deutschen Reichs-Städte für so zweckmäßig anerkannt hat, daß es dieselben, vermöge seiner Kollegial-Schreiben dd. Regensburg vom 23ten desselben Monats, ganz zu den seinigen zu machen, keinen Anstand genommen hat.

Ihro kaiserliche Majestät haben hierauf allergnädigst geruhet, allen deutschen Reichs-Städten Ihren allerhöchsten mächtigsten Schutz zu deren ferneren ungekränkten Erhaltung auf eine eben so feyerliche, als des tiefsten Dankes würdige Weise zuzusichern.

Auch von Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation haben Unterzeichnete den überzeugendsten Beweis zu erhalten das Glück gehabt, wie ruhmvoll Hochdieselbe für die fernere Aufrechthaltung der Reichs-Städte, als des dritten integrirenden Theils des deutschen Reichs-Körpers, beeifert sey.

Denn als in der Note der französischen Gesandtschaft vom 3ten October l. J. (12. Vendémiaire an 7.) das Verlangen gestellt wurde, daß besonders die Reichs- und Hansee-Städte Bremen, Hamburg und Frankfurt, in ihrer politischen Existenz und dem vollen Umfang ihrer verfassungsmäßigen Unabhängigkeit bestätigt und erhalten werden sollten, so erklärte diese hohe Reichs-Deputation, deren dießfallsiger Entschließung die Unterzeichneten, nach ihren über diesen Gegenstand Hochderselben zuvor

mündlich gemachten gehorsamsten Vorstellungen, mit ehrerbietigstem Vertrauen ruhig entgegen sahen:

„die Aufrechthaltung der Reichs-Städte Bremen, Hamburg und Frankfurt, „und aller andern commercirenden Reichs-Städte seye dem deutschen Reiche „für sein Kommerz allerdings wichtig. Sämmtliche freye Reichs-Städte, „welche den dritten reichsständischen Körper in Deutschland ausmachten, stün„den in Ansehung ihrer wohlhergebrachten Verfassungen, vermöge Reichs„Verbands, unter dem Schutz der Gesetze. Die Reichs-Friedens-Deputation „aber rechne es sich zur vorzüglichen Pflicht, auf die Erhaltung der Reichs„Stände und der Reichs-Verfassung möglichst bedacht zu seyn, und in den „geäusserten Wunsch der bevollmächtigten Minister der französischen Republik „alle Reichs-Stände und Angehörige zu begreifen."

Es wäre zu wünschen gewesen, daß die bevollmächtigten französischen Minister sich bey dieser, in den Grundzügen der deutschen Reichs-Verfassung liegenden Erklärung beruhiget hätten. Sie drücken aber ihr voriges Verlangen in der neuesten Note vom 11ten dieses (21. Brumaire an 7.) noch stärker aus, indem sie die Bestätigung und Erhaltung der verfassungsmäßigen Unabhängigkeit der Reichs-Städte Bremen, Hamburg und Frankfurt, durch eine, dem künftigen Friedens-Instrument einzurückende besondere Clausel gesichert wissen wollen, indem sie erklären, daß die französische Republik hierauf nicht Verzicht thun werde, und die hohe Reichs-Friedens-Deputation es nicht unterlassen könne, ohne dadurch einen Mangel an Achtung gegen die französische Republik, welchen man doch unmöglich vermuthen könne, zu beweisen.

So sehr die Unterzeichneten selbst die fortdaurende verfassungsmäßige Erhaltung der wichtigen Reichs- und Hansee-Städte Bremen, Hamburg und Frankfurt, als sehr ehrwürdiger Mitglieder des reichsstädtischen Kollegiums, wünschen müssen, und so wenig sie ihnen die Auszeichnung mißgönnen, welche ihnen solchergestalt durch die besondere Verwendung der französischen Republik widerfährt; so wesentlich liegt es doch in ihren Pflichten, daß sie, als Bevollmächtigte der gesammten schwäbischen Reichs-Städte, welche nicht nur den größten Theil des reichsstädtischen Kollegiums ausmachen, sondern mit deren Schritten sich auch obengedachtermaßen alle Reichs-Städte Deutschlands vereiniget haben, den Wunsch hiemit öffentlich und feyerlich ausdrücken, daß, wenn auch in dem künftigen Friedens-Instrumente jener drey Reichs-Städte namentlich und besonders Erwähnung geschehen sollte, dieses doch auf eine Art, welche keinen nachtheiligen Schatten auf die gleichen Gerechtsame der übrigen Reichs-Städte wirft, geschehen, und dasjenige, was im Friedens-Schlusse für die Reichs-Städte Bremen, Hamburg und Frankfurt bestimmt wird, auch allen andern Reichs-Städten ausdrücklich mit zugesichert werden möchte. Hiebey sehen sich die Unterzeichneten verbunden, Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation noch

eine besondere, auf diesen Gegenstand wesentlichen Bezug habende Erläuterung ehrerbietigst mitzutheilen.

Die französischen bevollmächtigten Minister setzen in ihren beyden angeführten Noten vom 12. Vendémiaire und 21. Brumaire (3ten October und 11ten November 1798.) einen besondern Nachdruck auf die Handels- und Gewerb-Verhältnisse, in welchen die französische Nation mit den drey Reichs-Städten Bremen, Hamburg und Frankfurt, stehe.

Nun bescheiden sich zwar die Unterzeichneten ganz gerne, daß die Handlung der schwäbischen Reichs-Städte mit jener der drey genannten sich nicht messen könne. Allein, auch die Handels-Verhältnisse der schwäbischen Städte sind doch seit Jahrhunderten von der französischen Nation als für sie wichtig anerkannt worden. Schon seit beynahe 300 Jahren, nemlich von König Franz dem I. an, hat die französische Regierung den schwäbischen, oder wie sie auf dem Reichstage genannt werden, oberländischen Reichs-Städten und ihren Bürgern ganz besondere Handlungs-Privilegien, Freyheiten und Vorzüge eingeräumt. Diese Privilegien sind unter allen nachfolgenden Königen bis auf Ludwig XV. theils bestätiget, theils erweitert, und selbst in den von Zeit zu Zeit zwischen dem deutschen Reiche und Frankreich errichteten Friedens-Schlüssen ausdrücklich bekräftiget worden, und im Genusse derselben haben sich die schwäbischen Reichs-Städte bedeutender Handlungs-Vortheile in Frankreich zu erfreuen gehabt. Diese Verhältnisse sind auch den hier anwesenden bevollmächtigten Ministern der französischen Republik schon zu anderer Zeit bekannt gemacht worden.

Unterzeichnete müssen sehr bedauern, daß sie von dem gedruckten: Extrait des privilèges furétés et immunités &c. * kein Exemplar hier zur Hand haben; es ist aber bereits die Einleitung getroffen, daß sie denselben, als ein wichtiges Belege zu der gegenwärtigen ehrerbietigsten Denkschrift, demnächst werden schuldigst nachtragen können.

Mit der obigen ganz gehorsamsten Bitte, daß dasjenige, was etwa in dem künftigen Friedens-Instrumente für die Reichs-Städte Bremen, Hamburg und Frankfurt festgesetzt werden dürfte; auch in gleicher Maaße für alle andere deutsche Reichs-Städte ausdrücklich festgesetzt werde, vereinigen daher die gehorsamst Unterzeichneten das wei-

* Der diesem Promemoria beygelegte Extrait &c. ist seiner Weitläufigkeit wegen hier nicht abgedruckt worden; er führt den Titel:

„Extrait des Lettres patentes des Roys de France, où font contenvs les privilèges, fevretez, „Saufconduits, Congez, Exemptions, Franchifes, Immunitez, enfemble les Arrets, Sentences & autres Actes obtenus fur leur Verification, Publication, & Entretenement pour les „Habitans, Citoyens, & Marchands des Villes Imperiales d'Allemagne, frequentans les Foires „de Lyon, & autres Villes & Lieux du Royaume de France, & Pais de l'obeïffance du Roy. „Avec Déclaration du Roy, donnée à Verfailles le 23. Juin, 1698. Pour l'Execution de Plufieurs Articles des Traitez de Paix conclus à Rifwik, qui regardent l'intereft particulier des „Sujets du Roy. Regiftrée en Parlement le 2. Juillet, 1698.“

tere ehrfurchtsvolle Gesuch, daß Eine hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation geruhen wolle, die französischen bevollmächtigten Minister auch auf die ältern Handels-Verhältnisse Frankreichs mit den schwäbischen oder oberländischen Städten aufmerksam zu machen, und sich dahin vielvermögend zu verwenden, damit diesen und ihren Bürgern die seit Jahrhunderten zuerkannten Handlungs-Freyheiten ferners zugestanden, oder sie doch wenigstens so weit, als es die gegenwärtige französische Verfassung erlaubt, in ihrem Handlungs-Betrieb mit der französischen Nation begünstiget werden. Man hat keinen Grund, zu zweifeln, daß die französische Nation eben die Grundsätze, welche sie vormals immerhin als vortheilhaft für ihre Handlungs-Verhältnisse geachtet hat, nicht auch noch jetzt als solche anerkennen sollte.

Indem Unterzeichnete übrigens alles der Weisheit und der bisher höchstruhmwürdig thätig erwiesenen verfassungsmäßigen Denkungsart Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation in schuldiger Ehrfurcht anheimstellen, haben sie die Ehre, die schwäbischen Reichs-Städte, als ihre Committenten, zu fernerer hohen Vorsorge, und sich selbst zur Gnade und Gewogenheit ehrerbietigst zu empfehlen.

Rastatt den 14ten November 1798.

Miller. Hofer.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 15ten November 1798.

Dreyhundertste Beylage.

Promemoria des reichsritterschaftlichen Herrn Ablegati an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 15ten November 1798.

[300]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 16. Novembris 1798.

Gehorsamstes Promemoria.

Unterm 19ten Januar laufenden Jahrs hat Endes-Unterzogener die Ehre gehabt, Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation ein Promemoria des Herrn Grafen von Degenfeld-Schonburg, de dato 16ten Januar laufenden Jahrs zu überreichen, in welchem der Verlust im Allgemeinen angegeben worden ist, den derselbe durch die seit dem Krieg entzogenen Einkünfte seiner — auf dem linken Rhein-Ufer gelegenen herrschaftlichen Güter und Gefälle, durch die Beschädigung und Zerstörung der Gebäude und durch den unterbrochenen Genuß seiner auf dem ehemaligen Hôtel de ville de Paris angelegten Capitalien zugegangen ist.

Die Unvollständigkeit dieser Verlusts-Angabe hat den Herrn Grafen von Degenfeld veranlaßt, Endes-Unterzogenem

I) die hier anliegenden 3 Tabellen * zugehen zu lassen, die ein genaues — aus den Rechnungen erhobenes — jeden Augenblick zu liquidirendes — und in dem Preis der Naturalien nicht übersetztes Verzeichniß

a) des Verlusts an Lehen-Jurisdictions- und Zehend-Rechten, die jährlich 10,165 fl. 1¼ kr. betrugen;

b) eine — nur auf 4 Jahre angesetzte — auf 40,660 fl. 6 kr. sich belaufende Berechnung des Verlusts der Einkünfte während dem Krieg, obgleich solcher in den sieben Jahren, da der Herr Graf nichts von seinen Einkünften bezogen hat, auf die Summe von 71,155 fl. 10¼ kr. ansteigt, dann

c) die Bemerkung enthalten, daß in diesen Tabellen der Verlust, durch Zerstörung des Schlosses zu Altdorf und Waldlautersheim und der Oekonomie-Gebäude, deren Herstellung wenigstens 80,000 fl. erfordere, so wie der — durch Niederhauung und Ausrottung erlittene Schaden von mehreren 100,000 fl. nicht begriffen sey; —

II) diese Tabellen in dem anliegenden Promemoria mit den weitern Bemerkungen zu begleiten, daß

d) der Herr Graf von Degenfeld-Schonburg und dessen Vorfahrer, die sichs zur Pflicht gemacht haben, ihre Unterthanen in Noth- und Unglücksfällen mit Geld-Anlehen zu unterstützen, denselben nach und nach beträchtliche Capitalien angeliehen haben, wovon die Zinnsen, welche die Unterthanen der Herrschaft Altorf zu entrichten haben, jährlich allein 962 fl. 15 kr. betragen; endlich

e) daß aus der liquiden Forderung, welche die Gräflich-Degenfeldsche Familie an die französische Republik wegen der — auf dem ehemaligen Hôtel de ville de Paris angelegten Capitalien von 286,558 Livres zu machen habe, die — bis zum Ausbruch des Kriegs mit 2½ pCto. verzinnset worden, und deren Ursprung, so wie die Unglücksfälle, wodurch dieselbe von 1,120,000 Livres auf obige Summe heruntergesetzt worden, in dem obenangeführten Promemoria vom 16ten Januar auseinandergesetzt sind, die Zinnsen von 7163 Livres seit 1793 nicht mehr bezahlt worden, und der Zinnß-Rückstand allein 35,815 Livres ausmache; und

III) Endes-Unterzogenen zu ersuchen, mehrgedachte Tabelle und Promemoria Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation mit der ehrfurchtsvollen Bitte zu übergeben, daß Hochdieselbe geruhen möge, nicht nur den für die Gräflich-Degenfeldsche

---

* Da das gegenwärtige Promemoria die Resultate dieser drey Tabellen bereits enthält, so gilt von denselben das, was schon zu [212] Seite 77 angemerkt worden ist.

feldsche Familie so wichtigen Gegenstand der Capital-Forderung an die französische Republik um so mehr in voller Maase zu unterstützen, als sich wahrscheinlich mehrere hohe Reichs-Stände und andere Familien in dem nämlichen Fall befinden, an die französische Republik Activ-Forderungen zu machen, folglich hiebey ein allgemeines Interesse vorhanden sey, dessen Wichtigkeit noch durch den gegenwärtigen Moment erhöhet werde, in welchem über die — auf dem linken Rhein-Ufer haftende Schulden Unterhandlungen gepflogen werden, sondern auch die gerechte und billige Rücksicht auf die Entschädigung derselben für den Verlust der Lehen- Jurisdictions- und Zehend-Gefälle zu nehmen. Indem nun Endes-Unterzogener dem — von dem Herrn Grafen von Degenfeld an ihn gestellten Verlangen gemäß die Bitten desselben Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation vorzutragen die Ehre hat: so bürgt ihm die unermüdete Sorgfalt und Standhaftigkeit, womit sich Hochdieselbe der Bestimmung des Schuldenpuncts zum Besten aller und jeder Glieder und Unterthanen des Reichs wiedmet, zum Voraus für die nachsuchende Unterstützung der — hierauf Bezug habenden Angelegenheit des Herrn Grafen von Degenfeld, und in eben der Maase hält sich auch Endes-Unterzogener von der Gerechtigkeit Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation versichert, daß Hochdieselbe den mehrmals gemachten — so billigen Antrag

auf Entschädigung des Verlusts der Feudal-Rechte, den die reichsritterschaftlichen Mitglieder erleiden, auf eine oder die andere Weise ferner zu unterstützen geruhen werde. Rastatt am 15ten November 1798.

Carl Freyherr von Gemmingen.

Præs. dem kurmainz. Directorio Deputationis, den 16. November 1798.

Anlage zur dreyhundertsten Beylage.

Promemoria.

Des Unterzeichneten Vater hatte bereits am 16ten Januar laufenden Jahrs die Ehre, Seiner Excellenz dem kaiserl. königl. Herrn geheimen Rath und Ritterhauptmann Freyherrn von Gemmingen ein Promemoria zur Einbegleitung und Unterstützung an die höchstansehnliche kaiserliche Plenipotenz und hohe Reichs-Friedens-Deputation übergeben zu lassen, in welchem der Verlust im Allgemeinen angegeben ist, welcher demselben durch die seit dem Krieg entzogenen Einkünfte seiner — auf dem linken Rhein-Ufer gelegenen herrschaftlichen Güter und Gefälle durch die Beschädigung und Zerstörung der Gebäude, und durch den unterbrochenen Genuß seiner in Frankreich auf dem ehemaligen Hôtel de ville de Paris angelegten Capitalien zugegangen ist.

Der unausgesetzten und patriotischen Verwendung Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation ist es auch gelungen, das Privat- und Grund-Eigenthum der

reichsritterschaftlichen Familien sicher zu stellen, und dadurch wenigstens für die Zukunft einen Theil ihres Vermögens zu erhalten; und Unterzeichneter giebt die Hoffnung noch nicht auf, daß beyde kontrahirende Theile sich von der Billigkeit und Gerechtigkeit überzeugen werden, die Reichs-Ritterschaft auch in Ansehung ihres Verlusts an Lehen- und Jurisdictions-Gefällen auf eine oder andere Art zu entschädigen.

In dieser Voraussetzung sind zwar bereits die Verlusts-Tabellen der reichsritterschaftlichen Cantone Ober- und Nieder-Rhein Einer hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation übergeben worden; nachdeme aber in denselben die ehemals dem Vater des Unterzeichneten zugehörigen — und auf der linken Rhein-Seite gelegenen Herrschaften und Güter sehr unvollständig eingetragen worden sind; so hat derselbe, mit gänzlicher Uebergehung alles Grund-Eigenthums, über den — ihme zugehenden Verlust an Lehen- und Jurisdictional-Gefällen genaue Verzeichnisse aufnehmen, und darüber die — in den Anlagen, und zwar in triplo beygebogene — von seiner Canzley certiorirte 3 Tabellen ausfertigen lassen.

Unterzeichneter, welcher sich die Ehre giebt, dieselbe Sr. Excellenz, dem kaiserl. königl. Herrn geheimen Rath und Ritterhauptmann von Gemmingen zur gefälligen Einbegleitung und Unterstützung an die höchstansehnliche kaiserliche Plenipotenz und an die hochansehnliche Reichs-Friedens-Deputation zu übergeben, hält es zu mehrerer Erläuterung nicht überflüßig, einige Bemerkungen hinzuzufügen.

1tens. Bey diesen Tabellen ist man mit aller möglichen Pünctlichkeit zu Werk gegangen, nur ganz unstreitige Ausflüsse der Lehens- Jurisdictions- und Zehend-Rechten sind in solchen aufgenommen, diese aus den Rechnungen selbst erhoben, und dabey, wie es der Augenschein zeigt, alle Uebertreibungen in dem Grad vermieden worden, daß man in jedem Augenblick zur genauesten Liquidation bereit ist, und die Versicherung hinzufügen darf, daß die Naturalien selbst vor dem Krieg meistens um einen höheren Preis verkauft worden sind, als solche hier angesetzet wurden; ungeachtet dessen beträgt doch der Verlust nur an Lehens- Jurisdictions- und Zehend-Gefällen jährlich 10,165 fl. 1½ kr., welches in 4 Jahren 40,660 fl. 6 kr., und nach dem Capital-Anschlag zu 2½ pCto. die Summe von 406,601 fl. ergiebt.

2tens. In den Tabellen hat man den Verlust der Einkünften während dem Krieg nur auf 4 Jahre angesetzt, weil man wahrgenommen, daß in den meisten Tabellen der ober- und niederrheinischen Reichs-Ritterschaft auch nicht mehrere Jahre angenommen worden; es ist aber nur zu gewiß, daß des Unterzeichneten Vater eigentlich seit 1792 bis einschließlich 1798, mithin während 7 Jahren, an sämmtlichen überrheinischen Gefällen nichts bezogen hat, und daß folglich die demselben während diesem Zeitraum entgangenen Einkünften die Summe von 71,155 fl. 10½ kr. betragen.

3tens. Da der künftige Besitz des Privat- und Grund-Eigenthums den reichsritterschaftlichen Mitgliedern zugesichert worden ist, so wurde zwar aus diesem Grund alles, was hierauf Bezug hat, in den Tabellen übergangen; indessen ist doch der Schaden,

Schaden, den die Familie des Unterzeichneten auch an diesem Theil des Vermögens erlitten hat, ausnehmend beträchtlich, da nicht nur die beyden Schlösser zu Altdorf und Waldlautersheim, sondern auch sämmtliche übrige — auf den Gütern befindliche herrschaftliche und Oekonomie-Gebäude dermaßen geplündert und zerstört worden sind, daß nur die 4 Wände übrig blieben, und die Herstellung derselben wenigstens ein Capital von 80,000 fl. erfordern wird; — sondern auch die — mehrere 100,000fl. an Werth betragende Waldungen niedergehauen und ausgerottet wurden; und daher aus diesem unersetzlichen Verlust wenigstens für die Billigkeit und Gerechtigkeit, wegen der auf immer entzogenen Lehens- und Jurisdictions-Gefälle, die angesprochenen Entschädigungen zu erhalten, ein neuer Grund abgeleitet werden darf.

4tens. Noch sind einige Gegenstände zu erwähnen, die zwar ihrer Natur nach keinem Zweifel ausgesetzt seyn sollten, welche aber doch mehrerer Sicherheit wegen hier einen Platz verdienen. Des Unterzeichneten Vorfahrer und dessen Vater hielten es von jeher für Pflicht, ihre Unterthanen in Noth und Unglücksfällen mit Geld-Anlehen zu unterstützen, von welchen meistens nicht einmal die landesüblichen Zinnsen bezogen wurden. Dadurch sind nach und nach beträchtliche Capitalien entstanden, davon die Zinnse, welche die Unterthanen der Herrschaft Altdorf zu entrichten hatten, allein schon jährlich 962 fl. 15 kr. betragen. Da nun bey allen solchen Anlehen die ehemalige Herrschaft nur als Privat-Glaubiger anzusehen ist, und die hierdurch angewachsenen Capitalien einen Theil des Privat-Vermögens ausmachen, so wird es nur einer Erinnerung bedürfen, um denselben gegen alle Einwendungen sicher zu stellen.

Sehr beträchtlich ist endlich

5tens. Die gemachte und liquide Forderung, welche die Familie des Unterzeichneten an die französische Republik wegen den auf dem ehemaligen Hôtel de ville de Paris angelegten Capitalien von 286,558 Livres zu machen hat, welche, bis zum Ausbruch des Kriegs, mit 2½ pCto. verzinßt wurden.

Der Ursprung dieser Capitalien und die Unglücksfälle, wodurch dieselben von einer Million 120,000 Livres auf obige Summe heruntergesetzt wurden, sind bereits in dem anfangserwähnten Promemoria vom 16ten Januar laufenden Jahrs angeführt worden; hier bedarf es also nur noch der Erwähnung, daß die jährlichen Zinnse von 7163 Livres seit dem Jahr 1793, folglich mit Einschluß des gegenwärtigen an, seit 5 Jahren nicht mehr bezahlt worden, daß der Ruckstand allein 35815 Livres betrage, und daß es gegenwärtig um die Entrichtung dieser ruckständigen und die genaue Bezahlung der künftig fälligen Zinnse zu thun sey.

Unterzeichneter, welcher sich die Freyheit nimmt, diesen Gegenstand vorzüglich der gütigen Unterstützung Sr. Excellenz des kaiserl. königl. Herrn geheimen Raths und Ritterhauptmanns von Gemmingen zu empfehlen, schmeichelt sich auch um so zuverläßiger, daß solche von Einer höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz und hochansehnlichen Reichs-Friedens-Deputation in vollem Maaße werde ertheilt werden, als

sich

sich wahrscheinlich mehrere hohe Reichs-Stände und andere Familien in dem nemlichen Fall befinden, an die französische Republik Activ-Forderungen zu haben, folglich hierbey ein allgemeines Interesse vorhanden ist, dessen Wichtigkeit noch durch den gegenwärtigen Moment erhöht wird, in welchem über die auf dem linken Rhein-Ufer haftenden Schulden Unterhandlungen gepflogen werden.

Unterzeichneter ersucht Sr. Excellenz den kaiserl. königl. Herrn geheimen Rath und Ritterhauptmann von Gemmingen, die Versicherung seiner vollkommensten Hochachtung und Verehrung anzunehmen. Rastatt am 8ten November 1798.

Max Graf von Degenfeld-Schonburg.

Dreyhundert und erste Beylage.

Promemoria des herzoglich-hollsteinisch-oldenburgischen Herrn Particular-Abgeordneten an die Reichs-Friedens-Deputation, de dato Rastatt den 19ten November 1798.

[301]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 20. Novembris 1798.

Promemoria.

Da vermöge der von den französischen bevollmächtigten Ministern unterm 21ten Brumaire (11ten November) einer hochansehnlichen Reichs-Deputation zugestellten Note, die Absicht derselben ohnbezweifelt dahin gerichtet ist, zu einer von Seiten Frankreichs etwa in der Zukunft mit dem herzoglichen Hause Hollstein-Oldenburg in Betreff des Elsflether Zolles zu treffenden Privat-Commerzial-Uebereinkunft, die vorläufige Einwilligung hochgedachter hochansehnlichen Reichs-Deputation zu erhalten, und auf eine derley Einwilligung, im Falle sie wieder Vermuthen Statt finden sollte, von französischer Seite leicht ein grösseres Gewicht geleget, ja Unterzeichnetem höchster Principalschaft in Gefolge derselben sogar zugemuthet werden könnte, sich dieselbe als ein unabweichliches Gesetz auferlegen zu lassen, so siehet sich Unterzeichneter kraft seiner obhabenden theuern Pflichten veranlaßt, Eine hochansehnliche Reichs-Deputation nochmals auf das dringendste anzugehen, zu einer solchen im voraus zu ertheilenden Einwilligung die Hände nicht zu bieten, wobey er Hochderselben noch überdieß ganz gehorsamst bemerklich zu machen, keinen Umgang nehmen kann, daß wenn auch eine derley Privat-Uebereinkunft nach dem freyen Willen der dabey interessirten Theile je Statt finden sollte, zu deren Giltigkeit blos die Einwilligung kaiserlicher Majestät, als obersten

obersten Lehensherrn, keineswegs aber jene des gesammten Reichs erforderlich seyn würde, und daß mithin auf Seiten der französischen bevollmächtigten Minister eben so wenig ein hinlänglicher Grund, es seye dann, er liege eben in jenem vermeyntlichen Zwange, zu Aufstellung jener Forderung, als auf Seiten einer hochansehnlichen Reichs-Deputation eine begründete Veranlassung zu Ertheilung einer solchen vorläufigen, mit den Reichs-Formen nicht wohl zu vereinbarenden Einwilligung sich absehen liesse.

Rastatt den 19ten November 1798. C. R. von Koch.

Præs. dem kurmainzischen Directorio Deputationis, den 19ten November 1798.

Dreyhundert und zweyte Beylage.

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die kaiserliche Plenipotenz, de dato Rastatt den 20ten November 1798.

[302]

Dictatum per Moguntinum Rastadii 23. Novembris 1798.

Der römisch-kaiserlichen Majestät, unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtigem Reichs-Friedens-Congreß verordneten höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft bleibt hiemit von Seiten der dahiesigen ausserordentlichen Reichs-Deputation gebührend unverhalten:

Die Reichs-Friedens-Deputation sey des Dafürhaltens, daß auf die jüngste, in der Friedens-Sache selbst erlassene französische Note vom 21. Brumaire (11ten November) dann auf die Additional-Note zu selber, vom 23. Brumaire (13ten November) zu erwiedern seyn möge:

[Hier ist der erste Theil des Conclusums der 79ten Sitzung vom 20ten November 1798. von den Worten: Die Reichs-Friedens-Deputation habe ꝛc. — bis: Hand werde gelegt werden können — (siehe Prot. Th. II. Seite 666. bis Seite 670.) wörtlich eingerückt.]

Dann sey die wegen Ravitaillirung der Festung Ehrenbreitstein eingelangte französische Note vom 21. Brumaire (11ten November) in einer eigenen Note dahin zu beantworten:

[Hier ist der zweyte Theil des Conclusums vom 20ten November von den Worten: Der Reichs-Friedens-Deputation sey ꝛc. — bis: nicht verfehlen werde — (Siehe Prot. Th. II. Seite 671. bis 672.) wörtlich eingerückt.]

Da diese Antworten von den, in den Deputations-Schlüssen vom 15ten October und 6ten November angenommenen Haupt-Grundsätzen sich nicht entfernten, so werde die

die höchstansehnliche kaiserliche Plenipotenz sich mit denselben zu vereinigen, keinen Anstand finden.

Womit der höchstansehnlichen kaiserlichen Gesandtschaft die zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation von Kurfürsten, Fürsten und Ständen anwesende Bevollmächtigte sich geziemend empfehlen.

Signatum zu Rastatt den 20ten November 1798.

(L. S.)

Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Ende des zweyten Bandes der Beylagen.